UNIVERSITY OF VIRGINIA LIBRARY
X004893036

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Publicationen

aus den

K. Preußischen Staatsarchiven.

Dreiundzwanzigster Band.

Dr. H. Ritter v. Poschinger, Preußen im Bundestag 1851 bis 1859. Documente der K. Preuß. Bundestags-Gesandtschaft. Vierter Theil.

Veranlaßt und unterstützt durch die K. Archiv-Verwaltung.

Leipzig

Verlag von S. Hirzel

1884.

Digitized by Google

ALD
DD
218.3
.P878
1882
T.4
Yg.2

Digitized by Google

geliebten Mannes so verwandt zu sehen, nicht ohne Verschulden seiner Vorliebe für das Unerwartete und für den Beifall von Gegnern. 1854 Jan. 7.

Die Österreichischen Papiere sind stark gefallen[1]) an der hiesigen Börse; die neue Anleihe soll, wie mir Herr von Tallenay[2]) sagt, auf 100 Millionen Gulden beabsichtigt sein, obschon die Zeitungen bis jetzt nur von 40 sprechen.

Die orientalische Frage[3]) absorbirt nachgerade hier alle politischen Interessen, besonders da man sehr im Ungewissen über die Sachlage ist, und Niemand, wie es scheint auch Prokesch nicht, sichere und neuere Nachrichten hat. Die Engländer forschen sehr eifrig nach Symptomen einer angeblich durch den Kronprinzen von Württemberg versuchten Annäherung Rußlands an Frankreich".

Postscriptum.

„Herr von Beust[4]) hat eine, auch an meinen Collegen Nostitz[5]) ergangene Circularnote zur Widerlegung der Angaben über seine Münchener Verhandlungen[6]) erlassen.

In Stuttgart scheint Herr von Dalwigk[7]) in Betreff des Unfriedens mit uns[8]) weiter nichts als allgemeine Wünsche zu erkennen gegeben zu haben. Wenn ein einlenkender Schritt von Darmstadt geschieht, so wird er vermuthlich in einem persönlichen Schreiben des Großherzogs an Se. M. den König bestehen. Der Großherzog macht sich nicht mehr viel aus Dalwigk, aber die Qual, einen Anderen zu wählen und sich mit einem Neuen einzuleben, ist für ihn ein Schreckbild, welches den Bemühungen J. K. H. der Großherzogin, Dalwigk zu halten, wirksam zur Seite steht".

---

1) Aus Anlaß der Befürchtungen eines Orientkrieges.

2) cf. oben S. 105, Note 6.

3) cf. unten S. 172, Note 2.

4) Freiherr von Beust, Königlich Sächsischer Minister des Innern, sowie der auswärtigen Angelegenheiten.

5) cf. oben S. 15, Note 3.

6) Unterm 11. Dezember 1853 theilte der Minister Freiherr von Manteuffel Herrn von Bismarck unter fliegendem Siegel zwei an die K. Gesandten zu Stuttgart und Karlsruhe gerichtete Erlasse mit, woraus zu ersehen war, wie seitens des Königlich Sächsischen Ministers von Beust der Versuch gemacht worden war, eine politische Spaltung unter den Bundesstaaten zu veranlassen. Sein neuerlicher Aufenthalt in München sollte zum ausdrücklichen Zweck gehabt haben, diesen Versuch mittelst Stiftung eines politischen Schutz- und Trutz-Bündnisses unter den deutschen Mittelstaaten zu verwirklichen.

7) cf. oben S. 103, Note 3.

8) scil. wegen der Canitz'schen Angelegenheit, cf. Band I, S. 33* f. sowie die Urkunden 194 und 195.

Digitized by Google

74. Eigenhändiger Bericht, betr. die Beziehungen zwischen Belgien und Frankreich. Haß Österreichs gegen England. Dominirende Stellung Frankreichs. Englisch-Französisches Bündniß. Plan einer Österreichisch-Französisch-Russischen Verbindung gegen Preußen und England. Lippesche Verfassungs-Angelegenheit. Unpreußische Gesinnung des westfälischen Adels; Bischof v. Kettler. Preußenfeindliche Umtriebe im Fürstenthum Lippe; Schriftenwechsel zwischen dem Staatsrath Fischer und dem Fürsten v. Metternich. Wechsel in der Person des Hannoverschen Bundestagsgesandten. Kurfürst von Hessen und Minister Hassenpflug. Diner bei Frhr. v. Prokesch zu Ehren des Belgischen Gesandten; Haltung des Ersteren gegenüber Herrn v. Bismarck. Meiningensche Domainenfrage. Kriegskosten-Liquidationen. Österreichische Preßagenten. 14. Januar 1854.

1854 Jan. 14. — — „Ich kann von hier kaum andere Dinge melden, als solche, deren an und für sich geringe Bedeutung im gegenwärtigen Augenblicke noch mehr in den Hintergrund tritt. Von Europäischer Politik wissen die meisten Deutschen Cabinette nicht viel und ihre hiesigen Vertreter noch weniger. Die Belgische Regierung ist offenbar in der jüngsten Zeit bemüht, sich das Wohlwollen Frankreichs in höherem Maße als bisher zu sichern. Als Grund dafür läßt sich wohl mit Wahrscheinlichkeit annehmen, daß in England der Glaube an die Nothwendigkeit, Krieg führen zu müssen, und damit der Werth Französischen Beistandes, gestiegen, dagegen bei Belgien hierdurch das Vertrauen auf Englischen Schutz gegen Frankreich vermindert ist, wenn man nicht geradezu den König Leopold von London aus veranlaßt hat, sich in bessere Beziehungen zum Französischen Kaiser zu setzen. Andererseits sind auch die Österreichischen Einflüsse in Belgien hierbei in Rechnung zu stellen, und zweifle ich nicht an der Bereitwilligkeit einer einflußreichen Partei im Österreichischen Cabinet, sich mit Frankreich auf unsere Kosten zu verständigen, und Belgien in solche Pläne hineinzuziehen, wenn der König Leopold denselben nicht widersteht.

Bei jeder politischen Unterhaltung mit Österreichern und den Coalitionsfreunden Österreichs merkt man, daß Haß gegen England in den maßgebenden Kreisen das hervorragendste Gefühl ist, von dem indessen immer noch ein auf Preußen fallender Überschuß bleibt.

Ein hiesiger Franzose, der mehr als Tallenay zu den Eingeweihten des Gouvernements gehört, schilderte mir in diesen Tagen in einer großsprecherischen Laune die dominirende Stellung Frankreichs, dessen Bündniß von Allen gesucht werde. England wage nicht, ohne Frankreich Rußland entgegenzutreten, und Österreich finde nur durch ein Bündniß mit Frankreich Sicherheit gegen seine malcontanten Unterthanen in Italien und Ungarn; Rußland könne ihm solche wohl zusagen, aber gegen Frankreichs Willen niemals geben.

Digitized by Google

Tallenay spricht sich in dem Sinne aus, als sei das Englisch-Französische Bündniß nur eine, von Frankreich in diesem Umfange nicht erstrebte Conse- 1854 Jan. 14.
quenz eines unberechneten Ganges der Ereignisse, bei der der Kaiser solange stehen bleiben müsse, bis er sich mit Anstand und ohne Verletzung der nationalen Eitelkeit aus der Türkischen Frage im engeren Sinne herausziehen könne, um die Ausfechtung Englisch-Russischer Rivalität der ersteren Macht vor der Hand allein zu überlassen. Auffällig ist mir, daß Tallenay, mit dem ich in sehr guten persönlichen Beziehungen lebe, etwa seit Weihnachten politisch viel zurückhaltender gegen mich als gegen Prokesch ist, was sonst weniger der Fall war.

Der leitende Gedanke mancher Österreichischen Staatsmänner ist der einer Österreichisch-Französisch-Russischen Verbindung gegen Preußen und England; Prokesch würde, sobald Rußland durch Türkische oder innere Verwickelungen geschwächt, und Österreich der Beistand der Coalition gesichert wäre, vielleicht noch lieber Rußland auf Seiten der Gegner sehen, und jedenfalls vor der Hand seine Freude an allem Schaden haben, den Rußland und England sich gegenseitig thun. Bezeichnend ist, daß Herr von Blittersdorf, [1] in seiner Eigenschaft als Österreichischer Mitarbeiter an der Postzeitung, den Beistand Amerikas gegen England mit den Worten anruft, man müsse den Teufel durch Beelzebub austreiben.

Ich habe schon erwähnt, welch doppeltes Spiel Prokesch in der Lippeschen Sache [2] getrieben hat, und berichte morgen [3] weiter darüber. Der Staatsrath Fischer, [4] eine wohlbeleibte unbeholfene Persönlichkeit, war vollständig erschüttert über die Perfidie, als deren Düpe er sich erkannte, wie ich ihm den wirklichen Sachverhalt auseinandersetzte, er gab seiner sittlichen Entrüstung mit so heftigen Körperbewegungen Ausdruck, daß er mit der ihn tragenden chaise longue vor meinen Augen zusammenbrach, und an der Menschheit wie an der Solidität hiesiger Tischlerarbeit gleichmäßig verzweifelnd an der Erde lag. Fischer ist übrigens ein in seinen Geisteskräften von der Altersschwäche stark entamirter Staatsmann, der langsam, aber sicher in die Kategorie der unpraktischen Redner hinabsinkt. Der eigentliche Beherrscher des Fürstenthums und des Fürsten zur Lippe scheint jetzt der gleichfalls hier anwesende Freiherr von Stitencron [5] zu sein, mit dem ich von der Universität her befreundet bin, und mit dem ich mich wohl vollständig in dem von Ew. Excellenz gebilligten Sinne verständigen werde.

---

1) cf. oben S. 6, Note 1.

2) cf. Band I, Einleitung S. 31* und die daselbst näher angeführten Urkunden, betreffend den Lippeschen Verfassungsstreit.

3) cf. Band I, Urkunde 228.

4) cf. oben S. 65, Note 2.

5) cf. Band I, Urkunde 228.

Digitized by Google

1854 Jan. 14. Er erzählte mir beiläufig üble Dinge von der unpreußischen Gesinnung unseres Westfälischen, besonders des Münsterschen Adels. Der jetzige Bischof Kettler[1]) hat sich schon als Preußischer Referendarius gegen ihn gerühmt, „mit 6000 Kerls wie er selber sei" wolle er diesen Staat über den Haufen werfen. Im Jahre 1850, bei der Mobilmachung, hat das 13. Landwehr-Cavallerie-Regiment bei Stitencron in Quartier gelegen, und Offiziere desselben, die dem alten Münsterschen Adel angehören, haben gesagt, sie würden bei dem ersten Zusammenstoß mit Bayern oder Österreichern übergehen, worauf ein Anderer, ein Brinken, geantwortet: „Dann wird sich wohl ein ehrlicher Ulan finden, der Euch die Lanze durch den Leib rennt".

Im Lippeschen selbst zeichnet sich durch preußenfeindliche Umtriebe ein Herr von Blomberg aus, früher Preußischer Beamter, der mit Prokesch Correspondenz unterhält. Fischer steht mit Metternich[2]) in Briefwechsel; er zeigte mir ein eigenhändiges Schreiben von dem Fürsten, in welchem dieser ihm in allgemeinen Ausdrücken die vollste Unterstützung Österreichs in der Verfassungsfrage in Aussicht stellt.

Aus Hannover höre ich, daß wir wahrscheinlich Herrn von Bothmer[3]) anstatt des Generals Jacobi[4]) hier wieder zu erwarten haben; bei der ritterschaftlichen Richtung des Ersteren ein Fingerzeig für die Absichten des neuen Ministeriums. Ich wäre über den Tausch nicht böse, denn Jacobi ist zwar ein braver Mann, aber zu wortkarg und verschlossen. Bothmer ist ehrlich, traut Prokesch nicht, und neigt mehr zu uns als nach Wien.

Aus Cassel geht mir von guter Hand die Nachricht zu, daß der Kurfürst von seiner Excursion nach Wächtersbach in Zorn gegen Hassenpflug zurückkehre, und namentlich aufgeregt ist über das Condolenzschreiben, welches er selbst gleich nach dem Attentat[5]) auf Hassenpflug's Verlangen an diesen gerichtet hat. Er soll die Absicht geäußert haben, den Fürsten Felix Hohenlohe, seinen Schwiegersohn, mit dem Minister-Präsidium zu betrauen.

Prokesch hat vorgestern zu Ehren des Belgischen Gesandten[6]) ein Diner in Uniform gegeben; es ist dies üblich bei dem Antritte eines neuen Gesandten; nachdem es bisher unterblieben war, dürfte diese um acht Monate verspätete Nachholung wohl auf besonderen Befehl von Wien aus zu Ehren Belgiens erfolgt sein. Von diesem Diner, welches bis auf die Beleuchtung ganz tadelfrei war, und bei dem zum ersten mal das neue und sehr schöne Kai-

1) Freiherr von Kettler, Bischof von Mainz.
2) cf. oben S. 37, Note 1.
3) Früherer Hannoverscher Bundestagsgesandter. cf. oben S. 71, Note 3.
4) Jacobi, Generalmajor und Staatsminister a. D., Nachfolger des Herrn von Bothmer seit 2. Juni 1853.
5) cf. oben S. 158 ff.
6) Aldephonse Baron Dujardin.

Digitized by Google

serliche Silberservice der Präsidialgesandtschaft producirt wurde, macht er 1854
einen erstaunlichen Lärm in den Zeitungen. Er ist seit einiger Zeit sehr sanft Jan. 14.
gegen mich, und vermeidet alle Zornausbrüche, vermuthlich auf Befehl. Dafür entschädigt er sich durch Verhetzungen hinter meinem Rücken, und war beispielsweise in diesen Tagen bemüht, Unfrieden zwischen Herwarth,[1] mir und Walderſee[2] anzustiften, hatte aber darauf nicht gerechnet, daß wir einander offen mittheilen würden, was er Jedem über den Anderen insinuirt hatte.

Es thut mir leid, daß Graf Arnim[3] in Wien sich auf das undankbare Feld einer Beschwerde über die Person und eine einzelne Perfidie derselben eingelassen hat, anstatt das System anzufassen.[4] Ich weiß nicht, ob Prokesch schon Kenntniß von unserer Klage in Wien hat, glaube es aber; sein Händedruck wird täglich herzlicher.

In Bezug auf die Meiningensche Domainenfrage habe ich heute berichtet;[5] ich fürchte, daß man in Wien die Wünsche des Herzogs mißbraucht, um im Sächsisch-Österreichischen Sinne auf ihn zu wirken.

Auch das Reſcript vom 9. in der Liquidationssache ist gestern Abend gekommen, und werde ich berichten, sobald Crüger[6] ausgerechnet hat, wie sich unser Conto nach diesen Vorschlägen stellt.

Sehr dankbar bin ich für die Aussichten, die Zietelmann in Betreff einer besseren polizeilichen Manipulation in Süddeutschland mitbrachte. Das Polizei-Präsidium hatte neulich wieder überraschend falsche Nachrichten von hier. Der Dr. X. sollte ein Agent des Herrn von Prokesch sein, und ein Herr von Y. hier Österreichischer Correspondent der Augsburger Zeitung. X. ist nicht nur unbrauchbar für Österreich, weil er nichts weiß, als den gewöhnlichen Polizeiklatsch über Stimmungen und vage allgemeine Behauptungen, sondern er

1) cf. oben S. 3, Note 5.

2) cf. oben S. 37, Note 4.

3) cf. oben S. 70, Note 1.

4) Die Beschwerde der Preußischen Regierung war veranlaßt durch die antipreußische Haltung der Österreichischen und von Österreich inspirirten Presse, sowie durch die von Herrn von Prokesch verübten mannigfachen Präsidialübergriffe. cf. Band I unserer Sammlungen, Urkunde 210.

5) Herr von Bismarck berichtete hier dem Minister Freiherrn von Manteuffel, daß, gleichwie im Herzogthum Altenburg, auch in Meiningen sich die Möglichkeit bieten werde, die Wünsche Sr. H. des Herzogs in der Domainenfrage ohne eine direkte Betheiligung des Bundes zu verwirklichen, sobald von Seiten der Herzoglichen Regierung mit derselben Entschiedenheit und Geschicklichkeit operirt werde, wie in Altenburg. Jedenfalls werde eine etwaige Mitwirkung des Bundes erst herbeigeführt werden, nachdem der Versuch einer Verständigung mit dem Landtage keine Aussicht auf Erfolg mehr böte. Bis dahin dürfte es sich darum handeln, bei der Herzoglichen Regierung dasjenige Vertrauen auf den Erfolg zu erwecken, dessen sie bedürfe, um die Durchführung der Wünsche Sr. H. des Herzogs überhaupt in Angriff zu nehmen.

6) cf. oben S. 44, Note 2.

Digitized by Google

1854 Jan. 14. wird auch nach wie vor von Österreich und dem Major Deetz alles Ernstes polizeilich und richterlich angegriffen. Herr von Y., ein hier verheiratheter Österreichischer Offizier a. D., kann kaum orthographisch schreiben, viel weniger in Zeitungen correspondiren, und hat gar keine Verbindungen hier, außer mit Pferden und Hunden".

75. Eigenhändiger Bericht, betr. den Badischen Kirchenconflict. Herrn v. Gerlach's Rundschau über den Badischen Kirchenconflict. Die Neutralität Preußens, Österreichs und Deutschlands in der orientalischen Frage. Engerer Anschluß Bayerns an Österreich und Russische Ordensverleihung an den Minister v. d. Pfordten. Beeinträchtigung der Sicherheit Preußens. Aus dem ultramontanen Lager. Bentincksche Streitsache. Umwandlung der Festung Mastricht in eine Bundesfestung. Nothwendigkeit von Vorsichtsmaßregeln in Bezug auf Mainz. Wiederaufnahme des Planes über die Aufstellung eines Bundescorps bei Frankfurt a. M. Garantievertrag von Mailand. 25. Januar 1854.

Jan. 25. „Nachdem ich gestern die telegraphische Weisung erhalten habe,[1]) werde ich morgen sogleich nach Schluß der Sitzung nach Karlsruhe abgehen; die Sitzung mag ich des Aufsehens wegen nicht versäumen, obschon Verhandlungen von Wichtigkeit nicht zu erwarten sind. Mein Badischer College[2]) hier hat mit mir neuerdings eingehender als früher über den Conflict von Freiburg gesprochen. Er hat keine Nachricht, daß ein Abkommen mit Kettler[3]) geschlossen sei; wenn er auch nicht zu den besonders Eingeweihten seines Gouvernements gehört, so glaube ich doch, daß er nunmehr, nach Verlauf von zehn Tagen, sichere Kunde haben müsse, wenn der „Waffenstillstand" wirklich so definitiv geschlossen wäre, wie mir Savigny unter dem 17. cr. schrieb. Mir wäre es nicht unlieb, wenn die Sendung nach Rom[4]) noch nicht unbedingt feststände; bei der Art, wie in der päpstlichen Allocution der Auflehnung des Erzbischofs gegen die Regierung gedacht wird, und bei der kühlen Aufnahme, welche die Badischen Demarchen bei dem Nuntius in Wien[5]) gefunden haben, muß ein bessis-

1) Der Minister Freiherr von Manteuffel ersuchte darin Herrn von Bismarck, sich nach Karlsruhe zu begeben, um die nach Lage der Sache wünschenswerthe Kräftigung der Badischen Regierung in Sachen des dortigen Kirchenconflicts durch Stärkung des Vertrauens auf Preußen herbeizuführen. cf. auch oben S. 160, Note 2.

2) Freiherr Marschall von Bieberstein, Wirklicher Geheimer Rath und Kammerherr, Badischer Gesandter am Bundestage.

3) cf. oben S. 164, Note 1.

4) Als Abgesandter der Badischen Regierung zu den diesbezüglichen Verhandlungen in Rom war Carl Erbgraf zu Leiningen-Billigheim, Hofmarschall des Prinz-Regenten von Baden, ausersehen.

5) Cardinal Michel Viale-Prelà, Erzbischof von Carthago, bekleidete damals die Stelle eines apostolischen Nuntius in Wien.

Digitized by Google

jenes Aufsuchen der Verhandlung mit Rom nothwendig den Eindruck machen, daß das Gefühl der Unbehaglichkeit und das Bedürfniß, der gegenwärtigen Lage ein Ende zu machen, auf Großherzoglicher Seite stärker sei, als auf Bischöflicher; und doch ist es umgekehrt, besonders nach dem Auftreten der Badischen Landesvertretung. Sowenig sich daher die Badische Regierung der Verhandlung mit Rom, sobald sie von der anderen Seite nahe gelegt wird, entziehen sollte, sowenig scheint es ihren Interessen zu entsprechen, eine empressirte Initiative in dieser Beziehung zu nehmen. Da der Regent die Haltung Österreichs schon aus der Presse erkennen konnte, so würde ich in seiner Stelle nicht mit dem Nuntius in Wien angeknüpft haben, der, außer der Rücksicht auf seine Kirche, auch die auf den Kaiser von Österreich zu nehmen hatte. 1854 Jan. 25.

Dem General Gerlach[1]) habe ich über den Eindruck geschrieben, welchen mir die „Rundschau“[2]) gemacht hat, und über die Feindschaft, in welcher sie mit der Preußischen Politik in catholicis steht. Seine Replik darauf habe ich bisher nicht; er klagt, daß man seinen Bruder[3]) der Polizei und dem Staatsanwalt preisgebe; ich würde in diese Klagen einstimmen, wenn ich glaubte, daß es mit einem wirklichen Strafverfahren gegen ihn Ernst wäre. Ich betrachte die Unterdrückung der „Rundschau“ als eine durch die äußere Politik gebotene Maßregel; Gerlach's Person dagegen in Anspruch zu nehmen, würde ich, auch wenn ich unabhängig von allen persönlichen Sympathien und Rücksichtnahmen zu urtheilen suche, für politisch bedenklich halten. Seine etwaige Bestrafung würde in und außer der Kammer weniger ihrer juristischen Begründung nach und mehr im Lichte eines Kriteriums für unsere Parteistellungen, eines Fehdebriefs für die äußerste Rechte, aufgefaßt werden, und in diesem Sinne eine unverhältnißmäßige Tragweite erreichen können.

Ich habe vor einigen Tagen schon gemeldet, was mir über den Betrieb einer Neutralitäts-Erklärung am Bunde[4]) zur Kenntniß gelangt war. Heute habe ich eine Broschüre[5]) gesehen, aber noch nicht lesen können, die in einer Österreichischen Officin zu Leipzig erschienen ist, und jenen Bestrebungen die

1) cf. oben S. 4, Note 3.

2) cf. oben S. 160.

3) cf. oben S. 160, Note 3.

4) Am 24. Januar 1854 zeigte Herr von Bismarck dem Minister Freiherrn von Manteuffel in einem vertraulichen Schreiben an, der beim Bunde accreditirte Französische Gesandte habe ihm Tags vorher mitgetheilt, wie er aus ganz sicherer Quelle wisse, daß von Österreich ein neuer Versuch beabsichtigt werde, den Deutschen Bund zu einer ausdrücklichen Neutralitäts-Erklärung zu bestimmen. „Wie er mir sagte, wußte er nicht, mit welcher der Bundesregierungen eine Verständigung bereits erfolgt sei, glaubte aber als wahrscheinlich annehmen zu können, daß in kürzester Zeit von Wien aus der Preußischen Regierung Eröffnungen über die angedeutete Absicht gemacht werden würden“.

5) „Die Neutralität Preußens, Österreichs und Deutschlands sichert die Unmöglichkeit des Krieges.“ Leipzig bei Remmelmann (Österreichischer Verlag in der Zollvereinskrise).

Digitized by Google

1854 Jan. 25. Wege ebnen soll; nach flüchtigem Einblick sehe ich nur, daß sie Preußen gröblich schmeichelt, und sich ganz besonders an die persönlichen Gefühle unseres Allergnädigsten Herrn adressirt.

Der enge Anschluß Bayerns an Österreich tritt auch hier neuerdings wieder stärker und äußerlicher hervor. Die Verleihung des Alexander-Newsky-Ordens an von der Pfordten[1]) macht Aufsehen; man legt ihr Gewicht bei im Sinne einer antipreußischen Demonstration, einer Russischen Billigung der Coalitions-Politik. Beust's Anblick soll die Begehrlichkeit nach diesem Orden bei seinen Münchener Collegen geweckt haben, und man macht Bayerischer Seits kait von der schnellen Befriedigung derselben.

Als Symptom dafür, daß etwas gegen uns im Werke ist, betrachte ich das Bestreben meiner coalitionistischen Collegen, die Situation Preußens als besonders exponirt und unsicher darzustellen, und uns und Anderen einzureden, daß wir am Rhein und in Posen vollkommen Analoga für Österreich-Italien und Ungarn hätten und deshalb der Anlehnung ebenso bedürftig wären. Der unangenehmste Bundesgenosse unserer Gegner ist auf diesem Felde der wetteifernde Ehrgeiz unserer Polizeibeamten, Verschwörungen zu entdecken und die Resultate dieser Bemühungen, sowie die beabsichtigten und verhinderten Verbrechen in einer Weise aufzuputzen, daß man den eingeschüchterten Gemüthern im bengalischen Feuer eines ununterbrochenen Rettens der Krone und der Gesellschaft aus haarsträubenden Gefahren erscheint. So circuliren jetzt wieder Räubergeschichten über den Plan, Graudenz zu verrathen, über die Bestechung sämmtlicher dortiger Unteroffiziere; Gerüchte, die im Auslande zu der Größe einer die politische Action Preußens lähmenden Gefahr heranwachsen, und die sich muthmaßlich auf die Bestechung einiger Gefangenwärter durch wohlhabende Sträflinge reduciren. Unsere „Bundesgenossen" sehen gern in solchem Vorgange den einzelnen Funken, der trotz der Anstrengung der Regierung das Dasein des weit verbreiteten inneren Brandes von Posen, Preußen und Schlesien verräth. Die Geschicklichkeit, Agentenberichte für Thatsachen halten, und diese aufschwellen zu lassen wie Faust's Pudel hinter dem Ofen, ist unserer politischen Polizei im hohen Grade eigen, und sie übt sie mit einem bemerkenswerthen Mangel an Rücksicht auf den Glauben an die Sicherheit unserer Zustände, dessen wir zur Erhaltung unseres Credits in der auswärtigen Politik bedürfen.

Das Polizeithema bringt mich nochmals auf die Ultramontanen. Im vorigen Jahre wurde einer meiner Preßarbeiter, der besonders in der „Mittelrheinischen Zeitung" den katholischen Umtrieben entgegentrat, auf Veranlassung der Cölner Polizei wegen „socialistischer Tendenz" verfolgt, und sollte ausgewiesen werden; ich bewirkte durch Vermittelung des Oberpräsidiums die

1) cf. oben S. 63, Note 2.

Digitized by Google

Zurücknahme, und der Zusammenhang wird mir erst jetzt klar, wo ich erfahre, daß der Polizei-Direktor Geiger ein naher Verwandter des Erzbischofs von Geissel[1]) ist. 1854 Jan. 25.

In der Bentinckschen Sache[2]) ist Geheimer Rath Erdmann wieder hier, um auf den Prätendenten[3]) zu wirken, findet aber das Nest leer, da der Graf vor einigen Tagen, unter dem Vorgeben, krank im Bett zu liegen, heimlich verreist ist; vermuthlich um eine Zusammenkunft mit seinem Feinde, dem faktischen Besitzer, zu haben, und sich mit diesem, wenn es angeht, auf bessere Bedingungen, als die Oldenburgischen sind, zu verständigen. Eisendecher[4]) macht bonne mine dazu und sagt, man werde sich in Oldenburg freuen, wenn der Streit auf diesem Wege geendet würde. Das glaube ich nicht, aber auch nicht an eine Einigung zwischen den streitenden Grafen; es müßte denn wirklich das Mißverhältniß zwischen dem Gebot Oldenburgs und dem Werth der Güter so groß sein, wie die Bentinck's behaupten.

Wegen der Festung Mastricht berichte ich morgen;[5]) gegen Hollands Neigung läßt sich die Sache nicht durchfechten, und ist Holland wider Erwarten dafür zu gewinnen, so wird es sich doch *jetzt* nicht darüber aussprechen und Frankreichs Argwohn reizen wollen. Prokesch geht sehr bereitwillig auf die Sache ein, meint aber auch, daß der Gedanke, eine Bundesfestung daraus zu machen, unausführbar sei, auch wenn Holland darauf eingehen wollte; der Bund thut es nicht.

Die Eingabe des Gouvernements von Mainz, in Betreff der Nothwendigkeit von Vorsichtsmaßregeln,[6]) scheint den Nebengedanken von Geldforderun-

---

1) Johannes von Geissel, seit 1846 Erzbischof von Cöln, wegen seiner eifrigen Bestrebungen für die Herstellung der Unabhängigkeit der Kirche von der Staatsgewalt 1850 von der römischen Curie zum Cardinal ernannt; gestorben 1864.

2) cf. oben S. 39, Note 1.

3) Carl Graf von Bentinck war der Hauptkläger und Prätendent der Bentinckschen Güter, der faktische Besitzer war Gustav Graf von Bentinck. Erledigt wurde der s. g. Bentinckschen Erbfolgestreit, dessen erste Fäden bis in das Jahr 1827 reichen, durch Vergleich vom 30. Juni 1854. Hiernach kam das gesammte Oldenburg-Bentinckschen Familienfideicommiß, soweit dasselbe aus Liegenschaften bestand, an Oldenburg; Kläger und Beklagte erhielten sehr beträchtliche Geldentschädigungen.

4) cf. oben S. 56, Note 1.

5) Es verlautete damals, die Niederländische Regierung gehe mit dem Plane um, die Vertheidigungsfähigkeit der Festung Mastricht zu schwächen. Wenn auch Zweifel darüber obwalteten, inwieweit der Deutsche Bund zu einer Einsprache gegen solche Maßregeln berechtigt, und inwieweit diese Einsprache eventuell augenblicklich opportun war, so war doch unverkennbar, daß Mastricht für gewisse militairische Eventualitäten ein wichtiger Punkt für die militairischen Operationen des nordwestlichen Deutschlands bilde, und daß sein fortifikatorischer Zustand die Aufmerksamkeit Preußens verdiene; deshalb ersuchte der Minister Freiherr von Manteuffel Herrn von Bismarck unterm 17. Dezember 1853, die Angelegenheit zum Gegenstand vertraulicher Besprechung mit Herrn von Prokesch zu machen.

6) Zum Schutze der Bundesfestung Mainz gegenüber den Französischen Rüstungen be-

Digitized by Google

1854 Jan. 25. gen, unabhängig von der Liquidationsfrage, zu haben. Prokesch sprach von der Eventualität, nöthigenfalls die hiesige Besatzung nach Mainz zu werfen. Ein Offizier des Frankfurter Bataillons, einer Österreichisch-patrizischen Familie angehörig, hat vorgestern schon behauptet, aus guter Quelle zu wissen, daß sein Bataillon bald nach Mainz käme.

Nicht unmöglich ist es, daß Österreich, wenn der hiesige Oberbefehl jetzt an uns übergeht, [1]) die Idee eines aufzustellenden Bundescorps [2]) wieder anregt, daß diese dann bei den Betheiligten mehr Anklang findet, und unser Oberbefehl wieder in Frage gestellt wird. Meines Erachtens kann aber eine derartige Aufstellung solange nicht stattfinden, als nicht herausfordernde Maßregeln Frankreichs uns dazu berechtigen, [3]) und dann wird hoffentlich diese kleinliche Rivalität in dem einen oder dem anderen Wege ihr Ende finden.

Ich weiß nicht, ob schon über Verlängerung oder Aufhebung unseres im Mai ablaufenden Vertrages über die Garantie von Mailand verhandelt worden ist. Wenn es geschieht, so möchte ich anheimstellen, nicht die Erneuerung definitiv abzulehnen, sondern sie an Bedingungen zu knüpfen, welche Anlaß zu weiteren Negotiationen bieten, event. die Ursache des Nichtzustandekommens in Österreichs Weigerung finden lassen, auf billige Concessionen einzugehen".

76. Eigenhändiger Bericht, betr. die Enthüllungen über Frhr. v. Prokesch. Wünsche Rußlands in Bezug auf die politische Haltung Preußens. Sendung des Grafen v. Orloff. Abhängigkeit Preußens von Österreich. Bruch der Preußischen Regierung mit dem Präsidenten v. Gerlach. Besetzung der Festung Mastricht durch Preußen. 2. Februar 1854.

Febr. 2. — — „Die Enthüllungen über Prokesch [4]) haben mich sehr amüsirt; ich

antragte der Vice-Gouverneur von Mainz u. A. eine alsbald einzuleitende Überwachung und militairische Besetzung der Bayerisch-Pfälzischen und Hessischen Ludwigs-Bahn, die Rasirung des Außenfeldes der Festung Mainz und eine Verstärkung der Besatzung.

1) cf. oben S. 85 und 127.

2) cf. Band I, S. 10* sowie die Urkunden 5 und 70.

3) Der Minister Freiherr von Manteuffel erwiderte Herrn von Bismarck, er warte eine Äußerung aus Wien ab, und mache unterdessen dem Kriegsminister Mittheilung (Telegraphische Depesche vom 25. Januar 1854). Unterm 30. Januar 1854 äußerte sich demnächst der Kriegsminister von Bonin, daß auch nach seiner Ansicht die Anträge des Vice-Gouverneurs von Mainz unter den augenblicklichen politischen Verhältnissen nicht zur Erfüllung geeignet erschienen.

4) Gemeint ist die im I. Bande unserer Sammlung erwähnte, in Preußens Hände gefallene Correspondenz des Freiherr von Prokesch mit Österreichischen Agenten, worüber sich Herr von Bismarck des Näheren in seinem Berichte vom 2. Februar 1854 (Band I, Urkunde 236) verbreitet.

Digitized by Google

glaube, daß man noch üblere Dinge bei ihm entdecken könnte; aber daß er so unvorsichtig ist, dergleichen aufzubewahren und eigenhändig zu schreiben, überrascht mich und macht ihn mir als Gegner noch lieber. 1854 Febr. 2.

Der hiesige Vertreter Rußlands, Herr von Glinka, der übrigens nur das erfährt, was an alle Russischen Agenten gelangt, besuchte mich gestern, und sprach in dem Sinne, daß Rußland nicht unbillig genug sei, um von uns eine materielle Unterstützung für Zwecke, die uns fern lägen, zu erwarten, und daß man zufrieden sei, wenn wir uns von der anderen Seite nicht zu feindseligen Demonstrationen gegen Rußland bewegen ließen. Ich sehe nicht ein, was uns auch dazu treiben könnte; zu gewinnen haben wir auf der Grenze nichts; da eine Vermehrung unserer polnisch-katholischen Unterthanen keine Kräftigung wäre, und wir unsere Anstrengungen nicht gegen Rußland verwenden können, ohne uns in demselben Maße abhängig von Österreich zu machen und in Deutschland Feld zu verlieren.

Man schreibt der Sendung des Grafen Orloff[1]) hier den Zweck zu, sich über die Haltung Österreichs für den Fall zu vergewissern, daß die Russen die Donau überschreiten.

Die Österreichische Presse bemüht sich unausgesetzt, uns als im Schlepptau von Wien befindlich erscheinen zu lassen; wenn wir überhaupt kriegslustig wären, so könnte unsere Haltung allerdings von der Österreichs abhängen, aber nur insoweit, als Österreich der einzige Gegner für uns wäre, von dem wir etwas gewinnen könnten, und wir daher jedenfalls die Seite gegenüber wählen müßten.

Vom Präsidenten Gerlach[2]) höre ich, daß er den Abschied nehmen will, falls der Prozeß gegen ihn[3]) Fortgang nimmt; seine politische Geltung würde durch eine solche Wendung mehr steigen als fallen; für die Stellung der Regierung zu den Parteien, zu Höchsten Personen und zu den ehrgeizigen Bestrebungen anderer Prätendenten fürchte ich aber eine nachtheilige Wirkung von dem formellen Bruch der Regierung mit Gerlach, und Letzterer scheint mir, selbst von einem mehr centralen Standpunkte als dem meinigen aus betrachtet, ein Gegengewicht gegen andere Feinde oder „bedingte" Bundesgenossen, dessen Deplacirung aus seiner jetzigen Lage die Regierung schwächen würde.

In Betreff der Festung Mastricht[4]) höre ich, daß im März 1848 ein Holländischer General nach Berlin geschickt wurde, um dort die Besetzung

---

1) Alexander Feodorowitsch Graf von Orloff, geboren 1788, der Vermittler des Friedensvertrages von Adrianopel vom 14. September 1829, demnächst Russischer Botschafter in Constantinopel, Begleiter des Kaisers Nicolaus auf seiner Reise nach Olmütz; 1854 wurde derselbe nach Wien entsandt, um Österreich für die Russische Politik zu gewinnen. Seit 1856 in den Fürstenstand erhoben.

2) cf. oben S. 160, Note 3.

3) cf. oben S. 167.

4) cf. oben S. 169.

Digitized by Google

1854 Febr. 2. Mastrichts uns anzubieten, daß er aber bei seiner Ankunft die März-Tage vorfand, und deshalb umgekehrt ist, ohne seinen Auftrag auszurichten".

77. Eigenhändiger Bericht, betr. den Urlaub zum Besuche von Schönhausen. Österreichische Circulardepesche. Beziehungen zwischen Österreich und Bayern, sowie Haltung der Mittelstaaten in der orientalischen Frage. Preußenfreundliche Wandlung des Frhr. v. Prokesch; Opportunität einer Erklärung der Deutschen Großmächte in der orientalischen Frage. Verhinderung jedwelcher Demonstration des Bundes durch England und Frankreich. Allianzfähigkeit Österreichs. Zerstreuung der Furcht vor einer Isolirung Preußens; Warnung vor einem verfrühten Festlegen der Preußischen Politik; Schlußfolgerungen für das Verhalten gegenüber Österreich. Einsendung der allgemeinen politischen Circulardepeschen an Herrn v. Bismarck. Herr v. Brunnow.*) 15. Februar 1854.

Febr. 15. „Ew. Excellenz sage ich zuvörderst meinen Dank für die Bewilligung des von mir erbetenen Urlaubs nach Schönhausen.[1]) Ich habe denselben bisher noch nicht angetreten, weil ich noch Nachricht über das Resultat einer ohne mich dort angestellten Forschung erwarte, welches möglicher Weise meine Hinreise unnöthig macht. Ein Aufenthalt von wenig Tagen auf einem unbewohnten Gute gehört zu den unbehaglichsten Erlebnissen, besonders im Winter; man bleibt gerade lange genug, um den Kelch der Ansprüche und Beschwerden von Pächtern und Einwohnern bis zur Hefe zu leeren, und die mißlichen Versuche einer aus der Übung gekommenen Heizung zu erleben, der Vexationen höflicher und neugieriger Nachbarn nicht zu gedenken.

Das Ereigniß des Tages in der hiesigen Diplomatie ist die Österreichische Circulardepesche vom 9. cr.[2]) Man hat nicht geglaubt, daß das Wiener

*) Hat dem König vorgelegen.

1) Anfangs Februar 1854 wurde Herr von Bismarck von seinem Kreisgerichte aufgefordert, bei Vermeidung gewisser Rechtsnachtheile binnen 14 Tagen verschiedene alte, auf ländliche Verhältnisse Bezug habende, ihm ganz unbekannte Documente zu produciren. Herr von Bismarck bat demnächst (6. Februar) den Minister von Manteuffel, sich auf ein oder zwei Tage nach Schönhausen begeben zu dürfen, da sein Hausverwalter daselbst nach seinem Bildungsgrade nicht im Stande sei, zu ermitteln, ob sich das Gesuchte unter den seit 70 Jahren nicht geordneten Papiermassen befindet, welche Herr von Bismarck unter dem Namen „Archiv" ererbt hatte. Der Minister Freiherr von Manteuffel entsprach dem Ansuchen.

2) In der gedachten Circulardepesche verbreitete sich Graf Buol zunächst des Näheren über die Ziele der Mission des Grafen Orloff nach Wien. Die Aufträge dieses Unterhändlers bezogen sich theils auf die Frage der Friedensunterhandlungen zwischen Rußland und der Türkei, theils auf die Stellung, welche Österreich in der Eventualität eines Krieges zwischen Rußland und den Westmächten einnehmen werde. Die Gegenvorschläge des Russischen Cabinets auf die in St. Petersburg von Österreich befürworteten Anerbietungen der

Digitized by Google

Cabinet die durch Graf Orloff angebrachten Wünsche so unumwunden abgelehnt hätte, und namentlich nicht, daß Rußland sich weigern werde, die von 1854 Febr. 15.

Pforte waren von Graf Buol nicht geeignet befunden worden, um sie an die Regierung des Sultans zu befördern. — — — „Es konnte daher nur beschlossen werden, die Russischen Gegenvorschläge den an der Conferenz betheiligten Höfen vorzulegen. Auf das Tiefste mußten wir bedauern, daß wir unsere Stimme nicht in anderem Sinne abgeben konnten, und wir haben in Folge dieses Vorganges um so dringender unsere Bestrebungen erneuert, Rußland günstiger für die ihm dargebotenen eben so gerechten, als ehrenvollen Bedingungen zu stimmen. Zu demselben Zweck hat Preußen erneuete Schritte gethan, und was die Cabinette von Paris und London betrifft, so läßt uns ihre Sprache nicht daran zweifeln, daß sie im Verein mit den beiden Deutschen Mächten die Wege friedlicher Unterhandlung solange als irgend möglich offen zu halten bestrebt sein werden. Graf Orloff überbrachte uns aber noch weitere Vorschläge, die zugleich an den Berliner Hof durch das Organ des dortigen K. Russischen Gesandten gerichtet worden waren. Der Zweck derselben war, daß von den drei Höfen von Wien, Berlin und St. Petersburg Angesichts der Gefahren der gegenwärtigen Lage, ein Protokoll unterzeichnet werden sollte, wodurch Österreich und Preußen sich verpflichtet hätten, eine strenge Neutralität zu beobachten, und dieselbe nöthigenfalls im Bunde mit Rußland mit den Waffen in der Hand zu behaupten. Diese letztere Macht hätte dagegen allerdings die Verpflichtung übernommen, im Verlaufe der Ereignisse im Orient zu definitiven Entschließungen nicht vorschreiten zu wollen, ohne sich vorher darüber mit den beiden Deutschen Mächten in Einvernehmen gesetzt zu haben. Schon im Augenblicke der Ankunft des Grafen Orloff in Wien war die Nachricht hierher gelangt, daß dieser Vorschlag die Zustimmung des K. Preußischen Hofes nicht gefunden habe. Wäre dies aber auch nicht der Fall gewesen, so würden doch die Entschließungen Sr. M. des Kaisers und anderer Höfe, ungeachtet des engen zwischen den beiden Kaiserhöfen bestehenden Freundschaftsbündnisses, dem Vorschlage Sr. M. des Kaisers Nicolaus sich nicht haben zuneigen können. Entscheidende Erwägungen mußten unserem erhabenen Monarchen die Beibehaltung der seither beobachteten unparteiischen und abwartenden Haltung anrathen. Österreich ist vom Anfange des Russisch-Türkischen Streites an unermüdlich bestrebt gewesen, diese unglückliche Verwickelung auf die möglichst engen Grenzen zu beschränken. Es durfte hoffen, diesen Zweck auf das Wirksamste zu fördern, indem es erklärte, sich der Theilnahme an dem Streite seiner beiden Grenznachbarn enthalten zu wollen, und indem es seinen Wunsch, neutral zu bleiben, so offenkundig als möglich aussprach und bethätigte. Unseren Deutschen Bundesgenossen wird aber noch gegenwärtig sein, daß, als wir uns zur Zeit der Türkischen Kriegserklärung in ihrer Mitte über unsere Stellung erklärten, wir unsere Neutralität auf die uns von dem K. Russischen Hofe gegebenen Zusicherungen stützten und ihre Bewahrung an die Bedingung knüpften, daß nicht die eigenen Interessen der Österreichischen Monarchie, mit welchen jene Deutschlands so innig verbunden sind, uns eine andere Haltung zur Pflicht machen würden. Diese Interessen waren hinlänglich geschützt, solange der Streit nur zwischen Rußland und der Türkei schwebte und die erstere Macht in der Defensive bleiben zu wollen erklärte, während zugleich ihre Versicherungen die Erhaltung der Souverainetäts-Rechte des Sultans und der Integrität des Ottomanischen Gebietes verbürgten. In solcher Lage der Dinge konnte Österreich in einer für Rußland freundschaftlichen Neutralität verharren, und Se. M. der Kaiser, unerschütterlich treu den Grundsätzen, auf welchen die mächtige und wohlthätige Allianz der drei Mächte beruht, würde mit der größten Entschiedenheit diese Stellung nach allen Seiten hin behauptet haben. Eine ganz andere Lage aber ist es, welche der durch den Grafen Orloff uns vorgelegte Protokoll-Entwurf voraussetzt. Rußland hat darin den Fall vor Augen, daß die Parteinahme Englands und Frankreichs für die Türkei es zur Ergreifung einer energischen Offensive nöthi-

Digitized by Google

1854 Österreich verlangten Garantien in Betreff der Erhaltung des Territorialbe-
Febr. 15. sitzes in Europa zu geben.

gen werde, und es verhehlt sich selber nicht, daß es der menschlichen Voraussicht nicht gegeben ist, die Folgen der Entfaltung seiner Macht in einem Kriege gegen die Türkei und ihre Bundesgenossen zu berechnen. Der Übergang der Russischen Armeen über die Donau würde voraussichtlich das Signal zur Erhebung der christlichen Bevölkerung des Türkischen Reiches geben, und das erste Glied einer Kette von Ereignissen sein, bei deren Verlauf und möglicher Lösung ein großer Theil der wichtigsten Interessen Österreichs und der Staaten, deren Vorhut es bildet, in Frage stehen würde. Der K. Russische Hof hat sich zwar zu den Versprechungen bereit erklärt, nicht ohne die beiden Deutschen Mächte zu definitiven Verabredungen über das Loos des Türkischen Ländergebietes überzugehen. Aber die Zukunft könnte Thatsachen herbeiführen, die Niemand nach seinem Willen zu lenken im Stande wäre, und die freundschaftlichste Absicht Sr. M. des Kaisers von Rußland vermöchte in jene Zusage nicht diejenige volle Gewähr für unsere Stellung zu legen, die es uns unbedenklich erscheinen lassen könnte, durch eine Verpflichtung zu unbedingter Beobachtung der Neutralität uns die Hände zu binden. Eine solche Verpflichtung würde uns auf der einen Seite die nöthigen Bürgschaften nicht verschaffen; sie würde auf der anderen unsere Verhältnisse zu den Westlichen Mächten, mit welchen wir uns gemeinschaftlich zu den Grundsätzen des Protokolls vom 5. Dezember v. J. bekennen, nothwendig in eine schwierige Lage bringen. Von diesen Erwägungen geleitet, haben Se. M. der Kaiser Sich gegen Ihren erhabenen Freund und Verbündeten, den Kaiser Nicolaus, mit Offenheit dahin ausgesprochen, daß Allerhöchstdieselben es für Ihre Pflicht halten, die Freiheit Ihrer Entschlüsse in der Eventualität einer weiteren Ausdehnung der orientalischen Verwickelung nicht aufzugeben. Ähnliche Betrachtungen hat der Vorschlag Rußlands auch am K. Preußischen Hofe hervorgerufen; und gewiß werden die Deutschen Regierungen mit Beruhigung und Freude die Übereinstimmung der Ansichten begrüßen, die sich unter Umständen von so großer Tragweite zwischen Österreich und Preußen kundgegeben hat, selbst ohne daß die Gleichmäßigkeit des Verhaltens der beiden Mächte durch eine vorgängige Verständigung vorbereitet worden wäre. Eine Folge der soeben dargelegten Auffassung unserer Lage ist auch die von Sr. Majestät beschlossene Aufstellung eines Truppencorps von 25 000 Mann im Banate und der Serbischen Wojwodina. Diese militairische Anordnung überschreitet nicht die Linie der bis jetzt von uns beobachteten streng neutralen Haltung. Sie hat keinen gegen Rußland feindlichen Charakter, sondern ist nur bestimmt, die Sicherheit unserer Grenzen vor jeder Verletzung zu bewahren, uns im Falle ausbrechender Unruhen gegen deren weitere Verbreitung zu schützen, und uns der Aufrechthaltung der völkerrechtlich anerkannten Zustände nach allen Seiten hin zu versichern. Wir sind durchdrungen von der Schwierigkeit der Zeitumstände und unserer eigenen Aufgabe; aber die Kraft der Grundsätze, die uns leiten, die Lauterkeit des Zweckes, der uns vorleuchtet, lassen uns an der Hoffnung festhalten, daß es uns zuletzt dennoch gelingen wird, zur Wiederherstellung besserer Verhältnisse zwischen den Europäischen Mächten und zur Abwendung der Folgen vorübergehender Störungen beizutragen. Die Anhänger der erhaltenden Politik in Europa, die gewohnt sind, in dem engen Bündnisse Rußlands mit den beiden Deutschen Mächten und in der persönlichen innigen Freundschaft der drei Monarchen die stärkste Schutzwehr gegen das Überfluthen der revolutionären Elemente zu erblicken, werden uns das Vertrauen schenken, daß wir das Äußerste thun werden, um uns selbst und unseren Zeitgenossen dieses während so langer Zeit unverletzt gebliebene Palladium der allgemeinen Sicherheit und des Friedens zu erhalten. Welcher Erfolg aber auch unseren Bemühungen vorbehalten sein mag, wir sind fest überzeugt, an den befreundeten Regierungen Deutschlands sichere und treue Bundesgenossen zu haben, und sowie uns die Wahrung der In-

Digitized by Google

Zwischen Bayern und Österreich scheint einige Erkältung eingetreten zu sein, an deren Ursache ich der orientalischen Frage den Hauptantheil zuschreibe. Was ich durch meine Collegen und anderweit höre, macht überhaupt den Eindruck, daß die Höfe von München, Stuttgart und Dresden ihre Blicke weniger nach Berlin und Wien, als nach Petersburg richten, mit dem Hintergedanken eines Französisch-Russischen Bündnisses, in welchem ihnen bisher Österreich als der Dritte vorschwebte. Wiederholt habe ich vernommen, daß die Vertreter jener Mittelstaaten andeuteten, daß Rußland durch das kalte oder gar feindselige Verhalten der Deutschen Großmächte dazu gedrängt werde, sich mit Frankreich zu verständigen, und daß letzteres ohne Zweifel derartigen Bestrebungen schließlich sich geneigt zeigen werde, weil es sich mehr und mehr herausstellen müsse, daß Frankreichs jetzige Politik mehr den Englischen Interessen als den eigenen diene. 1854 Febr. 15.

Herr von Prokesch war unter dem Eindrucke der Circulardepesche anscheinend sehr niedergeschlagen. Er sprach mir viel von seinen Bemühungen im Jahre 1849, einen engeren Anschluß Norddeutschlands an Preußen zu fördern, und ließ durchblicken, daß er noch jetzt von der Nothwendigkeit einer derartigen Gestaltung überzeugt sei. Überhaupt ist er in der letzten Zeit fast schwarzweiß zu nennen, thut nichts, ohne mich zu fragen, findet jede Änderung genehm, die ich vorschlage, und gewährt ein Bild der Sanftmuth und Nachgiebigkeit. Auch er besorgt eine oppositionelle Haltung der Mittelstaaten gegen die beiden Großmächte, und findet die Schuld davon einigermaßen bei den letzteren, weil wir es versäumten, durch gemeinsame Acte in Betreff der orientalischen Frage die Solidarität des Bundes hervorzuheben, und die kleineren Staaten zu fesseln und zu leiten; dadurch würden diese unsicher und fielen fremder Leitung anheim. Etwas wahres ist daran, wenn auch Bayern und ein ehrgeiziger Störenfried wie Beust durch bloße Mittheilungen und gemeinsame Acte zu Protokoll sich schwerlich fesseln lassen. Ich kann in diesen stets erneuerten Anregungen zu einem anscheinend so inhaltlosen Act wie eine Erklärung, daß der Bund zusammenhalte, oder daß er solidarisch neutral bleiben wolle, oder in einer von den Übrigen dankend entgegengenommenen Erklärung der beiden Großmächte nur die alternative Absicht sehen, entweder ein Österreichisches Börsenmanöver zu machen, oder unsere Unabhängigkeit in das Gewebe einer Bundes-Präsidial-Politik einzuspinnen. Wenn man gewiß wäre, daß es nur dem erstgenannten Zweck gälte, und ihn wirklich erreichte, so könnte man ihnen den Gefallen wohl thun. Herr von Prokesch äußerte, daß für ihre inneren Verhält-

---

teressen, für die wir an unseren südöstlichen Grenzen einstehen, auch in unserer Eigenschaft als Deutsche Bundesmacht am Herzen liegt, so dürfen wir die Hoffnung hegen, daß unseren Anstrengungen für eine gemeinsame Sache die Anerkennung und Billigung, und wenn je im Gange der Ereignisse auch an die gemeinsame *Kraft* die Anforderung erginge, die thatkräftige Unterstützung der Deutschen Regierungen zur Seite stehen werde".

Digitized by Google

1854 Febr. 15. nisse, besonders die finanziellen, das Scheitern der Mission Orloff's [1]) ein furchtbarer Schlag sei, und seine Worte ließen mich annehmen, daß er weitergehende Rüstungen Österreichs voraussah. Ein Österreichischer Bankerott würde gewiß auch in unseren Grenzen als Calamität gefühlt werden; und ob es überhaupt unseren Interessen entspricht, auf fernere Schwächung der europäischen Stellung Österreichs hinzuarbeiten, darüber könnte ich nur eine Ansicht haben, wenn mir die politische Richtung, welche zu verfolgen in den Allerhöchsten Intentionen liegt, und das Maß von Kühnheit und Energie, welches dabei entwickelt werden soll, einigermaßen bekannt wäre.

Von Seiten der Vertreter Englands [2]) und Frankreichs [3]) wird hier täglich, und von Ersterem in Folge eines Special-Auftrages des Lord Clarendon [4]) auf mich in der Absicht eingewirkt, daß ich dem Plan einer Neutralitäts-Erklärung oder sonstigen Demonstration am Bunde entgegenarbeiten soll. Ich bin von der Bedeutung eines derartigen Actes nicht hinreichend durchdrungen, um mir den Eifer, welchen jene beiden Herren dabei entwickeln, erklären zu können. Herr von Tallenay sagt, es gehe ihm darin ebenso, er sei aber dazu angewiesen. Möglicherweise wünscht man Österreich zum Gegner, uns aber zum Verbündeten zu haben, und sieht deshalb jede engere Verkettung zwischen der Politik unseres und des Wiener Cabinets ungern. Es giebt allerdings viele Politiker, die der Ansicht sind, daß es heutzutage besser sei, Österreich zum Gegner als zum Verbündeten zu haben, weil seine Hülfsbedürftigkeit gegen Schulden, Italiener und Ungarn größer sei, als seine Fähigkeit, Anderen zu helfen. Ob es wahr ist, darüber muß Graf Arnim [5]) eher urtheilen können als ich; aber ganz unbedenklich halte ich die Frage keinenfalls, und ich kann nicht leugnen, daß es mich einigermaßen erschreckt hat, aus Briefen von Freunden zu entnehmen, daß sich in der Umgebung Sr. Majestät eine Art von Graulichkeit zu erkennen giebt, bei dem Gedanken an die Einsamkeit, in welcher wir uns nach der Trennung von Rußland befänden, und die deshalb einen engeren Anschluß als bisher an Österreich, und die Vermeidung aller Streitfragen mit letzterem, für nöthig hält. Es würde mich ängstigen, wenn wir vor dem möglichen Sturm dadurch Schutz suchten, daß wir unsere schmucke und seefeste Fregatte an das wurmstichige alte Orlogschiff [6]) von Österreich koppelten. Wir sind der bessere Schwimmer von beiden, und jedem ein willkommener Bundes-

---

1) cf. oben S. 171, Note 1.
2) Sir Alexander Malet.
3) Herr von Tallenay.
4) Großbritannischer Staatssecretair des Äußern.
5) cf. oben S. 70, Note 1.
6) Orlog (holländisch Oorlog), Krieg, daher Orlogsflotte soviel wie Kriegsflotte, Orlogschiff = Kriegsschiff, besonders ersten Ranges.

Digitized by Google

genosse; sobald wir unsere etwaige Isolirung und strenge Neutralität aufgeben wollen, und wo wir später Bedingungen für unseren Beistand stellen können, würde es jetzt schwer fallen, den Schein einer ängstlich von uns gesuchten Anlehnung zu vermeiden. Die großen Krisen bilden das Wetter, welches Preußens Wachsthum fördert, indem sie furchtlos, vielleicht auch sehr rücksichtslos von uns benutzt wurden; wollen wir noch weiter wachsen, so müssen wir wenigstens nicht fürchten, mit 400000 Mann allein zu stehen, besonders solange die Anderen sich schlagen, und wir durch Parteinahme für jeden von ihnen immer noch ein besseres Geschäft machen, als durch frühe und unbedingte Allianz mit einem sowenig kampffähigen Genossen wie Österreich. Jedenfalls steigt der Werth unseres Beistandes noch im Preise mit der fortschreitenden Verwickelung, und man giebt uns später mehr dafür als jetzt. Meine Ansicht würde deshalb dahin gehen, daß wir uns auch mit Österreich jetzt nicht näher einlassen, und wenn es später geschehen sollte, tüchtige Bedingung in Betreff unserer beiderseitigen Stellung in Deutschland daran knüpfen. Daß Österreich schon jetzt in dieser Beziehung so mürbe und zu Concessionen geneigt sein sollte, wie mir Prokesch andeuten zu wollen schien, kann ich mir nicht denken, man müßte sich denn dort sehr viel unsicherer fühlen, als wir wissen. Herr von Prokesch sprach allerdings von der Eventualität slavisch-griechischer Aufstände an der Österreichischen Grenze und über dieselbe hinaus, sowie von Symptomen italienischer Verschwörungen in einer Weise, die muthmaßen läßt, daß die Regierung besonders in der ersteren Richtung neuerdings unwillkommene Entdeckungen gemacht habe. Er sprach im Sinne einer Äußerung, die Fürst Metternich [1] vor zwei Jahren in Johannisberg zu mir machte: „Preußen sei noch kein saturirter Staat; es liege in Österreichs Interesse, daß Preußen „saturirt" werde, dann werde es im Stande und geneigt sein, aufrichtig und ohne Rivalität mit Österreich zu gehen". Gewiß ein sehr wahres Wort, wenn man in Wien nur danach handeln wollte. 1854 Febr. 15.

Sehr dankbar bin ich für die laufenden telegraphischen Mittheilungen von der Centralstelle der Presse. [2] Gut und schnell unterrichtet zu sein, hebt hier das Ansehen und den Einfluß bei den Collegen; aus diesem Grunde erlaube ich mir die Bitte, anordnen zu wollen, daß auch von den allgemein-politischen Circulardepeschen ein Exemplar der Bundesgesandtschaft zugefertigt werde. Früher geschah es stets, neuerdings scheint es in Abgang gekommen zu sein, wenigstens gerieth ich gestern einigen Collegen gegenüber in die Verlegenheit, bekennen zu müssen, daß mir der Inhalt einer Circulardepesche über unsere

1) cf. oben S. 37, Note 1.

2) Unterm 24. Januar 1853 hatte Herr von Bismarck um Zusendung der die innere Politik betreffenden Nachrichten gebeten. cf. Band I, Urkunde 137.

Digitized by Google

1854 Febr. 15. Verhandlungen mit Petersburg, welche Graf Perponcher[1] schon vor einigen Tagen in Wiesbaden mitgetheilt hatte, gänzlich unbekannt sei.

Herr von Brunnow[2] ist vorgestern hier eingetroffen, hat aber weder Prokesch noch mich gesehen, und ist gestern Vormittag nach Darmstadt übergesiedelt. Der Grund, weshalb er gerade diesen Aufenthalt wählt, liegt vielleicht weniger in Darmstadt selbst, als weil es ein weniger auffälliger und klatschiger Centralpunkt als Frankfurt für den süd- und westdeutschen Verkehr, vielleicht auch den europäischen, durch seine Lage im Eisenbahnsystem ist. Auffällig findet man es allerdings, daß der Kaiser nicht das Bedürfniß hat, Brunnow in Petersburg zu sehen, um mündliche Berichte über England und die jüngsten dortigen Erlebnisse zu haben".

78. Eigenhändiger Bericht, betr. die orientalische Frage; Stimmung des Frhr. v. Prokesch. Kriegerische Absichten Rußlands. Bedingungen für die Unterstützung Österreichs durch Preußen. Beziehungen Rußlands zu Preußen. Haltung Dänemarks, Bayerns und Sachsens in der orientalischen Frage; Vortheile der Mittelstaaten und Österreichs im Falle einer Behandlung der orientalischen Frage am Bunde. Unmöglichkeit einer Wiederherstellung Polens. Badischer und Nassauischer Kirchenconflict. 23. Februar 1854.

Febr. 23. „Seit meinem letzten Schreiben scheint die Österreichische Anschauung von der orientalischen Frage wieder etwas rosenfarbiger geworden zu sein. Herr von Prokesch ist so nervös und impressionabel, daß seine Stimmung und sein Befinden täglich den Inhalt seiner Nachrichten abspiegeln, und die Niedergeschlagenheit, mit der ihn vor 8 bis 14 Tagen die Nachrichten von der Serbischen Grenze erfüllt hatten, scheint in der letzten Woche gehoben zu sein, und nur, wenn man der Griechischen Bewegung in Epirus erwähnt, nimmt er den Ausdruck von Besorgniß an. Nach der Art, wie sich der hiesige Russische Geschäftsträger vertraulich gegen mich äußerte, wird indessen die Beruhigung meines Österreichischen Collegen nur eine vorübergehende sein.

Herr von Glinka[3] ist der Ansicht, daß die Russische Kriegführung auf die Vortheile, welche die Sympathien der Slavo-Griechen und die daraus hervorgehenden Bewegungen bieten würden, nicht verzichten könne, und um so weniger Grund dazu habe, als mit der Bildung Polnischer und anderer revolutionärer Freischaaren auf Türkischer Seite die Initiative ergriffen worden sei. Kommt dies System zu weiterer praktischer Entwickelung, so muß die Span-

1) Graf von Perponcher, Preußischer Minister-Resident bei der Freien Stadt Frankfurt und Geschäftsträger bei dem Nassauischen Hofe.

2) cf. oben S. 153, Note 1.

3) cf. oben S. 177.

Digitized by Google

nung Österreichs gegen Rußland steigen, und damit die Verlegenheit des Wiener Cabinets, da auf der anderen Seite die Seemächte es in Händen haben, die Pandorabüchse von Italien zu öffnen. 1854 Febr. 23.

Ohne in die Frage einzugehen, inwieweit und unter welchen Bedingungen es im Interesse Preußens liegt, Österreich in Überwindung seiner Verlegenheiten und in Wahrung seiner Unabhängigkeit gegenüber von Rußland oder Frankreich beizustehen, kann man annehmen, daß wir unseren Beistand an Bedingungen knüpfen werden. Daß man uns bei dieser Gelegenheit mit ziemlich werthloser „Wiener Währung" wird abfinden wollen, kann ich aus Äußerungen Prokesch's entnehmen, der mir weiß machen will, daß Österreich lediglich aus Gefälligkeit gegen uns seine jüngste, ihm doch durch die bitterste Nothwendigkeit gebotene Position eingenommen, und sich auf diese Weise ganz der Preußischen Politik angeschlossen hätte. Ebenso betrachtet er es als eine besonders dankenswerthe Concession, daß das Wiener Cabinet für jetzt nicht mit den Coalitionsstaaten [1]) gegen uns complottirt; das ist das Raisonnement des Beduinen, der es sich als ein besonderes Verdienst bezahlen läßt, daß er den Reisenden, dessen Hülfe er selbst brauchte, nicht anfällt, und dabei doch noch denkt, aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Es ist ein Trost für uns, daß Ew. Excellenz mehr als wir die „Bonhommie" unserer Freunde an der Donau aus Erfahrung kennen, und Winkelzüge von dort uns nicht hindern werden, die Gelegenheiten, die Gott uns geben sollte, zu benutzen, um für unsere zukünftige Stellung zu Österreich unzweideutige Vereinbarungen zu gewinnen, auf deren Basis wir dermaleinst ehrliche Bundesgenossen ohne eifersüchtige Hintergedanken sein können.

Seit Herr von Brunnow in Darmstadt ist, [2]) hat er seinen Secretair, den Grafen Bludoff, hier stationirt, und hält sich durch ihn mit der hiesigen Russischen Gesandtschaft in Verbindung. Bei letzterer scheint bisher die Ansicht zu prävaliren, daß, ungeachtet der entschiedenen Abweisung der Budberg [3])-Orloff'schen [4]) Anmuthungen, [5]) und ungeachtet der Haltung unserer Presse, Rußland zu uns doch noch in besseren Beziehungen stehen und bleiben werde als zu Österreich. Ich weiß nicht, inwieweit nach den letzten Rückäußerungen aus Petersburg diese Ansicht sich rechtfertigt, und das Verhalten Budberg's und Benkendorf's [6]) steht ihr dem Vernehmen nach nicht zur Seite; aber ich würde

1) cf. oben Urkunde 33.
2) cf. oben S. 178.
3) Freiherr von Budberg, Staatsrath, Russischer Gesandter in Berlin.
4) cf. oben S. 171, Note 1.
5) Wegen des Inhalts dieser Anmuthungen cf. oben S. 173, Note.
6) Constantin Graf von Benkendorf, Russischer General und Diplomat, focht unter Weljaminow und Woronzow im Kaukasus, und kam dann als Russischer Militaircommissar nach Berlin.

Digitized by Google

1854 Febr. 23. mich freuen, wenn sie richtig wäre, denn m. E. giebt es keine Motive, die es rathsam machten, die Kluft zwischen uns und Rußland, wie sie durch die Verschiedenheit der Interessen absichtslos entstanden ist, irgendwie absichtlich zu erweitern. Niemand kann vorher wissen, wie lange die jetzige Vertheilung der streitenden Kräfte dauert, und England ist zu Lande, Österreich überhaupt ein schwacher Bundesgenosse.

Herr von Bülow[1]) theilte mir vertraulich mit, daß Herr von Prokesch ihn bis vor etwa acht Tagen wiederholt aufgefordert habe, die Dänische Regierung zur Mittheilung ihrer Neutralitäts-Erklärung[2]) an den Bund zu bewegen, neuerdings aber gebeten habe, damit noch nicht vorzugehen, indem ähnliche Erklärungen von den Großmächten, wenn auch keine collektive, in Aussicht ständen, denen Dänemark sich anschließen könne. Nach Herrn von Bülow's Versicherungen wird Dänemark sich nur dann, wenn es der Übereinstimmung Preußens gewiß ist, auf derartige Schritte einlassen. Von Bayern und Sachsen scheint der Gedanke an solidarische Erklärungen des Bundes noch immer nicht aufgegeben zu sein, obschon mir nur durch dritte Hand Symptome von dem Vorhandensein derartiger Absichten zukommen. Wenn es diesen Staaten gelänge, die orientalische Frage mehr als bisher der selbständigen Entschließung der einzelnen Großmächte Deutschlands zu entrücken, und ihre Behandlung durch das consolidirte Bündel Österreich-Preußen-Deutschland anzubahnen, so würden sie zwar den formellen Vortheil davon haben, die Stimmen der 7 Mittelstaaten in der Europäischen Politik 7 mal soviel zählen zu lassen, als die Preußens; der materielle Gewinn würde aber allein Österreich zufallen, welches dann an der Donau im Namen Mittel-Europas auftreten und hinter seinem kranken Staatswesen die Preußischen Thaler und die Deutschen Bajonette rasseln lassen würde, um seinen eigenen Zwecken zu dienen. Der Besitz des Präsidiums und die zunächst betheiligte geographische Lage würden ihm unter diesen gegenseitig Gebundenen die freieste Bewegung und die leitende Initiative sichern. Wir könnten uns auf gute Bedingungen gegen Österreich *oder* gegen die übrigen Bundesstaaten zu Solidarität verbindlich machen, aber nicht gegen beide zugleich.

Die Gothaisirenden unter meinen Collegen gehen soweit, daß sie unter den Eventualitäten Preußischer Entschließung die Herstellung Polens nicht aus dem Reiche der Möglichkeit ausschließen. Die Herren kennen Polen nicht und wissen nicht, daß ein unabhängiges Polen nur dann aufhören könnte, Preußens Feind zu sein, wenn wir zu seiner Ausstattung Länder hergeben, ohne die wir wiederum nicht existiren können, wie die untere Weichsel, ganz Posen

1) cf. oben S. 44, Note 3.

2) Die Regierungen von Schweden und Dänemark hatten unterm 29. Dezember 1853 eine übereinstimmende Erklärung in Betreff ihrer Neutralität bei einem etwa eintretenden Seekriege an Preußen gerichtet.

Digitized by Google

und was in Schlesien polnisch spricht. Und selbst dann wären wir des Friedens mit ihnen in keiner Verlegenheit sicher. 1854 Febr. 23.

In Betreff Badens [1]) möchte ich Ew. Excellenz anheimstellen, durch Herrn von Savigny [2]) nochmals dahin wirken zu lassen, daß die Regierung, wenn sie trotz aller erneuter Avancen Leiningen [3]) doch nach Rom schicken sollte, wenigstens streng den Charakter einer Beschwerde über den Erzbischof festhält, den eines Aufsuchens der Wiederanknüpfung der älteren Unterhandlungen aber vermeidet. Herr von Rüdt [4]) versprach mir dies, scheint aber nicht die Absicht gehabt zu haben, es zu halten. In Nassau ist man ganz correkt in dieser Beziehung. [5]) Für den Augenblick scheint allerdings Aussicht zu sein, daß die Mission des Grafen Leiningen unterbleibt".

79. Eigenhändiger Bericht, betr. die Gerüchte von dem Anschluß Österreichs an Frankreich; Ansichten des Frhr. v. Prokesch über die Aufgaben der Preußischen Politik; Einverständniß und weitergehende Vorschläge des Herrn v. Bismarck in Bezug auf die Aufstellung eines Preußischen Armeecorps, sowie demnächstige Haltung gegenüber den Großmächten. Französische Circulardepesche über Beust's Umtriebe. Rückwirkung der Wiener Entschließungen auf die Börse. Stand des Preußischen Geldes in Frankfurt a. M. Herr v. Meysenbug. Französische Rüstungen. Österreichisches Preßmanöver im Journal de Francfort. 26. Februar 1854.

„Ew. Excellenz sage ich meinen Dank für die Mittheilung der inhaltschweren Nachricht, welche mir vorgestern Abend durch den Telegraphen zuging. [6]) Febr. 26.
In Übereinstimmung mit derselben sagt mir Herr von Tallenay, [7]) daß man in Paris auf eine aktive Betheiligung Österreichs am Kriege rechne, und von uns wenigstens moralischen und demonstrativen Beistand zu erwarten scheine. Herr von Savigny schreibt mir heute, daß durch Karlsruhe gestern mehrere telegraphische Depeschen zwischen Wien und Paris gegangen seien, welche, „insoweit man sie dort verstehen konnte", auf einen Anschluß Österreichs an Frank-

1) cf. oben S. 166.
2) cf. oben S. 3, Note 4.
3) cf. oben S. 166, Note 4.
4) Freiherr Rüdt von Collenberg-Bödigheim, Badischer Minister des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.
5) Wegen des Nassauischen Kirchenconflicts siehe Band I, Urkunden 235 und 237.
6) Der Minister Freiherr von Manteuffel telegraphirte am 24. Februar 1854 Herrn von Bismarck (in Chiffern): „Österreich will Rußland einen Termin zur Räumung der Donaufürstenthümer setzen, sonst den Krieg machen. Man wird von uns die Aufstellung eines Armeecorps fordern. Diese Nachricht ist geheim, aber sicher".
7) cf. oben S. 5, Note 3.

Digitized by Google

1854 Febr. 26. reich deuteten. Auch Baron Prokesch hatte einen Brief von Hübner,[1] der mit der Post gegangen war, und deshalb nur den allgemeinen Ausdruck enthielt, daß der Umschwung der Österreichischen Politik, welcher sich in der letzten Zeit vorbereitet habe, nunmehr vollendet und in Ausführung gekommen sei. Nachdem er mir dies gesagt hatte, glaubte ich ihm nicht vorenthalten zu sollen, daß mir „nach glaubwürdigen Privatnachrichten" kaum zweifelhaft sei, daß seine Regierung in Kürze Rußland zur Räumung der Fürstenthümer auffordern werde, unter Androhung des Krieges. Er hielt es Anfangs nicht für wahrscheinlich, weil Österreich zu schwach dazu sei, und bei solchen Absichten schon längst andere Rüstungen hätte machen müssen, als die 30 oder 50000 Mann, die nach dem Banat rückten. Nachdem er aber einige Briefe, und namentlich die neuesten Artikel der Wiener Blätter wiederholt verglichen hatte, fürchtete er, ich möchte doch Recht haben. Daß er sich bis dahin gegen eine derartige Auffassung gesträubt hatte, bewies der Eindruck, den die neue Überzeugung auf ihn machte. Er wurde körperlich unwohl, und ist seitdem auf's Tiefste niedergeschlagen. Im Laufe des Gesprächs entwickelte er, wie es seine Art ist, das, was er thun würde, wenn er jetzt Preußischer Minister wäre; er würde in dieser Stellung sich auf einen so guten Fuß mit Österreich und den Westmächten setzen, als dies ohne wirkliche Kriegführung gegen Rußland möglich wäre, jedenfalls aber ungesäumt mit Österreich in Unterhandlung treten, um eine für Preußen vortheilhaftere Abgrenzung der Stellung beider Mächte in Deutschland zu gewinnen. Er las mir zur Erläuterung seiner Ansichten und zum Beweise, wie sehr man denselben in Wien zugänglich sei, den anliegenden Artikel aus dem „Lloyd" vor, indem er die darin angestrichenen Stellen besonders accentuirte und geltend machte, daß der „Lloyd" und „Warrens" in dem neuen Österreichischen System offenbar zu den gut Unterrichteten gehören müsse. Er hatte mir schon bei Eingang der ersten beunruhigenden Nachrichten aus Serbien vor etwa 14 Tagen in demselben Sinne gesprochen, und erinnerte auch jetzt wieder an den Umstand, daß Österreich schon 1849 uns eine vertragsmäßige Hegemonie über Norddeutschland angetragen habe, und wie sehr er bedauere, daß Graf Brandenburg[2] nicht darauf eingegangen sei. Auch von dem im Mai ablaufenden Mailänder Vertrage[3] sprach er, und wie natürlich er es finde, daß Preußen bei Erneuerung desselben seine Bedingungen machen werde, wenn auch für den Augenblick Frankreich die Lombardei ohne Zweifel in Folge der neuen Verbindung decken werde. Ich befinde mich in der ungewohnten Lage, diesmal mit meinem Österreichischen Collegen über Preußische Politik einverstanden zu sein, und möchte nur noch hinzufügen, daß wir die Aufforderung „ein Armeecorps

1) Frhr. von Hübner, Wirklicher Geheimer Rath, Österreichischer Botschafter in Paris.
2) Ehemaliger Preußischer Minister-Präsident, gestorben am 6. November 1850.
3) cf. oben S. 170.

Digitized by Google

aufzustellen", utiliter acceptiren sollten, um auch unsererseits eine unverdächtige Gelegenheit zum Rüsten zu haben; wir bleiben sonst in dieser Beziehung gefährlich hinter den übrigen Großmächten zurück, und sind im Augenblicke der Noth nicht in promptu. Dabei müßten wir aber nicht eher offenherzig gegen Österreich werden, als bis wir die Überzeugung haben, daß man dort aus Noth wirklich so denkt, wie Prokesch anzudeuten bemüht ist, und daß Frankreich und England nicht entgegentreten, oder unmögliche Bedingungen stellen. Bis wir darüber sicher sind, würde ich Rußland nicht alle Hoffnung benehmen und die Brücke zwischen ihm und uns soweit erhalten, daß wir dem Cabinet von Petersburg doch näher stehen, als die anderen drei Mächte. Deshalb könnten wir sondirende Verhandlungen mit Wien doch ohne Weiteres einleiten. 1854 Febr. 26.

Von Frankreich ist eine Circulardepesche ergangen, in welcher man seine Mißbilligung über die Umtriebe des Ministers von Beust und über seine Bemühungen, die Disciplin der Mittelstaaten gegen die Großmächte zu lockern, offen ausspricht. Gelesen habe ich sie noch nicht.

Wenn der Entschluß Österreichs bekannt wird, so vermuthe ich, daß er an der Börse für den ersten Augenblick einen steigernden Eindruck machen wird, und dadurch dem Wiener Cabinet die Beschaffung einer Anleihe erleichtert. Die hiesigen Börsenmänner rechnen wenigstens eine derartige Betheiligung Österreichs am Kriege zu den Eventualitäten, welche den letzteren abkürzen, vielleicht sogar den Frieden ganz erhalten würden; diese Herrn sind darin sanguinischer als ich. Die Russen sind zu stolz, um zu Kreuz zu kriechen, und England hat zuviel Geld in Rüstungen angelegt, um diese, sowie überhaupt den günstigen Augenblick nicht zu benutzen; es würde jetzt nur unannehmbare Friedensbedingungen stellen.

Merkwürdig ist der Stand unseres Geldes. Der Thaler in Silber ist nicht ganz 105 Kreuzer werth, es fehlt daran nicht nur der ganze Betrag des Prägeschatzes, sondern außerdem etwa $^1/_4$ Kreuzer, da das verkehrte hiesige Münzsystem aus der Mark Silber für 3 bis 4 Kreuzer weniger münzt, als der Einkaufspreis der rohen Mark Silber beträgt!! Dennoch steht unser Thaler Silbergeld $106^1/_8$ und in Kassenanweisungen sogar $106^3/_8$ Kreuzer. Der Friedrichsd'or hat an Goldwerth kaum 9 fl. 40 Kr., an Zahlungswerth in Preußen 9 fl. 55, hier aber steht er 10 fl. 2 Kr. Nach allen Preußischen Münzsorten ist fortwährend unbefriedigte Nachfrage, und es ist unerhört zu nennen, daß unser Courant soviel höher steht, als die werthvollere Landes-Valuta, unser Papier aber höher als die Münze, welche es repräsentirt. Schade daß wir nicht mehr Kassenanweisungen gemacht haben; vielleicht geschieht es noch; 40 Millionen wären gewiß nicht zu viel. Silber geht noch immer viel nach Asien. Worüber man hier viel klagen hört, ist der Umstand, daß bei uns die Courant-Sendungen postzwangspflichtig seien; das muß neuerdings erst eingerichtet sein, mir wenigstens war es unbekannt.

Digitized by Google

1854 Febr. 26. Heute oder geſtern ſollte Herr von Meyſenbug[1] nach Berlin hier durchkommen.

Hieſige Privatbriefe aus Frankreich ſind voll von Nachrichten über Truppenmärſche, Artillerie-Transporte, letztere beſonders nach Metz. Auch heißt es darin, daß ein Theil der National-Garden mobiliſirt werde. Der Feldmarſchall-Lieutenant Mertens[2] in Mainz, der mehrere Correſpondenten in den Provinzen diesſeits Paris zu haben ſcheint, ſagt, daß nach ſeinen Nachrichten die Rüſtungen den Zweck einer einzuſchiffenden Expedition jedenfalls überſteigen. Vielleicht ſehen wir bald Franzöſiſche Truppen nach Ungarn marſchiren".

Poſtſcriptum.

„Charakteriſtiſch iſt eine ſoeben zu meiner Kenntniß gelangende Thatſache: Vor etwa zehn Tagen ſtand im Journal de Francfort ein heftiger Artikel gegen die Mittelſtaaten, ihr Beſtreben, die Darmſtädter Coalition zu erneuern, und worin ſie mit hochfahrender Grobheit auf ihr Nichts durchbohrendes Gefühl verwieſen wurden; er war als communiqué unter dem Datum „Wien" gegeben. Jetzt höre ich von der Redaction, daß ihr dieſe Correſpondenz direkt aus dem Bach'ſchen Miniſterium[3] zugegangen ſei, aber mit der Weiſung, ſie von „Berlin" zu datiren, und ſo, bei den Verhältniſſen des Blattes, die Meinung zu erwecken, daß der Ausfall aus unſerem Miniſterium käme. Die Redaction hat aber dieſer Conſigne nicht gehorcht, weil ſie Reklamationen von Berlin fürchtete. Das Journal de Francfort wird nun bald wählen müſſen, ob es die Öſterreichiſche oder die Ruſſiſche Subvention verlieren will. Ein harter Schlag für Herrn von Vrints". [4]

80. Eigenhändiger Bericht, betr. die Influencirung der Nationalzeitung durch Öſterreich. Drängen der öffentlichen Meinung gegen Rußland. Verrath des Preußiſchen Mobilmachungsplans. 28. Februar 1854.

Febr. 28. „Die Nationalzeitung macht in der jüngſten Periode den Eindruck, als ob ſie von Öſterreichiſchen Einflüſſen beherrſcht würde, und namentlich dient ſie dem von Öſterreichiſchen Agenten betriebenen Manöver, uns durch den Druck der öffentlichen Meinung auf eine für Öſterreich wohlfeile Weiſe zur

1) von Meyſenbug, Kammerherr, Badiſcher Geſandter in Berlin.

2) Freiherr von Mertens, Öſterreichiſcher Feldmarſchall-Lieutenant, Vice-Gouverneur der Bundesfeſtung Mainz.

3) Freiherr von Bach, Öſterreichiſcher Miniſter des Innern.

4) Eigenthümer des »Journal de Francfort«, verheirathet mit einer Schweſter des Grafen von Buol-Schauenſtein, Öſterreichiſchen Miniſters des Äußern und des Kaiſerlichen Hauſes.

Digitized by Google

Unterstützung der Wiener Politik zu nöthigen. Es ist erklärlich, daß man es 1854
an der Donau lieber sieht, wenn wir freiwillig und gratis solche Entschlüsse Febr. 28.
fassen, zu denen man uns anderenfalls durch Concessionen gewinnen müßte. Diesem Bestreben steht leider die öffentliche Stimmung in der Art zur Seite, daß man aus instinktiver Mißstimmung gegen Rußland feindseligen Schritten gegen letzteres auch dann Beifall zollt, wenn sie uns voraussichtlich Nichts einbringen, aber viel kosten.

Ew. Excellenz Erwägung erlaube ich mir die Frage zu unterbreiten, ob nicht die Central-Preßstelle anzuweisen sein möchte, einem solchen Drängen der öffentlichen Meinung entgegenzuarbeiten, und vielmehr die südslavischen Sonderinteressen Österreichs im Gegensatz zu den deutschen hervorzuheben, wenigstens einstweilen, und ohne feindselig gegen Wien zu werden. Bis jetzt scheint es mir, als ob die officiöse Presse sich jenem Drängen eher anschließe, und so darauf hinwirke, unseren etwaigen Entschlüssen zu Gunsten Österreichs das Verdienst der Freiwilligkeit zu schmälern. Wenn wir gar, wie die Nationalzeitung anräth, dem Wiener Cabinet mit Erklärungen gegen Rußland noch vorauseilen wollten, so würden wir aus unserer ganzen hoffnungsreichen Situation keinen anderen Vortheil ziehen als Worte der Anerkennung von verschiedenen Seiten, mit hinterher folgender Kritik derselben öffentlichen Meinung, welche dem ersten Entschlusse zujauchzte.

Ein anderes Gravamen gegen viele unserer officiösen Correspondenzen, welches ich Ew. Excellenz Cognition unterbreiten möchte, betrifft die angelegentliche Hervorhebung und Verbreitung der Geschichte von dem angeblichen oder wirklichen Verrath unseres Mobilmachungsplans. Ist die Sache gegründet, so sollte dergleichen schmutzige Wäsche so heimlich wie möglich gewaschen werden; die Art, wie sie besprochen wird, schadet unzweifelhaft unserer Consideration in Deutschland, und erregt den Verdacht einer Fäulniß von unbestimmter Ausdehnung in unseren höchsten Regionen. Die jüngsten gleichlautenden Berliner Correspondenzen in uns befreundeten Blättern gehen sogar soweit, von einem Aktenstück zu sprechen, welches als höchst wichtig nur in drei, in den Händen Sr. M. des Königs, Sr. K. H. des Prinzen von Preußen und des Herrn Kriegsministers befindlichen, Exemplaren vorhanden wäre, so daß die Vermuthungen über dessen Mittheilung an das Ausland sich auf Möglichkeiten einschränken, welche nur bei politischen Discrepanzen in den Regionen des Ministeriums ihre Erklärung in den Augen des großen Publikums finden".

Digitized by Google

81. Eigenhändiger Bericht, betr. den Abschluß eines Allianzvertrages zwischen Preußen und Österreich. Berufung des Frhr. v. Hübner nach Wien. Nachgiebigkeit Österreichs in Sachen der Geschäftsordnung. Mission des Herzogs v. Cambridge nach Wien. Wechsel des Preußischen Gesandten in London. Französische Circulardepesche in der orientalischen Frage. Verhältniß zwischen Rußland und Frankreich. 21. April 1854.

1854 April 21. „Ew. Excellenz habe ich in den letzten Wochen wenig von hier melden können, weil Alles mit stagnirender Erwartung den Blick nach Berlin richtete, und auf die Resultate der dortigen Verhandlungen wartete, um seine Stellung dazu zu nehmen. Ich will indessen die Reise des Grafen Walbersee[1] wenigstens benutzen, um meinen Glückwunsch zu dem gestrigen Abschluß[2] und

1) cf. oben S. 37, Note 4.

2) Gemeint ist der Band II, S. 5, Note 1 unserer Sammlung erwähnte Allianzvertrag, mittelst dessen sich Preußen und Österreich den Besitz ihrer deutschen und außerdeutschen Länder während der orientalischen Wirren garantirten. — Nachstehend der Wortlaut des Schutz- und Trutzbündnisses zwischen Österreich und Preußen:

Seine Majestät der Kaiser von Österreich und Seine Majestät der König von Preußen,

durchdrungen von tiefem Bedauern über die Fruchtlosigkeit Ihrer bisherigen Versuche, dem Ausbruche des Krieges zwischen Rußland einer- und der Türkei, Frankreich und England andererseits vorzubeugen;

eingedenk der von Ihnen durch Unterzeichnung der jüngsten Wiener Protokolle eingegangenen moralischen Verpflichtungen;

angesichts der von beiden Seiten immer weiter um sich greifenden militairischen Maßregeln und der daraus für den allgemeinen Frieden Europas erwachsenden Gefahren;

überzeugt von dem hohen Berufe, der, an der Schwelle einer unheilvollen Zukunft, dem mit Allerhöchstihren beiderseitigen Staaten engvereinten Deutschland im Interesse der Europäischen Wohlfahrt obliegt, —

haben beschlossen, Sich für die Dauer des zwischen Rußland einer- und der Türkei, England und Frankreich andererseits ausgebrochenen Krieges zu einem Schutz- und Trutzbündnisse zu vereinigen, und zu dessen Abschluß die nachstehenden Bevollmächtigten ernannt:

Seine Majestät der Kaiser von Österreich:

Allerhöchstihren Wirklichen Geheimen Rath, Feldzeugmeister und General-Quartiermeister der Armee, Heinrich Freiherrn von Heß, Commandeur des Kaiserlich Österreichischen militairischen Marien-Theresien-Ordens, Großkreuz des Kaiserlich Österreichischen Leopoldordens, Ritter des Königlich Preußischen Schwarzen Adlerordens ꝛc. ꝛc. ꝛc.

und

Allerhöchstihren Wirklichen Geheimen Rath und Kämmerer, außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am Königlich Preußischen Hofe, Friedrich Grafen von Thun-Hohenstein, Großkreuz des Kaiserlich Österreichischen Leopoldordens, Ritter des Königlich Preußischen Rothen Adlerordens erster Classe ꝛc. ꝛc. ꝛc.,

und

Seine Majestät der König von Preußen:

Allerhöchstihren Minister-Präsidenten und Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Otto Theodor Freiherrn von Manteuffel, Ritter des Königlich Preußischen Rothen Adlerordens erster Klasse mit Eichenlaub, Krone und Scepter, Großkreuz des Kaiserlich Österreichischen St. Stephanordens ꝛc. ꝛc. ꝛc.

Digitized by Google

meinen Dank für die telegraphische Benachrichtigung von demselben[1]) auszu- 1854
April 21.

Dieselben sind, nach Austausch ihrer genügend befundenen Vollmachten, über folgende Punkte übereingekommen:

I.

Seine Kaiserlich-Königlich Apostolische Majestät und Seine Majestät der König von Preußen garantiren sich gegenseitig den Besitz Ihrer deutschen und außerdeutschen Länder, so daß jeder auf das Ländergebiet des Einen gerichtete Angriff, woher er auch komme, auch von dem Anderen als ein gegen das eigene Gebiet gerichtetes feindliches Unternehmen angesehen werden wird.

II.

In gleicher Weise halten Sich die Hohen Contrahenten für verpflichtet, die Rechte und Interessen Deutschlands gegen alle und jede Beeinträchtigung zu schützen, und betrachten Sich demnach zur gemeinsamen Abwehr jedes Angriffs auf irgend einen Theil Ihrer Gebiete auch in dem Falle als verbunden, wenn Einer derselben im Einverständnisse mit dem Anderen zur Wahrung Deutscher Interessen activ vorzugehen Sich veranlaßt findet.

Die Verständigung über den Eintritt des eben bezeichneten Falles, sowie über den Umfang der alsdann zu gewährenden Hülfeleistung wird den Gegenstand einer besonderen und als integrirender Theil des vorliegenden Vertrages zu betrachtenden Übereinkunft bilden.

III.

Um den Bedingungen Ihres eingegangenen Schutz- und Trutzbündnisses auch die gehörige Gewähr und Kraft zu geben, verbinden Sich die beiden Deutschen Großmächte, im Falle des Bedarfes, nach unter Sich zu bestimmenden Epochen und auf zu bestimmenden Punkten, einen Theil Ihrer Streitmacht in voller Kriegsbereitschaft zu halten. Über die Zeit, den Umfang und die Art der Aufstellung dieser Streitkräfte wird ebenfalls eine besondere Festsetzung erfolgen.

IV.

Die Hohen contrahirenden Theile werden sämmtliche Deutschen Bundesregierungen einladen, diesem Bündnisse beizutreten, mit der Maßgabe, daß die durch Artikel 47 der Wiener Schlußacte vorgesehenen bundesrechtlichen Verpflichtungen für die beitretenden Staaten diejenige Ausdehnung annehmen, die der gegenwärtige Vertrag vorbedingt.

V.

Keiner der beiden Hohen contrahirenden Theile wird während der Dauer dieses Bündnisses irgend ein Separatbündniß mit anderen Mächten eingehen, welches mit den Grundlagen des gegenwärtigen Vertrages nicht in der vollsten Übereinstimmung stehen würde.

VI.

Gegenwärtige Übereinkunft soll sobald als möglich zur Ratifikation der Allerhöchsten Souveraine gelangen.

Geschehen zu Berlin, den 20. April 1854.

Heinrich Frhr. v. Heß m/p. (L.S.) Fr. Thun m/p. (L.S.) Frhr. O. Th. Manteuffel m/p. (L.S.)

Zusatzartikel zu dem Schutz- und Trutzbündnisse zwischen Österreich und Preußen vom 20. April 1854.

Nach der Bestimmung des Artikels II des am heutigen Tage zwischen Seiner Majestät dem Kaiser von Österreich und Seiner Majestät dem König von Preußen abgeschlossenen Vertrages wegen Errichtung eines Schutz- und Trutzbündnisses soll die nähere Verständigung über den Eintritt des Falles, in welchem ein actives Vorgehen des Einen der Hohen contrahirenden Theile für den Anderen die Verpflichtung zu gemeinsamer Vertheidigung des beiderseitigen Gebietes begründen wird, den Gegenstand einer besonderen, als integrirender Theil des Hauptvertrages zu betrachtenden Vereinbarung bilden.

1) cf. Band II, S. 3, Note 1.

Digitized by Google

1854 April 21. sprechen. Ich habe noch keine Vorstellung von der Tragweite und überhaupt

Ihre Majestäten haben Sich der Erwägung nicht entziehen können, daß die unbestimmte Fortdauer der Besetzung der unter der Hoheit der Ottomanischen Pforte stehenden Länder an der unteren Donau durch Kaiserlich Russische Truppen die politischen, moralischen und materiellen Interessen des gesammten Deutschen Bundes, und also auch Ihrer eigenen Staaten, und zwar in einem um so höheren Grade gefährden würde, je weiter Rußland seine Kriegsoperationen auf Türkischem Gebiete ausdehnt. Die Allerhöchsten Höfe von Österreich und Preußen sind in dem Wunsche einig, jede Betheiligung an dem zwischen Rußland einerseits, der Türkei, Frankreich und Großbritannien andererseits ausgebrochenen Kriege womöglich vermeiden und zugleich zur Wiederherstellung des allgemeinen Friedens beitragen zu können. Insbesondere betrachten Sie die neuerlich von dem Hofe von St. Petersburg in Berlin gegebenen Erklärungen, wonach Rußland die ursprüngliche Ursache zur Besetzung der Fürstenthümer durch die nunmehr den christlichen Unterthanen der Pforte gemachten und in nahe Aussicht gestellten Zugeständnisse als beseitigt anzusehen scheint, als ein wichtiges Element der Pacifikation, welchem Sie einen weiteren praktischen Einfluß nur mit Bedauern versagt sehen könnten. Sie hoffen daher, daß die zu erwartenden Rückäußerungen des Petersburger Cabinets auf die unter dem 8. d. dorthin abgegangenen Preußischen Vorschläge Ihnen die erforderliche Gewähr für ein baldiges Zurückziehen der Russischen Truppen vom Türkischen Gebiete darbieten werden. Für den Fall jedoch, daß diese Hoffnung getäuscht werden sollte, haben die ernannten Bevollmächtigten, nämlich:

von Seiten Seiner Majestät des Kaisers von Österreich:
Allerhöchstihr Wirklicher Geheimer Rath, Feldzeugmeister und General-Quartiermeister der Armee, Heinrich Freiherr von Heß ꝛc. ꝛc.
und
Allerhöchstihr Wirklicher Geheimer Rath und Kämmerer, außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister am Königlich Preußischen Hofe, Friedrich Graf von Thun-Hohenstein ꝛc. ꝛc.,

von Seiten Seiner Majestät des Königs von Preußen:
Allerhöchstihr Minister-Präsident und Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Otto Theodor Freiherr von Manteuffel ꝛc. ꝛc.

die folgende nähere Verabredung über den Eintritt des im vorerwähnten Artikel II des Allianzvertrages vom heutigen Tage bezeichneten Falles getroffen.

Einziger Artikel.

Die Kaiserlich Österreichische Regierung wird auch Ihrerseits an den Kaiserlich Russischen Hof eine Eröffnung zu dem Zweck richten, um von Seiner Majestät dem Kaiser von Rußland die nöthigen Befehle zu erwirken, damit sofort jedem weiteren Vorrücken Seiner Armee auf Türkischem Gebiete Einhalt geschehe, sowie um vollgültige Zusicherungen wegen baldiger Räumung der Donaufürstenthümer von Seiner Majestät zu begehren, und die Preußische Regierung wird diese Eröffnungen mit Rücksicht auf Ihre bereits nach St. Petersburg gegangenen Vorschläge wiederholt auf das Nachdrücklichste unterstützen.

Ist die auf diese Schritte der Cabinette von Berlin und Wien erfolgende Antwort des Kaiserlich Russischen Hofes wider Verhoffen von der Art, daß sie Ihnen nicht volle Beruhigung über die erwähnten beiden Punkte gewährt, so werden die von Einem der contrahirenden Theile zur Erreichung derselben zu ergreifenden Maßregeln unter die Bestimmung des Artikels II des am heutigen Tage abgeschlossenen Schutz- und Trutzbündnisses mit der Maßgabe fallen, daß jeder feindliche Angriff auf das Gebiet Einer der beiden Hohen contrahirenden Mächte von der Anderen mit allen dieser zu Gebote stehenden militairischen Kräften abgewehrt wird.

Digitized by Google

dem speciellen Inhalt der Convention. Den Beifall der Deutschen Regierungen wird sie in dem Maße haben, als sie Garantien gegen die Wiener Kriegsbestrebungen bietet; in diesem Sinne sprechen sich meine Collegen, mit Einschluß des Herrn von Prokesch aus. Letzterer fürchtet offenbar die schwersten Folgen für Österreich von einem Kriege gegen Rußland, denn Liebe zu den Russen ist es gewiß nicht, was ihn veranlaßt, einer friedlichen Politik das Wort zu reden, und sogar gegen diesseitige Offiziere von dem Dank zu sprechen, den Österreich uns dafür schulde, daß wir seinen Beitritt zu der Convention im März gehindert haben. 1854 April 21.

Er sprach mir heute von der Berufung Hübner's [1]) nach Wien; officiell sei sie erfolgt, damit er der Vermählung beiwohne; [2]) eine ähnliche Berufung sei aber an andere Gesandte des Kaisers nicht ergangen, und dem Grafen Thun [3]) habe man sogar seinen deshalb angebrachten Wunsch abgeschlagen; wahrscheinlich sei, daß man Hübner's Haltung zu westmächtlich gefunden, er sich auch vielleicht zu weit avancirt habe, und man seine zeitweise Abwesenheit von Paris wünsche, die man gleichzeitig zu gründlicher Instruirung über die ferneren Ideen des Cabinets benutzen werde.

In Sachen der Geschäftsordnung [4]) hat mein Österreichischer College seit acht Tagen eine für alle Mitglieder des Ausschusses unerwartete Nachgiebigkeit bewiesen. Er hat ein, noch wenig Tage vorher zu den Akten gegebenes, sehr grobes polemisches Memoir über unsere Vorschläge aus freien Stücken zurückgenommen, und ist mir, seit ich zuletzt berichtete, noch unaufgefordert mit mehreren untergeordneten Concessionen entgegengekommen, während er sonst jede Besprechung der Angelegenheit übellaunig abkürzte. Auch hat er mir aus eigenem Antriebe erklärt, daß er bemüht sein wolle, schon in der nächsten Sitzung den Ausschußvortrag einzubringen.

Sir A. Malet [5]) sagte mir heute, daß er gestern von Darmstadt hierher

---

Ein offensives beiderseitiges Vorgehen aber würde erst durch eine Incorporation der Fürstenthümer, sowie durch einen Angriff oder Übergang des Balkans von Seiten Rußlands bedingt.

Die gegenwärtige Übereinkunft soll der Ratifikation der Allerhöchsten Souveraine gleichzeitig mit dem obenerwähnten Vertrage unterzogen werden.

Geschehen zu Berlin, den 20. April 1854.

Heinrich Frhr. v. Heß m/p. (L.S.) Fr. Thun m/p. (L.S.) Frhr. O. Th. Manteuffel m/p. (L.S.)

(cf. Beilage 1 und 2 zum Separat-Protokoll der 22. Sitzung vom 20. Juli 1854.)

1) Frhr. von Hübner, Wirklicher Geheimer Rath, Österreichischer Botschafter in Paris.

2) scil. des Kaisers Franz Joseph mit der Bayerischen Prinzessin Elisabeth am 24. April 1854.

3) cf. oben S. 122, Note 5.

4) cf. oben S. 150, Note 3 und Band II, Urkunde 15.

5) cf. oben S. 107, Note 2.

Digitized by Google

1854 April 21. mit dem Herzog von Cambridge[1]) gereist sei. Derselbe hat ihm gesagt, daß die Anregung zu der Reise nach Wien[2]) vom Französischen Kaiser ausgegangen sei, daß man in London keinen Gedanken davon gehabt, und erst kurz vor der Abreise die Erlaubniß dazu telegraphisch eingeholt worden sei.

Der Englische Gesandte theilte mir außerdem vertraulich mit, daß von ihm und seiner Ansicht nach auch von den Englischen Ministern ein Wechsel in der Person des dortigen Preußischen Gesandten nur als gedeihlich für unsere Beziehungen mit England betrachtet werden könne. Bunsen[3]) sei zu sehr »âme damnée« des Prinzen Albert[4]) gewesen.

Von Paris soll eine Circulardepesche an die Gesandten in Deutschland ergangen sein, in Betreff der durch den Fürsten Gortschakoff angeblich an Frankreich gemachten Eröffnungen; Herr von Tallenay hat ein derartiges Circular entweder nicht erhalten oder zur Produktion nicht für geeignet erachtet.

Von der hiesigen Russischen Gesandtschaft wird mir erzählt, daß der Kaiser es verbiete, auf „Enthüllungen" einzugehen, und daß umgekehrt der Prinz Napoleon dem Fürsten Gortschakoff derartige Anerbietungen gemacht habe, die dieser nach Petersburg gemeldet; dort seien sie sechs Wochen lang gar nicht, und dann mit allgemeinen Phrasen beantwortet; in dem Verhalten des Pariser Cabinets aber habe der Zeitpunkt, wo die Antwort aus Petersburg hätte eingehen können, wenn man dort bereitwillig gewesen wäre, einen merklichen Wendepunkt gebildet. Mir ist nicht glaublich, daß man Russischer Seits zu derartigen Eröffnungen Fürst Gortschakoff benutzt haben würde, da man so viele unauffälligere Kanäle hat".

82. Eigenhändiger Bericht, betr. die praktische Bedeutung des Aprilbündnisses zwischen Preußen und Österreich sowie die Formulirung der Ziele der Preußischen Politik. Vorlage des Aprilbündnisses an den Bund. Perspective in Bezug auf die demnächstige Haltung Österreichs und Preußens. 25. April 1854.

April 25. — — „Ich komme soeben von den Vermählungsfeierlichkeiten[5]) zurück, die uns das Österreichische Militair in Mainz gegeben hat, da Prokesch in dieser Beziehung sein strenges Ersparungssystem durchführte, und muß bei der vor-

1) Herzog von Cambridge, Großbritannischer Feldmarschall; cf. auch Band II, Urkunde 7 am Schluß.

2) cf. oben S. 189, Note 3 (scil. zu den Vermählungsfeierlichkeiten).

3) Ritter von Bunsen, Wirklicher Geheimer Rath, Preußischer Gesandter in London.

4) Prinz-Gemahl der Königin von England.

5) cf. oben Note 2.

Digitized by Google

gerückten Stunde die befohlene Berichterstattung auf morgen verschieben, indem ich mich heute auf meinen Glückwunsch in Betreff des Abschlusses vom 20. beschränke. [1] Wenn uns die in Bezug genommene, wahrscheinlich das Militairische regulirende „Übereinkunft" nicht genauer formulirte Verpflichtungen auferlegt, so ist das Bündniß vom 20. wesentlich ein pactum de contrahendo, durch welches wir den Vortheil erreichen, Österreich den Vorwand zum Drängen und zu eigenen leichtsinnigen Beschlüssen zu nehmen, und für uns Zeit zu weiterer Beobachtung der Ereignisse zu gewinnen, während wir durch das „im Einverständniß mit dem Anderen" in Artikel II einstweilen das Heft in der Hand behalten. 1854 April 25.

Wenn Ew. Excellenz mir gestatten, das Ziel zu formuliren, welches mir von meinem eine Übersicht allerdings nicht gewährenden Standpunkte vorschwebt, so ist es 1) durch alle Mittel uns einem kriegerischen Vorgehen gegen Rußland zu entziehen, weil wir mit dem ersten Preußischen Kanonenschuß gegen die Russen abhängig werden von den Chancen einer Verständigung zwischen Paris und Petersburg; 2) Zusammenhalten der Preußisch-Österreichisch-Deutschen Staatenmasse unter Bedingungen, die uns mindestens ein wirksames veto in Betreff der gemeinsamen Politik sichern. Das Bündniß vom 20. in den mir vorliegenden sechs Artikeln bietet eine vortreffliche Handhabe zu diesem System, wenn wir nur mit Entschlossenheit die Auslegung in unserem Sinne von vornherein festhalten. Die Mehrzahl der Deutschen Regierungen wird uns darin faktisch unterstützen, wenn auch nicht mit der Absicht, die Entscheidung in Preußens Hand zu legen. Jedenfalls werden sie ein wirksamer Hemmschuh für die vorzeitige Kriegslust Österreichs sein; in diesem Sinne sprach sich auf dem gestrigen Ball in Mainz der Herzog von Nassau, der Großherzog von Hessen, der Prinz Emil und der Minister Hassenpflug aus, die wenigstens für den Barometerstand der Coalitionsstaaten Zeugniß geben.

In Betreff der Vorlage an den Bund hat uns Österreich eine secundäre und undankbare Rolle zugemuthet; [2] eine Aufforderung, unserem Bundesgenossen auch jetzt nicht mehr Wohlwollen und Billigkeit zuzutrauen als früher. Nach Äußerungen des Bayerischen Gesandten darf ich annehmen, daß die Mittelstaaten, wenn sie dem Bündniß beitreten, sich ebenso gut wie wir in Artikel II die „Verständigung" und Constatirung ihres „Einverständnisses" vorbehalten werden, ehe sie sich bereit erklären, mit Österreich „activ" vorzugehen.

Läßt sich Österreich nicht von uns auf dem Wege besonnener Politik er-

1) cf. vorhergehende Urkunde.

2) Wie sich Österreich diese Rolle dachte, erhellt aus Band II, S. 3, Note 2.

Digitized by Google

1854 April 25 halten, so bin ich überzeugt, daß es bald in Lagen gerathen wird, wo es einer energischen und wohlwollenden Ausführung der zwischen uns bestehenden Stipulationen sehr viel dringender bedarf, und sehr viel höheren Werth darauf legen wird, als jetzt auf deren Unterzeichnung. In dem Falle fürchte ich Nachtheile für uns eher von der großmüthigen Gesinnung Sr. Majestät gegen einen Bundesgenossen, der in dieser Beziehung so wenig Reciprocität gewährt, als von den äußeren Ereignissen".

83. Eigenhändiger Bericht, betr. die Herrscherzusammenkunft in Tetschen: Kritik der Orientpolitik des Grafen v. Buol; Verhältniß Österreichs zu Rußland; Wiederherstellung Polens; Bedeutung des Adriatischen Meeres für Österreich; Rußlands europäisches Übergewicht. Opportunität eines Anschlusses Preußens an Österreichs Orientpolitik; Anschluß Österreichs sowie Preußens an die Seemächte. Ansichten der Bundestagsgesandten in Betreff der Ziele der Wiener Politik; Auflösung der Coalition von Rußland, Österreich und den Mittelstaaten; Haltung Österreichs gegenüber der Bamberger Coalition sowie Argwohn der letzteren gegen Preußen und Österreich. Politik des Grafen v. Buol und Schicksal des Aprilbündnisses im Schoße der Bundesversammlung. Überhebung der Österreichischen Presse. Ultramontane Aufreizungen. Herr v. Sydow und die Presse. Gerücht von der Berufung eines Deutschen Fürstencongresses. Stand der Preußischen Kassenanweisungen. 16. Juni 1854.[1])

Juni 16. „Ew. Excellenz Schreiben vom 9. cr. aus Tetschen[2]) habe ich gestern erhalten. Ich würde mir schon früher die Ehre genommen haben, Ew. Excellenz wiederum zu schreiben, wenn ich mich nicht gefürchtet hätte, mit meinen Expectorationen in das Dunkel einer mir gänzlich unbekannten Situation hineinzutappen, und mit verspäteten Raisonnements gegen den Prellstein eines fait accompli anzurennen. Obschon ich auch jetzt über die Ergebnisse von Tetschen nicht klar sehe, so führt mich doch die von Ew. Excellenz mitgetheilte Auffassung des Grafen Buol zu sehr in die Versuchung, Ihre Nachsicht für eine Besprechung derselben in Anspruch zu nehmen.

Selbst vom alleinigen Wiener Standpunkte aus betrachtet, halte ich die Politik des Grafen Buol für unrichtig, indem ich glaube, daß Österreich sich früher oder später mit Rußland über das Schicksal der Türkei in Güte ver-

1) Das Datum „16. Juni 1854" steht zu Eingang des sich über drei Quartbriefbogen erstreckenden Schreibens. Am Schlusse des Briefes findet sich das Datum „17. Juni 1854".

2) Ort der Zusammenkunft der Herrscher und der Minister-Präsidenten Österreichs und Preußens am 8. und 9. Juni. cf. Band II, S. 23, Note 1.

Digitized by Google

ständigen muß, und dazu findet sich ein so günstiger Augenblick, wie die jetzige Verlegenheit Rußlands ihn bietet, sobald nicht wieder. Jede den Russen durch Österreich abgezwungene Concession wird Rußland nur nöthigen, den Moment abzuwarten, wo es als Verbündeter eines Feindes Österreichs sich revanchiren kann, und letzteres hat in Deutschland gegen uns, in Mailand, Rom, Neapel gegen Frankreich, und zu Hause gegen seine eigenen Unterthanen zu viele streitbringende Interessen, als daß dieser Augenblick nicht kommen sollte. Eine Schwächung Rußlands, durch die es unfähig würde, sich zu rächen, ließe sich nur durch die volle Herstellung Polens, und auch dadurch nicht sicher herbeiführen. Dadurch aber, ganz abgesehen von der Möglichkeit für uns, wäre ein viel bedenklicheres Übergewicht Frankreichs gegeben, als das jetzige Rußlands. Dabei ist außerdem schwer zu glauben, daß die im Orient zu erringenden Vortheile nicht mehr England als Österreich zu Gute kommen sollten, und das ist in demselben Maße für letzteres bedenklich, als ihm das Adriatische Meer wichtiger ist wie die Donau. Prokesch, der diese Verhältnisse genau kennt, sagt selbst, daß der Handel von Wien nach den Donaumündungen vielmehr über Triest und den Bosporus, als auf der Donau betrieben wird, und für die gesammten in diesem Handel steckenden Deutschen Interessen ist eine Befestigung und Förderung der Englischen Autokratie auf der See gefährlicher als alle Kosaken. Rußlands europäisches Übergewicht im letzten Menschenalter beruhte ohne Zweifel mehr auf der Furcht der Fürsten vor der Revolution, als auf der materiellen Gewalt, die Rußland außerhalb seiner Grenzen zu entwickeln im Stande ist; der jetzige Türkische Feldzug liefert ein neues Argument für diese Ansicht, und selbst Preußen isolirt hat mehr Chancen, sich der Russischen Armee zu erwehren, als Englischer Mißhandlungen auf der See; und daß England da, wo es die Förderung seiner Interessen gilt, schonender und scrupulöser in Anwendung seiner Macht ist als Andere, ist nicht anzunehmen, sobald durch Vernichtung Rußlands, als Seemacht, für längere Zeit die Überlegenheit der Englischen Marine, auch über eine Coalition aller übrigen, festgestellt wäre. 1854 Juni 16.

Es ist indessen nicht mein Beruf, die Österreichische Politik vom Standpunkte eines Österreichers aus zu kritisiren und auseinander zu legen, welchen Antheil daran die Jugend des Kaisers hat und der Stachel militairischer Rivalität, oder eine bornirte Gereiztheit des Grafen Buol, oder die politischen und commerciellen Privatinteressen einzelner einflußreicher Personen, deren Stellung — Bach,[1] Hübner,[2] Bruck[3] — durch ein antirussisches System, oder deren Vermögen durch das Gedeihen der mächtigen Corporationen bedingt ist.

1) cf. oben S. 78, Note 4.
2) cf. oben S. 182, Note 1.
3) Freiherr von Bruck, Österreichischer Finanzminister.

Digitized by Google

1854 Juni 16. Eine andere Frage ist, ob wir wohlthun, uns dieser Österreichischen Politik hinzugeben. Graf Buol scheint diese Frage als unwiderruflich abgethan zu betrachten, wenn auch nur durch die einfache Drohung Österreichs, sich andernfalls den Seemächten vertragsmäßig anzuschließen. Diese Drohung halte ich für eine leere, und um vor ihrer Ausführung sicher zu sein, hätten wir nicht einmal nöthig, die Möglichkeit durchblicken zu lassen, daß wir im Verein mit den übrigen Deutschen Staaten nöthigenfalls feindlich dagegen auftreten könnten; schon die Aussicht auf eine willenlose Abhängigkeit von Frankreich in Bezug auf Kriegführung und Friedensschluß würde Österreich von solchen Schritten zurückhalten. Es hat mir hier bei Niemand gelingen wollen, Glauben zu finden, wenn ich eine derartige Eventualität als ein für die Bamberger Politik[1]) beachtenswerthes Moment geltend zu machen versuchte. Wenn die Drohung des Grafen Buol aber auch ernstlich gemeint wäre, so könnten wir derselben entgegen halten, daß uns der Weg nach London und Paris nicht minder offen steht, daß wir, weil weniger hülfsbedürftig und weniger interessirt, uns rein westmächtlichen Plänen im Orient zu widersetzen, dort vielleicht willkommenere Genossen gegen Rußland wären, als Österreich, und daß es für uns ersprießlicher ist, direkt und in our own right mit den Seemächten verbunden zu sein, als durch das leitende medium Österreichs. Derartige Argumente werden, wie ich glaube, ihre Wirkung nicht verfehlen, wenn das Wiener Cabinet bei den Versuchen beharrt, den Vertrag einseitig und willkürlich auszulegen.

Meine Collegen sind wie es scheint über die Ziele der Wiener Politik desorientirt und beunruhigt; bald glauben sie, man beabsichtige nach Räumung der Fürstenthümer sich Rußland zu nähern, um eine gemeinsame Stellung gegen Frankreich zu nehmen, bald meinen sie, daß es nur darauf abgesehen sei, sich die Kräfte Preußens und des Bundes zur Eroberung der Donaufürstenthümer oder zu weitergehenden Österreichischen Plänen dienstbar zu machen. Gewiß ist, daß beide Gedanken, und auch der einer Herstellung Polens, als antipanslavisch, zugleich antipreußisch, unter den Österreichern Fürsprecher finden. Für uns betrachte ich es jedenfalls als einen Gewinn, daß die Coalition von Rußland, Österreich und den Mittelstaaten, der wir auf den Wegen der Deutschen Politik in den letzten Jahren überall begegneten, sich gelöst hat, hoffentlich auf die Dauer; zwischen den beiden Ersteren glaube ich es, in Betreff der Mittelstaaten aber ist man von Wien aus merklich bemüht, die Beziehungen, welche in Bamberg gelockert sind, wieder zu befestigen. Im Anfang erließ man eine tadelnde Circulardepesche an die Bamberger Höfe, und

1) Am 25. Mai traten, auf Anregung Bayerns und Sachsens, Hannover, beide Hessen und Nassau mit jenen in Bamberg zu einer Conferenz zusammen, um die Bedingungen des Beitrittes zum Aprilbündnisse festzustellen. cf. Band II, Urkunden 12, 13 und 14. Siehe auch „von Jasmund: Aktenstücke zur orientalischen Frage", Band I, S. 309 ff. u. 315 ff.

Digitized by Google

leider[1]) war unsere officiöse Presse, besonders die Preußische Correspondenz, 1854
sehr bereit, sich zum Organ dieser Verstimmung zu machen. Jetzt erscheinen Juni 16.
auf Commando im Lloyd, der Postzeitung und tutti quanti inspirirte Artikel, welche den Bambergern den Hof machen, und mit sittlicher Entrüstung von den „Lügen und Verdächtigungen" sprechen, welche „zumeist durch Berliner Federn" gegen die Mittelstaaten systematisch verbreitet wurden. Dem entspricht eine Äußerung eines meiner mittelstaatlichen Collegen, der mir sagte: „Sie klagen über unsere Haltung gegen Sie; aber sobald wir bei vorkommenden Divergenzen der beiden Großmächte mit Preußen gehen wollen, so werden Sie sofort noch schwarzgelber wie Österreich und fallen im Österreichischen Interesse über uns her". Ich entgegnete, daß in diesem Falle gar keine Divergenzen vorlägen zwischen Berlin und Wien, worauf jener äußerte: „Allerdings, wenn Preußen zufrieden ist, daß die Österreichische Politik als die alleinige Deutsche gilt, so können wir nichts dagegen haben". Ich führe dies als Symptom der Stimmung an, welche noch eine besondere Beimischung durch den Argwohn erhält, daß unsere Einigkeit mit Österreich durch geheime Verabredungen zum Nachtheil der übrigen Bundesregierungen erzielt worden sei.

Die Haltung des hiesigen Englischen und Französischen Gesandten ist übrigens eher kühl und mißtrauisch in Bezug auf Österreich, als das Gegentheil. In den Ansichten des Grafen Buol liegt ein Widerspruch, wenn er einerseits fürchtet, daß die Westmächte es müde werden würden, ohne Deutschland den Krieg fortzusetzen, und andererseits, daß sie im nächsten Jahre, trotz der entgegenstehenden Ansicht Österreichs, nicht mehr ohne Verkleinerung Rußlands würden Frieden machen wollen. Er nennt die Mittelstaaten Russische Hospodare: sobald sie nicht gehorsam mit Österreich gehen, würde er immer einen ähnlichen Namen für sie finden, sei es Rheinbundfürsten oder Preußische Unionsvasallen. Der Fehler liegt vielmehr in dem verwöhnten Egoismus von Österreich, dem es nur zu oft seit Jahrhunderten gelungen ist, seine Hausinteressen für Deutsche einzuschmuggeln, und dann im speciellen Fall in der Voreiligkeit, mit der man gerüstet hat. Unter allen Umständen liegt es im Österreichischen Interesse, vor dem Losschlagen eine stärkere Betheiligung der Westmächte abzuwarten; letztere aber wissen ebensogut wie Graf Buol, daß Österreich seine jetzigen Rüstungen nicht lange aufrecht halten kann, und sie bald nutzen oder das Schwert wieder einstecken muß, und in dieser Betrachtung liegt für die Seemächte eine Aufforderung abzuwarten.

Ich darf annehmen, besonders nach der heutigen Preußischen Correspondenz, daß der bei Behandlung des Bündnisses ferner einzuhaltende Weg bereits

1) Herr von Bismarck rieth gleich von Anfang an von jedwelcher Censur über das Verhalten der Mittelstaaten ab. cf. Band II, S. 23.

Digitized by Google

1854 Juni 16. festgelegt ist; ich würde keine Überraschung empfinden, wenn das Bündniß nunmehr von den Großmächten einfach an die Bundesversammlung gebracht würde, da der Eindruck eines sofort entschlossenen Beitrittes doch nicht mehr zu erreichen ist; sein schlimmstes Schicksal würde sein, in den Ausschußverhandlungen solange trainirt zu werden, bis die Ereignisse, und nicht mehr die Abstimmungen, über das Verhalten der Bundesregierungen entscheiden. Der in Folge der Vorlage vom 24. gewählte Ausschuß[1] ist noch nicht zusammengewesen. Der Referent, Herr von Schrenk,[2] wartet, wie er sagt, ab, was man in Tetschen über das Schicksal der Bamberger entschieden haben wird. Wenn Pfordten[3] sich über seine Erfolge exaltirt, so theilt sein hiesiger Vertreter dieses Gefühl durchaus nicht; er ist bescheiden, fast kleinlaut; überhaupt scheint man in München lange nicht so souverainetätsschwindlig zu sein, als in Dresden und Hannover, obschon ich über meine hiesigen Collegen von dort nicht klagen kann.

Die Österreichische Presse ist ebenso anmaßend wie sonst; von uns ist nur die Rede mit den Worten „in Gesellschaft Österreichs" oder „im engsten Anschluß an die erhabene Politik des Kaiserhauses" und dergl.

Auch die ultramontanen Aufreizungen werden lebhaft unterstützt. Ein übles Element auf diesem Felde ist ein Freiherr von Bursian,[4] den ich zu meiner Verwunderung vor einigen Monaten an der Königlichen Tafel in Charlottenburg sah, wo er als Agent der gegen uns thätigen Fürstin von Ysenburg[5] introducirt war. Er ist Correspondent aller ultramontanen Blätter. Die Fürstin soll damit umgehen, ihren minorennen Sohn katholisch zu machen, und unter dem Vorwande mütterlicher Gefühle sich die Protection Sr. Majestät gegenüber der Vormundschaft zu sichern.

Ich möchte aus einigen Anzeichen schließen, daß Herr von Sydow[6] bei seiner Haltung der Presse gegenüber sich in Betreff der Gefährlichkeit ultramontaner Tendenzen täuschen läßt. Daraus erkläre ich mir sein Einschreiten gegen den Schwäbischen Merkur, und das nähere Verhältniß, in welchem er zu dem (ultramontanen) deutschen Volksblatt von Stuttgart zu treten bemüht ist.

Verzeihen Ew. Excellenz meine weitschweifige Expectoration, und nehmen Sie dieselbe unter der Rubrik einer Herzenserleichterung mit Wohlwollen auf und mit der Erwägung, daß jeder Preuße, der meine jetzige Stellung eine Zeit lang innegehabt hat, alle politischen Fragen einigermaßen durch die Brille

1) cf. Band II, Urkunde 11.
2) cf. oben S. 16, Note 4.
3) cf. oben S. 63, Note 2.
4) Freiherr von Bursian, Nassauischer Legationsrath. cf. auch unten Urkunde 84.
5) cf. unten S. 199.
6) cf. oben S. 8, Note 2.

Digitized by Google

Preußisch-Österreichischer Rivalität zu betrachten sich gewöhnt. Die Befürch- 1854
tung, unsere Gutmüthigkeit von Wien mißbraucht zu sehen, raubt mir viel- Juni 16.
leicht die Unbefangenheit in Betreff größerer Fragen.

Man erzählt sich hier (ich habe es aus Hannoverscher Quelle), daß in Tetschen die Berufung der Deutschen Fürsten zu einem Congreß verabredet worden sei. Ich referire es, ohne daran zu glauben.

Unsere Kassenanweisungen stehen hier fortwährend 1 Fl. 47½ Kr. für den Thaler, die 3½ proc. Staatsschuldscheine 86¾.[1] Ich erwähne es nur, um Ew. Excellenz hart zu machen gegen Rothschild[2] und der, wenigstens partiellen, Emission von Kassenanweisungen nochmals das Wort zu reden. Alle unsere Papiere stehen hier immer 1 bis 3 Procent höher als gleichzeitig in Berlin".

84. Vertraulicher Bericht, betr. die Dispositionen der Bamberger Regierungen in Bezug auf den Beitritt des Bundes zu dem Aprilbündniß. Eventualität eines neuen Congresses der Bamberger Coalirten. Absicht eines Fürstencongresses in Brüssel. Mission des Oberst Kowalewsky. Zusammenkünfte in Heidelberg sowie Umtriebe des Frhr. v. Bursian. Besuch des Königs von Bayern in Coblenz. 27. Juni 1854.

„Soviel ich mir nach gelegentlichen Unterredungen mit meinen Collegen von Juni 27.
den Bamberger Staaten[3] bisher ein Urtheil habe bilden können, ist die große Mehrheit der Regierungen letzterer geneigt, Anknüpfungspunkte zum Einlenken zu suchen und zu benutzen; nur die Gesandten von Bayern und Sachsen haben in der Art eine Zurückhaltung gegen mich beobachtet, daß sie über die Intentionen ihrer Regierungen noch gänzlich im Unklaren zu sein erklärten. Ich habe es mir angelegen sein lassen, in Ausführung des Erlasses vom 16. Juni cr.[4] die Überzeugung zu verbreiten, daß ein irgend wie bedingter Beitritt auf ein Entgegenkommen von unserer Seite auf keine Weise zu rechnen habe, und es scheint mir, als ob die Betheiligten, mit Ausnahme der beiden genannten Regierungen, mehr bemüht sind, einen schicklichen Weg zum Einlenken, als die Mittel zum ferneren Widerstand zu finden. Ich darf voraussetzen, daß Ew. Excellenz Erklärungen, welche meine Annahme bestätigen, vorliegen, und daß die große Mehrzahl der Bundesstaaten ihre Bereitwilligkeit, im Schoße der Bundesversammlung dem Bündniß beizutreten, in kurzem aussprechen wird; wenn diese Erklärungen zum Theil in allgemeinen und nicht durchaus präcisen Ausdrücken gefaßt sein sollten, so würde aus diesem Umstande für die

1) cf. oben S. 183.
2) cf. oben S. 132, Noten 3 u. 4, auch Band III Urkunden 50 u. 65.
3) cf. oben S. 194, Note 1.
4) cf. Band II, S. 27, Note 1.

Digitized by Google

1854 Juni 27. beiden Großmächte kein Grund erwachsen, die Anbringung der Sache am Bunde aufzuhalten, indem ich nicht zweifle, daß die Schwerkraft der Ereignisse und der Machtverhältnisse in dem jetzigen Stadium die Entschließungen der Bundesversammlung in das von den beiden Großmächten vorgezeichnete Geleise drängen wird. Ganz unumwundene Erklärungen am Bunde, dem Vertrage beizutreten, erwarte ich allerdings nicht von allen Seiten, theils wegen der Schwierigkeit, aus der in Bamberg eingenommenen Stellung mit Anstand einzulenken, theils auch wegen der Zweifel, die darüber obwalten, ob eine einfache Beitritts-Erklärung von Seiten der Bundesversammlung dieser letzteren als dem dritten Contrahenten im Vertrage ganz dieselben Rechte zuführen würde, wie den beiden ursprünglichen Paciscenten, d. h. ob das Einverständiß der Bundesversammlung ebenso gut wie das von Preußen oder Österreich für gewisse Fälle vorbehalten bleibt, oder ob der Consens der Großmächte unter allen Umständen ausreichend ist, um ohne weitere Befragung der Bundesversammlung den casus foederis festzustellen. Meines Dafürhaltens dürfte es nicht einmal in unserem Interesse liegen, diese Frage schon jetzt zum Nachtheil der Bundesversammlung zu entscheiden, und uns dadurch eines Mittels der Hemmung und des Widerstandes gegenüber von Österreich zu begeben, von dem sich noch nicht voraussehen läßt, ob und inwieweit wir eines solchen bedürfen würden.

Ich habe schon vor einigen Tagen eine Anfrage an die Central-Preßstelle richten lassen, ob dort von einem durch die in Bamberg vertretenen Regierungen beabsichtigten Congreß Etwas bekannt sei; ich habe nunmehr mit Sicherheit Folgendes erfahren, was Ew. Excellenz vielleicht durch anderweite Mittheilungen bestätigt finden. Die in Bamberg versammelten Minister haben vor dem Auseinandergehen die Verabredung getroffen, nach Eingang der Rückäußerung von Preußen und Österreich und im Falle diese sich nicht durch ein einfaches Ja oder Nein auf telegraphischem Wege beantworten ließe, sich von neuem und zwar hierselbst zu versammeln. Dieser Zeitpunkt wäre nun jetzt allerdings eingetreten, indeß hat man auf die Ausführung des Planes verzichtet, weil man nachgerade die Überzeugung gewonnen hat, in Bamberg sein Ziel überschossen zu haben. Man ist dort augenscheinlich nicht darauf gefaßt gewesen, in Berlin sowenig Anklang zu finden und von Wien so entschieden zurückgewiesen zu werden. Sowohl hierdurch, als durch die laute Manifestation der öffentlichen Meinung ist man von dem durch die lange Friedenszeit geförderten Souverainetätsschwindel zu größerer Nüchternheit gelangt; mehrere der betheiligten Staaten, insbesondere Baden und Nassau und — wie ich annehmen darf — auch Hannover und Kurhessen, haben unaufgefordert erklärt, sich an der verabredeten Frankfurter Conferenz nicht betheiligen zu wollen. Überhaupt scheint Uneinigkeit im Lager der Mittelstaaten zu herrschen, und von Seiten aller Übrigen hört man Vorwürfe gegen die Leidenschaftlichkeit und

Digitized by Google

Überhebung der Herren von Beust[1]) und von der Pfordten,[2]) durch welche man sich in Bamberg habe verleiten lassen, in die Materie der Europäischen Politik selbst einzugehen, anstatt die Entscheidung über die Anschlußfrage der Bundesversammlung zuzuschieben. 1854 Juni 27.

Aus guter Quelle höre ich außerdem, daß man in Bamberg allerdings auch von einem Fürstencongreß gesprochen hat, welcher zur Schlichtung der ganzen orientalischen Frage in Brüssel im August zusammenkommen solle; die Anregung hierzu sei von dem König Leopold ausgegangen und erfreue sich dies Projekt einer lebhaften Sympathie von Seiten der Königin Victoria.

Den öffentlichen Blättern nach sollte der einige Tage hier anwesende Oberst Kowalewsky[3]) den Auftrag gehabt haben, auf die Regierungen der Mittelstaaten im Russischen Sinne einzuwirken; ich habe angewandter Bemühungen ungeachtet nicht erfahren können, daß er in dieser Richtung irgend welche Beziehungen gepflogen hätte. Außer einigen Excursionen in die Umgegend, nach Wiesbaden und Baden-Baden ist in Betreff seines hiesigen Verhaltens Nichts zu beobachten gewesen, und hat er seine weitere Reise oder Rückreise nicht von hier aus angetreten.

Der Wirkliche Geheime Rath Bunsen[4]) befindet sich augenblicklich in Heidelberg; ebendaselbst hält sich Heinrich von Gagern[5]) auf, der dort seine Kinder in der katholischen Confession erziehen läßt; seine Frau ist katholisch und sein Bruder Max[6]) bekanntlich vor einiger Zeit zur katholischen Kirche übergetreten. Der Prinz Felix Hohenlohe, Präsident der Darmstädter Bank und des ehemaligen Vereins zum Schutze vaterländischer Arbeit, verkehrt ebenfalls viel in Heidelberg, gewöhnlich in Begleitung des in ultramontanen Geschäften vielfach benutzten Nassauischen Legationsraths Freiherrn von Bursian,[7]) desselben, der vor einiger Zeit in Aufträgen der Fürstin von Ysenburg-Birstein in Berlin anwesend und von Sr. Majestät zur Tafel gezogen worden war.[8]) Dieser Herr von Bursian kam ursprünglich als Zeitungscorrespondent zur Parlamentszeit hier an, war dann als Privatsecretair in Diensten des Herrn von Bally und später des Prinzen Hohenlohe. Man erzählt hier, daß er von der Französischen Spielgesellschaft, welche in Nauheim jetzt etablirt

1) cf. oben S. 161, Note 4.

2) cf. oben S. 63, Note 2.

3) Georg Kowalewsky, berühmter Russischer Reisender, 1851 der Vermittler des Vertrages von Kuldscha zwischen Rußland und China, seit 1856 an der Spitze des asiatischen Departements.

4) cf. oben S. 190, Note 3.

5) Heinrich Freiherr von Gagern, der bekannte deutsche Volksvertreter.

6) Maximilian Freiherr von Gagern, Österreichischer Hof- und Ministerialrath im Ministerium des Kaiserlichen Hauses und des Äußern.

7) cf. oben S. 196, Note 4.

8) cf. oben S. 196.

Digitized by Google

1854 Juni 27. ist, Geld empfangen habe, um den Einfluß seines Principals, des Fürsten Hohenlohe — Schwiegersohn des Kurfürsten — für Ertheilung der Spielconcession zu gewinnen. In Berlin scheint Herr von Bursian mit der Spenerschen Zeitung, wahrscheinlich auch mit anderen Blättern, in Verbindung zu stehen.

König Ludwig von Bayern wird von Cöln aus einen Besuch in Coblenz machen. J. K. H. die Frau Prinzessin von Preußen hat Sr. Majestät durch Anschreiben des Hofmarschall-Amts an die hiesige Bayerische Gesandtschaft eine Einladung zugehen lassen, welche der König Ludwig angenommen, die Wohnung im Schloß jedoch abgelehnt hat".

85. Eigenhändiger Bericht, betr. die Stimmung in Rußland gegenüber Österreich und Preußen. Haltung des Dresdener Cabinets in Bezug auf den Beitritt des Bundes zu dem Aprilbündniß. Besetzung der Stelle des Staatssecretairs im Preußischen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten. Reise der Kaiserin Eugenie nach Baden. 28. Juni 1854.

Juni 28. — — „Nach Absendung meines gestrigen Schreibens[1] besuchte mich Herr von Glinka;[2] er so wie alle Russen, die ich in der letzten Zeit gesehen habe, sind mit leidenschaftlicher Erbitterung gegen Österreich erfüllt, und nach seinen Nachrichten aus Petersburg herrscht dort dieselbe Stimmung in einem, wie er sagt, die ruhige Erwägung der Sachlage beeinträchtigenden Grade. In Bezug auf uns ist man billig genug einzugestehen, daß man keinen Dank von uns verdient hat, indem die Russische Politik in allen Preußisch-Österreichischen Streitfragen der letzten Jahre gegen uns und für Österreich Partei genommen habe.

Mit dem Sächsischen Gesandten habe ich gestern eine Unterhaltung gehabt, nach der ich annehmen darf, daß auch das Dresdener Cabinet in Sachen des Beitrittes zum Bündniß[3] sich zum Ziele legen wird. Bayern allein wird ja dann wohl nicht in der Opposition verharren. Diesen günstigen Erfolg gegenüber der Bamberger Politik verdanken wir vorzugsweise der milden und zum Einlenken die Hand bietenden Fassung unserer Antwort, zu welcher Ew. Excellenz die Wiener Gereiztheit vermocht haben.

Ihren Herrn Bruder[4] habe ich vor einigen Tagen in Homburg wohlauf und als pflichttreuen Curgast gesehen. Wir besprachen unter vielen anderen

1) cf. Urkunde 84.

2) von Glinka, Vertreter Rußlands am Bundestage und an den Hessischen Höfen.

3) scil. vom 20. April 1854. cf. oben S. 81, Note 2.

4) Freiherr von Manteuffel, Preußischer Unterstaatssecretair im Ministerium des Innern, später auch Chef des Ministeriums für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten.

Digitized by Google

Gegenständen die Eventualitäten, welche sich für Besetzung des auswärtigen Staatssecretariats bieten. Es ist ein beklagenswerther Mangel an Auswahl. Der Geeignetste außer Herrn von Werther[1] schien uns Graf Seckendorff[2] zu sein; auch von unserer Nassauer Acquisition, Herrn von Wintzingerode,[3] war die Rede; in actis gewiß ein tactfester und ordnungsliebender Herr; etwas bange würde mir vor seiner großen Ängstlichkeit sein. 1854 Juni 28.

Die Nachrichten von einer Reise der Kaiserin Eugenie nach Baden gewinnen hier an Consistenz".

86. Eigenhändiger Bericht, betr. den Beitritt des Bundes zu dem Aprilbündniß. Äußerungen des Frhr. v. Prokesch in Bezug auf die nächsten Ziele der Österreichischen Orientpolitik. Einfluß des Vertrages zwischen der Türkei und Österreich auf das zwischen Preußen und Österreich abgeschlossene Bündniß. Ansichten eines Bonapartisten über die nächsten politischen Conjuncturen. Streit in der Bundesversammlung. Besuch des Unterstaatssecretairs Frhr. v. Manteuffel.[4] 11. Juli 1854.

„Am Sonnabend habe ich den Erlaß vom 6. cr.[5] wegen Beitritt des Bundes zum Bündniß erhalten. Am Sonntag waren meine Collegen ausgeflogen, und erst gestern habe ich mit Herrn von Prokesch und einigen Anderen sprechen können; heute aber werde ich durch eine nicht endenwollende Sitzung des Militairausschusses an Vollendung meines Berichts gehindert. Ich beeile mich daher, während Prokesch neben mir vorträgt, nur wenige Worte über Ew. Excellenz Expedition vom 6. cr. und über die heute zu meiner Einsicht gelangten Österreichischen Entwürfe[6] zu sagen, welche dem Grafen Thun unter Juli 11.

1) Carl Freiherr von Werther, Preußischer Gesandter in Copenhagen.

2) Graf von Seckendorff, Legationsrath und Kammerherr, Preußischer Gesandter in Stuttgart.

3) cf. oben S. 24, Note 1.

4) Das Band II, Urkunde 24 unserer Sammlung abgedruckte Privatschreiben des Herrn von Bismarck enthält nur einen kurzen Inhalt von dem hier in vollem Text wiedergegebenen Berichte an den Freiherrn von Manteuffel.

5) Mittelst dieses Erlasses ersuchte der Minister Freiherr von Manteuffel Herrn von Bismarck, ihm seine Ansicht mitzutheilen, in welcher Form sich die Accession des Bundes zu dem Bündniß vom 20. April vollziehen sollte.

6) Graf Buol übersandte dem Minister von Manteuffel zwei Entwürfe: 1) den Entwurf des zu fassenden Bundesbeschlusses, 2) den Entwurf des bei Mittheilung des Bündnisses von Österreich und Preußen in der Bundesversammlung zu erstattenden Vortrages. Der letztere Entwurf, zu dem Herr von Bismarck, wie aus der Fortsetzung unseres Berichts erhellt, mehrfach Abänderungen beantragte, lautet wie folgt:

Österreich und Preußen ꝛc.

„Die Gesandten sind mit der nachfolgenden Mittheilung beauftragt worden. In ihrer Erklärung vom 24. Mai dieses Jahres haben die Höfe von Österreich und Preußen ihr

Digitized by Google

1854 Juli 11. dem 6. von Wien aus übersandt worden sind. Was die Form des Beitrittes anbelangt, so wäre mir ein einfacher Bundesbeschluß auf Antrag der beiden

---

Verhalten zu der gegenwärtigen Europäischen Verwickelung ihren Bundesgenossen dargelegt, und daran den Ausdruck des Wunsches geknüpft, daß durch eine verfassungsmäßige Willensäußerung des Bundes eine feste Bürgschaft für die Bewahrung der Eintracht sämmtlicher Regierungen Deutschlands inmitten der Gefahren der Weltlage gewonnen werde.

Die Hohe Bundesversammlung hat hierauf durch ihren Beschluß vom gedachten Tage ausgesprochen, daß sie in der Übereinstimmung der beiden Mächte die wesentliche Grundlage für die Einigkeit Deutschlands und für die Wahrung der gemeinsam Deutschen Interessen erkenne. Sie hat es als ein Bedürfniß anerkannt, daß der Entschluß der Bundesglieder zu kräftigem und treuem Zusammenstehen durch das gesetzliche Organ des Bundes einen entsprechenden Ausdruck erhalte.

Je aufrichtiger die Regierungen von Österreich und Preußen sich dieses Ausspruches erfreuten, desto größer ist die Genugthuung, womit sie sich nunmehr in dem Falle sehen, eine in der bestimmten Form eines Vertrages verbürgte und das gesammte Gebiet der Interessen Deutschlands umfassende Einigung in der Mitte dieser Hohen Versammlung in Vorschlag zu bringen. Die Gesandten haben die Ehre, den authentischen Text des zwischen Sr. M. dem Kaiser von Österreich und Sr. M. dem König von Preußen zu Berlin am 20. April vorigen Jahres abgeschlossenen und seitdem beiderseits ratificirten Vertrages wegen Errichtung eines Schutz- und Trutz-Bündnisses, sowie eines als integrirender Theil zu demselben gehörigen Zusatz-Artikels hiermit zu überreichen, und im Namen ihrer erhabenen Monarchen den Deutschen Bund zum Beitritte zu diesem Vertrage einzuladen.

Sie sind beauftragt, diese Vorlage mit den folgenden Bemerkungen und weiteren Mittheilungen zu begleiten.

Österreich und Preußen sind bei den Verhandlungen, welche zum Abschluß des Bündnisses geführt haben, dem leitenden Gedanken gefolgt, nicht nur die zwischen ihnen bereits bestehenden Bande der Freundschaft und Bundesgenossenschaft zu befestigen, sondern sich noch ausgedehntere Bürgschaften für die Sicherheit ihrer Staaten, sowie für den gemeinsamen Schutz der Gesammt-Interessen Deutschlands zu gewähren. Die Bestimmungen des Vertrages verwirklichen diese erhöhte Solidarität, indem sie die contrahirenden Theile für die Dauer des gegenwärtigen Krieges zur gemeinsamen Abwehr jedes auswärtigen Angriffs auf irgend einen Theil ihrer gesammten Besitzungen verpflichten und diese Verbindlichkeit ausdrücklich auch auf den Fall ausdehnen, wenn zur Wahrung Deutscher Interessen ein actives Vorgehen eines der Theilnehmer veranlaßt wäre. Diese Verpflichtungen werden, wenn der Bund in seiner Gesammtheit als dritter Theilnehmer in das Bündniß eintritt, vertragsmäßig auf den ganzen Umfang des Deutschen Bundesgebietes und der außerdeutschen Besitzungen Österreichs und Preußens sich erstrecken. Deutschland wird alsdann, kraft der Bestimmungen des Bündnisses, ohne von dem auf Erhaltung und Vertheidigung gerichteten Grundcharakter seiner Verfassung abzuweichen, — mit verstärktem Nachdruck die Aufgabe zu erfüllen vermögen, als engverbundene Gesammtmacht die gemeinsamen Deutschen Interessen zu schützen, und zugleich zur Aufrechthaltung des Europäischen Gleichgewichts mitzuwirken, auf welchem die Sicherheit aller Staaten beruht.

Die Grundsätze, die das Hauptinstrument des Vertrages vom 20. April d. J. aufstellt, haben ferner in dem den Artikel II desselben ergänzenden Zusatz-Artikel eine besondere Anwendung auf den Stand der Verwickelungen im Orient gefunden, und die Gesandten haben den Auftrag, der Hohen Bundesversammlung hiermit zugleich Abschriften derjenigen Erlasse vorzulegen, welche die Höfe von Wien und Berlin in Ausführung der betreffenden Bestimmung dieses Zusatz-Artikels an ihre Gesandtschaften am K. Russischen Hofe gerichtet haben.

Sicher werden die Regierungen Deutschlands die hohe Sorgfalt zu würdigen wissen,

Digitized by Google

Bundesglieder Preußen und Österreich die liebste. Ein förmlicher Vertrag zwischen Letzteren und dem Bunde ignorirt die Bundesangehörigkeit der Großmächte gänzlich und scheint unnatürlich. Auch die von Österreich vorgeschlagene Acceptationserklärung der beiden Staaten gegenüber dem zu extrahirenden Bundesbeschluß accentuirt die Scheidung derselben von den übrigen Bundesgliedern noch mehr als nöthig, scheint aber, wenn Österreich dabei beharrt, nicht von praktischem Belang. 1854 Juli 11.

Wenn es nach den persönlichen Ansichten meiner Collegen geht, so wird die Nothwendigkeit der Einstimmigkeit von keiner Seite behauptet werden, man sich vielmehr mit der Mehrheit von $^2/_3$ pleni begnügen. Indessen höre ich äußerlich, daß bei einigen Bundesfürsten, insbesondere bei Sr. K. H. dem Großherzog von Mecklenburg-Strelitz, der Gedanke nicht aufgegeben sein soll,

---

welche die Souveraine von Österreich und Preußen bewog, eine weitere Ausdehnung der Kriegsoperationen Rußlands auf dem rechten Donauufer sowie die Fortdauer der Besetzung der Moldau und Walachei auf unbestimmte Zeit als unvereinbar mit den Ihrer Fürsorge anvertrauten großen Interessen zu bezeichnen. Aber auch dem Geiste der Mäßigung und Friedensliebe, welchen die beiden Mächte in keinem ihrer Schritte verleugnet haben, werden ihre Deutschen Bundesgenossen Anerkennung und Beifall nicht versagen. Die Wiederherstellung eines dauerhaften Friedens bleibt das Ziel der Wünsche und Bestrebungen der beiden Cabinette, und wenn Se. M. der Kaiser von Rußland der aus tiefem Pflichtgefühle hervorgegangenen Sprache seiner alten Verbündeten Gehör giebt, und dadurch den Wunsch friedlicher Ausgleichung bethätigt, so werden die Deutschen Mächte sich der Hoffnung hingeben dürfen, in Folge dieser veränderten Stellung Rußlands und des nothwendigen praktischen Einflusses derselben auf diejenige der übrigen kriegführenden Mächte die Wege der Verständigung wieder geöffnet zu sehen, und das im Interesse Deutschlands Erreichte auch für die Beruhigung Europas nützen zu können. Die Cabinette von Wien und Berlin unterziehen in diesem Augenblicke die Antwort Rußlands der gewissenhaftesten Prüfung, und sie werden es sich zur Pflicht machen, der Bundesversammlung, sofern sie dem Bündnisse beigetreten sein wird, diese Antwort mitzutheilen, und mit ihr im Geiste des Vertrages darüber in vertrauensvolles Einvernehmen zu treten.

Ebenso werden sie es sich angelegen sein lassen, dem Bunde in allen späteren ihn als Theilnehmer an dem Bündnisse angehenden Verhandlungen die gebührende Einflußnahme zu sichern, und insoweit es auf die von Rücksichten der Zweckmäßigkeit nicht zu trennende Frage der Form seiner Vertretung ankommt, werden sie sich den Grundsatz des Artikels 49 der Wiener Schlußacte gegenwärtig halten, und jedenfalls in der dort bezeichneten Eventualität auf die genaue Vollziehung dieser Bestimmung der Bundesgesetze achten.

Die Regierungen von Österreich und Preußen schöpfen aus ihrem Vertrauen in die Einsicht und den Gemeinsinn der Regierungen Deutschlands die beruhigende Überzeugung, daß in der Erkenntniß der Zwecke und Aufgaben, die dem Deutschen Bund gegenüber den Ereignissen der Gegenwart vorgezeichnet sind, die vollkommenste Übereinstimmung unter den Mitgliedern des Bundes waltet. Der Beschluß, dem die beiden Höfe nunmehr entgegensehen, wird diesen Zwecken und Aufgaben die vereinigte moralische und materielle Macht des großen Deutschen Staatenbundes dienstbar machen. Die stärkste Schutzwehr des Vaterlandes, die Bundeseintracht, wird alsdann fester wie je zuvor gegründet sein, und Deutschland aus der ernstesten der politischen Verwickelungen, von welchen Europa seit der Gründung des Deutschen Bundes ergriffen wurde, unter dem göttlichen Schutze unerschüttert hervorgehen".

Digitized by Google

1854 Juli 11. gegen einen Mehrheitsbeschluß, als außerhalb der verfassungsmäßigen Befugnisse des Bundes liegend, sich zu verwahren, und zu beantragen, daß der Bund sich seiner Bestimmung entsprechend für neutral erkläre. Ich glaube aber nicht daran, daß diese kühne Politik innerhalb der Versammlung einen Ausdruck finden werde. In der Art, daß sich Schritte bei dem Strelitzer Herrn thun ließen, ist die Sache nicht zu meiner Kenntniß gediehen.

Mehrere meiner Collegen sind zu eifrigerem Betriebe des Beitrittes des Bundes angeblich durch die Wahrnehmung bewogen worden, daß derselbe von Österreich nicht mehr mit besonderem Eifer gesucht werde, weil das Wiener Cabinet nach den gemachten Erfahrungen lieber mit uns allein bleiben wolle, und in solchem Falle mehr Aussicht zu haben glaube, specifisch Österreichischen Deutungen des Textes Geltung zu verschaffen, als bei einer Zuziehung des Bundes als dritten Contrahenten und Auslegers möglich sein würde. Obschon für einen solchen Gedanken die innere Wahrscheinlichkeit spricht, so habe ich doch äußerlich Nichts bemerkt, was auf das Vorwalten desselben schließen ließe. Im Gegentheil beweist das schnelle Eintreffen der Österreichischen Entwürfe, daß man dort nicht mit Verschleppung der Sache umzugehen scheint.

Gegen den Text des Österreichischen Entwurfs drängen sich mir, nach einmaliger flüchtiger Durchsicht desselben, nur die in der Anlage aufgeführten Bemerkungen auf.[1])

1) Die mit vorstehendem Bericht übersandte Anlage lautet wie folgt:

„Österreichischer Entwurf" ꝛc. „und diese Verbindlichkeit ausdrücklich auch auf den Fall ausdehnen, wenn zur Wahrung Deutscher Interessen ein actives Vorgehen eines der Theilnehmer veranlaßt wäre." Bei diesem Passus dürfte es sich empfehlen, eine Wendung einzuschalten, welche das Erforderniß des Einverständnisses des oder der anderen Theilnehmer des Vertrages andeutet. Wenn der casus foederis allein von dem Kriterium der „Wahrung Deutscher Interessen" abhängig gemacht wird, so könnte die Unbestimmtheit dieses Begriffes zu mancher Unzuträglichkeit Anlaß geben, besonders nachdem Österreich in der Vorlage vom 24. Mai d. J. Alles gethan hat, um eine ihm günstige Declaration dieses Ausdrucks vorzubereiten. Ähnliches wird in dem Österreichischen Beschlußentwurf bei dem zweiten Erwägungsgrunde angestrebt.

Der auf obigen folgende Passus, mit den Worten anfangend „Diese Verpflichtungen wären", scheint schlecht ausgedrückt, indem er in dieser Gestalt nur sagt, was ohnehin durch die Bundesacte oder schon durch das Bündniß zwischen Österreich und Preußen allein feststeht. — „werden sich den Grundsatz des Artikels 49 der Wiener Schlußacte gegenwärtig halten". Es dürfte sich besser mit der Bundesversammlung als mit den Commissarien derselben verkehren lassen. Commissarien werden wahrscheinlich Gesandte der Bamberger Regierungen werden, obschon Herr von Prokesch meint, eine etwaige Wahl auf Herrn von Bülow lenken zu können. Derselbe wäre persönlich geeignet, als Dänischer Gesandter aber doch schwerlich. Die ganze Idee mit dem Artikel 49 stammt aus München und denkt Bayern voraussichtlich an seinen Gesandten als Commissar des Bundes.

In dem Österreichischen Entwurf des Bundesbeschlusses die Worte „deren Gebiet keineswegs" bis „beschränkt erscheint" dürften zu streichen sein.

Der Schlußpassus „die gegenwärtige Erklärung u. s. w." ebenfalls und statt dessen die Form eines einfachen Bundesbeschlusses ohne Beimischung der Ausdrücke, wie sie in zweiseitigen Verträgen üblich sind."

Digitized by Google

Aus meinen Privatunterhaltungen mit Prokesch entnehme ich, daß seiner jetzigen Ansicht nach Österreich mit der Erfüllung der in der Sommation enthaltenen Forderungen sich nicht zufrieden geben wird. Er sagt, daß die Bestimmungen des Vertrages von Adrianopel [1]) auf die Länge unerträglich gewesen seien; es hätte früher oder später doch zum Kriege zwischen Österreich und Rußland darüber kommen müssen; jetzt sei die Gelegenheit, eine Abstellung der 1829 constituirten Übelstände zu erlangen, so günstig wie niemals, man müsse sie benutzen. Die gesicherte Freiheit der Donaumündungen, die Öffnung des Schwarzen Meeres, die Lösung des Russischen Protectorats über die Fürstenthümer und Serbien müsse erlangt werden. In Betreff der zukünftigen Stellung dieser Länder zur Pforte spricht er geflissentlich keine Meinung aus, und Niemand zweifelt hier an der Absicht, daß man die Besetzung der Fürstenthümer durch Österreichische Truppen als einen Anknüpfungspunkt für ein näheres Verhältniß Österreichs zu den Fürstenthümern in Wien betrachtet. Prokesch's Privatansicht geht außerdem dahin, daß an Stelle der Türkei nur das Byzantinische Reich treten könne; damit würden zwei Griechische Kirchen geschaffen und Rußlands Ascendant über seine Religionsgenossen im Orient beseitigt. 1854 Juli 11.

Bei Besprechung des Beitrittes begegne ich im Munde meiner Collegen vielfach der Äußerung, daß der Vertrag vom 20. April durch den neuen, welchen Österreich mit der Türkei geschlossen hat, [2]) obsolet geworden sei, und es während der Verhandlungen über den Beitritt noch mehr zu werden Aussicht habe. Für unsere Freiheit des Entschlusses kann es allerdings nur günstig sein, wenn Österreich sich ohne unser Einverständniß in Complicationen einläßt, deren Consequenzen mit dem Bündniß vom 20. nichts zu thun haben. Ich will damit noch nicht sagen, daß wir diese größere Freiheit *nothwendig gegen* Österreich benutzen müssen; zu brauchen aber dürfte sie immer sein.

Ein ziemlich eingeweihter Bonapartist, convertirter Republikaner, sagte mir vorgestern, nachdem er beträchtlich tief in's Glas gesehen hatte: „Frankreich werde in dem Europäischen Conflict immer die freieste Stellung unter allen Großmächten behalten, weil es durch kein eignes Interesse gegen Rußland engagirt sei. Der eigentliche Grund sei, daß der Kaiser einen Krieg gebraucht habe; ein solcher gegen Deutschland, hinter dem alsdann Rußland gestanden hätte, sei zu gefährlich gewesen; sei Rußland erst geschlagen, oder doch isolirt und beleidigt, so werde für Frankreich und Preußen die Zeit gekommen sein, gemeinschaftlich ihrer Interessen und ihres Ehrgeizes zu gedenken. Der eigentliche Interessenkampf werde erst beim Friedenscongreß ausbrechen, in ähnlicher

1) Vergl. über diesen Vertrag Band II, S. 43, Note 1.

2) Gemeint ist die Convention vom 14. Juni 1854, betreffend das Einrücken Österreichischer Truppen in die Donaufürstenthümer. cf. Band II, S. 23, Note 1 unserer Sammlung.

Digitized by Google

1854 Juli 11. Weise, wie er 1814 ausgebrochen sein würde, wenn nicht Napoleon's Rückkehr von Elba die Zänker geeinigt hätte". Die Anschauungsweise ist nicht neu, und ich schreibe sie nur nieder, weil der Ausschuß noch immer nicht aufhören will.

Bayern und Sachsen streiten seit zwei Stunden über einen juristischen Fall in Betreff der Nutzung von Festungsgrundstücken; alle Schlußanträge fruchten nicht.

Ihr Herr Bruder[1]) war zu meiner Freude zwei Tage hier; jetzt reist er in Baden umher; übermorgen erwarte ich ihn wieder hier und werde ihm den heute von Ew. Excellenz für ihn eingegangenen Brief einhändigen".

87. Bericht, betr. die Wahrung des Anscheins eines Zusammenhaltens der Cabinette von Wien und Berlin sowie Deutschlands in der orientalischen Frage. Preßthätigkeit des Frhr. v. Prokesch. 19. Juli 1854.

Juli 19. „Ew. Excellenz haben mich wiederholt angewiesen, Alles zu vermeiden, was zu einem Schluß berechtigen könne, als sei zwischen den Cabinetten von Berlin und Wien nicht die vollste Übereinstimmung vorhanden; ich habe daher geglaubt, dem gelegentlich auftauchenden Mißtrauen des Freiherrn von Prokesch gegen die diesseitige Politik nicht wirksamer entgegentreten zu können, als indem ich ihm mittheilte, daß ich angewiesen sei, auch dem geringsten Anschein eines Mangels an Einheit vorzubeugen, da man bei uns ebensosehr wie in Wien von der Nothwendigkeit des Zusammenhaltens der Deutschen Staaten unter sich und namentlich mit Österreich durchdrungen sei.

Bald nach dieser Mittheilung enthielt der Moniteur vom 12. d. M. in dem beigefügten „Leipzig den 7. Juli" fast dieselben Worte, welche ich zu dem Freiherrn von Prokesch gesprochen. Dieser Umstand liefert mir eine neue Bestätigung der Überzeugung, daß Herr von Prokesch für sein Bedürfniß, Zeitungsartikel zu schreiben, auch in den Französischen Blättern Befriedigung sucht; er unterhält einen regelmäßigen und lebhaften Briefwechsel mit Herrn von Hübner,[2]) durch welchen auch die Verbindung mit der Französischen Presse vermittelt wird, und Letzterer die in neuerer Zeit so häufigen, offenbar aus den Akten Deutscher Regierungen stammenden Mittheilungen zufließen. In dem vorliegenden Falle wenigstens glaube ich darüber ganz sicher zu sein, da ich nur gegen Herrn von Prokesch mich gerade genau in den Worten jenes Artikels ausgesprochen habe".

---

1) cf. oben S. 200, Note 4.
2) cf. oben S. 189, Note 2.

Digitized by Google

88. Eigenhändiger Bericht, betr. den Beitritt des Deutschen Bundes zu dem Aprilbündniß. Österreichs Absicht in Bezug auf die Behandlung der Russischen Antwort. Fiction einer gegen Rußland gerichteten Quadrupelallianz. Verwerfung der Russischen Concessionen durch die Westmächte. Werth des Aprilbündnisses für Deutschland und Preußen. Zurückweisung der Englischen Überhebungen in der Preußischen Correspondenz. Losmachung Österreichs von dem Frieden von Adrianopel. Verstimmung Württembergs. Beust's Erwiderung einer Englischen Note. 21. Juli 1854.[1])

— — „Ich benutze die Reise des Herrn von Reitzenstein[2]), um in Betreff 1854
der Beitrittsfrage meinem heutigen Immediatberichte[3]) noch einige Worte hin- Juli 21.
zuzufügen. Die Sitzung des Ausschusses ist soeben beendigt. Das Referat war von dem Bayerischen Gesandten bearbeitet, kurz und der Sache, wie mir schien, angemessen. Eine Bezugnahme in der Motivirung auf den Inhalt der Note vom 16. Juni[4]) wurde von Sachsen gewünscht, unterblieb aber. Sie

1) Der nachstehende eigenhändige Bericht des Herrn von Bismarck bildet einen Bestandtheil des von Manteuffelschen Nachlasses. Zu den Akten des auswärtigen Ministeriums gelangte eine Abschrift desselben ebensowenig, als zu den Bundestags-Gesandtschaftsakten. Man vergleiche jedoch die im II. Bande unserer Sammlung abgedruckte Urkunde 27, woselbst der Inhalt des oben stehenden eigenhändigen Berichts des Herrn von Bismarck bruchstückweise mitgetheilt ist. Es besteht die Vermuthung, daß Herr von Bismarck wegen des Postschlusses eine Abschrift seines eigenhändigen Berichts nicht mehr fertigen lassen konnte, und daß er, um die Akten vollständig zu haben, nach Abgang der Expedition seinem Nebenbeamten den wesentlichen Inhalt desselben aus dem Gedächtniß dictirt hat. Ein analoges Verhältniß haben wir auch bereits früher einmal zu constatiren die Gelegenheit gehabt (cf. Band II unserer Sammlung, S. 165, Note 1 und oben Urkunde 86).

2) Freiherr von Reitzenstein, General-Lieutenant, Preußischer erster Bevollmächtigter bei der Bundes-Militaircommission und Oberbefehlshaber der Bundesgarnison in Frankfurt a. M.

3) Herr von Bismarck meldete in diesem Berichte, er habe in der Bundestagssitzung vom 20. Juli mit Herrn von Prokesch das Preußisch-Österreichische Bündniß vom 20. April 1854 nebst dem Zusatzartikel (cf. oben S. 186, Note 2) mit der Einladung zum Beitritte vorgelegt. Nachdem der Versuch des Freiherrn von Prokesch, eine sofortige Beschlußfassung herbeizuführen, mißlungen, sei die Vorlage zur schleunigen Vorbereitung eines Beschlusses dem in der Sache niedergesetzten Ausschusse überwiesen worden. Derselbe sei bereits am 21. Juli zusammengetreten, und könne sonach möglicherweise nächste Woche in der beabsichtigten außerordentlichen Sitzung der Beschluß gefaßt werden.

4) Die in Bamberg vertretenen Regierungen wünschten, daß durch eine an die Bundesversammlung zu richtende Einladung der Beitritt des gesammten Bundes zu dem am 20. April zwischen Preußen und Österreich abgeschlossenen Schutz- und Trutzbündnisse erfolge, daß der Bund bei den ferneren, ihn als Theilnehmer an dem Bündnisse angehenden Verhandlungen in gehöriger Form vertreten sein werde. Erreicht sollte werden von Deutschland die vollständige Freiheit des Handels und der Schifffahrt auf der Donau, und ein wirksamer, allseitig verbürgter Schutz der unter der Türkischen Herrschaft lebenden christlichen Bevölkerung. Nebenbei war ein lebhaftes Interesse an der Erhaltung des König-

Digitized by Google

1854 Juli 21. wird voraussichtlich in den Erwägungsgründen der einzelnen Abstimmungen von Bayern, Sachsen, Hannover und Anderen ihre Stelle finden. Die einzige Änderung, welche in dem Beschlußentwurf unter des Herrn von Prokesch und meiner Einwilligung stattgefunden hat, ist folgende Einschaltung am Schlusse der Erwägungsgründe:

„unter der Verabredung beizutreten, daß Se. M. der König von Preußen und Se. M. der Kaiser von Österreich die durch Artikel XI der Bundesacte übernommene Verpflichtung durch Ihre gesammte deutsche und außerdeutsche Macht erfüllen werden". [1]

Es schien uns dies eine im Falle des Krieges sich von selbst ergebende Sache; die Instruktionen unserer Bamberger Freunde, auch noch die neuesten telegraphischen, bestanden aber ausdrücklich auf diesen Zusatz, während sie den wegen der Bezugnahme auf die Note vom 16. v. M. fallen ließen. Ich schreibe ersteres nur der kleinen Eitelkeit zu, wenigstens äußerlich noch einen Bamberger Pinselstrich anzubringen, gegen den ein ernster Widerspruch der Großmächte sich nicht erwarten ließ (angegeben wird mir als Grund des Verlangens der Unterschied, den diese Einschaltung bei der dereinstigen Liquidation der Kosten machen werde). Der Ausschuß war darüber einig, daß weder Einstimmigkeit noch auch ein Plenarbeschluß mit einer $^2/_3$ Majorität rechtlich erforderlich sei, um den Beitritt zu vollziehen. Herr von Prokesch unterstützte diese Ansicht seiner Instruktion gemäß, und die Bamberger vertraten sie, weil dadurch sichergestellt wird, daß der Beitritt eine Kriegserklärung, die nur mit $^2/_3$ pleni beschlossen werden kann, nicht involvire, und also auch dem Bunde die Sicherheit bleibe, zu einem activen Einschreiten nur nach nochmaliger ausdrücklicher Beschlußnahme gelangen zu können.

Im Verkehr mit Herrn von Prokesch finde ich vielfache Bestätigungen meiner schon früher gegen Ew. Excellenz geäußerten Ansicht, daß Österreich bemüht ist, eine selbständige Preußisch-Österreichische Behandlung der Russischen Antwort zu vermeiden, vielmehr die Wiener Conferenz und die Westmächte vorzuschieben, um einer Zurückweisung der Russischen Eröffnungen, und einer Einwirkung der Westmächte auf uns zu diesem Behufe gewiß zu sein.

Die Absicht zu fingiren, als ob eine geschlossene Quadrupelallianz, die nur gemeinsam Rußland gegenüber agiren könne, vorliege, trat bei der

---

reichs Griechenland bezeugt. In dem oben erwähnten Erlasse des Minister-Präsidenten an die Preußischen Gesandtschaften in Deutschland vom 16. Juni 1854 waren die Bedenken der in Bamberg vertretenen Regierungen widerlegt, und die Hoffnung ausgedrückt, daß die Vertreter derselben recht bald ermächtigt würden, für den Anschluß des Bundes an den Vertrag vom 20. April ohne Vorbehalt zu stimmen. Anderenfalls würden Preußen und Österreich in die Lage kommen, sich nur noch mit den einzelnen Regierungen zu verständigen, welche ihrem Bündnisse als Theilnehmer entweder schon hinzugetreten seien oder noch hinzutreten würden.

1) cf. auch Band II, Urkunde 30.

Digitized by Google

Discussion im Ausschusse erkennbar hervor; besonders bei Erörterung der Frage, ob die ganzen Aktenstücke vom 20. April[1]) oder nur der eigentliche Tenor der Vertragsartikel, wie Bayern wollte, in dem Bundesbeschlusse zu inseriren seien. Die beigebrachten Antecedentien, bei Gelegenheit der Belgischen und anderer Verträge, entschieden für die erstere Alternative, und werden die Einleitungen und Erwägungsgründe in den Beschluß mit aufgenommen. Auch zur Vorlage des Protokolls vom 23. Mai[2]) hatte Herr von Prokesch eine Einleitung Namens Preußens und Österreichs aufgesetzt, welche die Solidarität des „Europäischen Einverständnisses", wie es in den Conferenzen seinen Ausdruck gefunden habe, hervorzuheben bestimmt war. Auf meinen Wunsch hat indessen eine einfache Vorlage stattgefunden. 1854 Juli 21.

Daß der Westen, wenigstens England, die Russischen Concessionen als ungenügend zurückweist, darüber kann wohl nirgends, am wenigsten in Wien, ein Zweifel bestehen, und provocirt Österreich lediglich auf die Seemächte und deren Votum in der Conferenz, so lehnt es damit einfach ab.

Wenn das Bündniß vom 20. April nicht den Erfolg hat, Deutschland eine vom Westen unabhängige Politik zu sichern, so hätten wir es angenehmer gehabt, uns direkt mit Paris und London zu verständigen, anstatt mit dem übrigen Deutschland die Nullen hinter der Eins Österreichs zu bilden, die innerhalb der Conferenz doch auch nur wieder eine Ziffer in dritter Stelle bedeutet. Denn die Westmächte legen der Conferenz offenbar nur für die Deutschen Theilnehmer eine limitirende Kraft bei, während sie selbst sich eine von derselben gänzlich unabhängige Bewegung vindiciren.

Sehr gefreut habe ich mich über den Artikel der Preußischen Correspondenz, mit dem die Unverschämtheiten der Englischen Presse berücksichtigt wurden. Sonst steht für zehn Thaler monatlich in dem Blatte nicht viel zu lesen.

Auch gegen mehrere meiner Collegen hat Herr von Prokesch sich in dem Sinne geäußert, daß Österreich die jetzige Gelegenheit zum Kriege benutzen müsse, um sich von den in Adrianopel[3]) sanctionirten Verhältnissen frei zu machen. Immerhin, aber was haben wir von unseren Auslagen dabei?

Die Sitzung zur Beschlußnahme über den Beitritt findet Montag statt. Herr von Prokesch beabsichtigte sie auch morgen schon, aber Württemberg und Mecklenburg, unterstützt von Bayern und Sachsen, baten um Aufschub.

Württemberg ist sehr böse, daß der neueste Beschlußentwurf nicht vor der Einbringung in die Versammlung auch in Stuttgart mitgetheilt worden ist.

---

1) cf. oben S. 186, Note 2.

2) scil. das Protokoll der Wiener Conferenz vom 23. Mai 1854, abgedruckt in „von Jasmund: Aktenstücke zur orientalischen Frage" Band I, S. 306.

3) cf. oben S. 205, Note 1.

Digitized by Google

1854 Juli 21. Herr von Reitzenstein mahnt zum Schluß“. [1])

1) Der Minister Freiherr von Manteuffel erwiderte Herrn von Bismarck unter dem 24. Juli 1854, ein Theil der in seinem Schreiben enthaltenen Bedenken werde durch die inzwischen ihm zugegangenen Depeschen seine Erledigung gefunden haben; „daß wir übrigens nicht zaghaft Österreich gegenüber uns aussprechen, wird Ew. Hochwohlgeboren die in Abschrift anliegende Depesche, welche ich indessen geheim zu halten bitte, beweisen.

Wir haben heute die Österreichische Antwort auf unsere Depesche vom 15. d. M. erhalten. Man ist zwar dort auf unseren Wunsch, die Russische Antwort nicht der Beschlußfassung der Conferenz zu unterbreiten, eingegangen, allein die Note, mit welcher die Russische Antwort nach Paris und London mitgetheilt wird (cf. von Jasmund a. a. O. S. 330), ist von der Art, daß man die zurückweisende Antwort der Seemächte unschwer vorhersieht, und die Depesche, welche uns und unsere vertragsmäßigen Verpflichtungen betrifft, ist ziemlich scharf geschrieben. Von allen diesen Dingen erhalten Ew. Hochwohlgeboren Abschriften, nur ist heute die Zeit zu deren Anfertigung nicht vorhanden.

In der Anlage sende ich Ew. Hochwohlgeboren Abschrift eines heute hier eingegangenen Immediatberichts des Grafen von Alvensleben, welchen ich Sr. Majestät bereits vorgelesen habe. Allerhöchstdieselben haben mir befohlen, darüber zunächst Ew. Hochwohlgeboren Gutachten zu fordern. Indem ich diesem Befehle hierdurch nachkomme, bemerke ich, daß meine eigene Ansicht über die Alvenslebensche Idee, welche mir überhaupt noch keine recht klare, und mehr durch den Wunsch und Zweck, ein Gegengewicht gegen Österreich zu erlangen, hervorgerufen, als in das System hineingewachsen zu sein scheint, keine definitiv festgestellte ist. Ich bin noch immer davon überzeugt, daß die Rolle eines Hauptes der Bamberger für uns weder eine nützliche noch ungefährliche ist, und daß man gegen Österreich so scharf und bestimmt auftreten mag, als man will, dies aber doch immer am besten auf eigenen Beinen und nicht mit Bamberger Stützen zu geschehen hat. Man darf sich dabei nicht von trügerischen Rücksichten leiten lassen, z. B. daß man dadurch eine günstigere Stellung in der Bundesversammlung gewinnen könnte u. s. w. Ew. Hochwohlgeboren wissen am besten, wie lange dauernd und wie fest dergleichen Dinge sind. Nichtsdestoweniger will ich Ew. Hochwohlgeboren ermächtigen, falls Sie einen geeigneten und ungefährlichen Weg zur Erreichung der Alvenslebenschen Idee zu finden wissen, dazu mit Vorsicht die Einleitungen zu treffen. Daß die Sache sehr discret behandelt werden muß, leidet keinen Zweifel, denn die Erbitterung der Westmächte gegen uns ist auf einen hohen Punkt gediehen, und ein noch so freundlicher Kuß von Sachsen oder Bayern scheint mir immerhin die Gefahren einer Englischen Blokade nicht aufzuwiegen.

Des Königs Majestät haben mir zu erwägen gegeben, ob ich nicht mit nach München gehen oder nachkommen wolle; ich bin indessen nicht dafür, weil ich dies für eine Demonstration halten möchte, welche durch entsprechenden Vortheil nicht aufgewogen würde. Wenn aber Se. Majestät darauf bestehen, so werde ich mich schließlich nicht weigern.

Die Briefe meines Vetters, des Obersten von Manteuffel, aus Wien haben mir keinen guten Eindruck gemacht. Buol ist ganz in den Händen von Bourquenay, und der Kaiser, der viel Sentiment gezeigt, hat doch in der Conversation diejenige Sprödigkeit durchblicken lassen, welche von einem bereits fest und unabänderlich gefaßten Entschlusse Zeugniß giebt. Daß man entschlossen ist, vorzugeben, beweist eine mir heute zugehende telegraphische Nachricht, wonach General Heß am 16. d. M. bei Burtschava die Grenze der Walachei überschritten hat. Was daraus entstehen wird, ob ein feindliches Begegnen mit den Russen, eine Kriegserklärung seitens derselben, weiß Gott“. —

In dem erwähnten Immediatberichte des Staatsministers a. D. Grafen von Alvensleben d. d. Wien 21. Juli bemerkte derselbe, „es komme, da in diesen Tagen voraussichtlich der Bundesbeschluß in Bezug auf den Preußisch-Österreichischen Vertrag zu Stande komme, nicht bloß darauf an, dasjenige, was die beiden großen Deutschen Mächte den in

Digitized by Google

Postscriptum. „Haben Ew. Excellenz die Beustsche Antwort[1]) 1854 Juli 21.

Bamberg zusammengetretenen Regierungen und besonders dem Bunde in Aussicht gestellt, zu erfüllen, sondern auch die Gelegenheit zu benutzen, um Preußens Stellung Österreich gegenüber nach Möglichkeit zu verbessern. Es frage sich, ob es sich nicht empfehle, daß zu den aus dem Preußisch-Österreichischen Vertrage herrührenden Verhandlungen eigene Bevollmächtigte von der Bundesversammlung zu bestellen seien. Wie diese Bevollmächtigung zu veranlassen ist, muß ich den Eröffnungen an den Bundesgesandten überlassen; es fragt sich aber, wie die Bundesbevollmächtigten, wenn sie ernannt sind, am zweckmäßigsten benutzt werden können. Da, wie Ew. K. Majestät ich allerunterthänigst angezeigt habe, es nicht unwahrscheinlich ist, daß die Französisch-Englische Erwiderung den beiden Deutschen Mächten nicht direkt, sondern durch die Conferenz zugehen wird, so könnte es sich fragen, ob nicht die Bundesbevollmächtigten oder Einer derselben an der Conferenz Theil zu nehmen hätte. Obwohl dies den Vortheil darbieten würde, daß Preußen unter den gegenwärtigen Verhältnissen dadurch Unterstützung und mithin einen moralischen Beistand gewänne, so kann ich es doch nicht für correkt, und muß es in anderer Beziehung für bedenklich halten, daß der Bund nicht etwa mit allen Krieg führenden Mächten, sondern nur mit einem Theile derselben in fortgesetzte Berathungen tritt, und dadurch in Verwickelungen mancherlei Art hineingezogen wird. Dagegen dürfte sich der Ausweg empfehlen, daß bei allen Verhandlungen und Entschließungen, welche sich direkt oder indirekt auf die Ausführung des Preußisch-Österreichischen Vertrages beziehen, eine Vorberathung der beiden Deutschen Mächte mit den Bundesbevollmächtigten stattfindet, und daß dies namentlich auch dann und zwar zuvor eintritt, wenn Consequenzen des Vertrages irgend einer Art in den Kreis der Conferenzverhandlungen hineingezogen werden sollen. Es ist klar, daß hierdurch eine moralische Hemmung Österreichs gegen ein zu weites Eingehen desselben auf die Wünsche und Interessen der Westmächte erreicht wird. Außerdem befindet sich Preußen dabei auf einem bundesrechtlichen Standpunkte, und sichert sich in einer Frage, wo seine und des Bundes Interessen zusammenfallen, die Sympathien des letzteren, ohne auf irgend eine Art Österreich ostensibel entgegen zu treten. Ew. K. Majestät muß ich die Prüfung dieser Ansicht anheimgeben, bemerke indessen, daß, wenn darauf einzugehen wäre, sehr schnell gehandelt werden müßte, indem die Zuziehung der Bundesbevollmächtigten besonders bei dem Eingange der Anforderungen der Westmächte von Nutzen wäre, und letzterer leicht sehr bald erfolgen kann".

1) Die an den Sächsischen Minister-Residenten Grafen Vitzthum in London unterm 9. Juli 1854 gerichtete Note des Herrn von Beust resumirt zunächst die Englische Eröffnung (cf. S. 214, Note 1) und bemerkt alsdann: »Le langage, que Monsieur le Comte de Clarendon a cru devoir nous tenir est tel, qu'il fallait tous les égards que nous devons au Gouvernement de S. M. Britannique, pour nous décider à ne pas préférer le silence à une réponse. Cependant, afin de faire de cette dépêche l'objet d'un examen consciencieux, j'en ai demandé au Ministre d'Angleterre une communication écrite. Mr Forbes ne s'y est pas cru autorisé. Il me semble, que lorsqu'un Gouvernement ne craint pas d'entrer dans de pareilles explications avec un Gouvernement étranger, et qu'il va même — ainsi que je l'ai appris depuis, car la dépêche a été communiquée ailleurs par les Missions Britanniques, — à donner à ses accusations du retentissement, il serait au moins juste de mettre le Gouvernement à qui s'adressent des reproches aussi graves, en mesure de les peser mûrement et d'y opposer une défense raisonnée. J'ai dû me contenter d'une seconde lecture et d'imprimer le mieux possible dans ma mémoire les principaux passages de la pièce en question.

Mr le Comte de Clarendon se flatte que les Etats représentés à Bamberg recevront une réponse, qui sera proportionnée à leur intervention mal inspirée

Digitized by Google

1854 Juli 21. auf die grobe Engliſche Note geleſen? — Sie iſt ſehr gut ge-

(„ill advised interference", vous voyez que par ma traduction je cherche à adoucir le mot). Cette réponse est aujourd'hui connue de tout le monde. Nous ignorons si le Cabinet Britannique en est satisfait, ainsi que nous l'espérons sincèrement; ce qui est bien certain, c'est qu'elle nous a satisfaits, et qu'il en résulte clairement que les deux Grandes Puissances Allemandes n'ont trouvé dans la Note que nous leur avions adressée aucun sujet d'y avoir une intervention mal inspirée. Et cependant s'il y avait eu lieu à nous faire un pareil reproche, — Mr le Comte de Clarendon sera assez juste pour le reconnaître, — c'eût été bien plutôt aux Cabinets de Vienne et de Berlin à nous l'adresser. Mais indépendamment du blâme que notre conduite paraît avoir encouru à Londres, j'ai quelque peine à m'expliquer ce qui a pu amener Lord Clarendon à y voir une intervention quelconque. La question que l'on appelle la question d'Orient, a été débattue à différentes reprises dans des Conférences, auxquelles la Confédération Germanique est restée étrangère, et je ne sache pas qu' aucun des Gouvernements Allemands de second ordre se soit permis d'intervenir dans ces débats. C'est à la suite d'un traité conclu entre l'Autriche et la Prusse, et d'une invitation que ces deux Puissances ont adressée aux autres Etats de l'Allemagne, que ceux-ci ont été mis en demeure de se prononcer sur une question fédérale. Il s'agissait donc de remplir à la fois un devoir et d'user d'un droit, dans l'exercice duquel nous ne saurions reconnaître à aucune Puissance étrangère le pouvoir de nous imposer des limites, ni admettre une intervention, fût-elle la mieux inspirée.

Je ne puis passer ici sous silence que l'Envoyé de France m'a également communiqué une dépêche de son Gouvernement à la Suite des Conférences de Bamberg, et je me plais à constater que dans cette dépêche portant le cachet d'une politesse exquise, Mr Drouyn de L'huys s'est abstenu de tout commentaire sur les résolutions de Bamberg et s'est borné à relever un seul point, savoir la faculté que nous avions revendiquée pour la Confédération d'être représentée dans les négociations ultérieures. C'est là une question que nous ne croyons pas douteuse, mais dont une discussion même anticipée devait nous paraître parfaitement convenable.

En repassant dans ma mémoire la suite de la dépêche de Mr le Comte Clarendon, j'arrive à des reproches qui s'adressent plutôt à la Russie qu'à nous-mêmes. Cette Puissance est accusée d'avoir de tout temps semé la discorde en Allemagne et d'effrayer les Gouvernements Allemands par le fantôme de la révolution. Sans prétendre faire l'avocat de la Russie, comme nous le reproche un autre passage de la dépêche, il m'est difficile de trouver la première de ces accusations tout-à-fait juste, en songeant à la manière dont la Russie est intervenue dans les affaires de l'Allemagne pendant les années où des complications intérieures menaçaient l'union et la paix de l'Allemagne et où tous les efforts du Cabinet de St. Pétersbourg tendaient à aplanir les différends survenus entre les deux Grandes Puissances allemandes.

Quant à la révolution dont la Russie se servirait avec nous comme d'un épouvantail, personne mieux que moi n'a été à même d'en connaître la portée. Appelé aux affaires au commencement de l'année 1849 je m'assis en face du fantôme dont les formes se dessinaient très-nettement autour de moi, et deux mois plus tard je le vis ensanglanter pendant six journées consécutives les rues de Dresde. J'ai appris alors, comment il faut s'y prendre avec le spectre, et les souvenirs de cette époque m'autorisent à répondre à Lord Clarendon, qu'on peut très-bien croire à l'existence du fantôme, sans être soupçonné de le redouter.

Digitized by Google

ſchrieben, und wäre jedenfalls noch beſſer, wenn Sachſen 1854

Juli 21.

Il est vrai que Lord Clarendon dans la même dépêche nous fait observer, comment il n'y a rien à craindre de la révolution aujourd'hui que l'Autriche est alliée avec l'Angleterre et la France. Je serai le premier à repousser les conclusions malveillantes que l'on pourrait tirer de cette combinaison, mais ce que je ne puis pas admettre non plus qu'avec une certaine réserve, c'est que la révolution soit désarmée, comme nous le dit également Lord Clarendon, par la politique populaire des grands Cabinets; l'expérience des années 1848 à 49 nous a laissé de trop graves leçons, pour ne pas nous méfier de cette déroute apparente des partis révolutionnaires en présence de l'initiative des Gouvernements. Mais, suivant la dépêche de Lord Clarendon, c'est la Russie qui, après avoir prêché la crainte de la révolution, s'est chargée de la patroniser, de la faire elle-même, car déjà ses agents parcourent la Grèce et la Hongrie pour fomenter des troubles. Je n'ai pas de notions particulières sur ce qui se passe dans ces deux pays; mais placé par la confiance du Roi à la tête du Ministère de l'Intérieur et de l'administration de la police, j'ai été à même d'observer les allées et venues des agents révolutionnaires en Allemagne, et je dois dire que le pays d'où ils nous venaient, n'était point la Russie, et que les passeports dont ils se trouvaient munis, n'étaient point des passeports Russes. Il y a ensuite une considération dont je ne puis pas entièrement me défendre. S'il est vrai que c'est la Russie qui patronise la révolution: comment se fait-il que les partis qui ont chance d'y gagner et qui y travaillent sourdement et ouvertement depuis des années, ne cessent de prêcher la guerre contre cette Puissance?

Qu'on me pardonne ces digressions; je conviens qu'elles ont aussi peu de rapport avec la grande question du moment qu'il n'y en avait entre la Note de Bamberg et notre prétendue peur de la révolution.

Malheureusement il me reste à répondre à des attaques infiniment plus directes et plus graves. Lord Clarendon nous accuse littéralement d'être aveuglés au point de ne pas comprendre, que dans une grande crise les petites jalousies doivent se taire, et de sacrifier les intérêts de l'Allemagne à des intrigues Russes.

Je serais curieux de savoir ce qui a pu autoriser Mr le Comte de Clarendon à nous reprocher de petites jalousies et à expliquer notre manière d'envisager les intérêts de l'Allemagne, — matière dans laquelle, par parenthèse, nous croyons le dernier des Gouvernements Allemands meilleur juge que l'étranger, par des intrigues dont nous serions ou dupes ou complices.

Lord Clarendon n'a pas jugé à propos de citer un seul fait ou acte à l'appui de pareilles suppositions, et en effet, il lui aurait été difficile d'en trouver. Une accusation lancée aussi légèrement rend toute défense inutile; nous ne pouvons que la regretter profondément.

Il en est de même du reproche qu'on nous adresse enfin d'avoir donné à l'Europe le spectacle de l'Allemagne désunie. Les faits mêmes y répondent mieux que ne le pourrait une défense éloquente. L'union de l'Allemagne n'a jamais été mieux assurée qu'elle ne l'est dans ce moment, et jamais le principe fédéral n'a fait de meilleures preuves. Les deux Grandes Puissances Allemandes ont témoigné par leur déclaration du 16 Juin, combien elles tiennent à relever la Constitution fédérale et à respecter la position indépendante des autres Etats confédérés, et ceux-ci à leur tour, en se ralliant aux deux Puissances après un examen mûr et consciencieux de leurs propositions et avec l'intention bien marquée de placer le but de l'union allemande au dessus de toute autre considération ont rempli dignement leur tâche comme Etats indépendants et comme Confédérés.

Digitized by Google

1854 Juli 21. größer wäre".[1])

Nous ne craignons donc point les souvenirs de Bamberg dont la dépêche de Lord Clarendon finit en quelque sorte par nous menacer. Nous n'avons jamais eu d'autre prétention que de faire un acte allemand; ce n'est pas nous qui nous plaçons sur le terrain Européen. Si on nous y appelle, nous avons le ferme espoir, que le même esprit de justice et d'équité, qui a déjà dicté le jugement de l'Allemagne, prévaudra également dans les conseils de l'Europe.

Je terminerai par une dernière réflexion. Vous savez que la Note de Bamberg fut concertée et adoptée par huit Gouvernements Allemands; d'après ce qui me revient, la dépêche que m'a communiquée Mr Forbes, n'a été adressée qu'au Gouvernement du Roi seul. Je ne demande pas d'explications de ce fait. Ce qui précède vous prouvera, que nous ne reculons pas devant la responsabilité d'un acte dont nous sommes solidaires.

Vous savez, Mr le Comte, quel prix le Gouvernement du Roi attache à des sentiments bienveillants du Gouvernement de la Reine, vous concevrez donc aisément, combien ces explications ont dû m'être pénibles; mais je suis certain qu'elles ne déplairont pas au Cabinet de Sa Majesté Britannique. Le Gouvernement anglais, si jaloux de faire respecter partout le droit et d'empêcher qu'il n'y soit porté atteinte, ne voudra pas nous faire un crime de tenir au nôtre, et Lord Clarendon avec son esprit éclairé et impartial, loin de s'offenser de notre franchise, y verra l'empreinte de la vérité et regrettera, j'en suis sûr, de nous avoir supposé des mobiles qui nous sont étrangers.

Vous donnerez lecture de cette dépêche à Mr le Comte de Clarendon et Vous êtes autorisé à en donner copie, si elle Vous était demandée. Recevez« etc.

(signé) Beust.

1) Am 21. Juni 1854 richtete Lord Clarendon an den Englischen Gesandten in Dresden eine Note in Betreff der Bamberger Conferenzen. In diesem Schriftstücke sprach der Englische Minister zuvörderst seine Unzufriedenheit über den Zweck jener Conferenzen aus, weil derselbe dahin gerichtet gewesen sei, dem Preußisch-Österreichischen Schutz- und Trutzbündnisse im Interesse Rußlands störend in den Weg zu treten. Lord Clarendon beauftragte Herrn Forbes, dem Minister Beust zu eröffnen, daß die Königin von England bei dem Interesse, welches Ihre Majestät dem K. Sächsischen Hofe unausgesetzt gewidmet, es schmerzlich empfunden habe, daß derselbe sich zu einem Werkzeuge Russischer Intriguen hergebe und damit den revolutionären Umtrieben Rußlands huldige. Habe man in Deutschland gefürchtet, — bemerkte Lord Clarendon weiter — daß der von Seiten Rußlands über Europa entzündete Krieg die Umsturzpartei ihrem Ziele näher führen dürfte, so habe die Erfahrung bereits gelehrt, daß Österreich in richtiger Würdigung der öffentlichen Meinung durch seinen Anschluß an die Westmächte alle derartigen Pläne vereitelt habe. Die Umsturzpartei aller Länder würde nur ihres Sieges gewiß gewesen sein, wenn Preußen und Österreich sich Rußland angeschlossen hätten. Im Interesse ihrer selbst, Deutschlands, des Rechts und der Ordnung hätten indessen beide Mächte einen solchen Weg, der so gefahrvoll sei, nicht eingeschlagen. Auch sei die Umsturzpartei heute vollständig darniedergeschmettert. Unter diesen Umständen könne die Regierung Ihrer Großbritannischen Majestät nur ihr inniges Bedauern darüber aussprechen, daß Österreich bei Vertheidigung Deutscher Interessen an seinen südöstlichen Grenzen nicht den Dank Deutschlands geerntet, vielmehr seinen Widerstand erfahren habe. Wenn die Deutschen Fürsten, bemerkt jene Depesche schließlich, sich öfter darüber beschwert hätten, daß die Großmächte ihrer Stellung nicht die gebührende Rechnung trügen, so habe die Bamberger Conferenz für jetzt und für die Folge den traurigen Beweis geliefert, daß die dort vertreten gewesenen Regierungen sich selbst weder ihrer Stellung noch ihrer Aufgabe bewußt seien.

Digitized by Google

89. Eigenhändiger Bericht, betr. den beabsichtigten Gewinn Österreichs in der orientalischen Frage. Vorlegung der Russischen Antwort. Stellung Preußens gegenüber der Bamberger Coalition und Benutzung derselben zur Verhinderung des Krieges zwischen Rußland und Österreich. Unwahrscheinlichkeit einer Englischen Blokade. Reise des Königs von Preußen nach München; Zerstörung der Illusionen des Österreichischen Cabinets in Bezug auf eine bedingungslose Unterstützung seiner Politik durch Deutschland. 25. Juli 1854.[1])

1854 Juli 25. „Ew. Excellenz mir soeben per express zugehendes eigenhändiges Schreiben[2]) traf mich in dem Zwiespalt zwischen der Neigung, Ew. Excellenz etwas Ähnliches wie den Inhalt des Berichts des Grafen Alvensleben vom 21. cr.[3]) zu schreiben, und zwischen der Erwägung des ne sutor ultra crepidam. Es bleibt mir heute nur eine Stunde bis zum Postschluß, morgen berichte ich ausführlicher. Ich nehme als unzweifelhaft an, daß es Österreich nicht mehr um Herstellung des Friedens, sondern um einen aus der jetzigen Lage Rußlands zu ziehenden Gewinn zu thun ist, nämlich Protectorat oder voller Erwerb der Donaufürstenthümer und der Donaumündungen, zu welchem letzteren Zweck Rußland, wie Herr von Prokesch gelegentlich zu Herrn von Schrenk[4]) geäußert hat, nur ein sehr kleines Stück Land abzutreten brauchte. Wir haben kein eigenes Bedürfniß, uns bei den Kosten und Gefahren einer derartigen Österreichischen Eroberung zu betheiligen; eine folgenreiche Vergrößerung Österreichs widerspricht vielmehr unseren Interessen, indem sie die Machtverschiedenheit mehren und dadurch unsere Stellung in Deutschland herabdrücken wird. Durch Gründe der Billigkeit und Friedensliebe wird sich das Wiener Cabinet von Verfolgung seines Zieles nicht mehr abhalten lassen, vielleicht aber noch durch eine entschiedene Sprache Preußens und der übrigen Deutschen Bundesgenossen, eine Sprache, welche jede Hoffnung abschnitte, daß letztere den Österreichischen Staat gegen die Folgen eines ehrgeizig gesuchten Krieges vertreten würde, und welche die Möglichkeit eines feindlichen Auftretens gegen Österreich nicht ausschlösse. Ich setze dabei voraus, daß Österreich uns durch willkürliche Bewegungen außerhalb des Bündnisses und durch gewaltsame und einseitige Deutungen desselben eine größere Freiheit des Handelns wiedergiebt,

---

1) Mit dem obenstehenden Berichte des Herrn von Bismarck hat es dieselbe Bewandtniß, wie mit dem eben mitgetheilten vom 21. Juli 1854 (cf. Urkunde 88) beziehungsweise vom 11. Juli 1854 (Urkunde 86). Im II. Bande unserer Sammlung (Urkunde 28 irrthümlich datirt vom 23. Juli) konnten wir nach einem in den Bundestags-Gesandtschaftsakten befindlichen Kanzleiconcepte nur dürftige Stellen des nunmehr erfreulicher Weise vollständig bekannt gewordenen Textes mittheilen.

2) cf. oben S. 209, Note 4.

3) cf. oben S. 210 f.

4) cf. oben S. 16, Note 4.

Digitized by Google

1854 Juli 25. und finde, daß Ew. Excellenz Erlaß vom 15. cr. an Graf Alvensleben [1]) nach dieser Richtung hin soweit geht, als bei jetziger Sachlage thunlich ist, ohne uns einem begründeten Vorwurfe ex fundamento des Bündnisses auszusetzen.

Innerhalb der rechtmäßigen Entwickelung des Letzteren bietet sich als das nächste Hülfsmittel die Vorlage der Russischen Antwort an den Bund als dritten Contrahenten dar. Derselbe hat ein in unserer Vorlage selbst anerkanntes Recht darauf, und ich wundere mich, daß die Bamberger [2]) es nicht bei Gelegenheit des Beitrittes gestern [3]) schon hervorgehoben haben. Mein Bayerischer College sprach nur privatim gegen mich die Ansicht aus, daß nun auch der Bund darüber zu befinden haben werde, ob die Russische Antwort für befriedigend im Sinne des Bündnisses zu halten sei oder nicht. Er hat heute

---

1) cf. oben S. 210. Der Minister von Manteuffel erwiderte hiermit eine Depesche des Grafen Buol vom 12. Juli 1854, worin das Österreichische Cabinet an die Betrachtung, wie schwer es sein würde, die weite Kluft auszufüllen, welche die neuesten Anerbietungen Rußlands von den Ansprüchen der Westmächte trenne, die Bemerkung geknüpft hatte, daß der Fall eines activen Vorgehens Österreichs binnen kurzem stattfinden könne, und daher der Augenblick eingetreten sei, bei der Preußischen Regierung auf die durch Artikel 2 der militairischen Convention vom 20. April vorbedungene Mobilmachung nöthigenfalls förmlich anzutragen. Der Minister von Manteuffel erwiderte hierauf, es liege auf der Hand, daß, je mehr Österreich sich außerhalb der Tendenzen des Bündnisses bewege, und je weniger dasselbe im Einvernehmen mit Preußen zu handeln sich veranlaßt sehen möchte, Preußen um so genauer den Kreis der von ihm übernommenen Verpflichtungen abzugrenzen und um so sorgfältiger die seiner speciellen Obhut anvertrauten Interessen zu Rathe zu ziehen Veranlassung finden müsse. „Wir haben uns bisher bemüht und werden uns ferner angelegen sein lassen, ein Hervortreten divergirender Ansichten zu vermeiden, weil wir uns selbst sagen, daß dadurch sowohl Österreichs als unser Gewicht wesentlich geschwächt wird und somit die Aussicht immer mehr schwindet, den Leidenschaften der streitenden Parteien einen starken Damm entgegen zu stellen. Wir würden aber auch bei diesem Bestreben eine gewisse Linie nicht überschreiten, und z. B. unserer in der Wortfassung des Bündnisses selbst begründeten Überzeugung Geltung verschaffen, daß die bewaffnete Macht Sr. Majestät fremden, der Tendenz des Bündnisses fern liegenden Zwecken durch dasselbe in keiner Weise dienstbar gemacht werden kann. Ich lasse mich hier auf eine nähere Erörterung der uns in dieser Beziehung zur Seite stehenden Vertragsbestimmungen nicht ein, weil ich der Ansicht bin, daß eine solche Discussion, sofern sie nicht zur unerläßlichen Nothwendigkeit wird, besser unterbleibt. Das aber nehme ich keinen Anstand auszusprechen, daß Se. Majestät eine außerhalb des Bündnisses stehende Autorität, die über dessen Auslegung und Bedeutung einen Urtheilsspruch zu fällen habe, niemals anerkennen wird. Des Königs Majestät werden daher für die Armee in nächster Zeit diejenige Waffenbereitschaft eintreten lassen, welche Allerhöchstdieselben unter den jetzigen kritischen Zeiten für geboten erachten; es wird dies aber nicht wegen der Kluft, die zwischen den Anerbietungen Rußlands und den Anforderungen der Westmächte besteht, und nicht wegen eines etwaigen hierdurch gebotenen activen Vorgehens Österreichs, sondern um deshalb geschehen, um in jedem Momente die Stellung Preußens, sowohl wenn es sich um Erfüllung vertragsmäßiger Pflichten, als um die Wahrung eigener Interessen handelt, gebührend wahrzunehmen".

2) cf. oben S. 194, Note 1.

3) cf. Band II, Urkunde 30.

Digitized by Google

nach München geschrieben, um zu fragen, ob in Wien oder Berlin Schritte ge- 1854
schehen seien, um den Bundesgenossen eine Mitwirkung bei Behandlung der Juli 25.
Russischen Antwort zu sichern, bevor die Entscheidung darüber eine vollendete Thatsache geworden ist, der sie bongré malgré beitreten müssen. Mir würde es nicht zu weit gegangen scheinen, wenn wir, nöthigenfalls ohne Anträge der Mittelstaaten abzuwarten, ex officio in Wien die Nothwendigkeit anregten, den Passus der Vorlage, der mit den Worten beginnt „die Cabinette von Wien und Berlin unterziehen in diesem Augenblick ꝛc." zur Wahrheit werden zu lassen.

Die Stellung, welche wir durch Gleichheit des augenblicklichen Interesses zu den Bambergern gewinnen, überschätze ich nicht, und baue für die Zukunft darauf nicht viel, wenn schon etwas. In der Gegenwart lege ich mir die Frage vor: Entspricht es unserem Interesse, den Krieg zwischen Österreich und Rußland zum Ausbruch kommen zu lassen? Ich kann mir denken, daß man sie bejaht, aber die Politik, die damit indicirt würde, ist nicht die Sr. M. des Königs. Wird sie, wie ich annehme, verneint, so können uns die Bamberger allerdings von großem Nutzen sein, um den Eindruck einer Art von Territion zu erhöhen, vermöge deren allein wir noch Aussicht haben, den kriegerischen Ehrgeiz Österreichs zur Besinnung zu bringen. Wir laufen dabei nicht Gefahr, von den Bambergern unsererseits influencirt oder gebunden zu werden; wir fangen bloß ihren Wind in unseren Segeln auf, ohne an seine Richtung länger, als es uns angemessen scheint, gebunden zu sein, und bei ihnen erwecken wir zwar nicht Dankbarkeit, aber doch das großentheils verloren gegangene Bewußtsein, daß die Preußischen Interessen mit denen der übrigen Deutschen Staaten mehr übereinstimmen als die Österreichischen, ein Bewußtsein, welches uns in den letzten zehn Jahren vor 1848 das Übergewicht am Bunde verlieh.

An eine Englische Blokade glaube ich nicht, bis ich sie sehe; sie träfe den Englischen Handel fast härter als den unsrigen, sobald wir ihm auch die deutschen Nordseehäfen schließen. Wäre sie dennoch wahrscheinlich, so fragt es sich, in welchem Verhältniß die Verluste unserer Rheder zu denjenigen stehen, welchen uns ein Deutsch-Russischer Krieg aussetzt. England droht uns, solange es sich davon Erfolg verspricht; soll es an die Ausführung der Drohung gehen, so glaube ich, daß der Bramarbas sich in einen kühlen Rechenmeister umgestaltet, bevor er Hand an's Werk legt. Geben wir Beweise, daß Furcht vor der Blokade ein Mittel ist, sich unsere Kräfte dienstbar zu machen, so fürchte ich, treibt man das Drohen damit bis zu einem Punkte, wo wir doch Front machen müssen.

Daß Se. Majestät jetzt nach München gehen, wird politischen Motiven ohne Zweifel zugeschrieben; dem entgehen wir doch nicht; und nach meiner

Digitized by Google

1854 Juli 25. Ansicht würde ich Ew. Excellenz nur zureden können, Sr. Majestät dahin zu folgen, und den Zweck ins Auge zu fassen, daß

1) der Bund bei Behandlung der Russischen Antwort als Hülfe für uns herbeigezogen, ehe die Verständigung als abgethan betrachtet wird,

2) wir mit dem Bunde oder wenigstens den Mittelstaaten — gemeinschaftlich [1])— in Wien die geeigneten Schritte thun, um dem dortigen Cabinet die Illusion zu benehmen, als würden die sämmtlichen Deutschen den Kaiserstaat schließlich doch in ihren Arm auffangen, wenn er sich muthwillig in Gefahr stürzt. Wir können nachher noch thun, was wir wollen, aber den Glauben sollten wir in Wien wenigstens herzustellen suchen, daß wir es in gewissen Fällen auch über's Herz bringen, Österreich sitzen zu lassen. In die Wiener Conferenz will der Bund nicht, und ich glaube auch mit Alvensleben, daß er besser draußen bleibt".

90. Fragment eines Eigenhändigen Berichts, betr. das Einrücken der Österreichischen Truppen in die Donaufürstenthümer. Haltung Österreichs in der orientalischen Frage. Äußerungen des Königs von Württemberg und des Ministers v. d. Pfordten über die Stellung des Bundes zu dieser Frage. Haltung der Mittelstaaten in der politischen Krisis. Unterredung mit Herrn v. Dönniges über die orientalischen Wirren. München, Ende Juli 1854.

Ende Juli. „Das Einrücken der Österreicher in die Fürstenthümer [2]) kann der Sache Deutschlands und des Friedens nützlich sein, wenn es im Einverständniß mit Rußland und in der ehrlichen Absicht geschieht, eine Barrière zwischen die streitenden Theile, sowie zwischen die Ungarische Grenze und die contagiösen Elemente der Auxiliartruppen zu schieben, nicht aber um Händel mit den Russen zu suchen. Die Bedingungen, unter welchen eingerückt werden darf, müßten sehr präcis formulirt werden, damit ihre Erfüllung nicht fälschlich und mit vagen Redensarten behauptet werden kann. Eine freundliche Erklärung an Rußland in Betreff des Einrückens, welche die Versicherung einschließt, daß die noch in den Fürstenthümern befindlichen Russen nicht angegriffen (oder geneckt) werden, sondern ihnen Zeit zu ungeschädigtem Rückzuge

---

1) d. h. nicht identisch, sondern jeder für sich. [Eigenhändige Anmerkung des Herrn von Bismarck zu seinem Berichte.]

2) Am 14. Juni 1854 war zwischen Österreich und der Pforte eine Convention abgeschlossen worden, betreffend das Einrücken Österreichischer Truppen in die Donaufürstenthümer. Man findet den Wortlaut der Convention in den Bundestagsprotokollen vom Jahre 1854, § 257, Beilage 11.

Digitized by Google

gelassen, und daß Österreich die Russische Grenze unter keinem Vorwande überschreiten wird. Wird dies nicht versprochen und gehalten, so liegen in der Zustimmung zu dem Einmarsche mehr Gefahren als Vortheile, und liegt für Preußen gar kein Grund vor, durch das Eingehen neuer Verbindlichkeiten oder durch Ausdehnung derjenigen aus dem Vertrage[1]) sich die Hände zu binden und Österreich dreister zu machen. 1854 Ende Juli.

Das Verfahren des Wiener Cabinets in Betreff der Russischen Antwort[2]) beweist, daß man sich dort keine Scrupel macht, die von Preußen eingegangenen Verpflichtungen auszubeuten, und zu dem Zweck einseitig und willkürlich zu deuten, während man durch faits accomplis die Situation verändert und verwirrt. Dem Bestreben, die Westmächte zu Schiedsrichtern und authentischen Auslegern bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Berlin und Wien zu machen, müßte ausdrücklich vorgebeugt, dagegen der Bund zum Einvernehmen über dergleichen und über die Consequenzen des Bündnisses ohne Rückhalt herbeigezogen werden.

Die Auslassungen Sr. M. des Königs von Württemberg[3]) und des Ministers von der Pfordten[4]) stimmen der Hauptrichtung nach dahin überein, daß der Bund mit rathen müsse, wenn er mit thaten solle, daß der Bund sich neutral halten müsse, sobald nicht über Deutsche, sondern über specifisch Österreichische Interessen Krieg angefangen werde, daß man Österreich, wenn es unterliege, zu Hülfe kommen, ihm hierüber aber keine Zusicherungen geben müsse, welche die Kriegslust fördern könnten. Man werde die Bundesverträge und das geschlossene Bündniß strikte observiren, darüber hinaus aber nur die eigenen Interessen zu Rathe ziehen. Der König Wilhelm sowohl als der Bayerische Minister billigen die Besetzung der Fürstenthümer durch Österreich, wenn sie mit den gehörigen Garantien gegen Kriegsgefahr und im Einverständniß mit den Contrahenten des Bündnisses erfolgt. Se. Majestät wiederholten mehrmals mit Accent die Frage, ob die Deutschen Regierungen gewiß und nachhaltig auf das Einverständniß mit Preußen rechnen könnten, wenn sie den Anmuthungen Österreichs zu folgen sich weigerten, und sprachen Ihr Befremden aus, daß Österreich, im Widerspruch mit jahrelangen Bemühungen, das Vertrauen der Deutschen Fürsten jetzt verscherze und Preußen zuweise. Se. Majestät sowohl als der Minister von der Pfordten erwarteten, den von Preußen und Österreich in der Sitzung vom 20. cr.[5]) gegebenen Zusagen gemäß, die baldige Vorlegung der in Consequenz des Bündnisses mit dem Cabinet von

1) scil. aus dem Bündnißvertrage vom 20. April.

2) Gemeint ist hier die im II. Bande, S. 40, Note 2 erläuterte Depesche des Fürsten Gortschakoff vom 17. Juni 1854.

3) Wilhelm I.

4) cf. oben S. 63, Note 2.

5) scil. Juli 1854. cf. Band II, S. 42, Note 2.

Digitized by Google

1854 Ende Juli. St. Petersburg gepflogenen Correspondenz. Der Bayerische Minister las mir eine Depesche vor, die er an die Gesandten seines Königs in Berlin und Wien gerichtet hat, in welcher diese Erwartung ausgesprochen und bestimmt gesagt wird, daß die Russische Antwort in München befriedigt habe; mit Vergnügen höre man, daß sie denselben Eindruck in Berlin und bei der Person Sr. M. des Kaisers Franz Joseph gemacht habe.

Der Bayerische Gesandte in Paris, von Wendtland, erzählt mir, daß der Minister Drouyn de L'Huys [1]) ihn vor seiner Abreise versichert habe, Österreich weise die Russische Antwort als ungenügend zurück und schließe sich ganz den Westmächten an; diese Nachricht sei authentisch. Hier habe Herr von Wendtland indessen erfahren, daß Graf Buol dies allerdings beabsichtigt, und sich muthmaßlich gegen die Herren von Bourquenay [2]) und Hübner [3]) in diesem Sinne officiös ausgelassen habe; der Kaiser habe aber ungeachtet lebhaften Widerspruchs befohlen, eine befürwortende Note in Betreff der Russischen Antwort nach Paris gehen zu lassen. [4]) Nach der Haltung dieser Note scheint es nicht unglaublich, daß neben derselben eine vertrauliche von anderem Inhalt besteht, welche klarer die Meinung des Grafen Buol ausdrückt.

Von der Pfordten sprach mit großer Bitterkeit über Graf Buol, und wiederholte mehrmals mit Aufregung, daß er den ganzen Bundesbeschluß vom 24. [5]) für nicht verbindlich und den Beitritt als nicht geschehen ansehen und behandeln werde, wenn die Bedingung nicht gehalten würde, unter der er erfolgt sei, nämlich die Vorlage der Russischen Antwort und die „Einflußnahme" des Bundes auf die fernere Entwickelung. Auf der anderen Seite hob er hervor, daß Bayern keineswegs soweit gehen könne, sich auf ein Bündniß mit Rußland zum Kriege gegen Österreich und Frankreich einzulassen. Trotz meiner Protestationen, daß an eine solche Constellation auch bei uns Niemand als an eine mögliche denke, kam er stets wieder auf die Gefahren zurück, denen Bayern und Württemberg zwischen Österreich und Frankreich im Kriege mit beiden ausgesetzt sein werde. Auch ohne Russisches Bündniß schwebte ihm als drohende Eventualität vor, daß Österreich und Frankreich von den süddeutschen Staaten den Durchmarsch für eine Französische Armee fordern würden; auf meine Verweisung an die Garantien, welche in den Bundesverträgen liegen, erwiderte er: „Daran wird sich Österreich dann nicht mehr kehren". Ich führe dies nur als Probe dessen an, worauf man hier unter Umständen gefaßt ist, und als Fingerzeig, daß Preußen die Beobachtung und Aufrechthaltung der

1) Französischer Minister des Auswärtigen.

2) Freiherr von Bourquenay, Französischer Gesandter in Wien.

3) cf. oben S. 182, Note 1.

4) cf. von Jasmund a. a. O. Band I, S. 337 ff.

5) scil. Juli 1854. Hiermit trat der Deutsche Bund dem Aprilbündnisse bei; cf. Band II, S. 46 ff.

Digitized by Google

Bundesverträge als Domaine, und als eine ebenso ehrliche wie vortheilhafte Handtirung zufallen wird. Der erste Schritt dazu dürfte die Herbeiführung der Vorlage der Russischen Antwort durch uns sein. 1854 Ende Juli.

Die Auslassungen Sr. M. des Königs von Württemberg sowie die des Ministers von der Pfordten waren darüber nicht constant und klar, ob Deutschland den Österreichern schon dann beizuspringen habe, wenn Russische Truppen die Grenzen des Österreichischen Staates überschritten, oder erst dann, wenn Österreich Gefahr liefe, ganz überwältigt zu werden; die erstere Anschauung schien in Betreff der von Preußen zu gewährenden Hülfe vorzuwiegen, während Anmuthungen an die Finanzen und Truppen der übrigen Bundesgenossen wohl erst bei Annäherung der zweiten Alternative gewärtigt werden. Bei Beurtheilung dieser Frage werden unsere Bundesgenossen, neben der Abneigung gegen eigene Anstrengung sich indessen auch die Besorgniß gegenwärtig halten, daß ein Machtverlust Österreichs ein entsprechendes Wachsen des Preußischen Übergewichts in Deutschland nach sich ziehen könne.

Auf eine unbedingte Hingebung der Mittelstaaten an die Leitung Preußens ist für die ganze Dauer der gegenwärtigen Wirren gewiß nicht mit Sicherheit zu rechnen; sie werden nicht so feste Bundesgenossen für uns sein, daß sie nicht der Verlockung oder Einschüchterung durch Andere zugänglich blieben. In der gegenwärtigen Phase aber, und solange der Anschluß an die Preußische Politik ihnen die Möglichkeit bietet, sich selbst von activer Theilnahme am Kriege freizuhalten, fällt ihr Weg von selbst mit dem unsrigen zusammen, und wird nur eine bundesmäßige und in der Form freundliche Behandlung nöthig sein, um sie darin zu erhalten. Soweit ich ein Urtheil über den Minister von der Pfordten habe gewinnen können, handelt er mehr unter persönlichen Eindrücken, als in Folge politischer Systeme, und wäre es vielleicht nicht schwer, die ersteren auf ihn zu machen, und das residuum seiner, in jüngster Zeit offenbar schon sehr geschwundenen antipreußischen Empfindungen ganz zu beseitigen.

Aus einer Unterredung mit dem Legationsrath Dönniges[1]) erwähne ich aphoristisch folgende Punkte: 1) Als er von Berlin zurückgekehrt sei, habe ihm von der Pfordten in „officieller" Weise mitgetheilt, daß Bayern sich jetzt unumwunden der Preußischen Politik anschließen werde, weil die Wege Österreichs unberechenbar und gefährlich seien. 2) Der König Max sei in dieser Ansicht noch entschiedener und fester als sein Minister, der zu starker entgegengesetzter Manifestationen aus der Vergangenheit sich bewußt sei. 3) Se. H. der Herzog von Coburg habe bei letzter Anwesenheit in München erst bei Pfordten, dann

1) Dr. von Dönniges, Ministerialrath im Bayerischen Staatsministerium des Königlichen Hauses und des Äußern, dem König Max von Bayern nahe stehend, und mehrfach zu vertraulichen diplomatischen Sendungen von demselben benutzt.

Digitized by Google

1854 Ende Juli. bei dessen Räthen alle Gründe aufgeboten, um sie zu überzeugen, daß Bayern in diesem Moment berufen sei, in Verbindung mit Frankreich und Österreich eine große Rolle zu spielen, bei der es jede Rücksicht auf die kleineren Staaten fallen lassen müsse. 4) Die aristokratischen Führer der bayerisch-katholischen Partei, die Grafen Arco und Montgelas, und der Souffleur des Letzteren. Freiherr von Aretin, reden jetzt der Preußischen Politik das Wort, während die Literaten der Partei, in mehr katholischer als bayerischer Tendenz, die Agitation gegen Rußland und Preußen gleichmäßig fortsetzen. 5) Mündliche Eröffnung des Kaisers Franz Joseph an den König Max in Betreff der Bedürfnisse und Absichten Österreichs haben Letzteren nachhaltig verstimmt und zu der Äußerung veranlaßt, Bayern könne eine Vergrößerung Österreichs gar nicht zugeben, viel weniger mit eigener Gefahr erkämpfen helfen".

91. Eigenhändiger Bericht, betr. die Vorlage der Militairconvention an den Bund. Beschwerde des Bayerischen Gesandten über die Behandlung der orientalischen Frage am Bunde. Haltung Preußens gegenüber seinen Deutschen Bundesgenossen. Napoleonsfeier in Frankfurt a. M. Zur Charakteristik des Frhrn. v. Prokesch. 20. August 1854. [1]

Aug. 20. „Ew. Excellenz konnte ich gestern leider die Abschrift der Militairconvention [2] nicht mit dem Schnellzuge schicken, weil ich selbst kein Exemplar der-

1) Mit dem oben stehenden Berichte des Herrn von Bismarck hat es dieselbe Bewandtniß, wie mit den bereits mitgetheilten vom 21. Juli 1854 (cf. Urkunde 88) und 25. Juli 1854 (cf. Urkunde 89). Im II. Bande unserer Sammlung Seite 68 (Urkunde 40) konnten wir nach einem in den Bundestags-Gesandtschaftsakten befindlichen Kanzleiconcepte nur bruchstückweise Stellen des nunmehr vollständig bekannt gewordenen Textes mittheilen.

2) In der Bundestagssitzung vom 18. August 1854 legten Herr von Bismarck und Freiherr von Prokesch sowohl die Russische Antwort als die Verhandlungen vor, zu welchen dieselben Veranlassung gegeben hatten (cf. Band II, Urkunde 39). Außerdem bemerkten die Gesandten noch vertraulich, daß sie in der Lage seien, in Ergänzung der in der Sitzung vom 20. Juli gemachten Mittheilungen den in Berlin vereinbarten militairischen Conventions-Entwurf den vereinigten Ausschüssen vorzulegen. Die Letzteren würden dadurch im Besitze des vollständigen Materials sein, um bei Eintritt des Bedarfs einen den Bestimmungen des Bündnisses entsprechenden Beschluß vorzubereiten, wenn auch bei der dermaligen Sachlage, namentlich nach der angekündigten Räumung der Donaufürstenthümer durch die Russen, die Aufstellung von Bundestruppen nicht unmittelbar als nothwendig erscheine. — Die hier erwähnte „Militair-Convention zur Aufrechthaltung des Deutschen Schutz- und Trutzbündnisses" hat folgenden Wortlaut: „Um dem auf die Dauer der orientalischen Krisis eingegangenen Schutz- und Trutzbündnisse auch die gehörige Gewähr und Kraft zu geben, verbinden sich sämmtliche Deutsche Bundesstaaten

1) im Falle des Bedarfs nach unter sich zu bestimmenden Epochen und auf ebenso unter sich zu bestimmenden Punkten, und zwar:

Österreich die Zahl von 150—250 000 Mann, Preußen die Zahl von 100—200 000 Mann, die übrigen Deutschen Bundesstaaten die Hälfte ihrer bundesmäßigen Contingente mobil aufzustellen.

Digitized by Google

selben besaß und erst von Herrn von Prokesch, der gerade nicht zu Hause war, 1854
das seinige borgen mußte. Das Aktenstück ist übrigens der Bundesversamm- Aug. 20.
lung auch vertraulich bisher nicht vorgelegt, sondern ihr nur angezeigt worden, daß wir in der Lage seien, es dem Ausschusse vertraulich mitzutheilen. Der Inhalt derselben scheint darauf berechnet zu sein, eine Aufstellung Deutscher Bundestruppen unter Preußischem Befehl nicht zuzulassen.

Mit meinem Bayerischen Collegen hatte ich vorgestern eine ausführliche Unterredung. Er hat gleich nach der Sitzung nach München berichtet, die Tendenz Österreichs gehe offenbar dahin, dem Bunde die Möglichkeit einer Äußerung über die gemachten Vorlagen abzuschneiden, indem Herr von Prokesch die Vertagung von nächstem Donnerstag ab mit Eifer betreibe. Der Mohr habe seine Arbeit gethan, der Mohr könne nun gehen. Nach der Vertagung werde man dann wieder mit dem fait accompli eines neuen Schrittes des Wiener Cabinets kommen und sofortige Zustimmung in 24 Stunden verlangen. Er erwarte auf seinen Bericht die Instruktion von München, ob er sich am Donnerstag der Vertagung widersetzen solle, oder nicht. Die Anberaumung einer Sitzung kann er nach der Geschäftsordnung verlangen. Ich widersprach seinen Beschwerden nicht direkt, machte aber auf die Schwierigkeiten aufmerksam, die sich einer Manifestation der Bundesversammlung im Sinne der Bayerischen Auffassung entgegenstellen würden. Im Ausschuß hat Herr von Prokesch als Mitglied schon die Möglichkeit, durch wiederholte Discussion und Separatvota das Zustandekommen eines Berichts zu hemmen, als Vorsitzender aber stehen ihm Mittel zu Gebote, die Abgabe des Berichts wochenlang zu verschleppen. Ich würde mich nicht berufen fühlen, als Aus-

---

2) Die Zeit der Aufstellung wird für die Streitkräfte von Österreich und Preußen nach dem mehr oder weniger drängenden Bedürfnisse zuerst, für jene der übrigen Deutschen Bundesstaaten aber im Falle des Bedarfs nachträglich bestimmt werden.

3) Als Grundsatz wird festgehalten, daß jedes Contingent unter der speciellen Führung eines demselben angehörenden Befehlshabers, jedoch stets der bestehenden Eintheilung des Bundesheeres gemäß, verbleibe. — Dies schließt übrigens nicht aus, daß bei den Contingenten von Österreich und Preußen die Zutheilung von Armeecorps von dem einen zum anderen, sowie bei den übrigen Bundescontingenten ähnliche Zutheilungen nach Maßgabe des §. 54 der näheren Bestimmungen der Bundeskriegsverfassung stattfinden.

4) Bei der Mobilmachung der Hälfte der Contingente der Deutschen Bundesstaaten verbleibt es in Allem und Jedem bei den durch die Bundes-Kriegsverfassung vorgeschriebenen Normen, welchen gemäß auch die Commandanten zu ernennen sind. Im Falle hierin entstehender Anstände hat die Bundesversammlung mit Berathung der Bundes-Militaircommission zu entscheiden.

5) Die Bundesversammlung im Verein mit der Bundes-Militaircommission ist für die genaueste Vollziehung aller Maßregeln zur Aufstellung der Contingente verantwortlich, sowie auch die Bundes-Militaircommission im Falle eines Ausmarsches der Contingente nach den ihr vom Bunde hierüber bekannt gegebenen Bestimmungen alle Verfügungen zu treffen hat'.

Digitized by Google

1854 Aug. 20. schußmitglied offen gegen Österreich aufzutreten; Herr von Nostitz[1] werde etwas der Art wohl in der Sitzung der Bundesversammlung thun, wo er lediglich seine Instruktion vorliest, aber niemals wagen, im Ausschuß, wo er seine persönliche Überzeugung zu geben habe, gegen Österreich zu sprechen. Herr von Münch[2] sei ganz Österreicher, Graf Kielmansegge[3] und Herr von Marschall[4] überhaupt der Abgabe bestimmter Meinungen abhold, so daß Bayern nur von Herrn von Reinhard und dem jetzt abwesenden Mecklenburgischen Gesandten eine dreiste Vertretung seines Standpunktes erwarten könne. Herr von Schrenk gab mir darin Recht und klagte, daß die Vertreter der Deutschen Cabinette, wenn sie unter sich seien, das große Wort führten und die Faust ballten, „wann sie aber dem Katz a Schellen ahnhangen sollen, gleich falle ihnen das Herz in die —". Sobald seine Instruktion hier ist, will er mir dieselbe mittheilen.

Nach meiner Ansicht werde ich zwar zu vermeiden haben, gegen Herrn von Prokesch den Vorkämpfer der Bamberger[5] zu machen, aber ich werde auch nicht entschieden auf der Vertagung bestehen, wenn die Mittelstaaten derselben widersprechen, damit wir nicht in dem Lichte erscheinen, als wollten auch wir, in Hingebung an den Willen Österreichs, eine Aussprache des Bundes abschneiden.

Ew. Excellenz Ermessen kann ich nur anheimstellen, ob es angemessen ist, den Deutschen Cabinetten, wenigstens den größeren, direkte Eröffnungen über unseren jetzigen Standpunkt zu machen, damit sie sich denselben entschiedener aneignen und überhaupt die Fühlung an uns behalten. Ich erwarte keinen festen Bescheid von ihnen, namentlich keine Opfer für ein gemeinsames Interesse, aber ich fürchte ernstlich, daß ein ausgeprägterer Anschluß Österreichs an die Westmächte bei manchen unserer Bundesgenossen die Neigung zu Versuchen weckt, sich ebenfalls in direktere Beziehungen zu Frankreich zu setzen, wenn es uns nicht gelingt, sie in einer Anlehnung an Preußen zu erhalten. Letzteres dürfte ausführbar sein, solange unsere Politik ihren bisherigen friedlichen Charakter bewahrt. Werden wir zur activen Theilnahme am Kriege genöthigt, so wird nicht die Seite, für die wir uns entscheiden, sondern die größere Furcht vor uns oder vor Anderen für den Beistand maßgebend sein, den wir in Deutschland zu erwarten haben; unser Gewicht in vermittelnder oder neutraler Stellung aber gewinnt immerhin erheblich, wenn für die Dauer derselben die Deutschen Staaten neben uns stehen. Wegen meines Verhaltens in Betreff

1) cf. oben S. 15, Note 3.
2) cf. oben S. 48, Note 4.
3) Graf von Kielmansegge, Geheimer Rath, Hannoverscher Bundestagsgesandter.
4) cf. oben S. 166, Note 2.
5) cf. oben S. 194, Note 1.

Digitized by Google

der Vertagung würde ich Ew. Excellenz Instruktion entgegensehen, wenn es ein Anderes sein soll, als ich eben in Aussicht gestellt habe. 1854 Aug. 20.

Die Napoleonsfeier ist glücklich von statten gegangen und Herr von Tallenay hat diesmal seinen Beutel geöffnet und uns ein großes Uniform-Diner gegeben. Herr von Prokesch brachte die Gesundheit des Kaisers Napoleon aus; dem Gebrauch bei hiesigen officiellen Festen zuwider, antwortete unser Wirth mit dem Toast auf alle vertretenen Souveraine, und der Präsidialgesandte schritt noch zu dem auf die Kaiserin Eugenie und war nur schwer von Manifestationen ähnlicher Art für noch andere Personen zurückzuhalten. Als ominös wurde es betrachtet, daß durch Vermittelung des ultramontanen Darmstädtischen Gesandten [1]) dem Österreichischen General von Schmerling [2]) ein Brett mit zwölf Gläsern Lafitte über die weiße Uniform geschüttet wurde, so daß er übel zugerichtet sich entfernen mußte.

Ein Theil meiner Collegen und die Österreichischen Offiziere sind verstimmt, daß Herr von Prokesch wegen des Sächsischen Trauerfalles [3]) das übliche Diner am 18. [4]) auszusetzen für gut befunden hat. Auch an dem Feste der Militairs, dessen Kosten nach den Gehältern vertheilt werden, nahm er keinen Antheil, obschon die Beamten seiner Gesandtschaft diesem Beispiel nicht folgten. Dagegen beging er die Unhöflichkeit, vor den Augen des Generals von Reitzenstein, [5]) und ohne diesen deshalb zu begrüßen, die Parade der unter Reitzenstein's Commando stehenden Österreichischen Truppen abzunehmen. Gegen mich persönlich ist er in jüngster Zeit durchaus liebenswürdig".

92. Privatbericht, betr. den Badischen Kirchenconflict. Haltung Bayerns in der orientalischen Frage. Vertagung der Bundesversammlung. 23. August 1854. [6])

— — „Mein Badischer College hat mir die Nachricht von dem provisorischen Abschluß mit der Römischen Curie [7]) mitgetheilt; obschon er keines- Aug. 28.

1) Freiherr von Münch-Bellinghausen.

2) Österreichischer Erster Bevollmächtigter in der Bundes-Militaircommission.

3) Am 9. August 1854 verschied König Friedrich August von Sachsen, geboren 18. Mai 1797, Mitregent seit 13. September 1830; succed. seinem Oheim dem König Anton 6. Juni 1836.

4) scil. zur Feier des Geburtstages des Kaisers Franz Joseph.

5) cf. oben S. 207, Note 2.

6) In dem Manteuffelschen Nachlasse findet sich ein Bericht des Herrn von Bismarck an den Minister von Manteuffel vom 23. August 1854, welcher nur mit wenigen Worten von demjenigen abweicht, welcher im II. Bande unserer Sammlung S. 69 (Urkunde 44) abgedruckt ist. Abweichend ist nur der letzte Absatz S. 72 a. a. O. nach den Worten: „den Schein der Anhänglichkeit an Rußland zu wahren sucht" (Zeile 6 von unten). In dem Manteuffelschen Aktenstücke lautet der Schluß wie oben mitgetheilt.

7) cf. oben S. 181. Nach dem von der Badischen Regierung unterm 14. November

Digitized by Google

1854 Aug. 23. wegs zu den entschiedenen Gegnern der Bischöflichen Partei gehört, und ungeachtet der sonst in seinem Charakter liegenden Zurückhaltung konnte er doch nicht umhin, das erzielte Resultat als eine für die Regierung verlorene Schlacht zu bezeichnen.

Soeben verläßt mich Herr von Schrenk[1] und hat mir mitgetheilt, daß seinerseits der Vertagung auf einige Wochen nicht widersprochen werde, indem der Minister von der Pfordten ihn zu einer Erklärung im Ausschusse über die Vorlagen der beiden Großmächte erst autorisiren könne, nachdem Sr. M. dem König über die mitgetheilten Aktenstücke[2] Vortrag gehalten und darauf eine Entscheidung erfolgt sein wird; mit anderen Worten: Bayern will sich erst erklären, nachdem die Aufnahme der Noten vom 13.[3] und 10. cr.[4] in Petersburg bekannt sein wird. In einem vertraulichen Schreiben bemerkt Herr von der Pfordten, daß in München bisher Nichts bekannt geworden sei, woraus man den Schluß ziehen könnte, daß Österreich zur Durchführung seiner Politik auf eine militairische Beihülfe der Deutschen Staaten rechne.

Auffällig ist mir, daß Herr von Prokesch, der noch vorgestern der Vertagung lebhaft das Wort redete, heute von derselben als von einer unwahrscheinlichen Sache spricht; er hält es für nothwendig, die vereinigten Ausschüsse vorher zusammenzuberufen, obschon wenigstens die Gesandten von Sachsen und Bayern ihn versichert haben, daß sie bisher nicht in der Lage wären, eine Ansicht zu äußern. Mir hat Herr von Prokesch heute mitgetheilt, daß er nur von Bayern und Sachsen, sonst von keinem der Gesandten die Absicht, sich in der orientalischen Frage zu äußern, erwarten könne, daß er aber glaube, sich Vorwürfen von Seiten dieser beiden Herren auszusetzen, wenn er den Ausschuß nicht vor der Vertagung versammele. Da außerdem, wenn dies wirklich seine Meinung wäre, in den letzten geschäftsfreien Tagen der Ausschuß leicht hätte versammelt werden können, ohne die nunmehr allseitig gewünschte Vertagung zu hindern, so muß ich annehmen, daß Prokesch Gründe hat, welche er mir nicht mittheilen will, um die Vertagung einstweilen zu hindern".[5]

bekannt gemachten „Interim" sollten vorerst keine Pfarreien besetzt, die Verwaltung des Kirchenvermögens im bisherigen Stande belassen und alle Prozesse gegen Geistliche niedergeschlagen werden. Von Aufhebung der kirchlicherseits ausgesprochenen Strafen, namentlich der Excommunicationen, schwieg das Interim. Überdies knüpfte die Römische Curie an die Annahme des Interims die Bedingung weiterer Verhandlungen, von denen sie hoffen durfte, daß dieselben zu einem für immer bindenden Concordate führen müßten.

1) Der Bayerische Bundestagsgesandte.

2) cf. Band II unserer Sammlungen Urkunde 39.

3) cf. von Jasmund a. a. O. Band I, S. 345 ff.

4) desgl. S. 343 ff.

5) Die Bundesversammlung beschließt am 25. August 1854, die nächsten zwei bis drei Sitzungen ausfallen zu lassen. Von einer Vertagung glaubte sie mit Rücksicht auf die augenblickliche Lage der politischen Verhältnisse Umgang nehmen zu müssen, damit der Zusammentritt der Bundesversammlung, insofern die Umstände einen solchen wünschenswerth erscheinen lassen sollten, jeder Zeit erfolgen könne.

Digitized by Google

93. Eigenhändiger Bericht, betr. die Dispositionen Sachsens, Hannovers, Württembergs und Bayerns in der orientalischen Frage, sowie Abstehen Österreichs von weiteren Anträgen bei dem Bunde. Pariser Circulardepesche an die Mittelstaaten. Absichten des Kaisers Napoleon in Betreff seiner Beziehungen zu Preußen; maritime Wünsche Frankreichs. Wiederherstellung Polens. Preußische Circulardepesche in der orientalischen Frage. Äußerungen des Herrn v. Bismarck über die vermuthliche Entwickelung der Preußischen Politik. Austrophile Haltung in Darmstadt.*) 20. Oktober 1854.

— — „Der Inhalt der leider schlecht chiffrirten Depesche vom 18.[1]) war, daß die Gesandten von Sachsen und Hannover bei Weitem nicht in dem Maße österreichisch instruirt sind, als die letzten Berichte unserer dortigen Agenten befürchten ließen. Beide Instruktionen gehen ungefähr dahin, daß man Österreichs Gebiet schützen will, Österreich aber keinen Anspruch auf Schutz seiner Stellung in den Fürstenthümern hat; die Sächsische Anschauung will überhaupt, daß Österreich von neuem die Verständigung mit Preußen suche, und Hannover wünscht, daß in den Ausschüssen die ein oder zwei Punkte detaillirter ausgearbeitet werden, um sie in mehr erkennbarer Weise für die Deutschen Interessen nutzbar zu machen. Darin ist die Hannoversche Auffassung der Badischen verwandt, welche ihrerseits bei meinen Collegen lebhaften Anklang findet. Von Stuttgart aus hat man bisher die Sächsischen Ansichten dem Herrn von Reinhard[2]) als Nichtschnur abschriftlich mitgetheilt, aber noch nicht das neueste Mémoire, welches Herr von Beust[3]) an Graf Kuefstein[4]) gegeben hat und von dem mir Herr von Nostitz[5]) sagt, daß es Österreich zur Stellung einseitiger Anträge nicht einladen werde. Herr von Schrenk[6]) ist auch auf seiner letzten Reise nicht bis München gegangen; er hat noch keine neuere Mittheilung von dort und sagt mir, daß er nach seinen bisherigen Instruktionen gegen die Österreichischen Anträge aus dem Circular vom 1. Oktober[7]) stimmen müsse, wenn sie jetzt eingebracht würden. 1854 Okt. 20.

*) Hat dem König vorgelegen.

1) Am 18. Oktober telegraphirte Herr v. Bismarck (chiffrirt) dem Minister Freiherrn von Manteuffel: „Herr von Nostitz kommt eben von Dresden; nach dem, was er mitbringt, steht es dort besser, als der Bericht des Grafen Redern vom 15. glauben läßt. Herr von Prokesch äußert gegen seine Vertrauten Zweifel daran, daß Österreich die fraglichen Anträge einbringen werde. Auch Graf Kielmansegge kommt eben zurück, seine Instruktion stimmt mit dem Berichte aus Hannover vom 8. Oktober, keineswegs mit dem vom 11. Oktober".

2) cf. oben S. 16, Note 5.

3) cf. oben S. 161, Note 4.

4) Graf von Kuefstein, Wirklicher Geheimer Rath und Kämmerer, Österreichischer Gesandter in Dresden.

5) cf. oben S. 15, Note 3.

6) cf. oben S. 16, Note 4.

7) Wegen des Inhaltes dieses Circulars vergl. Band II, S. 88, Note 1 unserer Sammlung.

Digitized by Google

1854 Okt. 20. Es scheint aber, daß Österreich sie nicht einbringen werde, und daß es mit einem gewissen Empressement Act davon genommen hat, daß die Stimmung der Deutschen Höfe keine rückhaltlose Annahme per majora erwarten lasse. Die officiöse Presse schreibt in diesem Sinne, und von einem Artikel im Nürnberger Correspondenten, der bestimmt sagt, Österreich werde keine Anträge stellen, weiß ich, daß er durch Vermittelung eines Herrn Ursprung direkt aus dem Bundespalais gekommen ist. Auch gegen Herrn von Nostitz,[1] seinen besonderen Vertrauten, hat sich Herr von Prokesch in dem Sinne ausgelassen. Er würde aber durch solche Äußerungen das Schicksal der Anträge compromittiren, wenn ihre Stellung noch in der Absicht läge; denn nur die Ansicht, daß Österreich entschlossen durchgreift, ohne uns nachzugeben, kann die Bamberger[2] bewegen, den Anträgen ihre Zustimmung zu versprechen. Bei meinen Collegen befestigt sich die Meinung, die Herr von Tallenay[3] mir gestern mit den Worten ausdrückte: La note du 30[4] a été rédigée sous le régime du Canard, und in der That hatte der Tartarenschwindel zur Zeit des Abganges der Note seine Culmination.

Von Paris aus ist unter dem 13. cr. eine Circulardepesche an die Höfe zweiten Ranges in Deutschland ergangen, welche ihnen empfiehlt, den beiden Österreichischen Anträgen der Note vom 1. Oktober[5] rückhaltlos zuzustimmen. Die Depesche enthält zwar bedenkliche Andeutungen über die Gefahren, denen sich die Staaten bei einer Spaltung in Deutschland aussetzten, und die nur durch Anschluß an Österreich verhütet werden können; der Krieg werde sonst verlängert und Deutschland sein Schauplatz. Aber der Ton des Aktenstückes ist gemäßigt und höflich, und es giebt namentlich zu, daß es für Preußen nach geographischer Lage und Familienverbindungen allerdings schwerer sei, sich zu active r Bethätigung der auch in Berlin vorhandenen Rechtsansicht zu entschließen.

Frankreich hat hier außer Herrn von Tallenay noch einen vertrauten Agenten, Herrn Tillos, der eigentlich zur Gesandtschaft in der Schweiz gehört,[6] Deutschland aber durch langen Aufenthalt kennt. Beide Herren sprachen mir über die Absichten ihres Souverains in Betreff seiner Beziehungen zu Preußen stets in einem Sinne, der dem Kriegsgeschrei der Pariser Blätter ganz entgegensteht; sie sagen: Der Kaiser hätte trop d'affaires sur le dos, pour s'en créer une nouvelle avec la Prusse; ein Krieg mit Preußen wäre ernsthafter als

1) scil. der K. Sächsische Gesandte am Bundestage.
2) cf. oben S. 194, Note 1.
3) cf. oben S. 5, Note 3.
4) Auch der Inhalt dieser Österreichischen Note findet sich erläutert in Band II, S. 88, Note 1 unserer Sammlung.
5) cf. oben S. 227, Note 7.
6) Tillos, Erster Legationssecretair bei der Französischen Gesandtschaft in Bern.

Digitized by Google

jeder andere außer mit England; er werde in seinem Verlauf, trotz aller Eng- 1854
lischen Bosheit gegen Preußen, zur Störung des Englisch-Französischen Bünd- Okt. 20.
nisses führen und schließlich, wenn Frankreich siegte, und die Rheinprovinz gewänne, bald eine Europäische Coalition nach sich ziehen, um sie ihm wieder abzunehmen. Es scheint, als ob der Französische Ehrgeiz sich mehr auf die maritime Entwickelung im Mittelmeer richte; Erwerb Italienischer Häfen, die für Französische Landtruppen erreichbar sind. Civita-vecchia befestigen sie sehr stark und jedem Franzosen leuchten die Augen, wenn er davon spricht, wie sie ihre Marine unter dem régime des Englischen Bündnisses gehoben hätten.

Der auffällige Besuch des Herrn von Prokesch beim Erzherzog Stephan [1] wird hier mit dem Gespenst der Herstellung Polens in Verbindung gebracht, welches in den Französischen und Deutschen Blättern spukt. Ich habe schon früher [2] erwähnt, daß Österreich wohl der Mann ist, zu dem man sich der That versehen kann, und daß es vielleicht gern Dacien für Galizien nimmt.

Unser Circular vom 13. cr. [3] hat hier allgemeinen Beifall wegen seiner geschickten Fassung; es vermeidet eine, dem Tone Österreichs vom 30. cr. [4] gegenüber unthunliche Nachgiebigkeit und läßt doch Österreich die Thür offen, so daß Österreich die Hoffnungen der Bundesgenossen täuscht, wenn es diese Thür nicht benutzt.

Meinen Collegen gegenüber habe ich in der letzten Zeit privatim etwa folgende Sprache geführt: Preußen hat die Friedenspolitik, welche alle Deutschen Cabinette als richtig erkannten, ohne Ehrgeiz und mit Hingabe für Deutschland geführt, indem es sich der Feindschaft des halben Europa exponirte; es kann dies ferner nur, wenn Deutschland fest bleibt; sieht Österreich, daß ihm Niemand oder nur Wenige folgen würden, so trennt es sich nicht von Deutschland, und letzteres bliebe, wenn fest und einig, auch ohne Österreich stark genug zu einer unabhängigen Politik; lassen aber die übrigen Bundesstaaten Preußen im Stich, lassen sie es zweifelhaft, ob sie uns die Bundesverträge bei einem Französischen Angriff ehrlich halten würden, dann ist Preußen allein nicht stark genug, Europa zu trotzen, und muß auf seine Sicherheit denken, indem es Partei nimmt. Sich mit einem plötzlichen Überfall Österreichs an Rußland anzuschließen, lassen weder die Gesinnungen Sr. Majestät noch die Bundesverträge zu; es bleibt uns also dann nur übrig, uns entweder in Folge eines oder schon vor einem westmächtlichen Bundesbeschluß den Gegnern Rußlands anzuschließen. Eine solche Schwenkung würde wiederum nur dann das Vertrauen

1) Erzherzog Stephan Franz Victor, geboren 14. Sept. 1817, K. K. Feldmarschall-Lieutenant.

2) cf. Band II, S. 51.

3) Der wesentliche Inhalt desselben findet sich abgedruckt in Band II, S. 93, Note 2 unserer Sammlung; siehe auch von Jasmund a. a. O. Band I, S. 371.

4) cf. oben S. 228, Note 4.

Digitized by Google

1854 Okt. 20. der Westmächte haben können, wenn sie mit einem Cabinetswechsel im liberalen Sinne verbunden wäre. Dann aber würden wir mit dem Westwinde der öffentlichen Meinung sehr rasch und weit von Österreich vorbeisegeln und dieses sich vergebens bemühen, uns zu halten. Jeder meiner Collegen, dem ich dies als die muthmaßliche Entwickelung Preußischer Politik mit dem Tone eines Unbetheiligten und Unerfreuten vortrug, wurde aufgeregt und beunruhigt davon. Sie fürchten eine solche Eventualität mehr als die Cholera und geben zu, daß durch eine solche Wendung Österreich distancirt und in der Deutschen Hegemoniefrage zur Defensive gezwungen sein würde. Auch die Franzosen fürchten eine solche Wendung der Dinge, und Herr Tillos[1] versichert mich wiederholt, daß auch das jetzige Ministerium, wenn es sich Frankreich näherte, auf das Vertrauen des Pariser Cabinets rechnen könne. Nur England würde die Wiederbelebung des Liberalismus in Preußen nicht ungern sehen. Als Schreckmittel habe ich die Perspective auf ein liberales Cabinet in Berlin hier sehr probat gefunden, und möchte sie sich auch in der Presse, wenn im Tone der Befürchtung und Hoffnung der Parteien, nicht in dem der Drohung vorgebracht, bewähren.

In Darmstadt ist man Österreicher à toute épreuve, wenigstens die Herren von Dalwigk[2] und von Münch". [3]

94. Eigenhändiger Bericht, betr. die Gouvernements-Wohnung in Mainz. Erfindungen in Betreff revolutionärer Vorgänge in Frankfurt a. M. 22. Oktober 1854.

Okt. 22. „Ew. Excellenz erlaube ich mir auf das vertrauliche Schreiben vom 27. v. M., die Gouvernements-Wohnung in Mainz betreffend, nach eingezogenen Erkundigungen Folgendes zu erwidern: Es ist meiner Überzeugung nach nicht zu erwarten, daß von Darmstadt, auch wenn diesseits eine indirekte Anregung erfolgte, Sr. K. H. dem Prinzen von Preußen eine Wohnung würde angeboten werden. [4] Selbst wenn wir direkt darum nachsuchten, würde man plausible Vorwände finden, es abzulehnen. Diese Ansicht wird auch von J. K. H. der Frau Prinzessin Carl[5] getheilt, sowie von anderen mit den Ansichten Sr. K. H. des Großherzogs[6] vertrauten Personen. Als der Hochselige Prinz

1) cf. oben S. 228, Note 6.

2) cf. oben S. 103, Note 3

3) cf. oben S. 48, Note 4.

4) Der Prinz von Preußen wurde im Oktober 1854 an Stelle des Erzherzogs Albrecht von Österreich zum Gouverneur der Bundesfestung Mainz ernannt; als Vice-Gouverneur wurde ihm der General-Lieutenant von Thümen beigegeben.

5) Gemahlin des Prinzen Carl von Hessen und bei Rhein, geb. Prinzessin Elisabeth von Preußen, Tochter des Prinzen Wilhelm von Preußen.

6) Ludwig III., Großherzog von Hessen und bei Rhein.

Digitized by Google

Wilhelm[1] Gouverneur von Mainz war, ist schon nicht ohne Schwierigkeit erlangt worden, daß der Großherzog[2] „Ihrem Durchlauchtigsten Herrn Neffen“ aus besonderer verwandtschaftlicher Rücksicht zeitweise einen Theil des Großherzoglichen Palais zur Disposition stellte. Im Sommer 1826 schienen zwischen beiden Theilen Mißverständnisse darüber obgewaltet zu haben, daß der Prinz eine Einladung des Großherzogs aus dem Vorjahre als für die Dauer der Gouvernements-Periode gemeint angesehen hat. Ein bei den Akten befindliches Schreiben des damaligen Hessischen Oberhofmarschalls von Perglas spricht sich darüber aus, wie unerwartet die Anmeldung des Prinzen gewesen sei, und wie er dringend bitten müsse, zuvor zu vermitteln, daß ihm von seinem Herrn der Befehl zur Übergabe des Palais zukomme. Eine persönliche Correspondenz zwischen beiden hohen Herren scheint demnächst die Sache nach den Wünschen des Prinzen geordnet zu haben. 1854 Okt. 22.

Gegenwärtig dient ein Theil des Palais und seiner Dependentien als Aufstellungslokal für verschiedene naturhistorische und Kunst-Sammlungen; der Rest wurde im vorigen Jahre für die Darmstädter Herrschaften selbst neu eingerichtet und gleich darauf durch ein Feuer wieder beschädigt.

Se. K. H. der Erzherzog Albrecht[3] hat eine Wohnung in Großherzoglichen Gebäuden niemals gehabt und die Auffassungen Sr. K. H. des jetzt regierenden Großherzogs,[4] welche besonders in Betreff der Bundesfestung mit Besorgnissen vor jedem Schein einer Schmälerung der Souverainetät gepaart sind, stehen gerade einem Etablissement Sr. K. H. des Prinzen von Preußen in Mainz abwehrend entgegen. Mir ist gesagt worden, daß schon die Residenz Sr. K. Hoheit in Coblenz vom Großherzog als eine Wolke am Horizonte der Unabhängigkeit der benachbarten Fürsten angesehen werde, und daß die gelegentlichen Anwesenheiten des Prinzen in Frankfurt von den Agenten unserer Gegner zu Interpretationen benutzt werden, welche bei sorgenvollen „Souverainen“ ein leichtgläubiges Ohr finden.

Meine Sondirungen in dieser Beziehung sind nur durch Kanäle erfolgt, wo ich vor Indiscretion sicher zu sein glaube; denn der Sache auf direktere Weise näher zu treten, schien mir nicht thunlich, da wir bei der jetzigen Lage der gegenseitigen Beziehungen nicht wohl eine ähnliche Gefälligkeit von dem Großherzoglichen Hofe erlangen können, wie zur Zeit des Hochseligen Prinzen Wilhelm. Nach den öffentlichen Blättern scheint es fast, als ob die Übernahme des Gouvernements durch Se. K. H. den Prinzen in Person erfolgen werde, während man hier bisher annahm, daß dies nur in dem Falle

---

1) Wilhelm, Prinz von Preußen, gestorben 28. September 1851.
2) Ludwig II.
3) cf. oben S. 230, Note 4.
4) Ludwig III.

Digitized by Google

1854 Okt. 22. geschehen würde, wenn die Übergabe durch den Erzherzog Albrecht vollzogen würde. Da hierbei aber von Österreichischer Seite nur der Vice-Gouverneur figuriren wird, so hatte ich geglaubt, der Prinz werde erst nach Mainz kommen, nachdem Herr von Thümen[1] die Festung vom Feldmarschall-Lieutenant Mertens[2] übernommen hätte.

In der heutigen Kreuzzeitung steht ein aus dem Hamburger Correspondenten übernommener Artikel, in welchem in Gefolge der hiesigen Feier des 15. Oktober[3] Henkerlieder, Barrikadenhelden und Verhaftungen figuriren; der Correspondent ist muthmaßlich der hiesige, im Dienst des Herrn von Prokesch stehende Literat Hehner; die Angabe ist ganz aus der Luft gegriffen; ich habe auf der Polizei nachfragen lassen; es ist Nichts dem Ähnliches vorgekommen, auch nicht einmal der Stoff zu einem Gerücht. Eine mäßige Prügelei unserer Schlesier mit betrunkenen Bayern war das einzige hors d'oeuvre der Feier".

95. Eigenhändiger Bericht, betr. die beabsichtigten Reisen der Kaiser Napoleon und Nicolaus nach der Krim. Gerücht von dem Abschluß eines Vertrages zwischen Preußen und Frankreich. Herr v. Larisch und die Altenburger Angelegenheit. 17. Februar 1855.

1855 Febr. 17. „Die Zeitungsnachrichten über die Absicht des Kaisers der Franzosen, nach der Krim abzugehen, bilden hier seit gestern den Gegenstand der Unterhaltung, und finden bei den meisten Leuten Glauben, so fabelhaft sie klingen. Selbst Herr von Tallenay[4] hält einen derartigen coup de tête dem Charakter des Kaisers nach nicht für unwahrscheinlich, und hat aus verschiedenen, seiner Meinung nach beachtenswerthen Quellen dieselbe Nachricht, welche hier zuerst durch den Geschäftsträger der Freien Städte in Paris, Herrn Rumpff, her gelangte. Der General Niel[5] soll nach Paris den Tag eines Schlages gegen Sebastopol gemeldet, und den günstigen Erfolg als wahrscheinlich bezeichnet haben; den Ruhm desselben soll der Kaiser mit veni vidi vici pflücken, und

---

1) cf. oben S. 230, Note 4.

2) Freiherr von Mertens, Österreichischer Feldmarschall-Lieutenant, Vice-Gouverneur der Bundesfestung Mainz während der Zeit, in welcher der Erzherzog Albrecht von Österreich das Commando als Gouverneur der fraglichen Festung führte.

3) Geburtsfest des Königs von Preußen.

4) cf. oben S. 5, Note 3.

5) Niel, Französischer Marschall und Kriegsminister, leitete 1853 im Kriege gegen Rußland als Commandant des Geniecorps der Ostsee-Expedition den Angriff auf die Festung Bomarsund, und ging, demnächst zum Adjutanten des Kaisers ernannt, im Januar 1855 in die Krim, um die Geniearbeiten von Sebastopol zu prüfen. Im April zum Oberbefehlshaber des gesammten Geniewesens der Französischen Belagerungsarmee ernannt, hatte er wesentlichen Antheil am endlichen Falle Sebastopols.

Digitized by Google

vierzehn Tage nach seiner Abreise wieder in Paris sein, da Hamelin [1] ihn in fünf Tagen von Marseille nach der Krim fahren will. Regieren sollen inzwischen Graf Morny [2] im Civil-, General Vaillant [3] im Kriegswesen, beide unter dem alten Jérôme. [4] So erzählt man hier. Prokesch und die Börse sind gleichmäßig beunruhigt und sagen, Louis Napoleon solle zu Hause bleiben und sein Land regieren, nicht aber seine zwei Augen muthwillig in Gefahr bringen. 1855 Febr. 17.

Wenn etwas an der Sache ist, so fürchte ich weniger Französische Unruhen während der Abwesenheit des Kaisers, oder Russische Kugeln für seine Person, als daß er sich bei einem mißlingenden Unternehmen betheiligen und dadurch für Fortsetzung des Krieges engagirt werden könne. Man sagt hier auch, der Kaiser Nicolaus sei ebenfalls unterwegs nach der Krim, und beide Monarchen würden sich dort sehen und umarmen.

Eine andere Nachricht, die Rumpff hierher gemeldet hat, ist die, daß in Paris ein von Olberg, [5] unter Usedom's [6] Leitung, redigirter Vertrag zwischen uns und Frankreich von dem Pariser Cabinet gebilligt worden sei und die Ratifikation aus Berlin verordnet werde. Rumpff behauptet, dies ganz sicher zu wissen, und meine Collegen waren gestern nicht wenig über die Nachricht beunruhigt. Ich habe ihr, im Sinne der letzten mir zugegangenen vertraulichen Erlasse (vom 10. cr.[7]), decidirt widersprochen.

1) Hamelin, Französischer Vice-Admiral, demnächst Marine- und Colonialminister.

2) Charles August Louis Joseph Graf von Morny, Französischer Staatsmann, leitete als Minister des Innern den Staatsstreich vom 2. Dezember 1851, vom November 1854 bis 1856 und demnächst wiederum von 1857—1865 Präsident des Gesetzgebenden Körpers.

3) Graf Vaillant, Marschall von Frankreich, Kriegsminister.

4) Prinz Jérôme Bonaparte, Marschall von Frankreich.

5) von Olberg, Oberst bei dem Militair-Gouvernement in Luxemburg, 1853 zur K. Gesandtschaft in Brüssel commandirt, seit 1855 Commandant der Bundesfestung Luxemburg.

6) von Usedom, Kammerherr und Wirklicher Legationsrath, Preußischer Gesandter in Rom, nachmaliger Preußischer Bundestagsgesandter.

7) Mittelst Erlasses vom 10. Februar 1855 theilte der Minister von Manteuffel Herrn von Bismarck Abschrift zweier Erlasse, die derselbe unter dem 29. Januar und 8. Februar an den K. Geschäftsträger in München gerichtet hatte, zur Kenntnißnahme mit, und eventuell um davon den geeigneten ganz vertraulichen Gebrauch zu machen. In dem zweiten Erlasse heißt es, General von Wedell werde als Basis seiner vertraulichen Besprechungen die Depesche vom 21. Januar zu nehmen haben. „Se. Majestät halten vor Allem an dem Standpunkte fest, daß ein Arrangement mit den Westlichen Mächten nur möglich, nachdem Preußen an den allgemeinen Friedensverhandlungen in völlig gleichberechtigter Weise theilzunehmen berufen sein wird. Denn nur wenn Preußen durch Theilnahme an den Friedensverhandlungen die Tragweite der dort in Aussicht genommenen Verständigung genau und vollständig übersehen kann, wird es im Stande sein, dem Bunde die ihm dabei zukommende Einflußnahme zu sichern und, wie dies auch in der diesseits in Frankfurt abgegebenen Erklärung angedeutet ist, durch vertrauliche Verhandlungen mit Nachdruck dahin zu wirken, daß sowohl Preußen selbst, als auch den übrigen Deutschen Regierungen Nichts angesonnen, geschweige denn auf dem Wege der Stipulation zugemuthet werde, was nicht zur Sicherstellung wirklicher, klar erkennbar Deutscher Interessen geeignet und nothwendig erscheine".

Digitized by Google

1855 Febr. 17. Herr von Larisch [1]) kam gestern hier an, um die Altenburger Sache zu betreiben. Ich kann nicht leugnen, daß es mich einigermaßen verletzt hat, zu sehen, daß ein Landsmann und ein so alter Bekannter von mir, wie er ist, sich mit seinem Anliegen zuerst an das Präsidium und nicht an den Preußischen Gesandten gewendet hat. Ehe er auch nur versucht hatte, sich mit mir in Verbindung zu setzen, konnte mir Prokesch schon mittheilen, was er mit ihm verabredet habe und wie die Sache beim Bunde zu behandeln sein werde. Auch in der orientalischen Politik weiß mein College von der Potsdamer Regierung für Preußen keinen anderen Rath, als vollständigen Anschluß an Österreich, und spricht sich in dem Sinne hier aus, mit der Besorgniß, Österreich werde Altenburg an Sachsen schenken, wenn Altenburg nicht mit Österreich stimme. Warum fürchtet man nicht Ähnliches von Seiten Preußens, wenn man doch auf allgemeine Auflösung des Rechtsbestandes calculirt? Ich möchte Ew. Excellenz anheimstellen, die Autorität des Oheims zu benutzen, um dem Herrn Neffen das Preußische Bewußtsein neu zu beleben. Ich will ihm eben meinen Gegenbesuch machen, und das Meinige auch zu jenem Zweck thun".

96. Eigenhändiger Bericht, betr. die erste Begegnung mit Frhr. v. Prokesch nach Wiederaufnahme der Präsidialgeschäfte. Abreise des Grafen v. Rechberg und Gerüchte von einer Versetzung des Herrn v. Bismarck nach Wien. Haltung der Berliner Polizei. Reisen höchster Herrschaften. Bundestagsferien und Reisedispositionen des Herrn v. Bismarck. 4. Juli 1855.

Juli 4. — — „Mein erstes Wiedersehen mit Prokesch [2]) war beiderseits frei von Verlegenheit. Die sanfte Heiterkeit, deren Maske er trug, fand ihren Ausdruck auch in der Farbe seiner Handschuhe, die von zartestem himmelblau und ausnahmsweise ganz neu waren. Es schlug gerade zwölf am 2. Juli, und ich bemerkte beiläufig, daß dieser Moment genau die Mitte des Jahres sei, worauf er mit durchbrechender Herzlichkeit meine Hand ergriff, und sagte: „Wohlan, so vergessen wir die Leiden und Sorgen des alten Jahres, und beginnen wir ein ganz neues". Frau von Brints [3]) sagte er bei der Ankunft: „Sie haben mich ja gar nicht wieder hier erwarten wollen"! worauf sie erwiderte: „Wir wollen auch erst abwarten, ob Sie definitiv wieder hier sind". Er scheint also mit dem Hause Buol auch nicht ganz gut zu stehen.

Rechberg [4]) ist heute früh abgereist, einstweilen nach Württemberg, zu

---

1) von Larisch, Herzoglich Sächsischer Minister.

2) Wegen der zeitweiligen Abberufung des Herrn von Prokesch und dessen Vertretung durch Graf Rechberg vergl. Band II, Urkunden 98, 99, 136 und 138.

3) cf. oben S. 4, Note 5.

4) cf. oben S. 71, Note 2.

Digitized by Google

seinem Bruder; sein Abgang wird allgemein bedauert; einige meiner Collegen meinen, daß er in wenig Monaten wiederkommen werde, andere glauben, daß er nach Wien berufen sei, um Buol zu ersetzen. Von ihm selbst habe ich Einzelnes gehört, was mich annehmen läßt, daß er auf ein längeres Verweilen in Wien rechnet. Er hat die fixe Idee, daß ich Arnim's [1]) Nachfolger dort werden soll, und sagte beim Abschied, er werde unerachtet meiner decidirten Abneigung gegen diese Stelle Alles daran setzen, um mich dahin zu ziehen. Mich würde eine solche Versetzung etwas unglücklich machen; ich bin sehr gern hier, trotz Prokesch, und in Wien, fürchte ich, würde man die Mittel und die Neigung haben, mich für meine hiesigen Sünden gegen Österreich zu strafen. Dieser Gesichtspunkt wird mir besonders nahe gelegt durch das Wohlwollen, mit welchem auch Prokesch sich für meine demnächstige Ernennung nach Wien interessirt. 1855 Juli 4.

Gestern passirte hier ein Englischer Capitain Yates, der bei Malet [2]) und anderen Gesandten eine hoffentlich übertriebene Geschichte von einem Conflict der Berliner Polizei mit dem Jockeyclub im Hôtel du Nord [3]) erzählte, bei dem er anwesend gewesen war. Wenn die Sache sich so verhält, wie er erzählt haben soll, so muß der betreffende Beamte sich gegen die betheiligten Herren allerdings mit einer beklagenswerthen Rohheit benommen haben. Auch einige vornehme Österreicher sollen dabei gewesen sein, durch welche Nachrichten und Klagen hierher gelangt und die Sache zum Gegenstand des Salon-Klatsches geworden ist. Ich kenne den Vorgang nicht genug, um das Wahre vom Falschen zu unterscheiden; darüber aber stimmen die Klagen aller Reisenden überein, daß die Berliner Polizei dermalen die gröbste in Europa ist, und in übermüthiger Behandlung Einzelner und Nichtachtung der Höflichkeitsform im Allgemeinen selbst den Französischen Mouchard wesentlich übertrifft. Ich kann solchen Beschwerden nach meiner eigenen Erfahrung nicht widersprechen; der Ton der Leute gegen Unbekannte ist unnöthig barsch, und die Controle der sich auf den Straßen von Berlin langweilenden Constabler erstreckt sich auf die Höhe, bis zu der achtbare Damen bei Regenwetter ihre Röcke aufheben, und auf die Stellung, in der Jemand in einer Droschke sitzt. Dergleichen Plackereien sind oft viel bedenklichere Quellen der Verstimmung gegen eine Regierung, als Meinungsverschiedenheiten über Regierungsform und Budget. Der Hang zu dienstlicher Arroganz und Grobheit steckt allerdings in dem subalternen Theil unserer Büreaukratie mit einer unverwüstlichen Zähigkeit.

Heute früh war der Prinz Friedrich von Hessen hier, und ist nach Rumpenheim gefahren; Prinzeß Carl K. H. [4]) kommt am Montag früh.

1) cf. oben S. 70, Note 1.

2) cf. oben S. 107, Note 2.

3) Gemeint ist der Vorgang zu dem Duell des Polizei-Präsidenten von Hinkeldey in Berlin. cf. Band II, S. 352.

4) cf. oben S. 230, Note 5.

Digitized by Google

1855 Juli 4. Der College[1]) schmeichelt sich mit der Aussicht auf baldige Bundesferien; in vorigem Jahre fielen sie aus,[2]) und man hält daran, als an einem der schätzenswerthesten Bundes-Grundrechte. Sollte die Aussicht sich verwirklichen, so würde ich versuchen, einige Wochen Urlaub zu erhalten, um die Wirkung des Seewassers gegen Rheumatismen und Hexenschüsse zu erproben. Hoffentlich wird Ihrer Frau Gemahlin Misdroy mit seinen einsamen Wäldern und täglichen Flundern gut bekommen; ich finde den Ort nicht ohne Reize, aber das Unterkommen war früher dürftig".

97. Eigenhändiger Bericht, betr. die Rückkehr des Herrn v. Bismarck nach Frankfurt a. M. Geschäftslage am Bunde. Gerüchte über einen Wechsel in der Person des Präsidialgesandten. Politische Wahrnehmungen in Paris. Augenblickliche Entblößung Frankreichs von Truppen. Graf v. Hatzfeldt. 14. September 1855.

Sept. 14. „Ew. Excellenz erlaube ich mir anzuzeigen, daß ich wieder hier eingetroffen bin.[3]) Ich hatte ursprünglich beabsichtigt, meinen Urlaub mit einer villeggiatura am Rhein zu beschließen, und mir zu dem Behuf ein Quartier in Rolandseck ausgesucht; in Folge der Nachricht aber, daß Se. M. der König herkommt, habe ich mich begnügt, meiner Frau die Örtlichkeit zu zeigen, die ich ihr zugedacht hatte, und sie auf's nächste Jahr zu vertrösten.

Hier fand ich einstweilen nur die Vertreter von Holstein, Luxemburg, Hessen-Homburg und Frankfurt unter dem Vorsitze Württembergs; gestern sind Sachsen und Baden dazugekommen; Geschäfte aber finden keine statt.

Die Österreicher bestreiten es noch, daß Rechberg wieder herkommen werde, und hört man auch die Conjectur wieder auftauchen, daß Rechberg Buol's Stelle einnehmen, und Letzterer hier das Bundespalais beziehen werde. Ich glaube eher, daß Buol, wenn er überhaupt zurücktritt, sich den Pariser Posten ausersehen hat, vorausgesetzt, daß die Freundschaft mit Frankreich bei der Gelegenheit nicht zu stark erschüttert würde. In dem Falle bekämen wir hier wahrscheinlich Koller;[4]) daß Prokesch hier bleibt, nimmt Niemand mehr an. Ich bedauere dies; denn solange Österreich seine bisherige Stellung gegen uns beibehält, wünsche ich mir keinen anderen Collegen als den bisherigen; es ist jedenfalls besser, eine Preußenfeindliche Politik durch einen ungeschickten, als durch einen gewandten Vertreter geführt zu sehen.

Was ich in Paris an politischen Symptomen wahrgenommen habe, sprach übrigens nicht für die Fortdauer eines geheimen Verständnisses zwischen Wien

1) scil. Prokesch.
2) cf. oben S. 226, Note 5.
3) cf. Band II, Urkunde 143.
4) cf. oben S. 111, Note 1.

Digitized by Google

und Paris. Man renommirte in den ministeriellen Kreisen allenfalls damit, die Deutschen Mittelstaaten in der Tasche zu haben; die Erwähnung Österreichs aber war stets mit unwillkürlicher Bitterkeit gefärbt, während ich glaubte, man werde uns gegenüber gern sich den Schein geben, mit Österreich sehr gut zu stehen. Eine kriegerische Äußerung habe ich während meines ganzen Aufenthaltes von Niemand gehört; im Publikum sprach man von dem Kriege fast immer mit Achselzucken, am unbefangensten von Seiten der Militairs, Canrobert[1]) eingerechnet. In Gesprächen mit den officiellen und anderen Politikern herrschte das Bestreben vor, zu erklären, warum man die Österreichischen Vorschläge nicht angenommen habe; neu war mir dabei, daß man vor der Ablehnung Österreich befragt habe, ob es im Falle der Annahme versprechen wolle, für die Durchführung seines eigenen Programmes zum Kriege zu schreiten, wenn Rußland Schwierigkeiten erhebe; diese Zusage zu geben, habe Österreich mit ausweichender Antwort verweigert; darauf erst sei die Ablehnung der Westmächte erfolgt. Mr. X. erzählte mir das ausführlich, und Graf Walewski[2]) sprach sich in demselben Sinne aus. Der Kaiser sprach vorzugsweise von dem Befinden Sr. M. des Königs und seiner Theilnahme für dasselbe, sagte mir auch persönlich schmeichelhafte Dinge. Unverkennbar wurden wir Preußen im Vergleich zu anderen Fremden mit großer Aufmerksamkeit behandelt. Besonders Österreicher bemerkte man fast nirgends, und Hübner[3]) erschien bei keinem der Feste, angeblich wegen Krankheit, obschon ich ihn inzwischen ganz wohlauf sah. 1855 Sept. 14.

Bezeichnend für die Opfer des Krieges ist in Frankreich die vollständige Leere in allen Infanterie-Garnisonen. Die Armeen von Paris, Lyon und Boulogne sind in respectablem Zustande, zusammen vielleicht 100 bis 120 000 Mann; in den sonstigen Garnisonen aber befinden sich nur Depots, im engsten Wortverstande. In Straßburg, Metz, Rouen hatten die Infanterie-Regimenter nur die zur Dressur der fortwährend zugehenden Rekruten nöthige Mannschaft bei der Fahne, und jede ausexercirte Rekruten-Abtheilung wird sofort auf die Eisenbahn gesetzt, um nach dem Orient abzugehen. Der Wachtdienst in Straßburg und Metz wurde von Nichtcombattanten, den Handwerkern und Arbeitern der Truppentheile, und in Metz von den Artillerieschülern gethan. In Straßburg befinden sich nach den mir von Einwohnern gemachten und in Paris von Militairs bestätigten Angaben nur wenig über 500, jedenfalls unter 1000 Mann Infanterie verschiedener Regimenter; auf den Wällen schilderten Cavalleristen. Ein Ordonnanz-Offizier des Kaisers gab mir den Unterschied zwischen der

1) Französischer Divisions-General, demnächst Oberbefehlshaber der Französischen Truppen vor Sebastopol, wurde 1855 in seinem Commando durch den General Pélissier ersetzt und nach Frankreich zurückberufen.

2) Graf Walewski, Französischer Minister des Auswärtigen.

3) cf. oben S. 189, Note 2.

Digitized by Google

1855 Sept. 14. Truppenzahl, die successive eingeschifft worden, und der, die jetzt im Orient vorhanden sei, auf einige 80000 Mann an. Die Verkleinerung der Verluste in den amtlichen Berichten wird von der Armee sehr übel genommen, und jeder Offizier ist leicht bereit, den Moniteur in dieser Beziehung Lügen zu strafen.

Ich schrieb Ew. Excellenz schon, daß Hatzfeldt noch immer sehr mißtrauisch gegen X. und gereizt über dessen Ernennung ist. Ich habe mich vergebens bemüht, diese Empfindungen bei ihm zu bekämpfen. Die Erlebnisse mit Wedell[1] und Olberg[2] haben auf Hatzfeldt's an und für sich reizbaren Gesundheitszustand nachtheilig gewirkt; der Verdruß zehrt an ihm, und das ist ein unzweifelhafter Schaden für den Königlichen Dienst, denn Hatzfeldt ist eine schwer zu ersetzende Specialität für Paris. Die verwandtschaftlichen Beziehungen der Gräfin und sein eigener langer Aufenthalt unter verschiedenen Regierungen haben ihm Verbindungen verschafft, die ihn zu einer Autorität für das diplomatische Corps machen. In Bezug auf die Thätigkeit Olberg's in Paris hat er, wie ich annehmen darf, interessante Materialien; nach seinem Charakter und noch mehr nach seiner jetzigen Stimmung mischt er sich nicht aus eigener Initiative in irgend etwas; wenn er aber eine Veranlassung erhielte, sich über seine Erlebnisse dieses Jahres auszulassen, so würde er sie, wie ich glaube, mit großer Genugthuung ergreifen".

98. Eigenhändiger Bericht, betr. den Besuch des Herrn v. Bismarck am Hoflager in Coblenz. Graf v. Bernstorff und Graf v. Hatzfeldt. Entgegenkommende Haltung der Süddeutschen Fürsten und Abnahme der Furcht vor Frankreich. Österreichische Preßmanöver. 5. Oktober 1855.

Okt. 5. „Ew. Excellenz beehre ich mich anzuzeigen, daß ich, nachdem ich die Majestäten bis zum Appollinarisberge begleitet hatte, mit einem Umwege über das Ahrthal und den Laacher See hier wieder eingetroffen bin. Mit mir hat Se. Majestät über Politik während des Aufenthaltes in Coblenz nicht weiter gesprochen, dagegen fand Bernstorff[3] auf dem Dampfschiffe noch Gelegenheit, dem König sein Herz auszuschütten, wobei Se. Majestät geäußert hat, daß die ganze durch die Wedell-Usedomsche Eingabe angeregte Episode als erledigt

---

1) von Wedell, General-Lieutenant, General-Adjutant des Königs von Preußen und Gouverneur der Bundesfestung Luxemburg, war nach Paris gesandt worden, um zu eruiren, ob, und auf welcher Basis etwa Preußen der Einladung zum Beitritte zu dem Wiener Vertrage vom 2. Dezember 1854 entsprechen sollte. Vergl. über diese Mission von Wedell's Band II, S. 151, 159, 167, 174 und 187 f.

2) cf. oben S. 233, Note 5.

3) cf. oben S. 8, Note 6.

Digitized by Google

anzusehen sei, nachdem Hatzfeldt sich glänzend gerechtfertigt habe. Auch für seine Person war Bernstorff von den Auslassungen des Königs sehr befriedigt, und die erregte Stimmung, in der er sich vorher befand, schien nach der Audienz gehoben zu sein. Ich glaube sonach, daß sich Hatzfeldt und Bernstorff als die besten Bundesgenossen Ew. Excellenz gegen jenen Angriff bewährt haben; mögen sie es gern oder ungern gethan haben, sie waren von dem gegnerischen Angriff solidarisch mitbetroffen. 1855 Okt. 5.

Das Empressement, mit welchem die Süddeutschen Fürsten dem König entgegengekommen sind, namentlich der Besuch des Königs von Württemberg,[1] hat hier ein günstiges Aufsehen gemacht, und in Paris nach den hier eingegangenen Nachrichten unangenehm überrascht; wenn, ungeachtet der Kenntniß von diesem Pariser Befremden, der Großherzog von Hessen zum 15. nach Berlin geht, so liegt darin ein Beweis, daß in Darmstadt die Furcht vor Frankreich abgenommen hat, trotz Sebastopol. Man kennt jetzt überall die Entblößung der Französischen Garnisonen[2] außerhalb der Bezirke der Armeen von Paris, Lyon und Boulogne, und sieht etwas weniger Gespenster in der Richtung. Darmstadt sehe ich als eine Art von Wetterglas für die Stimmung der Deutschen Regierungen an; das Quecksilber Dalwigk's giebt am leichtesten dem Druck der politischen Atmosphäre nach.

Österreich tummelt im Journal de Francfort und Constitutionel in wahrhaft lächerlicher Weise sein lahmes Schlachtroß von Versicherungen dessen, was es für Frankreich thun werde und längst gethan hätte, wenn es nicht von Preußen am Rockschoß gehalten würde. Ich möchte doch wissen, wen sie mit diesen würdelosen Augendienereien gegen Westen und Renommagen gegen Osten noch zu betrügen glauben; solange die Armee nicht wieder in Galizien steht, ist doch diese Drapirung mit dem Kriegsmantel zu fadenscheinig".

99. Eigenhändiger Bericht, betr. die Umtriebe des Frhr. v. Prokesch und Bekämpfung derselben durch Herrn v. Bismarck; Schwenkung Bayerns gegen Österreich. König Otto von Griechenland. Mission des Marschalls Canrobert nach dem Norden. Pariser Friedensnachrichten. Ankunft des Grafen v. Rechberg.*) 6. November 1855.

— — „Prokesch spielt die Rolle des Bösewichts in dem langweiligen Bundesroman bis an's Ende; es scheint, daß er seinem Nachfolger absichtlich einen schwierigen Anfang bereiten will, indem er streitige Sachen, wie die Anstellung des Archivars,[3] die Rastatter Kriegsbesatzung[4] u. dergl., in den Vor- Nov. 6.

*) Hat dem König vorgelegen.

1) Dieser Besuch erfolgte in Stolzenfels. cf. Band II, S. 279.

2) cf. oben S. 237 f.

3) cf. Band II unserer Sammlung, Urkunde 147.

4) cf. Band II, Urkunde 94.

Digitized by Google

1855 Nov. 6. dergrund zieht, Akten verleugnet, die ich fordere, die Ausschußsitzungen willkürlich ausfallen läßt, und sich unsichtbar macht. Er hat ursprünglich geglaubt, zwei Tage nach der Sitzung vom 25. v. M. durch Rechberg abgelöst zu werden,[1] und um nicht selbst noch unter dem Streit, den er hinterlassen wollte, zu leiden, hat er seit dem 25. Oktober alle Sitzungen abgesagt. Über den wiederholten Ausfall des Militair-Ausschusses habe ich ihn heute schriftlich zur Rede gestellt; er führt *seine* bevorstehende Abreise als Grund an, worauf ich ihm erwiderte, daß darunter die laufenden Geschäfte ebensowenig leiden sollten, wie sie unter der Behinderung des Gesandten einer anderen Regierung zu leiden pflegen. Leider bin ich bei meinen Collegen in dergleichen Kampf gegen Präsidialwillkür noch immer ohne Beistand, besonders seit Bayern wieder in einer Schwenkung nach Österreich hinüber gravitirt. Wir haben noch keine Gelegenheit gehabt, bei welcher diese Wahrnehmung officielle Belege hätte finden können; aber ich sehe es meinem Collegen Schrenk[2] an.

In Paris wird Pfordten,[3] dessen schwache Seiten man dort wohl nicht ungenutzt lassen wird, vielleicht französischer, aber schwerlich österreichischer gemacht worden sein. Dagegen scheint das Wiener Cabinet in der traurigen Lage des Königs Otto[4] eine neue Handhabe gewonnen zu haben, um auf Bayerns Haltung zu wirken.

Prokesch hat der Großherzogin von Hessen versprochen, Wunder für ihren Bruder[5] zu thun, und einstweilen einen Bayerischen Orden für seinen guten Willen erhalten. Er wird auf der Reise nach Constantinopel in Athen anlegen und einen Aufenthalt dort machen.

Die Sendung Canrobert's[6] nach dem Norden macht hier viel zu denken: Überwinterung von Kriegsschiffen, Bündniß mit Schweden, Ausbeutung der Sundzoll-Verlegenheit Dänemarks, der Wunsch, Canrobert zu thun zu geben und ihn aus Paris zu entfernen, und vieles Andere wird conjecturirt; auch Friedensverhandlungen durch Dänische Vermittelung.

Gewiß ist, daß alle hierher gelangenden Pariser Nachrichten von Friedenswünschen überfließen; sogar der kleine Damrémont,[7] Dalwigk's[8] Tyrann in Darmstadt, bläst mit vollen Backen die Friedensschalmey.

Eben erfahre ich, daß Rechberg[9] angekommen ist".

1) cf. Band II, Urkunde 146.

2) cf. oben S. 16, Note 4.

3) Über den Aufenthalt und die Eindrücke des Bayerischen Ministers des Äußern in Paris vergl. Band II, S. 267.

4) Der Bruder des Königs Max von Bayern, geboren 1. Juni 1815, am 5. Oktober 1832 auf den Griechischen Thron erhoben.

5) Die Großherzogin Mathilde war eine Tochter des Königs Ludwig von Bayern, eine Schwester des Königs Otto von Griechenland.

6) cf. oben S. 237, Note 1.

7) Graf von Damrémont, Französischer Gesandter am Darmstädter Hof, seit 1853.

8) cf. oben S. 103, Note 3.

9) Österreichischer Bundes-Präsidialgesandter, Nachfolger des Freiherrn von Prokesch.

Digitized by Google

100. Eigenhändiger Bericht, betr. den Grafen v. Monteſſuy. Zuvorkommenheit des Grafen v. Monteſſuy für den Geſandten der Sächſiſchen Herzogthümer. Hoffnung des Grafen v. Rechberg auf eine Verſtändigung zwiſchen Preußen und Öſterreich, ſowie Rückwirkung auf die Haltung der kleinen Deutſchen Fürſten. Ruſſiſche Orientpolitik; größere Ausſicht auf Verſtändigung im Falle direkter Verhandlungen Rußlands mit Frankreich; abwartende Haltung Öſterreichs. Tod der Frau v. Brints. 11. Januar 1856.

„Ew. Excellenz habe ich von hier, wie ſeit längerer Zeit, ſo auch jetzt 1856
Nichts von erheblichem Intereſſe zu berichten, und ich bin darüber nicht un- Jan. 11.
glücklich, denn die Zeiten, wo die Geſchäfte hier lebhaft werden, pflegen nicht zu den erfreulichen zu gehören.

Den neuen Vertreter Frankreichs[1]) finde ich bisher friedlicher und ruhiger in ſeinen politiſchen Auffaſſungen, als ich nach den Schilderungen vor ſeiner Ankunft glauben mußte. Nur ſcheint er ſich von dem Vorurtheil noch nicht los zu machen, daß ſich hier für einen fremden Geſandten ſichtbare Erfolge ſchnell erringen ließen. Er hat ſechs Attachés und Secretaire bei ſich, beſucht täglich die meiſten Geſandten und berichtet täglich, ohne einen denkbaren Stoff dazu. Geſellſchaftlich findet man ihn anſpruchsvoll und ſeiner Frau iſt Frankfurt jetzt ſchon langweilig. Ich kann nicht über ihn klagen, und werde ihm Donnerstag ein Diner geben. Graf Monteſſuy iſt gegen den Geſandten der Sächſiſchen Herzogthümer, und ſonſt gegen Niemand, von einer großen Zuvorkommenheit; er legt damit die Freundſchaft ſeines Kaiſers für den Herzog von Coburg an den Tag, von der er mit Oſtentation ſpricht.

Rechberg war bisher in einiger Beſorgniß, daß er von Wien Aufträge erhalten werde, welche er ſelbſt für beklagenswerth halten würde,[2]) wie er denn überhaupt mit ſeinem Urtheil über die gefährlichen Mängel der dermaligen Wiener Politik nicht zurückhält. Heute dagegen theilte er mir in großer Freude mit, daß, nach Gerüchten aus Wien, es gelungen wäre, durch Edwin Manteuffel[3]) zu einer Verſtändigung mit uns zu gelangen. Die Öſterreichiſche Preſſe hat dieſe Miſſion Edwin's ſchon vielfach dazu benutzt, um den Deutſchen Regierungen zu inſinuiren, daß Preußen ſeine Politik ändere, und ſie wohl thäten, bei Zeiten daran zu denken, was ſie ſelbſt thun wollten. Allerdings iſt Nichts geeigneter, die Kleinen in's Öſterreichiſche Lager zu ziehen, als die Erweckung der Beſorgniß, daß wir nicht feſt bleiben, ſondern ſie im Stiche laſſen würden. Bei Zweifeln über die Entſchloſſenheit unſerer Politik in der bis-

1) Graf von Monteſſuy, Franzöſiſcher Bundestagsgeſandter, der Nachfolger des Herrn von Tallenay, accreditirt am 22. Dezember 1855. cf. auch Band II, S. 281 f. und 297.

2) cf. Band II, Urkunde 163.

3) Freiherr von Manteuffel, Oberſt und Flügel-Adjutant des Königs von Preußen.

Digitized by Google

1856 herigen Richtung treibt sie die Sorge um ihre Selbsterhaltung in das Öster-
Jan. 11. reichische und demnächst in das Französische Lager.

Die Russische Circulardepesche vom 22. v. M.[1]) hätte ungleich mehr Eindruck gemacht, wenn sie vor Absendung Esterházy's[2]) von Wien bekannt geworden wäre; etwa gleich als man sich entschloß, in die Neutralisation des Schwarzen Meeres zu willigen, was wie ich glaube zu Anfang des Dezember war. Wenn Rußland selbst, wie allgemein erwartet wird, Gegenpropositionen macht, und dieselben einigermaßen nachgiebig ausfallen, so wird deren Eindruck um so günstiger für Rußland sein, je schneller sie allgemein bekannt werden. Ich glaube instinctmäßig nicht an ein günstiges Resultat, solange die Verhandlungen ausschließlich über Wien und nicht direkt mit Paris geführt werden. Letzterer ist der friedliebendste und empfänglichste Punkt im Westlichen Lager, während Österreich allgemein dafür gilt, daß es in seiner durch den Aprilvertrag gesicherten Lage den Krieg der Anderen noch recht gern eine Zeit lang mit ansehen würde. Die Französischen Regimenter sind in der Krim besser aufgehoben, als an der Grenze von Italien, und wie es mit den Fürstenthümern wird, kann man nicht wissen, solange das Wasser trübe ist.

Durch den Tod der Frau von Brints[3]) ist eine große Lücke in der hiesigen Gesellschaft entstanden; es ist hier kaum eine Familie, die nicht einen Trauerfall für diesen Winter hätte".

101. Eigenhändiger Bericht, betr. die Aufnahme des Sohnes des Staatsraths v. Eisendecher in die Preußische Marine. 10. November 1856.

Nov. 10. „Ew. Excellenz erlaube ich mir durch dieses Schreiben in Ihrer Eigenschaft als Chef der Admiralität mit einer Bitte zu behelligen.

Mein Oldenburgischer College, Staatsrath von Eisendecher, gehört, wie Ew. Excellenz bekannt ist, nicht zu unseren politischen Freunden. Als ehemaliger Staatsmann der Gothaer Partei sieht er in uns die Verkümmerer seiner früheren Hoffnungen. Er hat sich bemüht, seinen einzigen Sohn, [4]) nachdem er dessen Leidenschaft für den Seedienst nicht hat bemeistern können, in die Österreichische Marine zu bringen, wo man ihn bereitwillig aufgenommen hätte, wenn nicht in dem entschlossenen Widerstande des Sohnes gegen die Absicht des Vaters ein Hinderniß erwachsen wäre. Der junge Mann, ob-

1) cf. von Jasmund: Aktenstücke zur orientalischen Frage, Band II, S. 314. (Hiernach wäre dieselbe vom 23. Dezember 1854 datirt.)

2) Graf von Esterházy, Österreichs Vertreter in St. Petersburg, demnächst Gesandter in Berlin; cf. auch Band II, S. 291 f.

3) cf. oben S. 4, Note 5.

4) Zur Zeit Preußischer Gesandter am Hofe zu Karlsruhe.

Digitized by Google

schon erst 15 Jahre alt, ist so decidirt in seiner Vorliebe für Preußen, daß er 1856
auf keinen Fall nach Österreich, sondern lieber in die Hanseatische Handels- Nov. 10.
marine gehen will, wenn er in unserer Kriegsmarine nicht ankommen kann. Er hat diesen, mit seinem Vater so wenig harmonirenden Borussianismus theils von seiner Mutter, theils in meinem Hause eingesogen; seine Mutter ist mit meiner Frau befreundet, und hat von den Beziehungen ihres Mannes auf dem politischen Gebiete keine Vorstellung. Der junge Eisendecher ist 15 Jahre alt, reif für Secunda, und auch außerhalb der Gymnasial-Kenntnisse vielfach unterrichtet, dabei körperlich und geistig geeignet, um einen guten Seeoffizier aus ihm zu machen. Er wird von mütterlicher Seite wohlhabend werden und sein Eintritt bei uns wäre ein Vorgang, der hoffentlich unter den analogen Elementen der Bevölkerung an der Nordsee Nachahmung finden würde. Indem ich meinen Schützling der Gewogenheit Ew. Excellenz angelegentlichst empfehle, erlaube ich mir die Anfrage, ob derselbe Aussicht hat, Aufnahme in unseren Marinedienst zu finden, welches die amtlichen Schritte sind, die er thun muß, und ob dieselben bei Ew. Excellenz oder bei des Prinzen Adalbert [1] K. H. anzubringen sind". [2]

102. Eigenhändiger Bericht, betr. den Grafen v. Montessuy. Wechsel in der Person des Russischen Gesandten am Bunde. Desgl. des Spanischen Gesandten und Vorschlag desselben zur Lösung der Neuenburger Frage. Graf de Barral und dessen Verhältniß zu dem Grafen v. Rechberg. Graf v. Mulinen. Neuenburger Frage. 18. November 1856.

„Ew. Excellenz beehre ich mich heute mit mehr Muße eine Fortsetzung Nov. 18.
meines gestern durch den Postschluß unterbrochenen Schreibens [3] zu liefern.

Der Artikel der Kölner Zeitung, welcher Graf Montessuy [4] gestern beunruhigte, steht in Nr. 15 er., datirt von Wien unter dem Zeichen der Waage. [5]

---

1) Admiral Prinz Heinrich Wilhelm Adalbert, Oberbefehlshaber der Preußischen Marine.

2) cf. Band III unserer Sammlung, Urkunde 68 (Schluß).

3) cf. Band III, Urkunde 33.

4) cf. oben S. 241, Note 1.

5) Der betreffende Artikel lautet: Wien, 12. Januar. „Der Russische Courier, welcher die Antwort des Petersburger Cabinets überbringt, wird heute hier eintreffen. In den hiesigen diplomatischen Kreisen erhält sich die Meinung, daß die Russischen Gegenvorschläge den Anforderungen der Antragsteller nicht entsprechen werden, und fehlt es nicht an Anzeichen, welche darauf hindeuten, daß die Westmächte an eine Wiederaufnahme der diplomatischen Verhandlungen nicht denken. So wird z. B. aus London von officieller Seite gemeldet, daß neuerdings wieder Verhandlungen zwischen England und Frankreich im Gange sind, welche sich auf die Modificirung, beziehungsweise Aufhebung der auf die Ordnung der Dänischen Thronfolge bezüglichen Protokolle und Verträge, und namentlich des

Digitized by Google

1856 Nov. 18. Mein Franzöſiſcher College legt im Ganzen zu viel Gewicht auf die Preſſe, und nimmt aus derſelben viel unzuverläſſigen Stoff zu ſeinen Berichten, weil er keine richtige Vorſtellung von dem Treiben und der Beſchaffenheit der deutſchen Zeitungs-Correſpondenten hat. Er hat überhaupt einen noch ungebrochenen Eifer im Berichterſtatten, und iſt von meinen Deutſchen Collegen einigermaßen gefürchtet wegen der inquiſitoriſchen Bemühungen und direkten Fragen nach den Vorgängen der Sitzungen, mit denen er der geheimnißvollen Wichtigkeit der Geſandten zu Leibe geht. Geſellſchaftlich hat er ſich keine gute Stellung hier zu machen gewußt, was namentlich an der Frau liegt. Sie wird von den Bundesdamen nicht höflich genug gefunden, um ihr ihre Anſprüche und ihre Diamanten zu verzeihen; ihre Einladungen ſind der Keim neuer Feindſchaften, weil die Auswahl und die Placirung den vielfachen Klippen der hieſigen Rang- und anderen Anſprüche nicht Rechnung trägt; ein Theil der Bundestagsgeſandten geht gar nicht mehr hin zu Monteſſuy's. Ich gehöre zu den Wenigen, die gut mit Mann und Frau ſtehen, und habe an dem Hauſe nur auszuſetzen, daß ſchlecht gegeſſen und noch ſchlechter getrunken wird in demſelben, was ich aber mit gewohnter Hingebung für den Königlichen Dienſt ohne Murren ertrage, da Monteſſuy im Übrigen ein angenehmer College für mich iſt.

Den bisherigen Spanier, Eſtrada, [1] verlieren wir, wie es ſcheint, in kurzem; er ſchlägt vor, die Neuenburger Frage [2] dadurch zu erledigen, daß Se. Majeſtät, nach Abtretung des Fürſtenthums, „Erſter Ehrenbürger der Schweiz" und dieſe Thatſache auf einer Denkſäule in Bern proklamirt und verewigt würde; er hat mich wiederholt mit dem dringlichſten Ernſt gebeten, dieſen modus der Beilegung bei Ew. Excellenz in Antrag zu bringen. Sein Nachfolger hier ſoll der Marquis Quiñones, [3] jetzt erſter Secretair in Paris, werden.

Während der Ferien haben wir auch einen neuen Sardinier herbekommen, Graf Barral, [4] den Mann einer ſehr hübſchen Pariſerin. Ich habe Ew.

Tractates vom 8. Mai 1851 beziehen. Man dürfte übrigens wohl um ſo weniger irren, wenn man die Wiederaufnahme dieſer Verhandlungen zugleich auch als Antwort auf die Circularnote Dänemarks betrachtet, in welcher es jede Solidarität mit dem Weſtmächtlich-Schwediſchen Vertrage vom 21. Dezember ablehnt, als, ſicherem Vernehmen zufolge, die Weſtmächte nicht abgeneigt ſein ſollen, bei den die Erbfolge-Ordnung in Dänemark betreffenden Verhandlungen die Rechte der Auguſtenburgiſchen Linie vorzüglich zu berückſichtigen, welche bekanntlich durch den Tractat vom 8. Mai 1851 von der Thronfolge, und zwar zu Gunſten der Glücksburger Linie, ausgeſchloſſen wurde".

1) Francisco de Eſtrada, accreditirt in Frankfurt am 3. Januar 1856.

2) Über dieſe Angelegenheit ſiehe auch die im III. Bande unſerer Sammlung handelnden Urkunden 21—24, 27, 28, 30, 33, 36, 39—47 und 54. Vergl. auch oben S. 149.

3) Quiñones de Léon, Marquis de San Carlos, Miniſter-Reſident, accreditirt am 23. April 1857.

4) Graf de Barral, Miniſter-Reſident, ſeit Juni 1856, vordem Legationsrath in Paris.

Digitized by Google

Excellenz seiner Zeit wohl geschrieben, daß Graf Rechberg Anfangs im Aus- 1856
schuß versuchte, darauf hinzuwirken, daß der Vertreter Sardiniens wegen ge- Nov. 18.
wisser Äußerungen Cavour's [1]) aus Rücksicht auf Österreich vom Bunde gar nicht angenommen werde. Nun ist es im Vergleich damit einigermaßen überraschend, daß sich statt der erwarteten Kälte ein wie es scheint sehr freundschaftliches Verhältniß zwischen Graf Barral und Graf Rechberg entwickelt hat. Ich weiß nicht, ob ich in Folgendem einen Schlüssel dazu suchen soll, und ob Barral das seltene Beispiel eines auf Österreich hoffenden Sardiniers liefert. Auch er hat die Gewohnheit indiscreter direkter Fragen; bei Gelegenheit einer solchen in Betreff unserer Beziehungen zu Rußland und Frankreich habe ich ihm, ohne gerade etwas zu sagen, dessen Unwahrheit er constatiren könnte, Verschiedenes aufgebunden, an dessen weiterem Verlaufe ich wohl merken werde, ob er mit Rechberg im Einverständniß ist oder nicht. Das Merkwürdige dabei war mir nun, daß Barral offenbar etwa nachstehende Ansicht hatte: Piemont hat eine ernsthafte Förderung seiner Macht und Unabhängigkeit von Frankreich, und namentlich von einer Französisch-Russischen Allianz nicht zu erwarten; wenn dagegen Österreich Gefahr läuft, von einem übermächtigen Continental-Bündniß zwischen Frankreich, Rußland und Preußen erdrückt zu werden, so bleibt ihm nichts Anderes übrig, als sich selbst an die Spitze der nationalen Bewegung der unterdrückten katholischen Völker, nämlich der Polen, Italiener, Deutschen und Franzosen zu stellen, so mit Englands Hülfe seine drei Gegner durch die Revolution in die Luft zu sprengen, und in dem einigen Deutschland seine Entschädigung für die an Polen und Italien abzutretenden Provinzen zu suchen, und mit den neuzubildenden katholisch-liberalen Nationalstaaten ein Europa dominirendes Bündniß zu bilden. Er formulirte dieses System nicht so, wie ich es hier thue, er sprach im Gegentheil in provocatorischer Weise gegen Österreich, aber ich glaube mich nicht zu täuschen, wenn ich das obige abenteuerliche Raisonnement als sein eigentliches Glaubensbekenntniß mir aus seinen Reden abstrahirte. Dasselbe muß auch schon in anderen Köpfen gespukt haben, denn Barral ist ein zwar junger, aber doch verlebter Bonvivant, der solche phantastischen Pläne nicht selbst erfindet. Man kann dagegen einwenden, daß die Revolutionirung Polens durch Österreich und die Frankreichs durch England nicht außer dem Bereiche des Möglichen liegt, das Wiener Cabinet aber niemals bei der italienischen und deutschen Revolution Glauben finden werde; das hindert aber wohl nicht, daß dergleichen von Italienern im Einzelnen combinirt und geglaubt werden mag. Ich berichte Ew. Excellenz meine Beobachtung lediglich wie ein Naturforscher, der eine curiose Species aufgefunden hat. Es würde aber doch interessant für mich sein, wenn vielleicht

1) Graf von Cavour, Präsident des Ministerrathes.

Digitized by Google

1856 Nov. 18. von Turin aus oder von Paris, wo Barral [1] früher fungirte, ohne specielle Bezugnahme auf mich, ermittelt werden könnte, ob er dort zu ultramontanen Umtrieben in Beziehung gestanden hat.

Ein anderes eigenthümliches Element in der hiesigen Diplomatie ist der Graf von Mulinen, zweiter Secretair der Französischen Gesandtschaft, und weitläufiger Verwandter des Grafen Montessuy. [2] Sein Vater, geborener Schweizer, war in Württembergischen Diensten, seine Mutter eine Französin, sein Bruder dient in der Österreichischen Diplomatie, seine Frau ist eine Tochter des Russischen Gesandten in der Schweiz — Krüdener [3] — und er selbst war bis vor nicht langer Zeit in Österreichischem Dienste, schied aus demselben ohne eine bekannte Ursache, ließ sich dann plötzlich vermöge der Connexionen seiner Verwandten als Franzose naturalisiren, wurde zuerst Consul in Danzig oder Königsberg, und kam mit Montessuy als dessen vertrautester Secretair hierher. Man fragt sich hier vielfach, welche Garantie die Französische Regierung hat, daß er nicht noch heute, so gut wie sein Bruder, in Österreichischem Dienste steht, da er in seiner dermaligen Stellung als Französischer Legationssecretair dem Wiener Cabinet die werthvollsten Dienste leisten könnte.

In der Neuenburger Anlegenheit [4] habe ich viele ungeduldige Fragen meiner Collegen zu hören: ob Herr von Sydow [5] noch nicht in Bern sei, ob wir keine militairischen Anstalten für den Fall einer ablehnenden Antwort der Schweiz träfen und dergleichen. Graf Rechberg [6] ist avertirt, daß ihn Herr von Menßhengen [7] sogleich von allen Vorgängen in Bern telegraphisch benachrichtigen werde; er hat aber bisher noch nichts.

Vor etwa 14 Tagen habe ich ein Schreiben an Ew. Excellenz, unsere Erfolge am Bunde in der Neuenburger Sache, und die Motive, denen ich dieselben zuschreibe, betreffend, [8] nach Letzlingen dirigirt, in der Meinung, daß Ew. Excellenz dort seien, ich hoffe, daß es schließlich durch das Magdeburger Postamt richtig angelangt ist".

103. Eigenhändiger Bericht, betr. Nachrichten aus Paris. 18. November 1856.

Nov. 18. „Ew. Excellenz zeige ich an, daß H. gestern hier eingetroffen ist, nachdem er seiner Angabe nach neun Monate in Paris im Gefängniß gesessen hat, und

1) cf. oben S. 244, Note 4.
2) cf. oben S. 241, Note 1.
3) Freiherr von Krüdener, Geheimer Rath.
4) cf. oben S. 244, Note 2.
5) cf. oben S. 8, Note 2.
6) cf. oben S. 240, Note 9.
7) Freiherr von Menßhengen, Kämmerer, Österreichischer Gesandter in Bern.
8) Gemeint ist vermuthlich die in Band III abgedruckte Urkunde 25.

Digitized by Google

aus letzterem vor acht Tagen entlassen worden ist. Er hat einen ganzen Sack voll allarmistischer Nachrichten: der Kaiser sei tödtlich krank an der Zuckerruhr und zeitweise gestört, der junge Prinz blind geboren, der Ausbruch der Revolution werde täglich erwartet und dergleichen. Seine Rede wimmelt von Kossuth [1]) und Mazzini [2]) (den er Maccini ausspricht, also von dessen Freunden wahrscheinlich nie hat nennen hören). Er hat mir seine Mittheilungen schriftlich versprochen, und obschon ich im Voraus kein Wort davon glaube, werde ich mir doch erlauben, sie einzureichen. Ich kenne seine Vergangenheit nicht, und weiß deshalb nicht, ob es rathsam ist, ihn frei und brodlos umherlaufen zu lassen. Ich habe ihn deshalb angenommen und angehört, ihm auch einstweilen Geld in Aussicht gestellt, da er ganz mittellos zu sein vorgiebt. Seiner Angabe nach will er noch ein bis zwei Tage hier bleiben, und dann nach Berlin reisen. Wenn Ew. Excellenz mir Befehle in Bezug auf seine Person zu geben haben, so bitte ich morgen um telegraphische Weisung, die ich selbst dechiffriren werde. Ich melde seine Anwesenheit vorläufig telegraphisch". 1856 Nov. 18.

104. Eigenhändiger Bericht, betr. den Aufenthalt des Herrn v. Bismarck in Hannover, sowie Besprechung der Hannoverschen Verfassungs- und der Neuenburger Frage mit dem König Georg. Herr v. Fonton's und Lord Palmerston's Äußerungen in Betreff der Neuenburger Frage. Warnung Österreichs vor der Verbindung Preußens mit Frankreich. Haltung Österreichs in der Neuenburger Frage. Kurfürst von Hessen. Politik Sardiniens in dem Conflicte Preußens mit der Schweiz und Graf v. Barral. Neubesetzung des Russischen Gesandtenpostens in London. Russische Circularnote in Betreff der Holsteinschen Frage. 22. Dezember 1856.

„Ew. Excellenz habe ich in meinem jüngsten Immediatberichte schon im Allgemeinen von den Eindrücken Rechenschaft gegeben, welche ich bei meinem Aufenthalt in Hannover und bei meiner Ankunft hier empfangen habe. Ich erlaube mir dem noch einiges Nähere hinzuzufügen. [3]) Dez. 22.

Der König Georg war, wie immer, sehr gnädig für mich, und besonders dankbar für die von uns in der Hannoverschen Verfassungsfrage gewährte Unterstützung; Se. Majestät fand besonderes Interesse an Besprechung der Neuenburger Expedition, [4]) deren baldigen Aufbruch er voraussetzte, und von der er alle, mir selbst unbekannten, Details in Betreff der Truppentheile und ihrer Anführer, welche zur Theilnahme bestimmt wären, zu wissen verlangte.

1) cf. oben S. 154, Note 1.
2) Mazzini, der italienische Republikaner und radikale Agitator.
3) cf. Band III, Urkunde 39.
4) cf. oben S. 246, Note 4.

Digitized by Google

1856 Dez. 22. Seine Kenntniß der Personalverhältnisse unseres Offiziercorps hat mich in Erstaunen gesetzt. Über die Frage, ob wir überhaupt marschiren würden oder nicht, wollte er in Erörterungen nicht weiter eingehen, weil er es nach dem Verhalten der Schweiz für unvermeidlich ansehe, und Niemand uns mehr mit Ehren zumuthen könne, still zu sitzen; sobald wir Frankreichs sicher seien, falle jeder haltbare Grund, sich die Ungerechtigkeit der Schweizer länger gefallen zu lassen, fort; der Kostenpunkt sei unangenehm, die Ehrenfrage aber von zwingender Gewalt. Ich habe überhaupt seither Niemand gefunden, der es noch für möglich hält, daß wir nicht zu den Waffen greifen, wenn die Freilassung nicht noch vor dem Urtheil stattfindet. Selbst Engländer und Österreicher, wie Malet [1]) und Ingelheim, [2]) geben im außerdienstlichen Gespräch zu, daß wir nicht anders handeln können, ohne die Achtung im Auslande einigermaßen zu verlieren.

Eine interessante Person in Hannover ist Fonton, [3]) auf dessen Rath und Eingebung Fürst Gortschakoff [4]) mehr und mehr Gewicht legen soll. Er glaubte, daß Frankreich, wenn es einmal unser Vorgehen gegen die Schweiz zulasse, dabei nicht stehen bleiben, sondern wahrscheinlich cooperiren werde, indem es, en qualité de puissance amie, Genf oder auch mehr besetze; er hatte Andeutungen darüber aus Paris. Durch den Hannoverschen Gesandten in London [5]) hatte Graf Platen [6]) Bericht über Äußerungen Lord Palmerston's [7]) in Betreff der Schweizer Differenz, von denen mir besonders in Erinnerung geblieben ist, daß derselbe lachend gesagt habe: „Die Preußen werden sich viel Unkosten machen, und im Januar wird die Schweiz die Gefangenen verurtheilen und dann amnestiren; donc la farce sera finie et la Prusse y sera pour ses frais". Dasselbe Raisonnement wird in der Österreichischen Regierungspresse vertreten, wie namentlich in der aus der officiösen „Österreichischen Zeitung" geschnittenen Correspondenz „Vom Bodensee", die ich beifüge. Damit könnten aber die Schweizer, wie mich dünkt, im günstigsten Falle nichts weiter erreichen, als eine Rückkehr zum status quo ante September cr., wenn es nämlich sehr bald und ganz vollständig, für Person und Vermögen der Gefangenen,

---

1) cf. oben S. 107, Note 2.

2) Graf von Ingelheim, Kämmerer, Österreichischer Gesandter in Hannover, seit März 1855.

3) von Fonton, Wirklicher Staatsrath, Russischer Gesandter in Hannover, seit Juni 1855, demnächst am Bundestage.

4) Russischer Minister des Auswärtigen, seit April 1856.

5) Graf von Kielmansegge, Kammerherr und Geheimer Legationsrath, ernannt 13. Oktober 1840.

6) Adolph Friedrich Graf von Platen-Hallermund, Hannoverscher Minister der auswärtigen Angelegenheiten, seit Juli 1855.

7) Viscount Palmerston, Erster Lord des Schatzes.

Digitized by Google

geschähe. Stehen wir einmal mit 100 000 Mann bei Schaffhausen, so würden wir doch damit mehr zu erreichen suchen. 1856 Dez. 22.

Fürst Ysenburg[1]) wird schon berichtet haben, daß die Warnung Österreichs vor unseren Französischen Verbindungen nicht schriftlich, sondern nur mündlich, aber, wie Graf Platen annimmt, auf Grund besonderen Auftrages angebracht worden ist. Platen sagte mir, er habe zunächst mit der Frage geantwortet, ob Österreich denn für derartige Eventualitäten der drei Süddeutschen Staaten sicher sei, worauf Graf Ingelheim erwidert: „Durchaus nicht, aber eben darum ist die Gefahr nur größer", und Platen seinerseits fortgefahren sein will: „Für uns ist sie zu groß, wenn wir uns von Preußen trennen wollten, da wir von allen Seiten her durch Preußische Streitkräfte schnell überschwemmt sein können, und wir haben von Österreich selbst gelernt, uns jedesmal auf die Seite des Stärkeren zu rangiren". Ew. Excellenz sehen daraus, welches eigenthümliche Vertrauen man von allen Seiten in die Haltbarkeit des Bundes für Zeiten der Gefahr setzt.

Ich habe schon früher erwähnt, daß Österreich in Karlsruhe, Darmstadt und Wiesbaden dafür plädirt hat, uns, wenn wir den Durchmarsch beanspruchten, an den Bund zu verweisen, nachdem Rechberg[2]) zur Zeit der Verhandlung über den Beschluß vom 6. November[3]) die strengsten Instruktionen hatte, sich auf Nichts in dem Ausschußvortrage einzulassen, was einer Billigung eines Preußischen Durchmarsches ähnlich sähe. Natürlich würde man uns mit Ausschußverhandlungen, Instruktionseinholungen und Beustschen Gegenvorschlägen gründlich an der Nase umherziehen, wenn man uns dahin bringen könnte, unser Vorgehen von einem ferneren Bundesbeschlusse abhängig zu machen.

Der heutigen Österreichischen Politik, welche sich bei jedem Vorkommniß zuerst fragt, wie es zum Nachtheil Preußens ausgebeutet werden kann, ist es ebenso willkommen wie dem Lord Palmerston,[4]) wenn wir uns nicht mit Ehren aus der Sache ziehen; außerdem ist es dem Wiener Cabinet nicht lieb, wenn

---

1) Prinz von Ysenburg und Büdingen, Legationssecretair an der Preußischen Gesandtschaft in Hannover.

2) cf. oben S. 240, Note 9.

3) Hiernach beschloß die Bundesversammlung, 1) den in das Londoner Protokoll vom 24. Mai 1852 in Bezug auf die Verhältnisse des Fürstenthums Neuenburg niedergelegten Grundsätzen beizutreten, und 2) an die deutschen Bundesregierungen, welche diplomatische Vertreter bei der Schweizerischen Eidgenossenschaft beglaubigt hatten, das Ansuchen zu stellen, die von der K. Preußischen Regierung verlangte Freilassung der in den Septembertagen verhafteten Neuenburger, unter Geltendmachung der im Vortrage erwähnten politischen Erwägungen, durch ihre diplomatischen Agenten, Namens des Deutschen Bundes, bevorworten, und die desfallsigen Schritte der K. Preußischen Regierung bei den Eidgenössischen Behörden mit allem Nachdruck unterstützen zu lassen. (Prot. 1856. § 291.)

4) cf. oben S. 248, Note 7.

Digitized by Google

1856 Dez. 22. eine große Preußische Macht in Süddeutschland entfaltet wird, und wenn wir unseren Zwist mit der Schweiz energischer durchführen, als Österreich seinen Streit wegen der Klöster und mit Tessin,[1] wo es schließlich sich viel gefallen ließ. Endlich ist man in Wien wohl gut genug davon unterrichtet, daß Frankreich sich, mit Bezug auf seine erfolglose Verwendung, als von uns im Stiche gelassen betrachten würde, wenn wir Nichts thun, und daß Louis Napoleon's Freundschaft und seine Achtung vor unserer Thatkraft, als Freund oder Feind, erheblich nachlassen würde, wenn es bei den bisher gewechselten Worten verbliebe. Das Alles macht es ganz erklärlich, wenn Österreich sich trotz aller Reden über unser Recht doch bemüht, uns die Bundesschlinge nochmals um die Füße zu ziehen, um uns in Unthätigkeit zu erhalten. Man würde in diesem Sinne noch entschiedener bei den Süddeutschen Höfen wirken, wenn man nicht befürchtete, daß schließlich Frankreichs Einfluß in Karlsruhe das verschaffen würde, was Österreich uns vorzuenthalten sucht, oder daß gar Frankreich selbst uns durchließe, was ich allerdings noch nicht glaube.

Der Kurfürst von Hessen, bei dem ich hier eine Audienz hatte, sprach die Hoffnung aus, wir würden b a l d aufbrechen, bevor die Schweiz sich vollständig rüste, und daß er mit Vergnügen uns seine Truppen mitgeben würde.

Die Befürchtung, daß Sardinien gegen uns und für die Schweiz Partei nehmen werde, habe ich hier von Niemand getheilt gefunden. Über Graf Barral[2] habe ich von seinen Pariser Freunden gehört, daß er allerdings mehr zu den Conservativen als zu den Cavourianern gerechnet werde, und daß diese Partei unter seinen Landsleuten sich neuerdings für eine Verständigung mit Österreich lebhafter interessire.

Von Russischer Seite höre ich wiederholt, daß der Posten in London[3] anderweit besetzt werden solle. Man wisse keinen anderen Ersatzmann als Herrn von Brunnow,[4] der es selbst allerdings auf das Dringendste wünscht. Ich hörte, er habe neulich gesagt, die Entfernung der Engländer aus dem Schwarzen Meer sei gar nicht so dringend, wenn nur die Österreicher aus den Fürstenthümern geschafft würden.

In Betreff Holsteins[5] soll eine Russische Circular-Instruktion existiren, nach der man sich um den Streit zwischen Deutschland und den Dänen gar nicht bekümmern will, wenn nur der Umfang der Dänischen Monarchie und das Londoner Protokoll von 1851 bestehen bliebe".

---

1) cf. oben S. 147, Note 2.

2) cf. oben S. 244, Note 4.

3) Graf Chreptowitsch, Geheimer Rath und Kammerherr, Russischer Gesandter in London, accreditirt den 27. August 1856.

4) cf. oben S. 153, Note 1.

5) Gemeint ist der Holstein-Lauenburgische Verfassungsstreit, über den die im III. Bande unserer Sammlung enthaltenen Urkunden das Nähere ergeben.

Digitized by Google

105. Bericht, betr. die Besorgniß des Grafen v. Rechberg wegen der Haltung Frankreichs in der Neuenburger Frage; Zerstreuung dieser Besorgnisse und Besprechung der Frage mit dem Grafen v. Montessuy. Haltung Sardiniens in dem Conflicte. 28. Dezember 1856.

1856 Dez. 28.

„Ew. Excellenz wollen mir gestatten, meinem vorgestrigen Berichte[1]) noch eine Ergänzung hinzuzufügen.

Graf Rechberg[2]) fragte mich in der gemeldeten Unterredung, ob ich Graf Montessuy lange nicht gesprochen habe; ich sagte „vorgestern"; dann müsse er mich um das Versprechen strengster Discretion bitten, wenn er mir mittheile, daß derselbe zu ihm gestern in einer Weise geredet habe, welche mit unserem anscheinenden Vertrauen auf die Intentionen Frankreichs nicht übereinstimmen; er scheine neue Weisungen aus Paris zu haben. Graf Rechberg wollte und durfte mir nicht mittheilen, was ihm unser Französischer College gesagt habe, aber wir möchten uns doch hüten, auf den bekannten Moniteur-Artikel[3]) nicht zu viel Werth zu legen, kurz er war voller Sorgen für uns. Ich habe darauf das

1) cf. Band II, Urkunde 40.

2) cf. oben S. 240, Note 9.

3) Herr von Bismarck nimmt hier auf folgenden, im Moniteur vom 17. Dezember 1856 publicirten Artikel Bezug: »Les grandes Puissances ont signé, en 1852, à Londres, un protocole qui constate les droits du roi de Prusse sur Neuchâtel. Le Gouvernement de l'Empereur, engagé comme les autres cabinets, ne pouvait, quel que fût son intérêt pour la Suisse, méconnaître ce que les traités ont consacré.

En 1848, une révolution a eu lieu à Neuchâtel et a rompu les liens qui attachaient le canton au roi de Prusse. Ce souverain a constamment protesté contre le nouvel ordre de choses en réservant expressément ses droits, et n'a cessé de réclamer en faveur d'une partie de la population qui se plaignait d'être opprimée par les vainqueurs.

Au mois de septembre dernier, le parti vaincu essaya de prendre sa revanche en invoquant le nom du roi. Cette tentative échoua, le canton fut occupé par les troupes fédérales, et les Neuchâtelois pris les armes à la main furent traduits devant les tribunaux suisses.

Cet événement devait naturellement amener un conflit entre la Confédération helvétique et la Prusse; car la première, en faisant marcher des troupes pour rétablir l'ordre dans le canton de Neuchâtel, prétendait remplir une obligation fédérale; la Prusse, de son côté, trouvait son honneur engagé à ne pas laisser juger les hommes qui avaient relevé l'étendard du roi, et qui, d'après leur conviction, se battaient pour le droit et la légalité.

Par le fait de la position géographique de la France, l'attitude de son Gouvernement devait nécessairement avoir une influence marquée sur la solution du différend. Aussi était-il de l'intérêt des deux parties de ne rien négliger pour s'assurer son concours.

Le roi de Prusse s'adressa à l'Empereur en lui exprimant, en termes vivement sentis, tout l'intérêt qu'il portait à des hommes compromis pour sa cause. Il pria Sa Majesté de réclamer leur mise en liberté, en lui faisant part, en même temps, de ses dispositions conciliantes.

Digitized by Google

1856 Dez. 28. Thema, ohne Rechberg zu nennen, mit Graf Monteſſuy beſprochen und bin dabei zu dem Glauben gekommen, daß mein Öſterreichiſcher Freund ſein Material zur Erzeugung von Mißtrauen gegen Frankreich aus der Luft gegriffen hat. Ich melde den Vorgang nur zur Beleuchtung ähnlicher Verſuche, die vielleicht anderswo gemacht werden. Monteſſuy ſagte mir, daß ſeine letzten Depeſchen einige Tage alt ſeien, ihrem Sinn nach mit jenem Artikel des Moniteur und mit einer Beleuchtung desſelben im »Constitutionel«, gezeichnet von Ceſena, übereinſtimmten, und daß er ſich gegen Niemand in einer irgend davon abweichenden Richtung ausgeſprochen habe. Die Möglichkeit, daß Frankreich ebenfalls in die Schweiz einrücke, wies er nicht zurück; die Gefahr eines Conflictes mit Öſterreich könne daraus nicht entſtehen, weil die Cooperation dieſer beiden Mächte, wenn ſie überhaupt ſtattfände, ſich auf Bezirke beſchränken würde, deren Grenze auf ihren nächſten Punkten doch 50 lieues von einander entfernt wären. Im Laufe des vertraulichen Geſpräches ſagte er, daß aus dem Conflict die Schweiz jedenfalls als eine andere hervorgehen werde, ſei es in politiſcher, ſei es in geographiſcher Beziehung, d. h. er erwartet mindeſtens die Wiedereinführung einer conſervativen Verfaſſung, wenn nicht eine Verkleinerung des Gebietes der Schweiz. Nach ſeinen Reden faßt man in Paris die Frage jetzt vorzugsweiſe im Lichte einer Europäiſchen Exekution gegen die

---

Le Gouvernement français, heureux de pouvoir prévenir un conflit entre deux puissances auxquelles le lient des relations amicales, s'empressa de satisfaire au vœu du roi Frédéric-Guillaume, et, fort de ses intentions bienveillantes envers la Suisse, comme des sentiments conciliants de la Prusse, il demanda l'élargissement des prisonniers neuchâtelois. Il représenta au conseil fédéral que l'honneur de la Confédération ne serait nullement compromis, car ce n'était pas aux réclamations de la Prusse, mais aux sollicitations de la France qu'elle accorderait la mise en liberté des prisonniers.

D'autre part, le Gouvernement de l'Empereur ne laissa pas ignorer les heureux résultats que pourrait avoir cette concession, puisqu'elle devenait, pour la France, une sorte d'obligation d'empêcher tout conflit armé et de faire ses efforts pour obtenir du roi de Prusse un règlement définitif de la question, conforme aux vœux de la Suisse.

Malheureusement, ces considérations si sages n'ont point été appréciées; les conseils de la France ont été repoussés, et le gouvernement fédéral a mieux aimé céder aux influences démagogiques qui s'agitent autour de lui, que de se rendre à des avis bienveillants et inspirés uniquement par le désir de résoudre à l'amiable une question qui, depuis trop longtemps en suspens, pourrait, en se compliquant, troubler le repos de l'Europe.

Ainsi la France a rencontré, d'un côté, la modération, le désir sincère de terminer une question délicate, une déférence courtoise pour sa situation politique; de l'autre, au contraire, une obstination regrettable, une susceptibilité exagérée et une indifférence complète pour ses conseils.

La Suisse ne devra donc pas s'étonner si, dans la marche des événements, elle ne trouve plus le bon vouloir qu'il lui était facile de s'assurer au prix d'un bien léger sacrifice«.

Digitized by Google

Demokratie auf. Der Gedanke einer Zerstückelung der Schweiz fängt an, ein geläufiger im Publikum zu werden; ich hörte sagen, für Baden liege die Königskrone auf dem Grunde dieser Wirren. Mein Badischer College sprach zu mir halb ernsthaft, halb im Scherz von der Unbequemlichkeit, die das Einschneiden des Canton Schaffhausen in das Badische Gebiet mit sich bringe, von der Geneigtheit seiner Regierung, gegen den Gewinn von Schaffhausen Abtretungen an Hohenzollern zu machen, oder an Bayern, welches uns Stücke der Pfalz dafür geben könne. 1856 Dez. 28.

Dem Grafen Barral[1]) sprach ich gelegentlich davon, daß nicht wenige Schweizer sich mit der Hoffnung auf Sardinische Unterstützung schmeichelten. Er sagte, daß seine Regierung unsinnig (tombé en démence) sein müßte, wenn sie sich auf die Unterstützung der Schweizer gegen uns einlassen wollte. Der Schweizer Radikalismus sei den Sardinischen Bestrebungen in keiner Art sympathisch; soweit er sich um Italien bekümmere, namentlich in den Italienischen Elementen der Schweiz selbst, sei er durchaus republikanisch. Das Haus Savoyen könne von der Schweiz niemals erheblichen Beistand erwarten, die Hoffnung seiner Zukunft falle dagegen wesentlich mit der Preußens zusammen, wenn wir uns ihm auch bisher wenig günstig gezeigt hätten".

106. Eigenhändiger Bericht, betr. Graf v. Rechberg's Idee über die Behandlung der Holsteinschen Angelegenheit am Bunde; Auswahl und Absendung eines Commissars desselben nach Copenhagen; Haltung Frankreichs und Rußlands in der Dänischen Frage und Reise des Herrn v. Bismarck nach Paris zur Erläuterung derselben. Plan der Gründung eines Norddeutschen Zollvereins.*) 11. März 1857.

„Graf Rechberg hat die Idee, welche er auch schon bei Deutschen Regierungen zur Sprache gebracht hat, die Behandlung der Dänischen Frage am Bunde[2]) zunächst auf die Absendung eines Commissars des Bundes nach Copenhagen hinzuleiten, der alsdann, in ähnlicher Art, wie es bisher durch unsere und Österreichs Noten geschehen ist, die Abstellung derjenigen Beschwerdepunkte, welche der Bund begründet fände, im Namen des Letzteren von Dänemark zu erreichen suchen sollte. Wenn sich die Schwierigkeit der Instruirung eines solchen Commissars von Seiten des Bundes, als Vollmachtgebers, überwinden läßt, so würde ich in der Maßregel allerdings eine Erleichterung der Sache sehen; ein solcher Commissar hat in unmittelbarer Beziehung zu den Personen der Dänischen Regierung mehr Spielraum, sein Verhalten den 1857 März 11.

*) Hat dem König vorgelegen.

1) cf. oben S. 244, Note 4.

2) cf. oben S. 250 und speciell zu diesem Berichte die Urkunde 51 in Band III unserer Sammlung.

Digitized by Google

1857 März 11. Umständen anzupassen und dasjenige, was der Bund etwa thun könnte, in Verhandlungen zu utilisiren, während die Bundesversammlung durch einseitige und mehr oder weniger unausführbare Beschlüsse sich und uns leicht in Verlegenheiten und schwierige Ehrenpflichten bringen kann. Wenn wir auf den Gedanken einer solchen Abordnung eingingen, so würde es darauf ankommen, sich vorher durch nähere Ermittelung der Dispositionen der auswärtigen Mächte einige Aufklärung über die Wahrscheinlichkeit des Erfolges der Schritte des Bundes zu verschaffen. Lassen sich Resultate erwarten, so wäre zu wünschen, daß Preußen zur Gestellung eines Commissars ausersehen würde, ist aber eine, auf auswärtigen Beistand vertrauende Unnachgiebigkeit der Dänen vorherzusehen, so müßte man die Ehre, die Kastanien aus dem Feuer zu holen, den Mittelstaaten überlassen. Das Erstere würde ich glauben hoffen zu dürfen, wenn es gelingt, Frankreich zu überzeugen, daß die Erhaltung Dänemarks in seinem Interesse liegt, mit der Fortdauer des Dänischen Demokraten-Regiments aber unverträglich ist. Wenn Frankreich der Ansicht wäre, daß in dieser Richtung etwas geschehen müsse, so würde Rußland, nach Allem was ich höre, sich anschließen, denn in Petersburg scheint man zu besorgen, daß durch die dermalige Gesammtverfassung in Dänemark unsichere Zustände genährt werden, deren Endresultat nur für England günstig sein könnte, weil man an die Lebensfähigkeit des Skandinavismus in Rußland nicht glauben will. Sollten Ew. Excellenz es für angemessen halten, so würde ich gern bereit sein, unter der Form eines Urlaubs von wenig Tagen, nach Paris zu gehen, um im Einverständniß mit Hatzfeldt[1]) die Sache zu besprechen. Nach meinen Wahrnehmungen an Montessuy hat man dort sehr unvollständige Anschauungen von der Lage der Dänischen Frage, und Letzterer selbst sprach gegen mich den Wunsch aus, daß Jemand, der vertraut mit der Sache wäre, mündliche Vorstellungen in unserem Sinne in Paris machen möchte, weil die schriftliche Verhandlung durch manche Rücksichten genirt sei. Auch für Hatzfeldt würde es, wie ich glaube, nur erwünscht sein, sich mit mir über den hiesigen Standpunkt auszusprechen. Bis jetzt gehen die hier einlaufenden Französischen und Russischen Depeschen noch von der Voraussetzung aus, daß die Sache nicht an den Bund kommen werde.

Aus meinen Hannoverschen Wahrnehmungen bemerke ich noch, daß Graf Platen[2]) sich sehr eingehend über die Idee eines Norddeutschen Zollvereins aussprach, und meinte, daß Hannover demselben nicht fehlen würde, sobald Sachsen auch darin sei. Der König Georg plädirt freilich bisher noch für den Österreichischen Gesammteintritt".

---

1) cf. oben S. 18, Note 7.
2) cf. oben S. 248, Note 6.

Digitized by Google

107. Eigenhändiger Bericht, betr. die Holsteinsche Frage und das Interesse Preußens an der baldigen Beschäftigung des Bundes mit derselben. Modalitäten des Vorgehens des Bundes. Reise des Herrn v. Bismarck nach Paris. Stellung Frankreichs zur Holsteinschen Frage. Domicilirung der Preußischen Zinszahlungen bei dem Bankhause Rothschild in Frankfurt a. M. 26. März 1857.

„Ew. Excellenz beehre ich mich die Anlage mit Dank zurückzureichen. 1857
Sie beweist von neuem, daß der Verfasser[1] ein ungewöhnlich fähiger Kopf März 26.
ist, und ein ebenso nutzbarer sein wird, wenn er sich den Grad von besonnener Ruhe beilegt, der als Ballast neben seinem lebhaften Geiste erforderlich ist, um mit festem Steuer segeln zu können. Seine tadelnden Urtheile über manche Personen halte ich leider für vollständig begründet.

Hier werde ich mit Fragen bestürmt, ob und wann und wie die Holsteinsche Frage[2] an den Bund gelangen werde. Ich habe in Betreff der ersten Partikel stets geantwortet, daß es mir unvermeidlich scheine, da die beiden Großmächte nichts weiter thun könnten, als wiederholen, was sie schon gesagt haben, wenn sie den Schriftwechsel mit Dänemark noch weiter ausspinnen wollten. Meines Dafürhaltens wäre es für uns und für die Sache gut, sie bald an den Bund zu bringen. In dem bisherigen gemeinsamen Auftreten mit Österreich hat Letzteres uns die Rolle des verantwortlichen Geschäftsführers so viel es konnte zugeschoben, weil die Arbeit eben keinen leichten und klaren Erfolg verhieß. Diese Last theilt ganz Deutschland mit uns, sobald wir sie hier anhängig machen; unsere Thätigkeit wird bald ein Gegenstand der Verdächtigung und der Angriffe werden, wenn wir nicht die anderen Deutschen Regierungen in die Mitleidenschaft der Verantwortlichkeit für die vielleicht mäßigen Erfolge hineinziehen. Der Bund braucht nicht gleich folgenreiche Beschlüsse von Haus aus zu fassen; seine Organisation erlaubt ihm mit mehr Anstand die Sache in die Länge zu ziehen, als den beiden Großmächten, und er hat das vielversprechende Auskunftsmittel der Entsendung eines Commissars nach Copenhagen. Auf die vermittelnde Thätigkeit der Westmächte wird es, ohne daß wir sie ostensibel hineinziehen, einen belebenden Einfluß üben, wenn sie befürchten müssen, daß der Bund, in ungewohnter Einigkeit mit der öffentlichen Meinung von ganz Deutschland, die Frage zu einem Hebel nationalen Aufschwunges machen könnte, der schließlich eine für sie Alle unbehagliche Lebhaftigkeit annehmen würde. Ich rechne dann, daß zur Verhütung von Bundesbeschlüssen *mehr* geschehen würde, als sich durch die letzteren selbst vielleicht erreichen läßt.

Der Bund könnte seine Thätigkeit damit beginnen, daß er durch einen

1) Verfasser und Inhalt der hier erwähnten Anlage sind unbekannt.
2) cf. vorhergehende Urkunde.

Digitized by Google

1857 März 26. Ausschuß eruirt, welche Beschwerdepunkte gegen Dänemark im Bundesrechte ihre Begründung finden, oder durch die Versprechungen von 1852 eine vertragsmäßige Grundlage haben. Es kommt dabei Artikel 56 der Schlußacte, wegen Abänderung der zu Recht bestehenden Verfassungen, vorzugsweise in Betracht; dann aber auch der Bundesbeschluß vom 23. August 1851, indem die, auch für Holstein gültige, Gesammtverfassung dem Herzog von Holstein nicht die nothwendige monarchische Selbständigkeit zur Erfüllung der Bundespflichten läßt, auch sonst mehrfach mit dem Bundesrecht in Widerspruch steht.

Die Sitzung am grünen Donnerstag und diejenige der Osterwoche fallen herkömmlicher Weise aus; ich würde daher die Osterferien, ohne daß es besonders auffiele, zu meiner Excursion nach Paris[1]) benutzen können und dieselbe, wenn Ew. Excellenz es erlauben, etwa morgen über acht Tage antreten.

Ich sprach in diesen Tagen über die Stellung Frankreichs zur Dänischen Frage mit Jemand, der mit dem Mechanismus des Kaiserlichen Hofes sehr vertraut ist. Derselbe sagte mir, der sicherste Weg, auf Louis Napoleon zu wirken, sei durch Persigny,[2]) und der Kaiser fasse nicht leicht einen Beschluß, dem Jener widerspräche. Nur müsse, wenn man etwas durch Persigny betriebe, Walewski[3]) nichts davon hören, weil er sonst dagegen wirke; Persigny sei indessen vollständig discret, und der zuverlässigste von den Französischen Staatsmännern der Gegenwart, auch sehr offen, sobald er Vertrauen gefaßt habe.

Über die gegenwärtige Lage der Neuenburger Verhandlung bin ich ganz desorientirt, und würde Ew. Excellenz für eine Mittheilung, wie sie mir das Schreiben vom 16. cr. in Aussicht stellt, sehr dankbar sein".

Postscriptum.

„Rothschild fragt mich wiederholt nach dem Schicksal seiner Anerbietungen wegen Domicilirung unserer Zinszahlungen bei ihm.[4]) Er ist bereit, die Auszahlungen ganz ohne Provision und gratis zu übernehmen. Er sagt mir, daß er fortwährend Preußische Fonds in Süddeutschland unterbringe, und dies bei Annahme jener Einrichtung in viel ausgedehnterem Maße können würde".

---

1) cf. oben S. 254.

2) Herzog von Persigny, seit 1836 der Hauptagitator der imperialistischen Partei, vom Januar 1852 bis April 1854 Minister des Innern, demnächst Gesandter in London, vom 24. November 1860 bis 23. Juni 1863 neuerdings Minister des Innern, schließlich als Mitglied des Geheimen Rathes und Senator politisch thätig.

3) Alexander Colonna Graf von Walewski, Französischer Minister des Auswärtigen, seit 7. Mai 1855.

4) cf. über diese Frage Band III, Urkunden 50 und 65.

Digitized by Google

108. Eigenhändiger Bericht, betr. die Pariser Eindrücke des Herrn v. Bismarck, Dispositionen der Großmächte in der Neuenburger Frage und Nothwendigkeit der Annahme der Conferenzbedingungen durch Preußen. Dänische Frage. Reisedispositionen des Herrn v. Bismarck. Paris, 11. April 1857.

1857 April 11.

„Ew. Excellenz erlaube ich mir vorläufig einige meiner hiesigen Eindrücke mitzutheilen,[1] da sich mir gerade eine Gelegenheit zu sicherer Beförderung bietet.

Ich habe von politischen Persönlichkeiten bisher Graf Walewski,[2] Lord Cowley,[3] Hübner,[4] die Großherzogin Stephanie von Baden und Andere gesehen; ohne daß ich meine Herkunft für etwas Anderes als eine Ferien- und Vergnügungsreise gab, konnte es doch nicht ausbleiben, daß man von politischen Fragen redete; zunächst von der Neuenburger,[5] in Betreff deren ich mich auf die Rolle des Zuhörers beschränkte, um Hatzfeldt nicht in's Gehege zu kommen. Die Auffassung war an den genannten Orten überall dieselbe wie bei Hübner, den ich zuerst sprach: die Sache werde sich auf eine befriedigende Weise in kurzer Zeit lösen, da sämmtliche vier Mächte die meisten unserer Bedingungen annehmbar gefunden hätten, und in Betreff der übrigen an einer billigen Rücksichtnahme unsererseits nicht zweifelten, da sie nicht annehmen könnten, daß Preußen die Verhandlungen mit einem Ultimatum begonnen habe. Graf Hatzfeldt wird schon gemeldet haben, daß die Punkte, in welchen man unsere Bedingungen[6] für zu weitgehend hält, namentlich der Artikel 9 und die Geldforderung sind; der erstere, weil man es nicht zulässig hält, die Schweiz zu einer Verletzung ihrer Verfassung zu nöthigen, die andere, weil die von uns beanspruchte Summe zu hoch sei. Graf Walewski sagte: un million est le maximum qu'on pouvra obtenir de la Suisse. In beiden Punkten ist es natürlich England, welches der Schweiz am entschiedensten zur Seite steht, und alle oben genannten Personen sagten mir, daß dies in noch höherem Maße der Fall sein würde, wenn nicht die günstigen Personalbeziehungen Hatzfeldt's Lord Cowley zu einer größeren Mäßigung, als ihm sonst eigen-

1) Herr von Bismarck hatte sich während der Osterferien nach Paris begeben. cf. Bd. III, S. 91, auch Urkunde 54 (Vertrauliches Schreiben des Herrn von Bismarck an den Minister Freiherrn von Manteuffel über seinen Pariser Aufenthalt).

2) cf. oben S. 256, Note 3.

3) Lord Cowley, Großbritannischer Gesandter in Paris.

4) cf. oben S. 182, Note 1.

5) cf. oben S. 244, Note 2.

6) In der dritten Sitzung der Neuenburger Conferenz in Paris übergab Graf von Hatzfeldt die Bedingungen, unter denen Preußen auf Neuenburg verzichten wollte. Man findet diese Bedingungen mitgetheilt in der Neuen Preußischen Zeitung 1857 Nr. 80 u. 81. Die von der Schweiz geforderte Entschädigungssumme an Preußen war auf 2 000 000 Fr. fixirt.

Digitized by Google

1857 April 11. thümlich, und zu einer Abstumpfung seiner Instruktionen vermöchten. Hübner bezeichnete als den Hauptfehler der Situation, daß Hatzfeldt im vorigen Herbst zu viel bei dem Kaiser Napoleon erreicht habe; Niemand habe damals glauben wollen, daß es möglich sei. Er selbst, Hübner, bezeichnete als seine jetzige Instruktion, daß er im Allgemeinen angewiesen sei, den Kaiser (Napoleon) zu unterstützen, und er sagte dies, um mir den Begriff zu geben, daß seine Instruktionen für uns günstig seien. Auch nach Graf Walewski's Äußerungen darf ich glauben, daß das hiesige Cabinet ernstlich bestrebt ist, uns soviel von unseren Bedingungen durchzusetzen, als sich ohne Verdrießlichkeiten mit England erreichen läßt, daß man aber hier sehr unangenehm berührt sein würde, wenn wir das, worüber Einigung der Mächte erzielt wird, nicht acceptiren wollten. Wenn die Verhandlungen diesen Erfolg nicht hätten, so würde dadurch der Beweis geliefert, daß der Kaiser durch seine Parteinahme für uns in der Frage wegen der Gefangenen einen politischen Fehler gemacht, und Diejenigen, die ihm abriethen, Recht gehabt hätten. Ich habe meinerseits kein anderes Urtheil über diese Fragen äußern können, als daß ich für unsere Bedingungen plädirte, aber ich halte allerdings politisch nicht für thunlich, daß wir das Resultat der Conferenzen[1] ablehnen, wenn es auch unseren Wünschen nicht vollständig entspricht, denn die Angelegenheit würde sich alsdann faktisch so gestalten, daß die Schweiz, nach dem Bekanntwerden der Meinung der übrigen vier Mächte, besonders soweit sie im Protokoll der ersten, ohne uns gehaltenen Conferenz niedergelegt ist, unserer Zustimmung nicht mehr bedürftig sein wird, denn sie hat alsdann thatsächlich, wenn nicht rechtlich, einen ausdrücklichen Widerruf des Londoner Protokolls[2] für sich, wir dagegen erreichen nichts von dem, was wir uns ausbedingen wollen, und überlassen unsere Freunde in Neuenburg auf unbestimmte Zeit der Willkür ihrer Gegner, eine Lage, aus der sie sich früher oder später durch offene Lossagung von uns frei machen würden.

Eingehendere Unterhaltungen habe ich über die Dänische Frage gehabt, über welche ich Ew. Excellenz demnächst berichten werde,[3] weil heute die Zeit kurz bemessen ist, und mir auch noch eine Audienz bei dem Kaiser bevorsteht, deren Inhalt mir vielleicht weiteren Stoff gewährt.

Ich weiß nicht, ob ich Zeit behalte, um meinen Ausflug bis London auszudehnen; wenn ich nicht schon um die Mitte der nächsten Woche von hier fortgehe, so lohnt es kaum der Mühe, da ich spätestens zum 23. wieder in Frankfurt zur nächsten Sitzung sein muß".

1) Am 5. März 1857 hatten in Paris unter dem Vorsitze des Grafen Walewski Verhandlungen, betreffend die Regulirung der Neuenburger Angelegenheit begonnen, an denen die Vertreter von Österreich, Frankreich, Großbritannien, Preußen und Rußland Theil nahmen.

2) cf. oben Seite 149, Note 2.

3) Der betreffende Bericht des Herrn von Bismarck vom 1. Mai 1857 findet sich abgedruckt Band III, Urkunde 55.

Digitized by Google

109. Eigenhändiger Bericht, betr. die Reise des Herrn v. Bismarck nach Berlin zu den Kammerverhandlungen über die Salzsteuer. Paris, 22. April 1857.

„Ew. Excellenz telegraphische Weisung wegen meiner Hinkunft nach Berlin ist mir gestern durch Graf Hatzfeldt mitgetheilt worden, sowie kurz vorher eine Aufforderung von einer Anzahl Mitglieder des Herrenhauses, welche meinen Beistand gegen die Salzsteuer[1]) requiriren wollen. Meines Dafürhaltens sind die Ansichten im Hause jetzt schon zu sehr consolidirt, als daß ich in der wenigen Zeit vor der Abstimmung auf die mir politisch nahe Stehenden noch mit Erfolg wirken könnte. Mit meiner alleinigen Stimme aber dürfte dem Gouvernement nichts gewonnen sein, wenigstens nichts, was in Verhältniß mit dem Nachtheil stände, daß ich meinen etwaigen Einfluß auf die Rechte des Hauses für lange, wenn nicht für immer, dadurch zerstörte, daß ich mich mit der ganzen Fraction oder Partei in isolirten Widerspruch setzte, und mich als ein Mitglied charakterisirte, welches der selbständigen Überzeugung zu Gunsten rein gouvernementalen Einflusses entsagt". 1857 April 22.

110. Eigenhändiger Bericht, betr. die Rastatter Besatzungsfrage. Preußenfeindliche Einflüsse in Karlsruhe. Die Kreuzzeitung über die Beziehungen Preußens zu Frankreich; Tactlosigkeiten in Bezug auf die Person des Kaisers und des Prinzen Napoleon. Wunsch einer mündlichen Besprechung der Pariser Wahrnehmungen des Herrn v. Bismarck. 12. und 13. Mai 1857.

„Ew. Excellenz wollen mir gestatten, meiner Berichterstattung über Rastatt[2]) noch einige Worte privatim hinzuzufügen. Mai 12.

Ich möchte wohl hören, was Österreich sagte und thäte, wenn wir ein ähnliches Abkommen über die Besatzung von Rastatt mit Baden geschlossen, oder wenn wir uns etwa mit Darmstadt verständigt hätten, das Bataillon Hessen zu vertreten, welches der Großherzog dort zu halten hat. Wenn wir mit dem Antrage, ähnliche Wünsche sanctionirt zu sehen, oder mit dem einer

1) Im Januar 1857 legte die Staatsregierung dem Abgeordnetenhause einen Gesetz-Entwurf vor, betreffend die Erhöhung des Salzverkaufspreises von 12 auf 15 Thaler für die Tonne von 405 Pfund.

2) Gemeint ist hier der im III. Bande unserer Publicationen zum Abdruck gelangte Bericht des Herrn von Bismarck vom 12. Mai 1857 (Urkunde 59). Das fragliche Abkommen bestand darin, daß Österreich und Baden in der Bundesversammlung gemeinschaftlich proponiren wollten, die kleine Kriegsbesatzung in Rastatt eingehen zu lassen, die Friedensbesatzung auf 5000 Mann festzustellen, und den Regierungen von Österreich und Baden zu überlassen, sich für den Antheil eines jeden von ihnen an letzterer zu verständigen. cf. a. a. O. auch Urkunde 56 und 57.

Digitized by Google

1857 Mai 12. Erhöhung unseres Antheils an der Friedensbesatzung von Mainz[1]) im Bundesinteresse an den Bund kämen, so würden wir eine sehr offene und entschiedene Sprache von Wien aus zu hören bekommen.

In Baden schadet uns außer Meysenbug[2]) besonders der General Seutter, Badischer Militair-Bevollmächtigter und General-Adjutant des Großherzogs, ein verhältnißmäßig noch junger Mann, der ebenso wie seine von hier gebürtige Frau für Österreich gewonnen ist. Der bekanntlich gleichgesinnte alte Blittersdorf[3]) verkehrt in jüngster Zeit viel am Hofe in Karlsruhe, wo er bisher nicht in Gnaden stand. Ich finde, daß das Ministerium Rüdt[4]) für uns viel besser war als Meysenbug; Ersterer war wenigstens einfach, der Andere ist ein ruheloser Intrigant.

Mai 13. 13. Mai. Der Artikel in der heutigen Preußischen Correspondenz[5]) gegen die Kreuzzeitung[6]) regte mich an, Ew. Excellenz eine längere Herzensergießung

1) Wegen Herstellung der Parität zwischen Österreich und Preußen in Mainz vergleiche Band III, S. 292 ff.

2) Freiherr von Meysenbug, Badischer Minister des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.

3) cf. oben S. 6, Note 1.

4) cf. oben S. 10, Note 3.

5) Die Preußische Correspondenz schrieb unterm 13. Mai 1857 in Nr. 110 mit Bezug auf den in Note 6 mitgetheilten Artikel: „Wenn ein dem Throne und den conservativen Interessen dienendes Blatt den gegenwärtigen Augenblick, wo ein hoher Gast aus dem befreundeten Nachbarlande von dem Königlichen Hofe mit ehrender Auszeichnung empfangen wird, für geeignet achtet, um eine Wahres und Falsches bunt durcheinander mischende Tirade über die innere und auswärtige Politik Sr. M. des Kaisers Napoleon zu veröffentlichen, und daran noch eine tendenziöse Anwendung auf die Preußische Regierung zu knüpfen, so wird dies sicher in allen politischen Kreisen als ein absoluter Mangel schicklicher Haltung nach innen und außen empfunden werden. Ganz besonders gehässig erscheint jedoch der Grundton, welcher durch die Bemerkungen über den Besuch des Kaiserlichen Prinzen durchklingt. Der herzliche Empfang, welchen Se. K. Hoheit am Königlichen Hoflager gefunden hat, und die theilnehmende Aufmerksamkeit, welche sich in allen Kreisen der Bevölkerung für den hohen Gast kundgiebt, genügen als Beweis dafür, daß die „Neue Preußische Zeitung" in ihren Bemerkungen weder die Stimmung der hohen Regionen, noch den Ausdruck der öffentlichen Meinung wiedergiebt".

6) Die Neue Preußische Zeitung schrieb in ihrer Nummer vom 12. Mai 1857, Nr. 109: „Die Ankunft des Prinzen Napoleon in Berlin wird wohl von Niemand, der die Verhältnisse zu beurtheilen vermag, als ein Act von politischer Tragweite aufgefaßt. Nachdem in Folge der Neuenburger Ereignisse die Beziehungen zwischen den Höfen von Berlin und Paris lebhafter geworden, stattete der Prinz Friedrich Wilhelm auf der Rückreise von London dem Kaiser der Franzosen einen Besuch ab. Es ist den Regeln der Etikette gemäß, daß Louis Napoleon jetzt seinen Vetter, der zur Zeit allein solche Missionen übernehmen kann, veranlaßt hat, nach Berlin zu reisen, und Sr. K. Majestät aufzuwarten". Die Reise des Prinzen Napoleon habe keinen politischen Zweck... „Die auswärtige Politik des Kaisers der Franzosen hat bisher einen ganz anderen Charakter, als die seines Oheims, der an der Spitze seiner Heere die Völker zertrat, um mit dem Fluch Europas beladen, im Exil zu enden. Zwar was die Zukunft bringen wird, vermag Niemand zu sagen; aber uns Preußen ist nur ein furchtloses Herz von Nöthen, und klare frische Augen, um getrost

Digitized by Google

über unsere Beziehungen zu Frankreich schreiben zu wollen; ein Thema, über welches ich mit General Gerlach seit meinem Pariser Aufenthalt in freundschaftlichem Streite bin; die Besuche von Bülow, Rechberg, Montessuy, Reitzenstein haben mich aber nicht zum Schreiben kommen lassen. Der fragliche Artikel der Kreuzzeitung scheint, seinem Schlußpassus nach, von der Besorgniß vor einheimischen Staatsstreichen eingegeben; seiner ganzen Haltung nach verdient er jedenfalls eine Zurechtweisung; er wäre schon stark gewesen, wenn der Prinz Napoleon nicht gerade als Gast bei uns wäre.[1]) Besonders unschicklich finde ich die Affectation, mit welcher ein Monarch, den Se. M. der König officiell anerkannt hat, stets „Louis Napoleon" genannt wird, ebenso wie im „Zuschauer"[2]) über die Potsdamer Parade zwischen den Namen unserer Prinzen mit dem Prädikat der Königlichen Hoheit, der Prinz Napoleon ostensibel ohne das ähnliche aufgeführt wird.[3]) Das fällt auf, und man erzählt 1857 Mai 13.

---

den künftigen Ereignissen entgegen zu sehen. Wir haben nicht nöthig, Allianzen zu suchen, aber wir brauchen auch keinen Gegner zu fürchten, solange wir ein gutes Gewissen haben, und Herz und Hand auf dem rechten Fleck. Die innere Politik des jetzigen Frankreich hat Liebhaber genug gefunden unter den Staatsmännern Europas. Ihre Losung heißt éclairer et diriger.... Es mag ja wohl sein, daß solch eine straffe Centralisation dort absolut nöthig war, wenn nicht Alles auseinander gehen sollte in chaotische Verwirrung.... Jedenfalls aber müssen wir unsererseits immer von Neuem uns dagegen verwahren, daß das imperialistische Regiment ein Ideal sei für die Europäischen Völker. Es gibt zwar Leute genug, die wenn auch nicht die Fähigkeit, doch hinlängliche Neigung haben, „Napoleon" zu spielen; und wenn sich auch das Genie nicht ablauschen läßt, sie haben ihm doch die äußeren Kunstgriffe des Gouvernirens glücklich abgeguckt und sind bereit, die Welt zu beglücken. Suum cuique! Preußen wenigstens kann nur noch bestehen, wenn seine Fürsten bei starkem Regiment ihrem Volke doch die Freiheit gewähren, deren Quelle das Recht ist, — und wenn die Unterthanen ihrem Könige die Treue halten, die ihre Wurzel hat in der freien Liebe. Wo Alles schweigt, herrscht zwar Stille, aber Friede nicht".

1) Der Prinz Napoleon war Mitte Mai 1857 in Berlin zum Besuche des Königs eingetroffen; auf der Parade ritt derselbe zur rechten Seite des Königs die Garde-Truppen entlang. Weder Antlitz noch Anzug entsprachen den Bildern, welche man sich vom alten Kaiser machte, dessen getreue Copie der Prinz sein sollte. Einer der unverwüstlichsten Straßenjungen äußerte darüber unverhohlen sein Mißfallen: „Des is ja jar nischt, der hat ja den Dreimaster nich verquer uf'. — Es fehlte der historische Hut, statt seiner trug der Prinz den gewöhnlichen Generalshut, den er, sobald er einer Regimentsfahne nahte, grüßend abzog. Der „Kladderadatsch" feierte die Lindenparade in einem Gedichte mit trefflichen Apostrophen, welche Blüchern und den übrigen unter den Linden im Erzbild ragenden Helden gewidmet waren.

2) Herr v. Bismarck spricht hier von dem Artikel im „Berliner Zuschauer" No. 110 der Kreuzzeitung vom 13. Mai 1857.

3) Der König von Preußen nannte den Prinzen Napoleon bei einem Toaste »prince français«. Der officielle »Moniteur«-Bericht gab diesen Toast in folgenden Worten wieder: »Au dessert le roi s'est levé et a porté la santé du Prince français, en ajoutant: »je souhaite que l'illustre famille à laquelle appartient mon hôte, fasse longtemps le bonheur de la France, et que cette grande nation reste toujours l'amie de la Prusse«.

Digitized by Google

1857 Mai 13. schon eigenthümliche Geschichten genug über unfreundliches Verhalten gegen den Gast.

Ich hätte über manche meiner Pariser Wahrnehmungen[1] gern die Gelegenheit zu mündlicher Besprechung mit Ew. Excellenz gehabt; besonders in Betreff des Wunsches des Kaisers, uns zu besuchen, und anderer sich daran knüpfenden Gedanken, zu denen mir die Unterredungen mit ihm Veranlassung gaben. Schriftlich läßt sich Manches nicht genau wiedergeben, so weitläufig man auch wird, und bei dem rein privativen Charakter meiner Beziehungen zu den politischen Persönlichkeiten in Paris sind mir die Grenzen der von mir erwarteten Discretion mit Rücksicht auf unsere Berliner Verhältnisse nicht deutlich genug bewußt. Ich habe indessen der Versuchung, nach Berlin zu kommen, widerstanden, und keine Anträge deshalb gestellt, weil ich nicht das Gefühl habe, daß meine Gegenwart und meine Anschauungen Sr. M. dem König ganz willkommen sein würden. Ich will mir aber morgen erlauben, Ew. Excellenz mit einer rein privativen Meinungsäußerung über unsere allgemeine Politik zu behelligen,[2] um deren nachsichtige und discrete Aufnahme ich bitte, wenn sie bei den abweichenden Allerhöchsten Intentionen müßig oder unzeitig erscheint".

111. Eigenhändiger Bericht, betr. das Mémoire des Herrn v. Bismarck über Preußens allgemeine Politik. Besuch des Prinzen Napoleon in Berlin und politischer Gewinn eines Besuches des Kaisers Napoleon. Österreichische Bemühungen um die Garantie Deutscher Staaten für Italien. Gebot der Vorsicht bei Mittheilungen nach Wien. 18. Mai 1857.

Mai 18. — — „Ich habe das, was ich vortragen wollte, in dem anliegenden Mémoire[3] zusammengestellt, welches ich Ew. Excellenz als einen Versuch, zur Beleuchtung der Situation von meinem Standpunkte aus beizutragen, mit Nachsicht aufzunehmen bitte. Ich weiß nicht, ob meine Auffassungen den Allerhöchsten Intentionen entsprechen werden; daß sie mit den Ansichten des Generals Gerlach nicht übereinstimmen, ersehe ich aus dessen Briefen; nach meinem Eindruck von der wirklichen Lage der Dinge kann ich mir aber von der Haltung, die wir einnehmen sollten, keine andere Überzeugung bilden.

Die Reise des Prinzen Napoleon, die Art, wie seine Aufnahme bei uns im Moniteur verkündet,[4] und so zu sagen ausposaunt wird, beweist, welchen Werth die Französische Politik auf den Eindruck legt, daß sie mit Preußen gut stehe. Außerdem ist mir in Paris hinlänglich Gelegenheit geworden, mich zu

1) cf. oben Seite 257 ff.
2) cf. die folgende Urkunde.
3) cf. die folgende Urkunde.
4) cf. oben S. 261, Note 3.

Digitized by Google

überzeugen, daß man danach strebt, mit uns intimer zu werden und zu scheinen. 1857
Wenn es der Auffassung Sr. M. des Königs entspricht, daß mindestens der Mai 18.
Schein davon auch für uns erhebliche Vortheile hat, so würde derselbe besonders und in einer Form, die uns zu Nichts verbindet, gefördert werden, wenn wir der Neigung des Kaisers Napoleon, Preußen zu besuchen, entgegenkämen. Ich weiß nicht, ob und wie dieses Thema in den officiellen Wegen zwischen Berlin und Paris oder bei Gelegenheit der Anwesenheit des Prinzen Napoleon in Berlin schon verhandelt worden ist. Sollte Se. Majestät sich bewogen fühlen, darauf einzugehen, und der regelmäßige Weg Bedenken darbieten, so wäre ich, nach dem was mit mir in Paris darüber gesprochen ist, in der Lage, die Sache in unverfänglicher Weise und quasi auf eigene Hand aufzunehmen oder zu sondiren, sei es bei einem gelegentlichen Besuch der Großherzogin Stephanie,[1]) wenn sie in Baden ist, sei es auf anderen Wegen. Ich würde es für einen großen diplomatischen Gewinnst Preußens ansehen, wenn es zu Stande käme, und obschon mich Gerlach über den Gedanken tüchtig gescholten hat, würde ich doch glauben sehr richtig gehandelt zu haben, indem ich zurede.

In der letzten Berliner Revue steht eine recht hohle historische Deklamation über den Französischen Besuch in Berlin.[2]) Daß die Franzosen 1806 in Berlin waren, besagt heut zu Tage nicht mehr, als die andere Thatsache, daß die Russen und Österreicher im siebenjährigen Kriege auch da waren. Mit Phrasen kann man nicht Politik machen.

Wegen etwaiger Österreichischer Bemühungen um Garantie Deutscher Staaten für Italien habe ich hier Nichts ermitteln können; nicht einmal in dem vorzugsweise plauderhaften Darmstädter Revier. Vielleicht ist nur in Hannover auf Grund von Platen's[3]) Äußerungen eine versuchsweise Zumuthung der Art gemacht. Die Österreichischen Zeitungen stellen eine solche Garantie als überflüssig, und als schon durch die Bundesverhältnisse bedingt, dar, und meinen Collegen von Frankreich und Sardinien hat man, wie es scheint, zu vermuthen gegeben, daß Österreich Zusicherungen für Italien von uns besitzt.

In Paris habe ich erfahren können, wie vorsichtig wir in Mittheilungen nach Wien sein müssen, und wie jede wohlwollende Redensart von uns, und namentlich Alles, was man von Äußerungen an unserem Hofe erfährt, benutzt wird, um dem Kaiser Napoleon Mißtrauen gegen uns einzuflößen, und ihn glauben zu machen, daß Österreich uns jederzeit gegen Frankreich führen könne, und daß nichts Vertrauliches von Paris an uns gelange, was wir nicht in

1) cf. oben S. 37, Note 2.

2) Gemeint ist der Artikel „Napoleon in Berlin" in der am 15. Mai 1857 ausgegebenen, von Hermann Keipp redigirten „Berliner Revue". Vergl. auch die späteren Artikel über den Besuch des Prinzen Napoleon in Berlin in demselben Blatte (II. Quartal S. 275 und 323.)

3) cf. oben S. 248, Note 6.

Digitized by Google

1857 Wien mittheilten; letzteren Gedanken namentlich sucht man stets lebendig zu
Mai 18. halten, und Hübner[1]) hat zu Insinuationen viel Geschick".

112. **Eigenhändiges Mémoire, betr. die allgemeine Politik Preußens:** Wesen und Bedeutung der Allianz der drei östlichen Großmächte. Auflösung der heiligen Allianz. Consequenzen für den Fall eines Krieges Deutschlands mit Frankreich. Befürchtungen der Deutschen Fürsten im Falle eines Krieges Frankreichs mit dem geeinigten Preußen und Österreich. Mangel des Vertrauens der Mittelstaaten in Österreichs Politik. Gesteigertes Souverainetätsgefühl derselben. Vortheile direkter Verhandlungen der Süddeutschen Staaten mit Frankreich. Auflösung des Bundes für den Fall eines Krieges Deutschlands gegen Rußland und Frankreich. Werth des Deutschen Bundes für Preußen in Friedenszeiten. Ziele der Österreichischen Politik in Deutschland. Scheitern seiner Pläne während des Orientkrieges. Bekämpfung des Preußischen Einflusses in Baden. Rastatter Besatzungsfrage. Bundesverträge als morscher Stützpunkt für Preußens auswärtige Politik. Nothwendigkeit der Anbahnung neuer bezw. der Regenerirung der alten Bündnisse. Unmöglichkeit der Wiederherstellung der Nordischen Allianz. Nothwendigkeit der Sicherung eines zuverlässigen Defensivsystems für Preußen durch Eingehen auswärtiger Bündnisse. Werth eines Russischen Bündnisses und der Freundschaft Preußens für Frankreich. Vortheile Preußens von einer derartigen Verbindung. Folgen einer Ablehnung der Werbung Napoleon's um die Freundschaft Preußens. Aussicht auf eine sich alsdann bildende Französisch-Russische Allianz. Nothwendigkeit der Belebung der Disposition Frankreichs für ein Bündniß desselben mit Preußen. Consequenzen einer Frankreich entmuthigenden Haltung Preußens. 18. Mai 1857.

Mai 18. „So lange ein enges, auf gemeinsame politische Principien begründetes Bündniß der drei östlichen Großmächte bestand, bildete dasselbe zugleich eine sichere Grundlage des Deutschen Bundes, und fand in letzterem wiederum einen Zuwachs an Kräften. Mancher Verschiedenheit der Ansichten und Interessen ungeachtet, war unter diesem System das ostrheinische Europa zu einer Art von solidarischer Körperschaft vereinigt, welche gemeinschaftlich eine defensive Frontstellung nach Westen hin einnahm, um von allen Gliedern die Gefahren abzuhalten, mit denen sie von Französischen Revolutionen und Eroberungsgelüsten bedroht sein konnten. Diese Verbindung war so stark, und besonders

1) cf. oben S. 262, Note 3.

Digitized by Google

im Vergleich mit Frankreich allein so augenscheinlich übermächtig, daß ihre Mitglieder in derselben eine ziemlich sichere Assecuranz des eigenen Besitzstandes fanden. Auch die auf der Westgrenze am meisten exponirten Deutschen Fürsten konnten mit großer Wahrscheinlichkeit darauf rechnen, daß ein Französischer Angriff auf sie unterbleiben oder von der vereinten Macht der heiligen Allianz überwunden und die etwa bewiesene Untreue in letzterem Falle ihre Strafe finden werde. Es war daher anzunehmen, daß sie, auch unter anfänglichen Unglücksfällen, treu blieben, daß auch für Kriegszeiten die Bundesacte sich als eine Wahrheit, die Bundesarmee sich als eine Realität bewahren würde. 1857 Mai 18.

Für Preußen hätte die Stellung in dieser Allianz, wenn wir ehrgeizige Pläne hätten, ihr Unbequemes gehabt. Die enge Verbindung mit den beiden größeren Kaiserreichen, die unter sich mehr Analogie der inneren Zustände und Regierungsgrundsätze hatten als mit uns, gestattete uns keine freie Bewegung auf dem Gebiete Europäischer Politik. Aber die Sicherheit friedlicher Existenz hatte auch für uns ihren Werth, und unter dem Schutze derselben gewannen wir, vermöge der Gleichartigkeit der Zustände und Interessen, in Deutschland einen Einfluß, welchen uns Österreich entweder aus Rücksichten auf seine innere Politik nicht streitig machen konnte, oder welchen es uns stillschweigend gegen gelegentliche Unterstützung seiner Ansichten bei den Cabinetten der anderen Großmächte überließ. Der Deutsche Bund war also eine Einrichtung, auf deren Hülfe wir für den Krieg einigermaßen zählen konnten, und dessen, von Österreich nicht begünstigte, Entwickelung im Frieden mehr für als gegen uns lief.

Es kommt hier nicht darauf an, ob die Auflösung der heiligen Allianz mehr die Schuld Rußlands oder Österreichs ist, sondern nur auf die Thatsache, daß dieses Bündniß nicht mehr besteht. Es ist keine Wahrscheinlichkeit vorhanden, daß, wenn heute Französische Heere in Deutschland einfielen, Russische sich beeilen würden, ihnen mit uns entgegenzurücken; es ist nicht einmal anzunehmen, daß Österreich alsdann seine Ostgrenzen entblößen, und sich mit seiner ganzen Macht dem westlichen Feinde würde entgegenwerfen können. Es würde außerdem zweifelhaft bleiben, ob zwischen Preußen und Österreich derjenige Grad von Vertrauen und gegenseitiger Hingebung, welcher allein ihrem Bündnisse einheitliche Energie und Bürgschaften des Erfolges geben könnte, sich in der Schnelligkeit herstellen ließe. Deshalb ist in Deutschland, und besonders bei den einem Französischen Angriff in erster Linie exponirten Bundesfürsten, der Glaube an einen schließlich für Frankreich ungünstigen Ausgang des Kampfes weniger fest geworden, wenn nicht verloren gegangen.

Wenn aber Preußen und Österreich in einem solchen Kriege wahrhaft einig wären, so würden die Deutschen Fürsten, nach dem Ausscheiden Rußlands aus der Verbindung, nicht mehr das Zutrauen haben, daß ihre Stellung in und

Digitized by Google

1857 Mai 18. nach den Wechselfällen des Krieges von Österreich und Preußen besser respectirt werden würde, als von Frankreich; die Herren selbst haben das Gefühl, daß die Kleinstaaterei mit ihrer heutigen hochgeschraubten Souverainetät für Deutschland ein Übel, dem Französischen Interesse aber nicht nachtheilig ist; sie wissen sehr gut, daß die zerrissene Lage Preußens an und für sich schwer zu tragen ist, und durch den unnatürlichen Selbständigkeitstrieb der kleinen dazwischen liegenden Staaten eine schwere Fessel für uns und für Deutschlands Leben und Entwickelung wird. Das Vertrauen, daß Österreich ihnen die bisherige Unabhängigkeit lassen und erhalten werde, haben sie durch Graf Buol und die Wiener Politik im letzten Kriege verloren. Als Herr v. Hügel Württembergischer Gesandter in Wien war, sagte ihm Graf Buol etwa um die Zeit der berüchtigten Circulardepesche vom 14. Januar 1855 [1]) in barscher Weise: „Sie müssen Sich daran gewöhnen, daß in Deutschland nur Österreich das Recht auf eigene Politik hat, und je früher Sie das lernen, desto besser für Württemberg"; gegen Könneritz [2]) hat er damals in gleicher Stimmung geäußert: „Wir werden auf die kleinen Staaten drücken, bis ihnen der Athem zum Widerspruch ausgeht". Diese und ähnliche Reden sind natürlich an den mittelstaatlichen Höfen von Mund zu Mund gegangen, und da in dem Charakter der Personen, welche die Österreichische Politik leiten, keine Garantie liegt, welche dergleichen als bloße Redensart anzusehen berechtigte, so bilden sie den Ausdruck dessen, was die Mittelstaaten von Österreich erwarten. Dazu ist die Lust der Letzteren an Selbständigkeit und Einfluß gewachsen durch das abwechselnde Werben Preußens und Österreichs um ihre Stimmen. Ihnen diese Stellung zu erhalten, haben vielleicht Frankreich und Rußland ein Interesse, Österreich und Preußen aber nicht, oder doch nur aus Eifersucht gegeneinander, und sie ist daher gefährdet, sobald Österreich der Noth oder der Vernunft soweit nachgiebt, daß es seine Beziehungen zu Preußen ehrlich zu bessern sucht.

Angesichts dieser nahe liegenden Erwägungen gehört für die Süddeutschen Staaten ein sehr hoher Grad von Bundes-Patriotismus dazu, wenn sie ihre Thermopylen am Rhein machen, oder nöthigenfalls die Wiedereroberung ihrer Länder im Preußisch-Österreichischen Lager abwarten sollten; sie werden in der Gefahr nach dem Sprüchwort handeln, daß das Hemd einem näher ist als der Rock, das eigene Land näher als der Bund; sie werden bei Zeiten in Paris direkte Garantien zu erhalten suchen, vielleicht sogar Aussicht auf Gewinn.

Frankreich kann Württemberg und Bayern versprechen, ihnen Baden Preis zu geben, welches sich vielleicht im Vorgefühl dieser Gefahr neuerdings Österreich in die Arme wirft. [3]) Es kann noch manche andere Vereinfachung

1) cf. Band II, S. 141, Note 2.

2) Rudolph von Könneritz, Kammerherr und Wirklicher Geheimer Rath, K. Sächsischer Gesandter in Wien.

3) Durch sein Abkommen in der Rastatter Besatzungsfrage. cf. oben Urkunde 110.

Digitized by Google

des deutschen inneren Grenzwesens lockend erscheinen lassen; aber schon der Erhaltungstrieb allein weist die kleinen Souveraine, gegenüber dem Mißbehagen, mit welchem die Vielherrigkeit Deutschland erfüllt, auf außerdeutsche Anlehnung hin, und in den höchsten Kreisen von Paris hat man leicht den Eindruck, daß diese Anlehnung dort, wenn nicht schon gefunden ist, doch gesucht wird, und daß Frankreich nicht glaubt, in einem Deutschen Kriege die volle Bundesarmee gegen sich zu haben. 1857 Mai 18.

Wenn sich schon gegen die Haltbarkeit des Bundes in einem einfachen Kriege zwischen Deutschland und Frankreich erhebliche Zweifel aufdrängen, so werden dieselben ziemlich zur Gewißheit, wenn man sich den Bund zur Vertheidigung gegen einen gleichzeitigen Angriff von Rußland und Frankreich berufen denkt. Schon der Wegfall Rußlands, als einer Reserve hinter dem Deutschen Bund, raubt den schwankenden Staaten in letzterem das Bewußtsein der Übermacht auf ihrer Seite, und das Ausscheiden Rußlands aus der Allianz nimmt ihnen den Stützpunkt, den sie bisher innerhalb derselben für ihre unbeschränkten Souverainetäten hatten. Wenn wir die Übermacht ohnehin auf unserer Seite haben, so wird uns auch die Bundesarmee nicht fehlen; für jede andere Combination müssen wir uns gewöhnen, die Bundes-Kriegsverfassung als nicht mehr vorhanden zu betrachten, und nur auf die Contingente zu zählen, welche sich nach der geographischen Lage in Abhängigkeit von uns befinden.

Auch für die Zeit des Friedens gewährt uns der Bund nicht mehr dieselben Vortheile wie vor 1848. Österreich, welches früher die Leitung der Bundesverhandlungen innerhalb gewisser Grenzen, und nicht selten auf lange Zeit das Präsidium an uns überließ, ist als unser Nebenbuhler um Einfluß am Bunde und an jedem Deutschen Hofe aufgetreten, und dies Streben beruht nicht in vorübergehenden Anschauungen der gegenwärtigen Österreichischen Staatsmänner, sondern ist eine nothwendige und dauernde Consequenz des veränderten Systems seiner auswärtigen und besonders seiner inneren Politik; das große Problem der auf dem deutschen Element zu begründenden Centralisation des Reichs ist mit den 18 bis 20 Procent Deutschen unter der eigenen Bevölkerung nicht durchzuführen, sondern nur vermöge der Gewinnung und Erhaltung engerer und hegemonischer Beziehungen zum übrigen Deutschland. Bei dem Vorwiegen der handelspolitischen Interessen in unserer Zeit, und mit Rücksicht auf das Bedürfniß, sich an gesunderen finanziellen Zuständen als den eigenen aufzuhelfen, steht das Streben nach der Aufnahme in den Zollverein[1] in erster Linie. Den Bedürfnissen, welchen der Eintritt von Gesammt-Österreich in den Bund[2] entsprechen sollte, würden einstweilen Garantie-

1) cf. oben S. 45 f.
2) cf. oben S. 15, Note 2.

Digitized by Google

1857 Mai 18. verträge für Italien und Ungarn abhelfen, ohne daß dadurch die Österreichischen Matrikularbeiträge, wie bei dem Gesammteintritte, auf das dreifache erhöht werden. Schon längst wird es von Wien aus mit Erfolg gelehrt, daß die Pflicht, Österreichs Besitzungen außerhalb des Bundes zu schützen, durch die Deutschen Interessen geboten und ein indirekter Ausfluß der Bundesverträge sei. Durch diese Theorie wächst den übrigen Bundesgliedern eine große Erweiterung ihrer Verbindlichkeiten ohne Äquivalent und ohne Lasten für Österreich zu.

Bis zum orientalischen Kriege hatte das Wiener Cabinet auf diesem Wege, unter geschickter Benutzung der Erinnerung der Fürsten an die Preußisch-Gothaische Politik, große Fortschritte gemacht, und es gehörte die Ungeschicklichkeit des Grafen Buol dazu, um während des orientalischen Krieges das uns abgenommene Terrain großentheils wieder einzubüßen; aber nicht wir haben es wiedergewonnen, sondern die Bamberger Staaten [1] finden in Frankreich den schließlichen Stützpunkt der unabhängigen und schiedsrichterlichen Stellung, welche sie in den Rivalitäten der Deutschen Großmächte annehmen konnten. Durch diese Gefahr läßt sich das Wiener Cabinet auf seinem Wege nicht beirren, und bekämpft neuerdings mit Erfolg den Preußischen Einfluß in dem uns so nahe verwandten Baden.

Wenn wir im Jahre 1842 uns bereit erklärt hätten, Österreich den künftigen Besitz der vom Bunde zu erbauenden Festung Rastatt in Aussicht zu stellen, so ist wohl kaum zweifelhaft, daß es uns Concessionen, sei es in Mainz oder anderweit dafür gemacht hätte. Aber es rechnet darauf, daß wir lediglich aus bundesfreundlicher Gefälligkeit ihm seine Position uns gegenüber verbessern, und würde uns auch keinen Dank schuldig zu sein glauben, wenn wir gratis Garantien für seine außerdeutschen Länder übernehmen, sondern diese als schuldige Bundesgenossenpflicht entgegennehmen, auch nicht anstehen, sie zu tendenziöser Mittheilung an Frankreich zu benutzen. Es hat uns in allen Gebieten der Politik am empfindlichsten bekämpft, während der Dauer unseres Garantievertrages über Italien [2] und des späteren April-Bündnisses; [3] es wird uns auch ferner bekämpfen, denn es ist kein willkürliches Gelüst, sondern die natürliche Lebensbedingung des heutigen Österreichs, Preußen nicht stärker werden zu lassen, sondern seine Macht zu mindern, wenn es angeht.

Der hauptsächlichste und stärkste unter unseren Genossen im Deutschen Bund hat eine politische Bahn eingeschlagen, die ihn zum nothwendigen Gegner unserer Interessen macht, und selbst in Fällen der äußersten gemein-

1) cf. oben S. 194, Note 1.
2) cf. oben S. 170.
3) cf. oben S. 186, Note 2.

Digitized by Google

samen Noth schwerlich eine ehrliche und nachhaltige Hülfe von ihm erwarten 1857
läßt. Von einem wichtigen Theile der Übrigen steht die Leistung der Bundes- Mai 18.
pflicht im Kriegsfalle nicht zu erwarten, und im Frieden haben wir keineswegs den Einfluß auf die Gesammtheit, der mit unseren Bundespflichten im Verhältniß stände, und uns für unsere eigene Gebundenheit entschädigen könnte. Wir können deshalb nicht mehr, wie vor 1848, den hauptsächlichen oder gar ausschließlichen Stützpunkt unserer auswärtigen Politik in den durch die Bundesverträge bedingten Verhältnissen nehmen. Die Stütze ist morsch, und wir fallen unzweifelhaft, wenn wir unsere Anlehnung an sie allein nehmen.

Wenn von unseren alten Bündnissen, in der veränderten Constellation der Politik, nicht mehr zu erwarten ist, daß sie ihren Zweck erfüllen, so können wir Einfluß und Sicherheit nur dadurch wiedergewinnen, daß wir neue anbahnen, oder die alten regeneriren, falls es möglich ist, sie zu erhalten.

Die Nordische Allianz von vor 1848 werden wir nicht einfach wiederherstellen können. Rußland, Österreich und Frankreich sind andere geworden, als sie damals waren. Österreich hat der erhaltenden Politik entsagt, und will nach drei Richtungen hin, besonders aber in Deutschland und im Orient wachsen, Rußland fühlt nicht mehr den Beruf, der Französischen Revolution oder überhaupt aufständischen Bewegungen außerhalb seiner Grenzen entgegenzutreten, und sieht das gegenwärtige Regime in Frankreich ohne Abneigung; Frankreich selbst aber ist stärker nach außen geworden, als es unter Louis Philipp war.

Es ist unter diesen Umständen ein Gebot der Selbsterhaltung, nicht des Ehrgeizes, daß wir uns nach einem gesicherteren Defensivsysteme für die Zukunft umsehen, und die Verbindungen, welche wir in diesem Sinne anknüpfen, brauchen nicht von einer Verschwörung gegen Andere, sondern können einen wesentlich *erhaltenden* Charakter haben. Der Einfluß einer Macht im Frieden hängt in letzter Instanz von der Kraft ab, welche sie im Kriege entwickeln, und von den Bündnissen, mit welchen sie in den Krieg eintreten kann. Für uns aber ganz besonders ist die Gewinnung von Einfluß in Deutschland gegenwärtig allein durch den Glauben der Bundesstaaten an die Möglichkeit, Wahrscheinlichkeit oder Sicherheit bedingt, mit welcher Preußen im Kriegsfalle auf auswärtige Bündnisse rechnen kann. Die Bundesacte allein gewährt uns keine Mittel, und Österreich leiht uns keinen Beistand, um unsere Bedeutung im Bunde über das Niveau von $^1/_{17}$ Stimmantheil im engeren Rath zu erheben. Nur außerhalb Deutschlands bieten sich uns die Mittel, unsere Stellung im Interesse Deutschlands selbst zu consolidiren.

Der Kaiser Napoleon hat kein Verlangen danach, das Bündniß mit England abzubrechen. Ein Krieg mit England hat durchaus nichts Einladendes für ihn, er bietet wenig Aussicht auf Vortheil, dagegen die Sicherheit erschöpfender Opfer, und ist für den Kaiser ein Spiel um die Existenz; nach

Digitized by Google

1857 Mai 18. seiner Auffassung ist ihm aber eine feindselige Stellung Englands gegen ihn ohne Kriegserklärung noch gefährlicher als der Krieg selbst, und er würde deshalb, sobald unfreundliche Beziehungen zwischen beiden eintreten, bald über dieselben hinweg zum Kriege gelangen wollen, um die Franzosen in ihrer nationalen Ehre gegen den Feind zu compromittiren. In der Vorhersicht dieser Entwickelung sucht er daher mit großer Aufmerksamkeit jeder Erkältung der Intimität vorzubeugen. Letztere wird natürlich durch jede Annäherung Frankreichs an Rußland beeinträchtigt, und soweit Rußland auch die Arme offen halten mag, wird der Kaiser Napoleon sich doch schwerlich hineinwerfen, solange sich England so verhält, daß den Franzosen das Bündniß mit ihm erträglich bleibt. Die Politik einer Englischen Regierung ist aber unberechenbar, und nicht selten von inneren Einwirkungen abhängig, die sich den Combinationen staatsmännischer Vernunft gänzlich entziehen.

Die Vorsicht gebietet daher Frankreich, sich das Russische Bündniß offen zu halten, ohne durch auffällige Bemühungen deshalb sich England ohne Noth zu entfremden. Der sicherste Mittelweg hierzu ist die Cultivirung der Beziehungen Frankreichs zu Preußen. Frankreich könnte es mit Österreich oder mit den Rheinbundstaaten halten, Beide könnte es ohne Schwierigkeit gewinnen; aber einem Bündniß mit Österreich stehen Französische Interessen entgegen, ein solches mit den Mittelstaaten müßte Preußen zum Gegner Frankreichs machen, und Preußen ist das kräftigere und zukunftsreiche Element in Deutschland. Die Freundschaft Preußens stellt für Frankreich erhebliche Vortheile in Aussicht. Dieselbe gewährt ihm eine außerenglische, continentale Anlehnung, und hat als solche die Wirkung, daß sie die Englische Politik rücksichtsvoller gegen Frankreich und weniger leichtfertig in Betreff eines Bruches mit letzterem macht; sie hat dabei nicht das Herausfordernde für England wie die Russische Verbindung; sie bildet außerdem ein Verbindungsglied, um für Frankreich die Chance des Russischen Bündnisses, auf den Fall der Noth, offen, und die Bedingungen desselben mehr in der Hand zu behalten; sie überhebt Frankreich der Nothwendigkeit oder der Versuchung, das Russische Bündniß frühzeitig und vielleicht voreilig sicherzustellen, und dadurch den Bruch mit England zu zeitigen; sie stellt zugleich die unzweifelhafte Übermacht der Allianz auf dem Continent in Aussicht, sobald man dieselbe durch Rußlands Zutritt vervollständigen will, und wirkt dadurch mäßigend auf England. Diese Vortheile machen es erklärlich, daß Frankreich hohen Werth darauf legt, seine Beziehungen zu uns intimer erscheinen zu lassen. Für Preußen liegt der Gewinn dabei vorzugsweise in Deutschland; denn, indem Frankreich mehr an unserem guten Willen als an dem der Mittelstaaten gelegen ist, wird den letzteren die Rheinbundchance abgeschnitten, und sie sind an uns verwiesen, da sie bei Österreich allein sich nicht sicher und geschützt fühlen, solange dasselbe nicht mit Rußland verbündet ist.

Digitized by Google

Die Pflege freundschaftlicher Beziehungen zu Frankreich braucht also keineswegs feindselige Tendenzen gegen den Frieden Europas zu haben; im Gegentheil, es liegt in ihr eine erhöhte Bürgschaft des Friedens. Sie vermindert die Wahrscheinlichkeit eines Bruchs zwischen England und Frankreich, sie vertagt die Chance eines Französisch-Russischen Kriegsbündnisses, giebt uns, wenn es dennoch zu demselben kommen sollte, die Möglichkeit eines moderirenden Einflusses auf dessen Gestaltung und Zwecke, und verleiht demselben alsdann eine solche Übermacht, daß es zur Führung eines Continentalkrieges gegen dasselbe schwerlich kommen kann; sie ist ferner das Mittel, und vielleicht das einzige, um von der Form und dem Wesen des Deutschen Bundes die Fundamente zum Neubau, und uns einen entscheidenden Einfluß auf letzteren zu erhalten. Schon der äußere Anschein intimer Beziehungen zwischen Preußen und Frankreich wird in dieser Richtung von mächtiger Wirkung sein; der Kaiser Napoleon erkennt seinerseits offenbar das Interesse, welches er daran hat, diesen Schein zu nähren, und er würde bei einigem Entgegenkommen von unserer Seite noch entschiedener die Hand dazu bieten. Verhalten wir uns aber ablehnend gegen ihn und schneiden ihm die Hoffnung auf nähere Einigung mit uns von Hause aus ab, so wird unverzüglich, nachdem man sich in Paris darüber klar geworden ist, ein dringenderes Werben Frankreichs um das Einverständniß mit den Deutschen Mittelstaaten beginnen; dasselbe wird bei den Meisten von ihnen nicht ohne Erfolg sein und den Deutschen Bund vollständig unterhöhlen; selbst Sachsen wird die Versuchung nur insoweit von sich weisen, als die faktische Gewalt der benachbarten Großmächte es bedingt. Solange das westmächtliche Bündniß hält, bringt uns dann der Zustand der Dinge voraussichtlich keinen anderen Nachtheil, als eine fortlaufende Abnahme unseres Einflusses in Bundes- und Zollvereins-Angelegenheiten; kommt es aber zum Bruch Frankreichs mit England, so ist mit demselben auch die Französisch-Russische Allianz gegeben, und wir haben die Wahl, dieser entweder unter den Bedingungen, die sie uns alsdann stellt, beizutreten, oder die Chancen eines Österreichisch-Englischen Gegenbündnisses zu acceptiren. In dem letzteren wird England, solange es mit Amerika Frieden hat, vielleicht nicht übler situirt sein als bisher, weil seine Sicherheit weniger durch seine Bündnisse, als durch seine eigene Flotte bedingt ist. Den Deutschen Großmächten aber kann es im Kriegsfalle zu Lande wenig nützen, und ihre Partei wird als die schwächere auf dem Continent erscheinen, weil zu ihrer Einigkeit kein Zutrauen vorhanden ist, weil die Kräfte von Sardinien, Belgien und eines wesentlichen Theiles von Deutschland voraussichtlich für Frankreich disponibel sein werden, weil Österreich, wenn fremde Armeen in Ungarn und Italien eindringen, sich vielleicht als locker in seinem Zusammenhange erweist, und weil zwischen ihm und uns wirklich Argwohn und Mißgunst bestehen, welche die gemeinsame Action lähmen würden.

1857 Mai 18.

Digitized by Google

1857 Mai 18. Auf Grund dieser Erwägungen würden, auch ohne daß es zum Kriege käme, Österreich und Preußen einer Russisch-Französischen Allianz gegenüber diplomatisch in gedrückter Stellung und ohne Einwirkung auf die kleineren deutschen und außerdeutschen Staaten sein. Ein Russisch-Französisches Bündniß kann für Preußen, wenn wir, nach Entstehung desselben, Aufnahme darin fänden, keine Constellation sein, die wir herbeizuwünschen hätten; aber das beste Mittel es zu hindern, zu vertagen, oder seine Schädlichkeit für uns abzuschwächen, scheint darin zu bestehen, daß wir die günstigen Dispositionen Frankreichs für ein intimeres Verständniß mit uns lebendig erhalten, und ihm die Aussicht, sie zu realisiren, nicht benehmen. Bei discreter Handhabung einer solchen Politik bleibt zugleich, solange die westmächtliche Allianz besteht, unser Verhältniß zu England, da es Frankreichs officieller Bundesgenosse ist, und zu Rußland, da es dasselbe zu werden strebt, uncompromittirt und jeder Entwickelung fähig. Wir halten dabei die Deutschen Staaten zusammen, gewinnen eine Stellung, welche vermöge der Furcht vor ihrer weiteren Entwickelung vielleicht Österreichs Politik bis zur Verträglichkeit mit uns modifiziren kann, und gegenüber Frankreich ist es leichter, wenn die Umstände es erfordern, aus guten Beziehungen zu kühleren überzugehen, als umgekehrt.

Dieselbe freie und günstige Stellung bleibt uns nicht, wenn wir die Werbungen Frankreichs um unsere Freundschaft gegenwärtig entmuthigen, und die erste Consequenz dieses Verhaltens würde die Entwickelung innigerer Beziehungen der Französischen Politik zu einer Anzahl Deutscher Staaten sein, und damit zugleich die, für unsere Stellung so nachtheilige Ansicht neue Nahrung gewinnen, daß gerade Preußen wegen der Rheinprovinz und der Französischen Nachbarschaft eines Beistandes von Seiten des Bundes, Österreichs oder fremder Mächte am leichtesten bedürftig werden könne, ein Präjudiz, dessen Druck nur durch den Glauben der Anderen an freundschaftliche Beziehungen zwischen uns und mit Frankreich abgewendet werden kann".

113. Eigenhändiger Bericht, betr. die Fortsetzung des Mémoires über die Beziehungen Preußens zu Frankreich. Herbeiführung einer Zusammenkunft der Kaiser von Österreich und von Frankreich durch den König von Bayern. Russisches Circular in der Donaufürstenthümer-Frage. Mittel zur Begünstigung der Annäherung des Kaisers Napoleon an Österreich. Festliche Vorbereitungen an den Frankfurt benachbarten Höfen. 2. Juni 1857.

Juni 2. „Ew. Excellenz beehre ich mich die Anlage [1]) als Fortsetzung des kürzlich eingereichten Promemoria über unsere Beziehungen zu Frankreich [2]) vorzu-

1) cf. die folgende Urkunde.
2) cf. Urkunde 112.

Digitized by Google

legen; ich bin zur Zusammenstellung derselben in der vorliegenden Fassung durch eine Correspondenz über diese Angelegenheit mit General Gerlach veranlaßt worden, und habe den hauptsächlichen Inhalt meiner Äußerungen gegen ihn in der Anlage resümirt. 1857 Juni 2.

Telegraphisch habe ich Ew. Excellenz bereits gemeldet[1]), daß der König von Bayern seinen Aufenthalt in Paris benutzt, um für eine Zusammenkunft der Kaiser von Österreich und Frankreich in Bayern zu wirken. Ich habe die Nachricht an sich aus guter Quelle und halte sie für sicher, nachdem mir Graf Montessuy unaufgefordert, aber ganz vertraulich dasselbe mittheilte. Er nannte als Ort der beabsichtigten Begegnung Pfaffenhofen; der Name war aber seiner Zunge nicht ganz geläufig, und kann mißverstanden sein. Von ihm habe ich auch erfahren, daß Baron Bourquenay, [2]) der den Plan einer Österreichisch-Französischen Allianz niemals aus dem Auge verloren hat, für das Projekt dieser Zusammenkunft thätig sei, und daß Benedetti [3]) bei seiner Reise durch Wien für dieselbe Richtung disponirt worden und nicht ohne Erfolg, wie man aus seinen hiesigen Äußerungen abnehmen konnte. Er brachte auch die unerwartet günstigen Urtheile J. K. H. der Erzherzogin Sophie [4]) über den Prinzen Napoleon und die officiöse Verbreitung, welche dieselben nach Paris gefunden haben, damit in Verbindung. Gewiß geht aus diesen Umständen so viel hervor, daß das Bedürfniß des Kaisers Napoleon, mit anderen Monarchen in persönliche Berührungen zu kommen und sich in Deutschland zu zeigen, an den Süddeutschen Höfen richtig erkannt und von ihnen ausgebeutet wird, wenn wir versäumen, es für uns zu benutzen.

In Betreff unseres Circulars über die Angelegenheit der Donaufürstenthümer vom 28. v. M.[5]) haben mir einige meiner Deutschen Collegen, mit denen ich dasselbe besprach, ihre Genugthuung ausgesprochen, weil an ihren Höfen die Art, wie Österreich unser Verhalten geschildert habe, allerdings einen für uns ungünstigen Eindruck hinterlassen hätte.

Unter den Mitteln, welche angewendet werden, um den Kaiser Napoleon für eine Annäherung an Österreich und für jene Zusammenkunft in Bayern günstig zu stimmen, wurde mir ein für die Zeit charakteristisches genannt: Man hat Leute von der hohen Finanz disponirt, und dem Französischen Kaiser die „Isolirung" Österreichs als den hauptsächlichen Grund der Flauheit aller

1) Herr von Bismarck meldete diese Nachricht dem Minister von Manteuffel am 2. Juni 1857 mit dem Zusatze, daß Herr von Bourquenay das Projekt in Paris befürworte.

2) cf. oben S. 220, Note 2.

3) Graf von Benedetti, am 7. November 1855 zum Direktor der politischen Abtheilung im Französischen Ministerium des Auswärtigen berufen, und war 1856 als solcher Secretair auf dem Pariser Friedenscongreß. Vom 5. November 1864 bis 1870 Französischer Botschafter in Berlin.

4) cf. oben S. 74, Note 1.

5) cf. von Jasmund, Aktenstücke zur orientalischen Frage, Band III, S. 100.

Digitized by Google

1857 Juni 2. Börsen und des niedrigen Standes der Effekten dargestellt. Die dadurch eingeflößte Besorgniß wirke entmuthigend auf die Spekulation und drücke besonders die Französischen Capitalanlagen in Österreich. Am Ende geht der Kaiser Napoleon nach Pfaffenhofen, um eine Hausse der Französisch-Österreichischen Eisenbahn-Effekten zu bewirken! Über seine Dispositionen in Betreff der Wünsche des Königs von Bayern habe ich indessen noch Nichts erfahren können. Vermuthlich wird es ihm nicht entgehen, daß die Flauheit der Börsen nicht ihren Grund in der Sorge der Banquiers um Österreich, sondern in der Erschöpfung der disponiblen Capitalien hat, welche dem Übermaß neuer Unternehmungen in den letzten Jahren nothwendig folgen mußte.

An den benachbarten kleinen Höfen ist Alles in festlichen Vorbereitungen, in Wiesbaden wegen der Schwedischen Heirath[1]), in Darmstadt wegen des Russischen Besuches[2]), und in Rumpenheim sammelt sich die Landgräfliche Familie, so daß wir hier in einem Kreuzfeuer von Höflichkeitspflichten für die nächste Zeit stehen werden. Der College läßt seiner selten getragenen Uniform ein neues Lustre geben und die Damen üben sich in der Kunst, mit der Schleppe zu manövriren".

114. Eigenhändiges Mémoire, betr. die Beziehungen Preußens zu Frankreich:

Gründe für die Abneigung gegen eine nähere Verbindung Preußens mit Frankreich. Widerlegung der Theorie von der Unzulässigkeit eines Compromisses mit der von Napoleon repräsentirten Revolution. Der Bonapartismus als eine Folge der Revolution. Gefahrlosigkeit des Bonapartismus für die Propaganda revolutionärer Grundsätze im Auslande. Antipathie gegen Frankreich bei einer anzustrebenden Allianz Preußens mit Napoleon. Folgen eines passiven Abwartens der Ereignisse durch Preußen. Schwäche desselben bei einer Verbindung mit anderen Großmächten, insbesondere England und Österreich. Werth eines Besuches Napoleon's in Preußen als ostensibles Zeichen der guten Beziehungen zwischen Preußen und Frankreich. 2. Juni 1857.

Juni 2. Einer der hauptsächlichsten Gründe der Abneigung, auf welche eine nähere Verbindung mit dem heutigen Frankreich bei uns stößt, liegt in der Auffassung, daß der Kaiser Napoleon der hauptsächliche Repräsentant der Revolution und mit ihr identisch, und daß ein Compromiß mit der Revolution ebensowenig in der äußeren wie in der inneren Politik zulässig sei. In

1) scil. des jetzigen Königs von Schweden mit der Prinzessin Sophie von Nassau (6. Juni 1875).

2) Erwartet wurde daselbst die Russische Kaiserfamalie.

Digitized by Google

den auswärtigen Beziehungen ist es nicht möglich, den letzteren Grundsatz in der Weise durchzuführen, daß die äußersten, davon abgeleiteten Consequenzen noch immer jede andere Rücksicht durchbrechen sollten, und außerdem ist es nicht richtig, die Revolution gerade in dem gegenwärtigen Kaiser der Franzosen ausschließlich zu verkörpern. Die nächste Anleitung dazu giebt die in's Auge fallende Illegitimität des Ursprungs seiner Herrschaft. Aber wie viel Existenzen giebt es in der heutigen politischen Welt, welche mit voller Continuität im Rechte wurzeln. Spanien, Portugal, Brasilien, alle amerikanischen Republiken, Belgien, Holland, die Schweiz, Griechenland, Schweden, das noch heute mit Bewußtsein in der Revolution von 1688 fußende England, können ihre dermaligen Rechtszustände auf keinen legitimen Ursprung zurückführen. Selbst für das Terrain, welches die Deutschen Fürsten, theils Kaiser und Reich, theils ihren Mitständen, den Standesherren, theils ihren eigenen Landständen abgewonnen haben, läßt sich kein vollständig legitimer Besitztitel nachweisen. 1857 Juni 2.

Ein Princip kann man aber nur insoweit als ein allgemein durchgreifendes anerkennen, wenn es sich unter allen Umständen und zu allen Zeiten bewahrheitet, und der Grundsatz: quod ab initio vitiosum, lapsu temporis convalescere nequit, bleibt der Doctrin gegenüber richtig, wird aber durch die Bedürfnisse der Praxis unaufhörlich widerlegt.

Die meisten der oben berührten Zustände sind eingealtert, wir haben uns an sie gewöhnt und deshalb ihre revolutionäre Geburt vergessen. Aber auch dann, wenn sie noch nicht diesen Grad von Verjährung hatten, stieß man sich früher nicht an ihrer revolutionären Natur. Cromwell wurde von den Europäischen Potentaten „Herr Bruder" genannt und seine Freundschaft gesucht, wenn sie nützlich erschien. Mit den Generalstaaten waren die ehrbarsten Fürsten im Bündniß, bevor sie von Spanien anerkannt wurden; Wilhelm von Oranien und seine Nachfolger in England hatten, auch während die Stuarts noch prätendirten, nichts an sich, was unsere Vorfahren von den intimsten Beziehungen mit ihnen abgehalten hätte; den Vereinigten Staaten haben wir schon in dem Haager Vertrage von 1785 ihren revolutionären Ursprung verziehen. In neuester Zeit hat unser Hof den Besuch des Königs von Portugal empfangen, und mit dem Hause Bernadotte hätten wir uns verschwägert, wären nicht zufällige Hindernisse eingetreten.

Wann und nach welchen Kennzeichen haben alle diese Mächte aufgehört, revolutionär zu sein? Es scheint, daß man ihnen die illegitime Geburt verzeiht, sobald wir keine Gefahr von ihnen besorgen, und daß man sich alsdann auch nicht principiell daran stößt, wenn sie fortfahren, ohne Buße, ja mit Rühmen sich zu ihrer Wurzel im Unrecht zu bekennen.

Es scheint nicht, daß vor der Französischen Revolution ein Staatsmann auf den Gedanken gekommen ist, die Beziehungen seines Landes zu an-

Digitized by Google

1857 Juni 2. deren Staaten lediglich dem Bedürfniß unterzuordnen, von Berührungen mit revolutionären Erscheinungen frei zu bleiben, und doch waren die Grundsätze der Amerikanischen und Englischen Revolution, abgesehen von dem Maße des Blutvergießens, und von dem nach dem National-Charakter verschiedenen Unfug, der mit der Religion getrieben wurde, ziemlich dieselben wie diejenigen, welche die Unterbrechung der Continuität des Rechtes in Frankreich herbeiführten. Auch auf die revolutionären Erscheinungen von 1789 wird das Princip nicht überall ebenso rigoros angewendet, wie bezüglich Frankreichs.

Die gegenwärtigen Rechtszustände in Österreich und die politische Richtung der dort leitenden Persönlichkeiten, das Prosperiren der Revolution in Portugal, Spanien, Belgien, Dänemark, das offene Bekennen und Propagiren der revolutionären Grundideen von Seiten der Englischen Regierung und das Bethätigen derselben noch in dem Neuenburger Conflict, das Alles hält uns nicht ab, die Beziehungen des Königs unseres Herrn zu den Monarchen jener Länder nachsichtiger zu beurtheilen als diejenigen zu Napoleon III. Die unfürstliche Herkunft des Letzteren thut ohne Zweifel viel dabei, aber sie ist in Schweden von noch frischerem Datum, ohne dieselben Consequenzen zu haben. Die Revolution muß daher in Frankreich noch besondere Eigenthümlichkeiten haben, liegen dieselben nun gerade in der Familie Bonaparte? Diese hat weder die Revolution in die Welt gebracht, noch würde die Revolution beseitigt oder nur unschädlich gemacht, wenn man gedachte Familie ausrottete. Die Revolution blühte von 1830 bis 1848 recht im Vollen, ohne daß dabei von den Bonaparten die Rede war; sie ist viel älter als das geschichtliche Auftreten dieser Familie und viel breiter in ihren Grundlagen als Frankreich. Wenn man ihr einen irdischen Ursprung anweisen will, so wäre auch der nicht in Frankreich, sondern eher in England zu suchen, oder noch früher in Deutschland oder in Rom, je nachdem man die Auswüchse der Reformation oder die der römischen Kirche nebst der Einführung römischer Rechtsanschauungen in die germanische Welt als schuldig ansehen will.

Der erste Napoleon hat damit begonnen, die Revolution für seinen Ehrgeiz mit Erfolg zu benutzen, und hat sie später mit falschen Mitteln und ohne Erfolg zu bekämpfen gesucht; er wäre sie gewiß gern aus seiner Vergangenheit los gewesen, nachdem er ihre Frucht für sich gepflückt hatte. Gefördert wenigstens hat er sie nicht in dem Grade, wie die drei Louis vor ihm durch Einführung des Absolutismus unter Louis XIV., durch die Unwürdigkeiten der Regentschaft unter Louis XV., durch die Schwäche Louis XVI., der am 14. September 1791 bei Annahme der Verfassung die Revolution als beendigt proklamirte; fertig war sie allerdings ohne Napoleon geworden. Das Haus Bourbon hat auch ohne Philippe Egalité mehr für die Revolution gethan, als alle Bonaparten.

Der Bonapartismus ist eine Folge, aber nicht der Schöpfer der Revo-

Digitized by Google

lution. Auch die ungerechten Eroberungskriege sind kein eigenthümliches Attribut der Familie Bonaparte und des nach ihr benannten Regierungssystems. Legitime Erben alter Throne führen dergleichen auch; Louis XIV. hat nach seinen Kräften nicht weniger heidnisch in Deutschland gewirthschaftet als Napoleon, und wenn Letzterer mit seinen Anlagen und Neigungen als Sohn Ludwig's XVI. geboren wäre, so würden wir deshalb schwerlich Ruhe vor ihm gehabt haben. Der Trieb zum Erobern ist England, Nordamerika, Rußland und Anderen nicht minder eigen als dem napoleonischen Frankreich. Sobald sich Macht und Gelegenheit, ihn zu befriedigen, zusammenfanden, ist es auch bei den legitimsten Monarchien schwerlich die Bescheidenheit oder Gerechtigkeitsliebe, welche ihm Schranken setzt. Bei Napoleon III. scheint er als Instinkt nicht zu dominiren. Derselbe ist kein Feldherr, und im großen Kriege mit großen Erfolgen oder Gefahren könnte es kaum fehlen, daß die Blicke der Armee, der Stütze seiner Herrschaft, sich mehr auf einen glücklichen General, als auf den Kaiser richteten. Er wird daher den Krieg nur suchen, wenn er sich durch innere Gefahren dazu genöthigt glaubt. Eine solche Nöthigung würde aber für den *legitimen* König von Frankreich, wenn er jetzt zur Regierung käme, von Hause aus vorhanden sein. Der Eroberungssucht ist der jetzige Kaiser der Franzosen nicht verdächtiger, als mancher Andere, und den Makel ungerechten Ursprungs theilt er mit vielen der bestehenden Gewalten, so daß er nicht aus diesem Grunde als ausschließlicher Repräsentant der Revolution, als vorzugsweises Objekt der Feindschaft gegen dieselbe betrachtet werden kann. Die inneren Zustände Frankreichs unter ihm stehen ohne Zweifel innerhalb des Gebietes revolutionärer Erscheinungen; aber der *Bonapartismus* unterscheidet sich dadurch von der Republik, daß er nicht das Bedürfniß hat, seine Regierungsgrundsätze zu propagandiren. Selbst der erste Napoleon hat den Ländern, welche nicht mittel- oder unmittelbar zu Frankreich geschlagen wurden, seine Regierungsform nicht aufzudrängen gesucht; man ahmte sie im Wetteifer freiwillig nach. Fremde Staaten mit Hülfe der Revolution zu bedrohen, ist jetzt seit einer ziemlichen Reihe von Jahren das Gewerbe Englands, und wenn Louis Napoleon ebenso gewollt hätte, wie Palmerston, so würden wir auch in Neapel schon einen neuen Ausbruch erlebt haben. Der Französische Kaiser würde durch Ausbreitung revolutionärer Institutionen bei seinen Nachbarn Gefahren für sich selbst schaffen; er wird vielmehr bei seiner Überzeugung von der Fehlerhaftigkeit der heutigen Institutionen Frankreichs festere Grundlagen als die der Revolution im Interesse seiner Herrschaft und seiner Dynastie allmählich zu gewinnen suchen. Ob er das kann, ist freilich eine andere Frage; aber er ist keineswegs blind für die Mangelhaftigkeit und die Gefahren des Bonapartischen Regierungssystems, denn er spricht sich selbst darüber aus und beklagt sich. Die jetzige Regierungsform ist für Frankreich nichts Willkürliches, was Louis Napoleon ein-

1857 Juni 2.

Digitized by Google

1857 Juni 2. richten und ändern könnte; sie war für ihn ein Gegebenes, und ist vielleicht die einzige Methode, nach der Frankreich auf lange Zeit hin regiert werden kann. Für alles Andere fehlt die Grundlage entweder im National-Charakter, oder sie ist zerschlagen und verloren gegangen. Heinrich V. selbst würde, wenn er jetzt auf den Thron gelangte, wenn überhaupt, auch nichts Anderes beginnen können. Louis Napoleon hat die revolutionären Zustände des Landes nicht geschaffen; die Herrschaft auch nicht in Auflehnung gegen eine rechtmäßig bestehende Obrigkeit gewonnen. Wenn er sie jetzt niederlegen wollte, so würde er Europa in Verlegenheit setzen, und man würde ihn ziemlich einstimmig bitten, zu bleiben, und wenn er sie an den Herzog von Bordeaux cedirte, so würde sie dieser ohne fremde Hülfe sich nicht erhalten können. Der Kaiser Napoleon vermag sich keinen anderen Ursprung zu geben, als er hat; daß er aber im Besitze der Herrschaft dem Principe der Volkssouverainetät faktisch zu huldigen fortführe und von dem Willen der Massen das Gesetz empfinge, wie das jetzt in England mehr und mehr üblich wird, kann man von ihm nicht sagen.

Es ist menschlich natürlich, daß die Unterdrückung und schändliche Behandlung unseres Landes durch Napoleon I. in Allen, die es erlebt haben, einen unauslöschlichen Eindruck hinterlassen hat, und daß in deren Augen das böse Princip, welches in Gestalt der Revolution die Throne und das bestehende Recht gefährdet, sich allein mit der Person und dem Namen dessen identificirt, den man »l'heureux soldat héritier de la révolution« nannte; aber es scheint damit dem jetzigen Napoleon doch zu viel aufgebürdet zu werden, wenn man gerade in ihm und nur in ihm die Revolution personificirt, und aus diesem Grunde die Proscription über ihn aussprechen, und es wider die Ehre erklären will, mit ihm zu verkehren. Was gerade die Französische Revolution für uns als etwas Besonderes und mehr als andere analoge Erscheinungen Feindseliges betrachten läßt, liegt weniger in der Rolle, welche die Familie Bonaparte etwa ferner spielen könnte, als in der örtlichen und zeitlichen Nähe der Ereignisse und in der Größe und Kriegsfähigkeit des Landes, welches von ihnen bewegt wird; deshalb sind sie gefährlicher, aber es erscheint deshalb noch nicht verwerflicher, mit Bonaparte's in Beziehung zu stehen, als mit anderen von der Revolution erzeugten Existenzen, oder mit Regierungen, welche die Principien der Revolution freiwillig bei sich durchführen, wie Österreich, und für deren Verbreitung thätig sind, wie England. Nachdem Louis Napoleon von uns als Souverain eines benachbarten Landes officiell anerkannt ist, kann es in keiner Weise ehrenrührig erscheinen, mit ihm in diejenigen Beziehungen zu treten, welche der Lauf der politischen Ereignisse mit sich bringt. Diese Beziehungen mögen an sich nichts Wünschenswerthes sein, aber wenn wir auch schließlich andere Intimitäten erstreben wollten, so wird auch das kaum möglich sein, ohne durch die Wirklichkeit oder den Schein

Digitized by Google

der Freundschaft mit Frankreich hindurch zu gehen. Nur durch dieses Mittel können wir Österreich nöthigen, auf den überspannten Ehrgeiz der Schwarzenbergschen Pläne zu verzichten, und nur durch dieses Mittel können wir eine weitere, Deutschland gänzlich auflösende Entwickelung der direkten Beziehungen der Deutschen Mittelstaaten zu Frankreich hemmen. Auch England wird anfangen, zu erkennen, wie wichtig ihm die Allianz Preußens ist, sobald es fürchten muß, sie an Frankreich zu verlieren. Also auch wenn wir uns an Österreich und England anlehnen wollen, müssen wir bei Frankreich anfangen, um jene zur Erkenntniß zu bringen. 1857 Juni 2.

Es ist wahrscheinlich, daß über kurz oder lang, jedenfalls sobald Erkältungen zwischen Frankreich und England eintreten sollten, eine Französisch-Russische Allianz aus dem jetzigen décousu der Europäischen Zustände hervorgeht, ohne daß wir es hindern können. Mit dieser Eventualität müssen wir rechnen und uns darüber klar machen, welche Stellung wir vorkommenden Falls zu derselben einnehmen wollen; ein passives Abwarten der Ereignisse, ein Bestreben, uns von der Berührung durch dieselben fern zu erhalten, ist in der Mitte Europas nicht durchzuführen; der Versuch dazu kann leicht ebenso beklagenswerthe Folgen haben, wie die unentschlossene Planlosigkeit, welche die Signatur der Preußischen Politik 1805 war, und wenn wir uns nicht die Rolle des Hammers vorbereiten, so bleibt leicht nur die des Ambos übrig. Verhältnißmäßig schwach werden wir in jeder Verbindung mit anderen Großmächten erscheinen, solange wir eben nicht stärker sind, als wir sind. Österreich und England werden, wenn wir mit ihnen im Bunde sind, ihre Überlegenheit über uns auch nicht zu unserem Vortheile geltend machen; wir haben auf dem Wiener Congreß gesehen, daß gerade die Interessen dieser beiden Mächte sich den unserigen am meisten entgegenstellten. Österreich kann nicht wollen, daß wir in Deutschland an Bedeutung gewinnen, und England kann uns weder unsere industrielle, noch eine maritime Entwickelung in Handel und Flotte gönnen. In der Politik thut Niemand etwas für den Anderen, wenn er nicht zugleich *sein* Interesse dabei findet; die Richtung aber, in welcher Österreich und die Deutschen Mittelstaaten gegenwärtig ihre Interessen verfolgen, ist mit den Aufgaben, welche für Preußen Lebensaufgaben sind, ganz incompatibel, und eine Gemeinschaftlichkeit deutscher Politik gar nicht möglich, solange Österreich nicht ein bescheideneres System uns gegenüber adoptirt, wozu bis jetzt wenig Aussicht ist.

Wie aber auch die Parteinahme Preußens bei einer neuen Gestaltung der Allianzen in Europa ausfallen möge, nach jeder Richtung hin empfiehlt es sich, die gegenwärtigen Werbungen Frankreichs um unsere Freundschaft nicht abzuweisen, sondern umgekehrt dem Vorhandensein intimerer Beziehungen zwischen beiden Regierungen einen für alle Cabinette erkennbaren Ausdruck zu

Digitized by Google

1857 Juni 2. geben. Als einen solchen bietet sich vorzugsweise ein Besuch des Kaisers Napoleon in Preußen dar.

Die Deutschen Staaten sind rücksichtsvoll und anhänglich an uns in dem Maße, als sie uns für befreundet mit Frankreich halten; Vertrauen werden sie nie zu uns gewinnen; jeder Blick auf die Karte benimmt es ihnen, und sie wissen, daß ihre Sonderinteressen und ihr Mißbrauch der Souverainetät stets der Gesammtrichtung der Preußischen Politik im Wege stehen. Sie erkennen deutlich die Gefahr, welche hierin für sie liegt, und gegen welche nur die Uneigennützigkeit unseres Allergnädigsten Herrn ihnen eine Sicherheit für die Gegenwart gewährt. Ein Besuch des Kaisers der Franzosen bei uns kann deshalb Mißtrauen bei ihnen nicht weiter hervorrufen, dasselbe ist untilgbar vorhanden, und die Gesinnungen des Königs, welche es für jetzt wenigstens entkräften sollten, werden Sr. Majestät nicht gedankt, sondern nur benutzt und ausgebeutet. Die Dankbarkeit und das Vertrauen werden im Falle der Noth nicht Einen Mann für uns in's Feld bringen; die Furcht, wenn sie vorsichtig und geschickt benutzt wird, kann den ganzen Bund zu unserer Disposition stellen und, um sie einzuflößen, müssen wir ostensible Zeichen unserer guten Beziehungen zu Frankreich geben.

Wenn wir dagegen Frankreichs dermalige Werbungen um uns ablehnen, wenn wir namentlich dem in Paris fast zum Bedürfniß gewordenen Wunsch eines Zusammentreffens der Monarchen, eines Besuchs bei uns unerfüllt lassen, so wird der Kaiser Napoleon den Grund unseres Verhaltens nicht in politischen Erwägungen, sondern in seiner Person suchen, und die Empfindlichkeit darüber kann nicht anders als auf die gegenseitigen Beziehungen zurückwirken. Es kann ohne Zweifel auch eine solche Gestaltung der Preußischen Politik gedacht werden, die es mit sich bringt, auf kühlem Fuße mit Frankreich zu stehen, wenn sich auch sichere Unterlagen für eine solche in der augenblicklichen Lage Europa's nicht erkennen lassen. Solange aber eine solche Politik nicht entschieden von uns adoptirt ist, dürfte es sich unter allen Gesichtspunkten empfehlen, unseren Beziehungen zu Frankreich jede Pflege angedeihen zu lassen, welchen nicht unabweisliche Rücksichten entgegenstehen".

115. Eigenhändiger Bericht, betr. die Besprechung der Dänischen Frage mit dem Fürsten v. Gortschakoff und Herrn v. Bülow. Bemühungen in Betreff einer Zusammenkunft Napoleon's mit dem König von Preußen und dem Kaiser von Rußland. Bedeutung derselben für Preußens Stellung in Deutschland. Principielle Opposition Österreichs gegen Preußen. Haltung der Kreuzzeitung gegenüber Frankreich und Österreich. Stimmung des Kaisers Alexander in Betreff Österreichs und einer Tripel-Allianz Preußens, Rußlands und Frank-

Digitized by Google

reichs, sowie Auslassungen des Fürsten Gortschakoff hierüber. Einladung des Herrn v. Bismarck zum Besuch des Kaisers Alexander und zur Jagd nach Schweden. Decorirung des Französischen Gesandtschaftspersonals in Bern durch Preußen. Erklärung für die Schwenkung Württembergs nach Österreich. 3. Juli 1857.

„Ew. Excellenz beehre ich mich in Fortsetzung meines gestrigen Schreibens[1] noch Nachstehendes vorzutragen. 1857 Juli 3.

Ich besuchte vorgestern den mir als früherer College in Frankfurt bekannten Fürsten Gortschakoff, und traf bei ihm mit Herrn von Bülow von hier zusammen. Das Gespräch kam natürlich auf die Dänische Frage,[2] und ich setzte meine Ansicht etwa in Folgendem auseinander, was ich indessen Ew. Excellenz gegenüber nicht in allen Punkten als meine wirkliche Meinung gebe, sondern theilweis mit Rücksicht auf jene Herren vorbrachte. Preußen hat ebensowohl wie Rußland das Interesse, die Dänische Monarchie in ihrem Territorialbestande erhalten zu sehen, weil Alles, was an ihre Stelle treten könnte, für uns unbequemer wäre, als das heutige Dänemark, sobald es verständig regiert wird. Die Gesammtverfassung ist aber kein erhaltendes Band für den Dänischen Staat, sondern ein zersetzendes Element, welches die Trennung zwischen Deutschen und Dänen durch Reibungen fördert, und den Staat unfähig macht, Europäische Krisen zu überdauern. Um Dänemark zu kräftigen, müsse die Gesammtverfassung und mit ihr die Herrschaft der Demokratie fallen. Herr von Bülow gab dies, als mit seiner Privatansicht, vielleicht auch mit der einiger der Dänischen Minister übereinstimmend, im Allgemeinen zu, meinte aber, daß man der Regierung Zeit lassen müsse, um ein Programm der Art zur Reife und eine conservative Herrschaft zur Entwickelung zu bringen; versuche man, die letztere durch eine Pression von außen zu zeitigen, so werde man Unruhen in Copenhagen und in Folge derselben fremde, namentlich Englisch-Französische Einmischung herbeiführen. Das Bemerkenswertheste in den Äußerungen des Fürsten Gortschakoff war, daß der Schlüssel der Position in den Händen der Gräfin Danner[3] liege, et si on s'assurait d'elle en lui assurant un avenir, so bedürfe es gar keines Regierungswechsels (von dem jetzt gerüchtweise so oft die Rede sei), um mit dem jetzigen König alle wünschenswerthen Änderungen durchzusetzen, ohne daß es zu Unruhen oder Einmischungen zu kommen brauche. Herr von Bülow begleitete diese Rede mit einem Kopfnicken, welches eine diplomatische Mitte zwischen Nachdenken und Beifall hielt. Schließlich stellte mir Fürst Gortschakoff vor, wie wünschens-

1) Gemeint ist das in Band III, Urkunde 70 abgedruckte eigenhändige Privatschreiben des Herrn von Bismarck, betreffend die Haltung Österreichs in der Holsteinischen Frage.

2) cf. oben S. 255.

3) cf. Band III, S. 97.

Digitized by Google

1857 Juli 3. werth es sei, der letzten Dänischen Mittheilung [1]) gegenüber keine heftigen und unerwarteten Schritte zu thun, sondern erst zu sehen, wie sich die Beziehungen zwischen den Holsteinschen Ständen und der Regierung praktisch gestalten würden.

Graf Montessuy [2]) hat einige Zeit in Paris zugebracht. Seine Äußerungen bestätigen von neuem meine eigenen Wahrnehmungen, daß der Kaiser Napoleon ein Zusammentreffen mit Sr. Majestät und mit dem Kaiser Alexander lebhaft wünscht, aber nicht recht wagt, explicite Schritte dazu zu thun, weil er fürchtet, daß das Bekanntwerden derselben von seinen Gegnern mißbraucht werden würde, um ihn der Französischen Eitelkeit als einen Bittenden um Zulassung in vornehme Gesellschaft darzustellen. Meinem hiesigen Collegen von Frankreich läßt der Kitzel, sich ein Verdienst um die Zusammenkunft zu erwerben, ohne sich zu compromittiren, keine Ruhe. Gleich nach seiner Rückkehr hat er zu mir und Herrn von Fonton [3]) in dem Sinne gesprochen; er habe keine Aufträge, aber er sei überzeugt, daß es dem Kaiser sehr lieb sein werde; durch Herrn von Moustier [4]) seien Nachrichten gekommen, daß auch Se. M. der König dafür gestimmt sei; er habe gehört, daß durch Hatzfeldt eine Einladung des Kaisers Napoleon zu unseren Manövern, oder zu einem Zusammentreffen jetzt in Süddeutschland erfolgt sei oder doch erwartet werde; kurz er steckt voller »on dit« über dieses Thema, hält aber nicht Stand, wenn man ihn genauer fragt. Mit Fonton führt er ähnliche Reden; derselbe nahm sie Anfangs kühl auf, sagte, er laufe Gefahr, die Empfindlichkeit des Fürsten Gortschakoff zu erregen, wenn er sich auf die Erörterung einlasse; dann theilte er mir Montessuy's Bemühungen mit, und sprach von der Schwierigkeit, welche die Rang- und Etikettenfrage bei solcher Begegnung darbieten würde. Ich fragte vorgestern den Fürsten Gortschakoff, ob er auf eine Zusammenkunft beider Kaiser rechne; er sagte, sie sei nicht unmöglich, da sein Kaiser bis zum 22. in Kissingen bleibe; sie würde ihm, und er glaube auch dem Kaiser zur größten Freude gereichen, da die persönlichen Beziehungen beider Monarchen vermöge ihrer direkten Correspondenz ganz ausgezeichnete seien; Schritte, um eine Zusammenkunft herbeizuführen, könnten aber nach allen Avancen, die Rußland an Frankreich gemacht habe, nicht von ersterem ausgehen; die Rangfrage müsse man sich selbst überlassen, wenn man sie vorher bespreche, werde sie schwierig. Er sprach lange und viel über das Thema, über die örtlichen Möglichkeiten, wo man sich treffen könne; das Leichteste schien ein Gegenbesuch des Kaisers Napoleon in Stuttgart, von dort ein Besuch bei der Kaiserin-

1) cf. Band III, S. 134, Note 1.
2) cf. oben S. 241, Note 1.
3) cf. oben S. 248, Note 3.
4) Marquis de Moustier, Französischer Gesandter in Berlin.

Digitized by Google

Mutter in Wildbad.[1]) Im Ganzen hatte ich den Eindruck, daß er mit Sicher- 1857
heit auf die Verwirklichung rechnet, entweder weil er glaubt, der Französische Juli 3.
Kaiser werde es nicht lassen können, auch ohne daß Rußland neue Avancen mache, oder, was mir noch wahrscheinlicher wurde, weil die ganze Sache schon arrangirt und abgemacht ist, und Gortschakoff mir nur den Eindruck lassen wollte, als warte Rußland ruhig das Entgegenkommen Frankreichs ab. Wenn meine Vermuthung richtig ist, so darf ich annehmen, daß auch wir der Verabredung nicht mehr fremd sind, und wünsche uns Glück dazu.

Es ist dringend zu wünschen, daß wir in Deutschland wieder eine gewichtigere diplomatische Position gewinnen, indem sich durch eine solche Begegnung der drei Monarchen der Schatten einer möglichen künftigen Allianz an der Wand zeichnet. Die rücksichtslose Dreistigkeit, mit der jetzt wieder Sachsen, Württemberg und sogar Hannover in der Rastatter Frage gegen uns Partei nehmen,[2]) anstatt doch wenigstens auf vermittelnde Verhandlungen und Verständigungen hinzuwirken, ist wirklich recht geeignet, Österreich in seinem System, uns zu majorisiren, anstatt uns zu gewinnen, zu bestärken.

Unter der mir heute von Ew. Excellenz zugegangenen Expedition ist ein Bericht von Zschock[3]) aus Stuttgart; derselbe läßt sich, wie es scheint, durch den Vorwurf verblüffen, daß wir principielle Opposition gegen Österreich machten; er hätte erwidern sollen, daß Österreich principielle Opposition gegen uns macht; Österreich tritt erobernd auf gegen unsere Position in Deutschland, und man will uns vorwerfen und übelnehmen, daß wir uns vertheidigen, statt daß man uns beistehen, und Österreich vorhalten sollte, daß es den Deutschen Bund muthwillig sprengt, wenn es fortfährt, Preußen mit Bundesmajoritäten unterdrücken zu wollen.

Die Kreuzzeitung könnte auch etwas Klügeres thun, als in den Chorus der sittlichen Entrüstung Österreichischer Blätter über angebliche Provocation Französischer Einmischung in Deutsche Fragen einzustimmen; sie sollte lieber Österreich in's Gewissen reden, daß es Frieden mit uns sucht und hält, anstatt uns überlaufen zu wollen. Diese Theoretiker reden, als ob Österreich gar kein Ausland mehr für Preußen wäre, und als ob wir vollständig in Präsidial-Deutschland aufzugehen hätten. Nicht durch das Bücken vor Österreichischer Anmaßung, sondern dadurch, daß wir die Zähne zeigen und auf die nothwendigen Consequenzen einer schlechten Behandlung Preußens offen aufmerksam machen, werden wir zu besseren Verhältnissen in Deutschland kommen können.

In Betreff Österreichs, sagte Fürst Gortschakoff, sei die Stimmung des

1) Kaiserin Alexandra Feodorowna, des Königs Friedrich Wilhelm III. von Preußen Tochter, Mutter des Kaisers Alexander II. von Rußland.

2) cf. oben S. 259 und die in Band III über diese Frage abgedruckten Urkunden.

3) von Zschock, Geschäftsträger bei der Preußischen Gesandtschaft in Stuttgart.

Digitized by Google

1857 Juli 3. Kaisers Alexander dieselbe, wie zur Zeit der Krönung; die Worte Österreichs würden die, in Folge der Österreichischen Politik natürliche Kälte Rußlands nicht ändern, mit Phrasen lasse man sich nicht abspeisen, und Rußland werde nicht mehr die dupe einer angeblichen Solidarität des „Österreichischen" Conservatismus sein; Frankreich werde, solange sein jetziges System dauere, naturgemäß den von Österreich leer gelassenen Platz einnehmen, und die Verbindung von Rußland, Preußen und Frankreich werde, an Stelle der früheren Allianz, den Frieden Europas erhalten, und dem Österreichischen Ehrgeiz im Orient und in Deutschland Schranken stecken. Den Gedanken dieser Tripel-Allianz formulirte er sehr rondement als Ziel seiner Wünsche, nannte dann auch England gelegentlich als Vierten im Bunde, und sprach von demselben bei Weitem nicht mit der Abneigung wie von Österreich.

Was von dieser, noch sehr in Details über den Charakter höchster Personen eingehenden Unterhaltung nur für mich, und was aus Überzeugung gesprochen wurde, vermag ich nicht zu sagen; aber viel Vortheil konnte er sich weiter nicht davon versprechen, mir diese Ansichten als die Seinigen aufzubinden, wenn er sie nicht wirklich hatte. Er fragte mich, ob ich nicht einen Besuch in Kissingen machen würde, da der Kaiser mich noch nicht kenne; ich konnte nur erwidern, daß ich es gern thun würde, wenn meine hiesigen Geschäfte es gestatteten.

Für den Monat August hat mich der Prinz Friedrich von Hessen auf 14 Tage zur Jagd nach Schweden eingeladen; da wir alsdann voraussichtlich Ferien haben, so würde ich gern hingehen; er sagt mir, daß außer dem Prinzen von Dänemark einige Sommitäten der politischen Welt des Nordens, Baron Blizen [1]) und Andere dort sein würden. Ich kann also manche Gelegenheit zur Information dabei haben.

Von einem Mitgliede der Französischen Gesandtschaft in der Schweiz ist mir gelegentlich die Frage gestellt worden, ob die Herren bei Wiederaufnahme unserer diplomatischen Beziehungen zur Schweiz von uns decorirt werden würden; ich sagte ihm, daß alle bei dergleichen Vertretungen übliche Ehren ohne Zweifel gewährt werden würden. Der erste dortige Secretair, Tillos, ist einer der ältesten, wenn nicht der älteste premier sécrétaire im Französischen Dienste, dabei ein Mann von Fähigkeit und mit Deutschen Verhältnissen von der Universität her vertraut, so daß ihm wohl später Verwendung im Deutschen Dienste bevorsteht; ich möchte ihn deshalb der Berücksichtigung empfehlen. Einer der Secretaire ist kürzlich nach Amerika versetzt".

Postscriptum.

„Was Herr von Zschock [2]) über den Eindruck unserer „principiellen Oppo-

1) cf. unten S. 298 und 302.

2) cf. oben S. 283, Note 3.

Digitized by Google

sition gegen Österreich" in Württemberg sagt, ist deshalb, wenn es wahr ist, 1857
merkwürdig, weil der König von Württemberg und Herr von Hügel [1]) bisher Juli 3.
und in den letzten zwei Jahren gegen mich und Andere jederzeit nur im Sinne der heftigsten Gereiztheit gegen Österreich gesprochen haben. Sollte in Stuttgart vielleicht etwas über Bayerische Besprechungen mit Frankreich, bei Gelegenheit des Besuchs des Königs in Paris, verlautet haben, wodurch Württemberg beunruhigt und zum Anschluß an Österreich bestimmt würde?"

116. Eigenhändiger Bericht, betr. die Benutzung der Reise des Kaisers Alexander zur Herstellung besserer Beziehungen zwischen Österreich und Rußland, sowie Scheitern dieses Versuches. Begrüßung des Kaisers durch einen Französischen General. Reisedispositionen des Ersteren. Wendung in der Politik Hannovers. Diplomatische Vertretung Preußens daselbst. Stimmung und Haltung des Königs Georg. Theorie von der ausschließlichen Berechtigung Österreichs zu einer selbständigen Politik. Consequenzen dieses Systems und Mittel zur Bekämpfung desselben. Berechtigung Frankreichs zu einer Meinungsäußerung in der Rastatter Besatzungsfrage. Dispositionen der Bundestagsgesandten in der Dänischen Frage. Fürst v. Metternich über Kossuth und Mazzini. 7. Juli 1857.

„Ew. Excellenz erlaube ich mir einige mit der Reise des Kaisers von Juli 7.
Rußland zusammenhängende Nachrichten mitzutheilen.

In meinem früheren Schreiben meldete ich, daß Graf Buol gegen Graf Rechberg die Absicht geäußert hatte, die Reise des Kaisers Alexander zur Herstellung besserer Beziehungen zwischen Österreich und Rußland zu benutzen. Aus sicherster Quelle habe ich über die Art, wie dieses versucht worden ist, Folgendes in Erfahrung gebracht.

Als Graf Rechberg in der Woche nach Pfingsten ostensibel zum Besuche seines Bruders [2]) nach Württemberg ging, hat er im Auftrage seines Cabinets dem König von Württemberg die Bitte vorgetragen, der Vermittler Österreichs bei dem Kaiser Alexander zu sein, und der Erstere hat es übernommen, auf Letzteren in dem gewünschten Sinne einzuwirken. Bei der Anwesenheit des Kaisers in Wildbad ist dies jetzt geschehen, aber ohne den gewünschten Erfolg. Der Kaiser hat auf die Vorstellungen des Königs, welche ihre Begründung vorzugsweise den von der Revolution und eventuell von Frankreich drohenden Gefahren entnommen haben, erwidert: Er hege keine feindseligen Gesinnungen gegen Österreich, habe aber auch keinen Anlaß zu intimeren Sympathien, und

1) Freiherr von Hügel, Württembergischer Minister der auswärtigen Angelegenheiten.
2) Albert Graf von Rechberg, erbliches Mitglied der Kammer der Standesherren in Württemberg, Haupt des gräflichen Hauses Rechberg und Rothenlöwen.

Digitized by Google

1857 Juli 7. bevor von einer Annäherung Rußlands an Österreich die Rede sein könne, müsse er andere „Garantien" für die Österreichische Politik haben als bisher. Wenn aber auch Österreich bereit wäre, diese Möglichkeit zu gewähren, so werde sich der Kaiser Alexander doch »à tout jamais« nicht wieder auf eine Allianz zu Dreien mit der Frontstellung gegen Frankreich einlassen. Fürst Gortschakoff hat sich dann gegen den König von Württemberg noch weiter darüber ausgesprochen, daß Rußland bestrebt sein werde, mit Preußen und Frankreich in enge Beziehungen zu treten, welche darauf berechnet seien, den Frieden und das Recht in Europa gemeinschaftlich aufrecht zu erhalten; wenn Österreich später das Bedürfniß fühlen sollte, zur Vertretung derselben Grundsätze jener Verbindung als Vierter beizutreten, so werde Rußland sich dem nicht widersetzen. Der König von Württemberg selbst hat seinen, für die Verständigung Österreichs mit Rußland unternommenen Versuch als complètement raté bezeichnet.

Ew. Excellenz werden wohl schon von Baden aus erfahren haben, daß der General Rewbel auf telegraphischen Befehl des Kaisers Napoleon sich zur Begrüßung des Kaisers von Rußland dort eingefunden, und das Bedauern des Ersteren darüber ausgedrückt hat, daß er nicht früher gewußt habe, wie nahe der Kaiser von Rußland der Französischen Grenze gekommen, und ihn daher nur durch den General begrüßen könne. Der Kaiser Alexander hat erwidert, daß sein Entschluß, nach Baden zu gehen, ein ganz plötzlicher gewesen, und daß es ihm sehr leid thue, nicht schon bei dieser Gelegenheit die persönliche Bekanntschaft des Kaisers der Franzosen haben machen zu können.

Nach einigen mir von Eisenbahnbeamten in Betreff der Circulation und Aufstellung der Hofwagen und sonst zugehenden Notizen glaube ich annehmen zu dürfen, daß der Kaiser Alexander bereits zu Ende dieser Woche wieder hier durch auf der Bahn nach Heidelberg passiren wird, also vermuthlich am 13. zum Geburtsfest der Kaiserin-Mutter[1] in Wildbad ist.

Die letzten Nachrichten aus Hannover sind sehr eigenthümlich; ich höre, daß die Wendung zu Österreich persönliche Politik des Königs Georg, im Widerspruch mit Platen's Ansicht ist, vielleicht das Werk Zimmermann's,[2] der sowohl den König wie Platen beherrscht. Mein Hannoverscher College hier bemerkte dazu, daß Österreich der einzige Hof sei, der einen Gesandten in Hannover habe;[3] die von Preußen,[4] Rußland[5] und Frankreich[6] seien fort;

1) cf. oben S. 283, Note 1.

2) Zimmermann, Geheimer Regierungsrath, demnächst Staatsrath, Generalsecretair des Hannoverschen Gesammtministeriums.

3) Der bereits mehrfach genannte Graf von Ingelheim.

4) August Graf von Nostitz, General der Cavallerie, in außerordentlicher Mission beglaubigt (22. November 1850).

5) von Fonton. cf. oben S. 248, Note 3.

6) Graf von Reculot.

Digitized by Google

von Letzterem hörte ich dabei, daß seine Stellung sehr schlecht sei, er sich viel Feinde mache, und Politik auf eigene Hand zu treiben suche; so habe er in der Neuenburger Sache gegen uns operirt, im Widerspruch mit seiner Regierung. Es sei für uns schlechterdings nothwendig, einen ständigen Gesandten in Hannover zu haben, wenn wir Einfluß dort behalten wollten; Ysenburg[1] habe den besten Willen, sei aber durch Mangel an Stellung und Vermögen ebensosehr wie durch das Bedürfniß, sich die persönlichen Sympathien in Hannover und die Aussicht auf die Nachfolge bei Rostitz's Abgang zu erhalten, an einem festen Auftreten verhindert. 1857 Juli 7.

Ein Maßstab für die Gefühle, welche König Georg uns und Österreich widmet, liegt in der Verschiedenheit, mit welcher der Fall des Jahdebusens[2] und der von Rastatt aufgefaßt wird. Für die Entwickelung deutscher Wehrkraft zur See läßt sich noch patriotischer argumentiren, wie für die Österreichische Vertheidigung Rastatts, und letzteres ist in ganz anderem Sinne ein Zwing-Uri für den Südwesten, als die Jahde für den Nordwesten Deutschlands. Die Redensarten von der Französischen Einmischung liefern dem König von Hannover einen willkommenen Vorwand, sich in dem Dilemna zwischen uns und Österreich in anscheinend sittlicher Entrüstung auf die Seite des Letzteren zu schlagen. Es scheint, daß die Deutschen Staaten sich gewöhnen, nur Österreich als hinreichend souverain zu betrachten, um ihm eine selbständige Politik zu gestatten, an die sich dann Preußen jederzeit anschließen muß, bei Strafe für „undeutsch" erklärt zu werden. Wenn wir uns durch derartige Theorien meistern lassen, so werden wir bis zu einer Linie gedrängt werden, an der wir den Bund nicht mehr halten können, wenn wir uns nicht selbst aufgeben wollen. Zeigen wir aber die Entschlossenheit, uns das Recht der selbständigen Politik und der entscheidenden Einwirkung auf die Geschicke Deutschlands durch jedes Mittel zu erhalten, so wird die Einigkeit Deutschlands fester werden, indem die Überhebung Österreichs und der Mittelstaaten aufhört, unsere Stellung im Bunde unhaltbar zu machen. Ich will damit nicht sagen, daß sie schon unhaltbar wäre; sollten wir aber berufen sein, innere oder äußere Stürme zu bestehen, so macht es, bei einer eitlen Nation, wie wir sind, einen bedenklichen Unterschied, ob vermöge der auswärtigen Stellung, die wir haben, das Preußische Nationalgefühl gedrückt oder befriedigt ist; das Eine oder das Andere wird es heut zu Tage ziemlich genau in dem Verhältniß sein, in welchem man im Lande glaubt, daß wir abhängig oder unabhängig von Österreich uns bewegen, und ich zweifle nicht, daß es unseren inneren Zuständen wohlthun würde, wenn sich im Lande der Eindruck auffrischte, daß die Regierung eine feste Stellung Österreich gegenüber einnimmt.

1) cf. oben S. 249, Note 1.

2) Im Jahre 1853 erwarb Preußen von Oldenburg zwei kleine Landstreifen am Jahdebusen zur Anlage eines Kriegshafens.

Digitized by Google

1857 Juli 7. Sehr schlagend ist die Äußerung des Grafen Walewski[1]) gegen Baden, daß es ihn überrasche, dieselben Regierungen, welche über den Durchmarsch der Preußen nach der Schweiz[2]) in Paris angefragt hätten, jetzt so empfindlich darüber zu sehen, daß Frankreich seine Ansicht über die Festsetzung Österreichs in Baden äußere.

In Betreff der Dänischen Frage[3]) ist hier bei den Gesandten von Österreich, Sachsen, Württemberg, Baden, beiden Hessen, Luxemburg, Nassau, der 16. Stimme und natürlich Holstein nicht der mindeste Eifer zu spüren, sie bald an den Bund gebracht zu sehen, man fürchtet, daß die öffentliche Meinung die Thatsache überschätzen, sich zu großen Erwartungen aufregen und der Bund diesen alsdann nicht entsprechen könne und vermöge der Enttäuschung im Ansehen leiden werde. Die Collegen von Hannover, Mecklenburg, Weimar, Oldenburg, den Freien Städten sind schon bereiter als Jene, Dänischen Übergriffen entgegenzutreten; der von Bayern spricht in jüngster Zeit weniger davon als sonst.

Vorgestern besuchte ich den alten Metternich[4]) auf dem Johannisberg; ich finde ihn körperlich sehr, geistig wenig verändert seit fünf Jahren; er sprach fast nur von längst vergangenen Zeiten, das einzige Thema der Gegenwart, auf welches er einging, war eine Parallele zwischen Kossuth[5]) und Mazzini,[6]) man habe Programme und politische Briefe von Beiden in neuester Zeit aufgefangen, in welchen Beide sich bekämpften. Mazzini wolle Italien durch stets wiederholte Attentate in Aufregung erhalten, Kossuth rathe, im Stillen zu wirken, bis man sich stark fühle und bis die Gelegenheit einträte. Der Fürst erklärte Mazzini und sein Programm für albern und für die Regierungen ebenso nützlich, als die fingirten Attentate auf Louis Philipp; Kossuth dagegen für einen großen und höchst gefährlichen „Staatsmann der Revolution".

117. Eigenhändiger Bericht., betr. die Haltung Österreichs in der Dänischen Frage. Besuche Deutscher Fürsten bei dem Kaiser Napoleon. Reisedispositionen des Kaisers Alexander. 10. Juli 1857.

Juli 10. „Ew. Excellenz erlaube ich mir in Bezug auf die Dänische Frage[7]) anzuzeigen, daß, nach einer heute an Graf Montessuy aus Paris eingegangenen Benachrichtigung, Österreich dort bereits erklärt hat, daß ihm die letzte Dä-

1) cf. oben S. 256, Note 3.
2) cf. Band III, S. 63 und 67 ff.
3) cf. oben S. 288.
4) cf. oben S. 37, Note 1.
5) cf. oben S. 154, Note 1.
6) cf. oben S. 247, Note 2.
7) cf. oben Note 3.

Digitized by Google

nische Rückantwort[1]) nicht von der Art zu sein scheine, daß die Deutschen 1857
Mächte genöthigt wären, die Frage nunmehr an den Bund zu bringen. Öster- Juli 10.
reich werde vorziehen, die Berufung der Holsteinschen Stände abzuwarten; es komme daher lediglich darauf an, ob Preußen derselben Ansicht sei.

Ich höre, daß der Großherzog von Darmstadt die Absicht hat, den Kaiser Napoleon in Plombières zu besuchen, und der König von Württemberg sich später zu ihm nach Biarritz begeben wird; die erstere Angabe ist aus einer gut unterrichteten Quelle, die andere von der Königin von Württemberg selbst.

Der Kaiser Alexander wird, wie ich schon in meinem letzten Schreiben[2]) andeutete, die Kaiserin-Mutter zum 13. cr. in Wildbad besuchen; er wird übermorgen, am Sonntag, hier bei Herrn von Fonton diniren und am Abend in Wildbad eintreffen. Auf den 14. Abends ist hier Quartier für die Kaiserin-Wittwe bestellt, welche am 14. oder 15. ankommen und von hier zunächst nach Weimar fahren will".

118. Eigenhändiger Bericht, betr. die Reisedispositionen des Herrn v. Bismarck. Copenhagen, 24. August 1857.

„Ew. Excellenz erlaube ich mir anzuzeigen, daß ich übermorgen, Mitt- Aug. 24.
woch, Nachmittags in Berlin einzutreffen gedenke und meine Reise gern am Abend desselben Tages mit der Ostbahn fortsetzen möchte. Wenn es Ew. Excellenz Zeit erlaubt, so würde ich Ihnen bei dieser Gelegenheit über die hier erhaltenen Eindrücke mündlich Bericht erstatten, und werde ich übermorgen etwa um 5 Uhr nachfragen, ob und zu welcher Stunde ich im Laufe des Abends die Ehre haben kann, Ew. Excellenz aufzuwarten".

119. Eigenhändiger Bericht, betr. die Zusammenkunft der Kaiser von Österreich und Rußland in Weimar. Reisedispositionen des Kaisers Alexander und Zusammenkunft desselben mit Herrn v. Bismarck in Darmstadt. Beunruhigung der Deutschen Fürsten durch die Stuttgarter Monarchen-Zusammenkunft. Besuche Napoleon's in München und Darmstadt. Symptom für die Bedeutung eines Russisch-Französischen Bündnisses mit praktischem Ziele. Verbesserung der militairischen Stellung Preußens in Mainz. Ankunft des Prinzen von Preußen. 23. September 1857.

„Ew. Excellenz werden schon direkt durch den Telegraphen Kenntniß Sept. 23.
davon haben, daß der Kaiser von Österreich am 1. Oktober mit dem von Rußland in Weimar zusammentrifft.[3]) Es ist mir mit dem Beding mitgetheilt,

1) cf. oben S. 281, Note 1.
2) cf. Urkunde 117.
3) Über diese Kaiserzusammenkunft vergl. auch Band III, Urkunde 77.

Digitized by Google

1857 Sept. 23. gegen Niemand als die eigene Regierung etwas davon merken zu lassen; zugleich wurde die Besorgniß geäußert, der Kaiser Franz Joseph könne diese Begegnung in der Absicht angeregt haben, durch Zuziehung Sr. M. des Königs zu derselben sie, der Stuttgarter Zusammenkunft [1] gegenüber, zu einer Gegendemonstration im Sinne der heiligen Allianz zu benutzen. Fürst Gortschakoff sagte mir, daß sein Kaiser, bei dem leicht erregbaren Mißtrauen des Französischen, jedenfalls Alles vermeiden wolle, was in jenem Sinne gedeutet werden könne, und deshalb eine Zusammenkunft à trois, eine gleichzeitige Begegnung mit unserem Allergnädigsten Herrn und dem Kaiser von Österreich für unthunlich halte. Der Kaiser von Österreich hat den von Rußland direkt um eine persönliche Unterredung gebeten und Letzterer Weimar vorgeschlagen. Graf Buol wird seinen Herrn nicht begleiten, sondern nur Graf Grünne. [2] Von Weimar wird der Kaiser Alexander am 2. Oktober um 6 Uhr früh nach Dresden fahren und von dort um 9 Uhr Abends in Potsdam eintreffen. In Darmstadt habe ich ihn am Sonntag beim Thee der Großherzogin und Montag auf der Parade der Darmstädter Truppen gesehen. Das erste Mal sprach er wieder sein Bedauern aus, daß Se. M. der König nicht nach Stuttgart käme, bemerkte aber, daß der Großherzog sehr zufrieden mit dieser Gestaltung sei, weil die Zusammenkunft ohnehin die Deutschen Fürsten beunruhige. Letzteres sagte mir Herr von Dalwigk [3] auch und sprach sich schärfer antirussisch zu mir aus, als ich unter jetzigen Umständen erwartete. Wenn er erst weiß, daß der Kaiser von Österreich nach Weimar kommt, so wird er wohl wieder einen anderen Ton anschlagen, wie nicht minder die Österreichische Presse, die jetzt von allen Seiten das Horn bläst, um Deutschland zur „Wachsamkeit" aufzufordern. Von Bayern sind Anstrengungen gemacht worden, um den Kaiser Napoleon zu bewegen, daß er seine Excursion bis München ausdehne, aber bisher vergebens. In Darmstadt hofft man noch auf den Französischen Besuch nach der Stuttgarter entrevue, kann aber nichts Sicheres über die Art der Rückreise nach Frankreich in Erfahrung bringen. Der Französische Gesandte sagte mir, daß sein Kaiser heute um 9 Uhr Morgens von Châlons abgefahren sei, vermuthlich den Tag in Straßburg oder Metz zubringen und am 24. in Baden sein werde. Rußland ist morgen 4 Uhr, Frankreich übermorgen 5 Uhr in Stuttgart.

Der bloßen Thatsache einer Russisch-Französischen Zusammenkunft gegenüber hat man hier schon das Gefühl, daß der Deutsche Bund wackelt und alle Bundesfragen bei den Collegen an Interesse verlieren; wie schnell würde die ganze Bundesverfassung auf die Bedeutung historischen Materials herabsinken,

1) cf. Band III, S. 150.
2) cf. oben S. 78, Note 1.
3) cf. oben S. 103, Note 3.

Digitized by Google

wenn ein Bündniß mit praktischen Zwecken zwischen jenen Beiden erst wirklich vorläge! 1857 Sept. 23.

Gerüchtweise sagt man hier, daß Bonin[1] zum Commandirenden des II. Armeecorps bestimmt sei; wenn das geschähe, so wäre wohl zu wünschen, daß er einen Nachfolger bekäme, der sich während der noch übrigen Zeit des Preußischen Gouvernements der Frage wegen Verbesserung unserer dortigen militairischen Stellung[2] ernstlich annähme, und mit Reitzenstein[3] verabredete, was wir dazu thun können.

Der Prinz von Preußen trifft heute Abend hier ein, und ich denke ihn nach Baden zu begleiten, da mit der Abreise des Kaisers von Darmstadt die Stille hier wieder eintreten wird".

120. Eigenhändiger Bericht, betr. den Zustand des Königs von Preußen. Holsteinsche Frage. Zumuthungen an den Bund aus Anlaß der Pulverthurm-Katastrophe in Mainz. Kasernenbauten daselbst. Mainzer Personalnotizen. Rastatter Besatzungsfrage. Frhr. v. Brunnow. Frhr. v. Budberg und Herr v. Fonton. Englische Beschwerde über die Haltung des Herrn v. Bismarck in der Bentinckschen Streitsache. 27. Dezember 1857.

„Ew. Excellenz danke ich für das Schreiben vom 22., welches mir durch den Depeschenkasten richtig zugegangen ist. Dez. 27.

Ich begreife, daß man die Calamität, welche durch den Zustand der Gesundheit des Königs über das Land verhängt ist, in den Spitzen des staatlichen Organismus am unmittelbarsten empfindet. Die Unabhängigkeit der einzelnen Ressorts und der höchsten Vertreter eines jeden derselben hat sich bei uns herkömmlich in dem Maße ausgebildet, daß sie des vermittelnden und zusammenhaltenden Momentes, welches in dem lebendigen Wirken der Königlichen Person liegt, nicht entbehren kann. Vom Prinzen ist letzteres nicht in dem erforderlichen Maße zu verlangen, solange er nicht das Bewußtsein hat, nur Gott und sich selbst für seine Regierungshandlungen verantwortlich zu sein, solange ihm bei allen Entschließungen neben den eigenen Erwägungsgründen der Gedanke gegenwärtig bleiben muß, was der König dazu sagen werde, wenn er die Regierung wieder an sich nimmt. Gegen diese partielle Lähmung und Unfreiheit der Königlichen Gewalt giebt es aber in unserer gegenwärtigen Lage kein Mittel. Die Übernahme der Regentschaft durch den Prinzen, auch wenn

1) von Bonin, General-Lieutenant, Vice-Gouverneur der Bundesfestung Mainz.

2) cf. unten S. 292 f.

3) cf. oben S. 207, Note 2. Freiherr von Reitzenstein, General-Lieutenant, Preußischer Erster Bevollmächtigter in der Bundes-Militaircommission, demnächst Vice-Gouverneur der Bundesfestung Mainz.

Digitized by Google

1857 Dez. 27. derselben weniger Gründe und Rücksichten entgegenständen als jetzt, würde darin nichts ändern. Mit dem einen Rechtstitel seiner Geschäftsführung sowenig als mit dem anderen würde der Prinz das Gefühl eventueller Verantwortlichkeit los werden, welches von lebendigerem, aus eigenem Ermessen entspringenden Eingreifen in etwaige Dissonanzen der Regierungsorgane abhält. Auch die Kammern können als solche darin nichts bessern; wohl aber bringt ihr Zusammentritt eine Menge von neuen Personen auf die Bühne, deren Gesammteinfluß sich schwerlich in Förderung der Einigkeit und des gegenseitigen Vertrauens fühlbar machen wird. Ich würde deshalb schon aus eigenem Interesse an der gemeinsamen Sache des Landes gern in Berlin anwesend sein, und wenn ich Ew. Excellenz auf Grund meiner mannigfachen Personalbeziehungen nützlich sein kann, so komme ich sehr gern, sobald ich die Erlaubniß dazu habe, und die hiesigen Geschäfte nicht zu brennend werden, um mich loszulassen.

Die Holsteiner Sache[1]) wird nicht in so schnellen Sprüngen gehen, daß ich in den Intervallen nicht Zeit hätte, abzukommen. Herr von Schrenk hat den Berichts-Entwurf[2]) fertig, 80 enge Bogenseiten; Abschrift seiner Schlußanträge schicke ich heute mittelst Berichts ein. Das Wort Schleswig kommt in dem ganzen Referat nicht vor; die Berührung der ziemlich klaren Zusagen Dänemarks in Betreff dieses Landestheiles, etwa in Form eines Vorbehaltes bei der Motivirung, ohne daß es Gegenstand des Beschlusses würde, hätte ich wohl gewünscht. Die Übergehung Schleswigs mit gänzlichem Schweigen wird keinen guten Eindruck machen, und die allgemeine Erfahrung, daß man den Mund voll nehmen soll, um etwas zu erreichen, wird auch hier anwendbar sein.

Die Bundesfestungs-Angelegenheiten könnten mich eher periodisch hindern, mich zu entfernen. Die Mainzer steht im Vordergrunde, aber ich glaube, die Rastatter wird noch brennender werden. Was erstere anbelangt, so hat sie zwei Seiten, einmal die Schadloshaltung wegen der Explosion,[3]) dann der schon vorher betriebene Kasernenbau.[4])

Die Anforderung der Mainzer an den Bund, und die Art, wie die Darmstädter Regierung sie unterstützt und das Unglück moussiren läßt, ist übertrieben. Die sämmtlichen Klein- und Mittelstaaten, zusammen volkreicher wie Preußen, haben ungeachtet ihrer vielen Hofhaltungen und der verhältnißmäßig reichen Dotation derselben, sehr wohlhäbige Finanzzustände; sie sparen es, im Vergleich mit uns, am Militairbudget. Sie haben nicht eine gute Landesfestung, selbst Bayern kaum, und Preußen hat an 25. Der Bund baut ihnen die Festungen, erhält diese, giebt die Garnisonen her, die beispielsweise in Mainz

1) cf. oben S. 289.
2) cf. Band III, Urkunde 95.
3) cf. Band III, S. 178 ff.
4) cf. Band III, S. 228 f., 284 f., 292 ff. und 308 f.

Digitized by Google

seit 42 Jahren jährlich mindestens eine Million Thaler verzehren, und wenn ein Unglück eintrifft, soll der Bund auch noch vor den Riß treten. Wer würde Coblenz in ähnlichem Falle entschädigen? Und doch dient Coblenz so gut zum Schutze Deutschlands wie Mainz, nur mit dem Unterschiede, daß die Werke von Coblenz der Landesherr selbst bauen und unterhalten muß. Wo es sich um das Mitreden handelt, da ist jeder groß und selbständig, wo es an das Zahlen und Leisten geht, ist er klein und ruft die Mildthätigkeit des Bundes an, statt die geringe Summe von seinen eigenen Kammern zu fordern, um welche der Betrag der milden Beiträge von dem des Schadens überstiegen wird. Mir scheint es erniedrigend, daß wir durch die Österreichische Artillerie-Direktion von jeder Controle über das Pulver und dessen leichtsinnige Behandlung ausgeschlossen sind, und doch les pots cassés bezahlen sollen. Wir spielen dann etwas die Rolle des alten Herrn in der „Reise auf gemeinschaftliche Kosten", der schlecht ißt und logirt und stets für Alle bezahlt. Reitzenstein klagt sehr bitter über Bonin's[1] Verhalten in dieser Sache; anstatt die Gelegenheit zu benutzen, um das Österreichische Artillerie-Monopol unter Mitaufsicht Preußens und des Bundes zu bringen,[2] hat er die Hand geboten, einen Schleier über alles Unliebsame zu werfen, die Untersuchung Österreichischer Leitung überlassen und schließlich die Akten an Österreich ausgeliefert. 1857 Dez. 27.

Man hört von allen Seiten hier das Urtheil bestätigen, welches in der Anlage des Briefes Ew. Excellenz über Bonin gefällt wird. Er ist eine Art von männlicher Coquette, hat das Bedürfniß, allen Leuten mundrecht zu sein, und namentlich die Anerkennung Österreichs zu erwerben. Das eigenthümliche Kaiserliche Handbillet an ihn vom 17. Dezember beweist, daß ihm letzteres gelingt, und macht einiges Aufsehen in den Preußischen Kreisen. Meines Dafürhaltens sollten wir die Mainzer Zumuthung an den Bund kühl und entschieden ablehnen. Denn von wem erwarten wir Dank dafür? Vom Mainzer Volk? Vom Bischof Kettler? Von der Darmstädter Regierung unter Dalwigk? Ersteres wird Niemand, Letztere nur Österreich, dem Anstifter des Schadens danken, der mit fremdem Gelde generös zu sein weiß. Wir haben keinen Pfennig „politischer Zinsen" von einer Freigebigkeit der Art zu erwarten. Und welche Consequenzen wird ein solcher Vorgang für alle Bundesfestungen haben! Jede wird sich für allen Schaden, der mit der Festungseigenschaft oder der Garnison zusammenhängt, als assecurirt durch den Bund betrachten.

Durch den Auftrag in Betreff des Kasernenbaues zu Mainz vom 22.[3]

---

1) cf. oben S. 291, Note 1.

2) Vergleiche hierüber auch Band III, S. 294, Note 1.

3) Am 22. Dezember 1857 ertheilte der Minister Frhr. von Manteuffel Herrn von Bismarck den Auftrag, das Projekt der Anlage einer Haupt-Citadelle auf dem Käfrich in Mainz schleunigst mit den General-Lieutenants Frhr. von Reitzenstein und von Bonin

Digitized by Google

1857 Dez. 27. war ich einigermaßen in Verlegenheit gesetzt; es wäre wohl interessant zu wissen, wer den Gedanken von der Citadelle auf dem Kästrich angeregt hat; wenn es von Jemand geschehen ist, der sich au courant der Mainzer militairischen Dinge befindet, so kann ich mich des Verdachts nicht erwehren, daß derselbe lieber Österreich dienen will als Preußen. Reitzenstein ist derselben Ansicht und auch Bonin erklärte, wenigstens uns gegenüber, den Plan für durchaus intempestiv und für den Todesstoß unserer Bauprojekte innerhalb der Citadelle.

Die Mainzer Personalnotizen, welche Ew. Excellenz Schreiben beilagen, müssen von einem urtheilsfähigen und zuverlässigen Mann herrühren; wenigstens bei den Leuten, die ich kenne, treffen sie durchaus zu.

Über die Rastatter Sache[1] berichte ich ausführlich, sobald sie an den Militairausschuß gelangt.[2] Soll unser Verlangen auf Theilnahme an der Besatzung geltend gemacht werden, so wäre es gut, daß es bald geschähe, ehe die Instruktionen der anderen Gesandten definitiv feststehen. Die Truppen dazu wären nach Reitzenstein's Meinung allein schon in Wesel disponibel, wo 5 Batterien ständen.

Daß Brunnow[3] nach London kommen würde, ist, wie ich hier höre, schon im Oktober entschieden worden; er selbst sprach mir damals bei meiner Abreise in einer Weise davon, daß ich es für eine schon bekannte Sache nahm; doch nur davon, daß er Berlin verließe und hoffe, man werde ihm London geben. Er nahm schon damals vollständig Abschied von mir; ich sah Ew. Excellenz nach dem nicht mehr, sonst hätte ich davon gesprochen, und ich schrieb nicht, weil ich es für keine neue Nachricht hielt. Budberg[4] als Nachfolger Gortschakoff's[5] wäre wenig in unserem Interesse; er haßt uns im Grunde seiner Seele; ich kann nicht sagen warum, denn er hat sich über Berlin wahrlich nicht zu beklagen, und hat seine Carriere durch uns gemacht. Aber bei seiner Anwesenheit hier im Sommer hat er sich sehr antipreußisch ausgesprochen, etwa so wie er zur Zeit von Erfurt über uns reden machte, und von seinen reisenden Landsleuten, die durch Wien gekommen sind, habe ich noch neuerdings Ähnliches über ihn gehört. Über Fonton[6] habe ich hier eine minder nachtheilige Ansicht gewonnen, als Ew. Excellenz aussprechen. Sein Charakter ist wie der einer

---

näher zu besprechen, um nach Maßgabe der Rücksprache in der nächsten Sitzung der Bundesversammlung einen entsprechenden Antrag zu stellen. Vergl. auch Band III, S. 284, Note 1.

1) cf. oben S. 259, Note 2.

2) cf. Band III, Urkunde 104, 105, 119.

3) Freiherr von Brunnow, Wirklicher Geheimer Rath, Russischer Gesandter in Berlin, seit 1856.

4) Freiherr von Budberg, Geheimer Rath, Russischer Gesandter in Wien, seit 1856.

5) cf. oben S. 294, Note 4.

6) cf. oben S. 248, Note 3.

Digitized by Google

Frau, und obenein wie der einer ſüdländiſchen; ſehr heftig, aber ebenſo leicht beſänftigt und dann gutmüthig wie ein Kind, in Privatſachen nämlich; arbeitsſcheu für gewöhnlich, aber ſehr thätig und geſchickt, ſobald ſeine Theilnahme oder ſeine Leidenſchaft angeregt iſt; leicht zu gewinnen und leicht zu verletzen und für ſeine Freunde mit Eifer thätig; ſo war er es für Öſterreich und gegen uns, als er in Wien war, ſo für Platen in Hannover. Er hat von hier aus einen eminenten Einfluß auf die Entſchließungen ſeines Cabinets, und macht einen Theil der Aktenſtücke in den großen Fragen. Die jüngſte Note an Dänemark iſt, wie mir ſein Secretair ſagt, lediglich auf ſeinen wiederholten Antrag erlaſſen und bei den anderen Höfen communicirt, auch wörtlich von ihm verfaßt. Ich glaube, daß es von Einfluß iſt, ihn zum Freunde zu haben, und er hat Neigung, ſich da anzuſchließen, wo er accreditirt iſt. Nach dem, was Ew. Excellenz von ihm halten, wage ich kaum zuzureden, daß wir ihn für Berlin zu gewinnen ſuchen, aber ich würde es beklagen, wenn wir ihn ausdrücklich refüſirten und dadurch zu unſerem Feinde machten, denn daß in Petersburg wenig ohne ſeinen Rath geſchieht, höre ich von mehreren glaubwürdigen Seiten. Die Noth an geſchickten Leuten ſoll ſo fühlbar ſein, daß man über Alles hinwegſieht, was ſich gegen ihn ſagen läßt, und ihn als indispensable betrachtet, wie auch die Beſetzung der höchſten Stelle ſich verändern möchte. Budberg iſt indeſſen ſein Freund auch nicht. Bei dem Rangſtreit[1]) habe ich allerdings nur von ſeiner Seite lebhafte Erörterungen mit ihm gehabt; er war von Anderen aufgereizt, ſah aber am anderen Tage aus freien Stücken ein, daß ich Recht hatte, beſuchte mich, und war dann unſer beſter Advokat bei ſeinen Collegen von Frankreich und Belgien. Im Ganzen kann ich mir keinen Beſſeren an ſeiner Stelle wünſchen; nur möchte ich, daß ſein Privatleben, obſchon er geſellſchaftlichen Anſtoß vermeidet, ſich unſeren Norddeutſchen Begriffen mehr anbequemte. 1857 Dez. 27.

Die Engliſche Beſchwerde über mein Verhalten in der Bentinckſchen Frage[2]) hat mich überraſcht; es muß viel Öſterreichiſche Verhetzung dabei ſein, ſonſt begreife ich nicht, wie dergleichen geſchehen konnte. Es iſt ein ganz unerhörter Fall, daß eine fremde Regierung eine vertrauliche und nicht protokollirte Discuſſion im Schoße der Bundesverſammlung, von der ſie ehrlicher Weiſe gar keine Kenntniß haben kann, zur Grundlage amtlicher Schritte nimmt. Der zeitige Geſchäftsträger Edwards war heute in Folge der Sache bei mir, nachdem ihm Bloomfield's[3]) Bericht über ſeine Unterredung mit Ew. Excellenz

1) Gemeint iſt der Streit über den Rang der Bundestagsgeſandten unter ſich und im Verhältniß zu den Geſandten der fremden Großmächte in Frankfurt a. M. cf. Band III, S. 183 ff.

2) cf. Band III, S. 189 ff. und 195 ff.

3) Lord Bloomfield, Großbritanniſcher Geſandter in Berlin.

Digitized by Google

1857 Dez. 27. zugesandt worden. Ich habe zu ihm in demselben Sinne gesprochen, wie ich unter dem 26. November [1]) an Ew. Excellenz berichtete".

121. Eigenhändiger Bericht, betr. die Beurtheilung der Vermählungsfeier des Prinzen Friedrich Wilhelm von Preußen in Frankreich. Abwesenheit des Englischen Gesandten. Veränderungen in der Russischen Diplomatie. Rücktritt des Ministers Graf v. Bülow und Ernennung des Herrn v. Oertzen zu seinem Nachfolger. Haltung des Journal de Francfort bei Besprechung des Pariser Attentats. Graf v. Rechberg über die Österreichische Politik. Frhr. v. Blixen über die Holsteinsche Frage. 22. Januar 1858.

1858 Jan. 22. — — „Die Äußerungen meines Französischen Collegen sind nicht frei von Beunruhigung über den Umfang und die Lebhaftigkeit der freudigen Theilnahme in Preußen an der Vermählung des jungen Prinzen. [2]) Auch in officiösen Pariser Zeitungscorrespondenzen äußern sich analoge Empfindungen. Die Franzosen haben keine recht klare Vorstellung von unseren Beziehungen zwischen Fürst und Volk und von deutschem Familienleben, auch in höchsten Kreisen. Die Anwesenheit der ganzen Königlichen Familie in London macht ihnen den Eindruck einer politischen Demonstration, und die Theilnahme Preußens für seine künftige Königin erscheint ihnen wie ein entfesselter Durchbruch nationaler Sympathie für England.

Daß mein Englischer College [3]) von hier abwesend ist und von England also gar nichts zur Feier des Tages hier geschieht, fällt etwas auf. Er ist in Italien und kommt vielleicht am Montag wieder.

Die Ernennung Budberg's [4]) hat bei den hiesigen Russen so überrascht, daß man sie Anfangs gar nicht glauben wollte. Fonton erklärt sie sich dadurch, daß Budberg in Wien zu viel eigene Politik mit Österreich gemacht, und Fürst Gortschakoff ihm dieses Terrain habe entziehen wollen. Es scheint, daß Fonton gern nach Berlin gegangen wäre, aber nicht nach Wien, wo ihm seine Bitterkeit gegen Österreich in der jüngsten Zeit die Praxis verdorben hat. Er sagte mir, daß zur Zeit der Ernennung des Fürsten Gortschakoff in Petersburg als zweite Alternative ein Ministerium Orloff [5]) mit Budberg als Staatssecretair und faiseur für das Auswärtige daneben, aufgestellt worden sei, diese

1) cf. Band III, Urkunde 87.

2) cf. unten S. 298, Note 3.

3) Sir Alexander Malet.

4) cf. oben S. 294, Note 4.

5) Fürst Orloff, General-Adjutant und General der Cavallerie, Präsident des Reichsrathes, seit 5. April 1856, auch mit dem Vorsitz des Minister-Rathes beauftragt, cf. oben S. 171, Note 1.

Digitized by Google

Combination aber jetzt als todt und ohne Chance der Auferstehung angesehen werde. 1858 Jan. 22.

Bekannt wird Ew. Excellenz wohl schon sein, daß Graf Bülow in Schwerin [1]) Gesundheits halber zurücktritt; d. h. er will versuchen, ob er es noch etwas über ein Jahr durchführen kann, was ihm einen Pensions-Unterschied von 4000 Thlr. machen soll. Als sein Nachfolger wird mit Bestimmtheit von allen Seiten mein hiesiger College Oertzen [2]) genannt; ein achtbarer, ruhiger Charakter, etwas pedantisch und juristisch, aber ehrlich und zuverlässig, und bisher, wie sich auch in Abstimmungen vielfach zeigt, Preußisch, soweit es ein Mecklenburger von der ritterschaftlichen Partei sein kann. Er war es 1850 bis 51 nicht, aber eine siebenjährige Beobachtung der Österreichischen Politik hier an Ort und Stelle hat ihn wesentlich umgewandelt, und ich glaube, wir können seine Ernennung zum Minister, wenn wir Einfluß darauf haben, dreist befürworten.

Die Eindrücke des Pariser Attentats [3]) boten hier nur eine bemerkenswerthe Seite. Das Journal de Francfort, welches bekanntlich seit vorigem Jahre durch einen Vertrag mit Herrn von Brints [4]) direkt unter der Leitung des Wiener Preßbüreaus steht, brachte in der ersten Nummer, in welcher es das Attentat besprach, ich glaube am 18. oder 19. cr., zwei ohne Zweifel aus Wien stammende Artikel, welche nicht nur sofort für das Englische Asylrecht in die Schranken traten, sondern mit unangenehmen Spitzen für den Kaiser Napoleon durchwirkt waren, die sich gerade bei dieser Gelegenheit übel ausnahmen. Dem gegenüber äußerte Graf Rechberg laut seine Entrüstung über das Blatt, schrieb die Wiener Artikel Mazzini [5]) und seinen Genossen zu, und schürte den schon heftigen Zorn des Grafen Montessuy [6]) gegen Brints, der mit der Miene gekränkter Unschuld die Vorwürfe Beider schweigend anhörte. Frankreich wird wahrscheinlich bei den Behörden der Stadt gegen das Blatt reklamiren.

Auch bei einer Unterredung mit mir über »quid faciamus nos« [7]) ließ Graf Rechberg seiner Kritik der Österreichischen Politik einigermaßen den Zügel und sprach für bessere Verständigung mit Preußen. Gegen einen ihm befreundeten Partikulier hat er Österreichs Verhalten in der Neuenburger Frage [8]) eine

1) Hans Adolph Carl Graf von Bülow, Mecklenburgischer Minister des Auswärtigen und des Innern, seit 12. April 1850.

2) Eine Charakteristik dieses Gesandten cf. Band III, Urkunde 144.

3) Attentat des Italieners Orsini gegen Napoleon am 14. Januar 1858.

4) cf. oben S. 184, Note 4.

5) cf. oben S. 247, Note 2.

6) cf. oben S. 241, Note 1.

7) »Quid faciamus nos« 1858 anonym in Berlin bei Schneider erschienen, behandelte in geistvoller Weise insbesondere die augenblickliche politische Situation Preußens, seine Donaupolitik, die Allianzen Preußens mit Rußland, Frankreich und England, Preußens Verhältniß zu Österreich, das Deutsche Staatensystem und das germanische Princip.

8) cf. oben S. 258, Note 1.

Digitized by Google

1858 Jan. 22. „Albernheit" genannt. Er ist klüger als Buol, kennt die Verhältnisse so gut wie dieser, und sein Urtheil bestätigt, daß Österreichs Politik sich auf Holzwegen befindet, wo wir uns ihr unmöglich anschließen können. Leute wie Frantz, [1]) oder wer sonst jene Broschüre geschrieben hat, bedenken nie, daß wir uns doch nicht à tout prix anschließen können, und daß die Bedingungen, unter denen es uns nützlich sein könnte, von Österreich klar perhorrescirt werden. Die Kritik in der „Zeit" [2]) war recht geschickt verfaßt, hat aber Rechberg „tief betrübt".

Zur Zeit der Festlichkeiten [3]) würde ich gern in Berlin sein, wenn Holstein [4]) oder Mainz [5]) mich alsdann hier nicht fesseln. In der ersteren Frage habe ich nicht gemeldet, daß der bekannte Skandinave und Freund des Ministers Hall, [6]) Baron Blixen [7]) vor einigen Tagen hier war. Seiner Meinung nach würden die Schwierigkeiten sich durch Lostrennung Holsteins im Eiderdänischen Sinne leicht lösen, wenn wir keine Ansprüche wegen Schleswig machten und keine neuen Verhandlungen mit den Holsteinschen Ständen verlangten. Dänemark, d. h. der König, werde dann die vom Bunde verlangten Änderungen in Holstein-Lauenburg ohne Weiteres octroyiren und die Gesammtverfassung für den Rest der Monarchie behalten. Ob das wirklich die Absicht ist, will ich aber deshalb, weil Blixen es sagt, noch nicht verbürgen".

122. Schreiben des Herrn v. Bismarck an einen Abgeordneten, [8]) betr. die Stellung Preußens im Zollverein. Reformvorschläge. Nothwendigkeit der Schaffung eines Zollparlaments sowie einer rückhaltslosen Discussion der Preußischen Zollpolitik in den Kammern und der Presse. Die Zuckersteuer-Vorlage. 15. März 1858.

März 15. „Ich bin mit Ihnen darüber einverstanden, daß unsere Stellung im Zollverein verpfuscht ist; ich gehe noch weiter, indem ich fest überzeugt bin, daß wir den ganzen Zollverein kündigen müssen, sobald der Termin dazu gekom-

1) cf. oben S. 8, Note 4.

2) Man vergleiche die Artikel „Zur Allianzfrage" in der in Berlin erscheinenden „Zeit", Jahrgang 1858, No. 23, 25, 27 und 31.

3) Am 8. Februar 1858 waren in Berlin die Feierlichkeiten aus Anlaß des Einzuges des Prinzen Friedrich Wilhelm von Preußen und der Prinzessin Royal von Großbritannien und Irland.

4) cf. oben S. 292.

5) cf. oben S. 292 f.

6) Hall, Dänischer Conseils-Präsident, zugleich Minister des Kirchen- und Unterrichtswesens, auch Minister ad interim. für die auswärtigen Angelegenheiten.

7) cf. unten S. 301.

8) cf. unten S. 303.

Digitized by Google

men ist. Die Gründe dieser Überzeugung sind zu weitschichtig, um sie hier zu entwickeln, und zu eng zusammenhängend, um sie einzeln zu nennen. Wir müssen kündigen auf die Gefahr hin, mit Dessau und Sondershausen allein zu bleiben. Es ist aber nicht zu wünschen, daß letzteres der Fall werde, oder doch daß es lange dauere. Deshalb müssen wir in der noch laufenden Periode den anderen Staaten den Zollverein angenehm, wenn es sein kann, zum unentbehrlichen Bedürfniß machen, damit sie nach der Kündigung den Anschluß auf unsere Bedingungen suchen. Ein Theil dieses Systems ist, daß man sie höhere Nettorevenüen ziehen läßt, als sie selbst durch Grenzzölle ohne Preußen sich würden verschaffen können. Ein anderer Theil ist der, daß man ihnen nicht die Fortdauer eines Zollvereins mit Preußen als sachlich unmöglich erscheinen läßt; das wird aber, wenn neben den 28 Regierungen noch einige 50 ständische Körperschaften, geleitet von sehr partikulären Interessen, ein liberum veto ausüben. Fangen die Preußischen Kammern damit an, so wird schon der Gleichheitsschwindel der Deutschen Regierungen nicht zugeben, daß die übrigen zurückstehen; sie werden sich auch wichtig machen wollen. 1858 März 15.

Ich glaube, daß wir in einem nach 1865 von Preußen umzubildenden Zollvereine, um diesen Klippen zu entgehen, für die Ausübung des ständischen Zustimmungsrechtes in Zollvereinssachen, den Unionsprojekten von 1849 eine Einrichtung entnehmen, eine Art Zollparlament einrichten müssen, mit Bestimmung für itio in partes, wenn die Andern es verlangen. Die Regierungen werden schwer daran gehen; aber wenn wir dreist und consequent wären, könnten wir viel durchsetzen. Die in Ihrem Briefe ausgesprochene Idee, die Preußischen Kammern, vermöge der Vertretung aller Deutschen Steuerzahler durch sie, zur Grundlage hegemonischer Bestrebungen zu machen, steht auf demselben Felde. Kammern und Presse könnten das mächtigste Hülfsmittel unserer auswärtigen Politik werden. In dem vorliegenden Falle, welches auch das Ergebniß der Abstimmung sein mag, müßte jedenfalls die Zollvereinspolitik, der Schaden des Vereins für Preußen, die Nothwendigkeit für uns, ihn zu kündigen, auf das eingehendste und schärfste erörtert werden, damit die Erkenntniß darüber sich Bahn bricht; Ihr Brief sollte als Artikel in der Kreuzzeitung stehen, anstatt hier auf meinem Tisch zu liegen. Kammern und Presse müßten die Deutsche Zollpolitik breit und rückhaltslos aus dem Preußischen Standpunkte discutiren; dann würde sich ihnen die ermattete Aufmerksamkeit Deutschlands wieder zuwenden, und unser Landtag für Preußen eine Macht in Deutschland werden. Ich wünschte den Zollverein in den Bund nebst Preußens Stellung zu beiden in unseren Kammern dem Secirmesser der schärfsten Kritik unterzogen zu sehen; davon kann der König, seine Minister und deren Politik, wenn sie ihr Handwerk verstehen, nur Vortheil haben. Aber ich wünschte doch als Resultat einer solchen Discussion, die Vorlage mit ge-

Digitized by Google

1858 März 15. ringer Majorität angenommen zu sehen. Denn es handelt sich im nächsten Augenblick für den Zollverein mehr darum, Deutsche Regierungen an die Fleischtöpfe desselben zu fesseln, als Sympathien ihrer Unterthanen zu gewinnen. Die Letzteren sind machtlos, und in Betreff ihrer erreicht eine kräftige, sachverständige und ehrliebende Debatte dasselbe, wie die Zufälligkeit eines Abstimmungsresultates. Ich würde daher aus Gründen unserer äußeren Politik jedenfalls für die Regierungsvorlage[1]) stimmen, wenn ich dort wäre. Die Bedenken aus inneren Gründen, die Ihr Brief enthält, vermag ich hier nicht alle zu beurtheilen. Drückend ist die Steuer nicht, denn die Leute sind reich, und wem der Zucker zu theuer wird, der ißt keinen. Gegen H. aber würden Sie mit der Verwerfung der Vorlage gar nichts erreichen, zumal er mit dieser Sache in keinem amtlichen Zusammenhange steht; aber auch B. würde durch die Verwerfung keinen Schaden leiden".[2])

123. Eigenhändiger Bericht, betr. das Interesse Preußens an der Lösung der Herzogthümerfrage. Einziehung Schleswigs in die Controverse und Eventualitäten im Falle der Behandlung der Dänischen Antwort am Bunde. Frhr. v. Blixen. 15. März 1858.

März 15. „Ich hatte das anliegende Schreiben in der Absicht gemacht, daß es Sr. K. H. dem Prinzen vorgelegt werden könnte. Bei der Durchlesung finde ich aber, daß es in der Eile etwas ungeordnet und unklar ausgefallen ist, und werde mir deshalb erlauben, den Hauptinhalt zu einem Mémoire umzuarbeiten und dieses dem Prinzen einzusenden.

Die Quehlschen Briefe beehre ich mich hier wieder vorzulegen. Bei allem seinem Verstande geht doch die Lebhaftigkeit antidänisch mit ihm durch. Warum sollen wir eigentlich besondere diplomatische Anstrengungen aufwenden, damit die Deutschen in Dänemark zur vollen Zufriedenheit mit ihrem heimischen Zustande gelangen, und dem Bunde die Glorie der Erreichung dieses Zweckes zufällt? Was hat Preußen davon, zumal wenn der Bund eclatant durchsetzte, was wir mit Österreichs angeblicher Hülfe nicht konnten. Die jetzt mögliche Lösung der Frage wird sich wohl in dem Satze ausdrücken lassen, daß der Bund über Holstein, Europa über Schleswig entscheidet. Le mieux est l'ennemi du bien, und wenn der Bund Schleswig mitberücksichtigen will, so zieht er nothwendig die Europäische Einmischung herbei. Was die Dänen, nach Quehl's Angaben, beabsichtigen, ist für die Holsteiner jedenfalls unleidlich, und für den Bund unbefriedigend; aber ich sehe in Quehl mehr Enthusiasmus als Staatsklugheit, wenn er jeder Deutschen Regierung,

1) cf. unten S. 303, Note 1.
2) cf. unten Seite 303.

Digitized by Google

und namentlich uns zumuthet, darauf „mit Thaten zu antworten“. Wenn eine 1858
solche Dänische Erklärung an den Bund gelangt, so wird der Bund zu sehen März 15.
haben, was er darauf thut, er, nicht wir, trägt die Verantwortung. Alle Weisheit, die ich darüber vortragen könnte, finde ich in Ew. Excellenz Brief mit den Worten zusammengefaßt, daß wir bei den Verhandlungen und Beschlüssen der Bundesversammlnng „mehr nach vorn als nach hinten“ stehen. Das wird uns nicht sehr schwer werden; wir haben es bisher vollkommen durchgeführt, und Nichts nöthigt uns in einer Sache, bei der jetzt gar nichts, später nur dann etwas zu gewinnen ist, wenn sie jetzt in unbefriedigter Lage bleibt, mit unserer eigenen Verantwortlichkeit aus der Deckung hinter dem Bunde herauszutreten. Der Beifall der öffentlichen Meinung ist ein wünschenswerthes Gut für Preußen, aber mit der Gefahr, gegen das gesammte Ausland zu stehen, scheint er doch zu theuer erkauft.

Blixen [1]) kenne ich viel genauer als Quehl. Ein Aventurier ist er nicht, aber krankhaft eitel. Er hat Alles, was das Herz eines Privatmannes begehren kann, namentlich große und schöne Güter und viel Geld; aber er möchte gern politisch berühmt sein und seinen Namen in den Zeitungen lesen. Er ist der Einzige in der Dänischen Aristokratie, der Ehrgeiz hat, scheut keine Arbeit und keinen Geldaufwand, um ihn zu befriedigen, geht mit Demokraten und Aristokraten Verbindungen ein, und diese können ihn, da er Verstand, Kenntnisse und Energie besitzt, in einem an den beiden ersteren armen Lande wohl in's Ministerium führen, wenn er sich nicht durch voreilige Prahlereien und durch den Mangel an Geradheit und Offenheit, mit dem er alle Welt mißtrauisch macht, den Weg dazu verdirbt. Mit Schele ist er gar nicht zu vergleichen, schon lediglich der äußeren Politur und Wohlerzogenheit wegen, die er besitzt. Was ich in „sehr vertraulichen Gesprächen“ mit ihm geredet habe, kann ohne Schaden in jeder Zeitung gedruckt werden“.

124. Bericht, betr. das Mémoire des Herrn v. Bismarck über die Beziehungen Preußens zum Bunde und zu Österreich, sowie nähere Entwickelung des darin enthaltenen Programms. Zuckersteuer-Vorlage in der Preußischen Kammer und Beschwerden über das Preußische Handelsministerium. Graf v. Buol und die Holsteinsche Frage. Haltung Badens gegenüber Preußen. 10. April 1858.

——„In meinem letzten vertraulichen Berichte an Ew. Excellenz [2]) erwähnte April 10.
ich bereits, daß ich Sr. K. H. dem Prinzen von Preußen ein Mémoire über unsere Beziehungen zum Bunde und zu Österreich vorzulegen beabsichtigte. [3])

1) cf. oben S. 298, Note 7.

2) cf. den Eingang der vorhergehenden Urkunde.

3) Gemeint ist hier augenscheinlich das am Schlusse unseres III. Bandes abgedruckte s. g. „kleine Buch“ des Herrn von Bismarck.

Digitized by Google

1858 April 10. Mir schwebte bei Abfassung desselben hauptsächlich vor, was mir Ew. Excellenz in Betreff der Kollerschen Umtriebe gegen Sie geschrieben hatten. Aus diesem Gesichtspunkte habe ich geglaubt, daß es besseren Eingang finden würde, wenn es nicht durch Ew. Excellenz selbst, sondern direkt an den Prinzen gelangte. Ich fürchte nur, daß es zu lang ist, aber ich glaubte alle thatsächlichen Beweismittel vortragen zu müssen, weil allgemeine Klagen und Behauptungen über das gegnerische Verhalten immer den Eindruck subjektiver Ansichten machen. In einem Begleitschreiben habe ich Sr. K. Hoheit gesagt, daß ich die Durchlesung eines solchen opus nicht erwarten könne, aber bäte, Sich über die darin niedergelegten Erfahrungen meiner siebenjährigen Praxis Vortrag halten zu lassen. Ich darf daher annehmen, daß die Arbeit in Ew. Excellenz Hände gelangt ist, und bitte um nachsichtige Beurtheilung derselben. Sollte es noch nicht der Fall sein und Ew. Excellenz den Prinzen nicht darum angehen wollen, so werde ich, wenn Sie es befehlen, noch eine Abschrift machen lassen; ganz schnell wird das aber nicht gehen, da ich auf den alten Kelchner[1]) als Feder gar nicht mehr rechnen kann und auch Eckert[2]) vielfach kränklich ist. Die Sache enthält für Ew. Excellenz auch nicht viel Neues, da Sie Alles, was ich Sr. K. Hoheit über Vergangenheit und Gegenwart geschrieben, besser kennen als ich, und meine Ansichten über unsere Aufgaben in der Deutschen Politik Ew. Excellenz aus meinen Briefen und Berichten nicht nur bekannt sind, sondern von Ihnen, wie ich mir schmeichle, im Großen und Ganzen auch gebilligt werden. Letzteres ist, nach meinen Eindrücken, bei Sr. M. dem König nicht in demselben Maße der Fall. Dem Auslande gegenüber kann man in der Vertretung Preußens nicht Parteimann in derselben scharfen Ausprägung, wie im Innern bleiben, wozu England uns den Beleg und gute Beispiele liefert. Wenn wir nicht in der Österreichischen Bundespolitik „aufgehen", oder in unbequemer Zeit der Alternative eines Bruches gegenübergestellt werden wollen, so müssen wir uns bei Zeiten auf den Schwerpunkt des eigenen Gewichts zurückziehen, und von dort her die Kräfte wirken lassen, denen Österreich keine gleichartigen entgegenstellen kann. In nächster Linie rechne ich dazu, daß wir die Treibhauspflanzen der Bundespolitik der freien Luft der Öffentlichkeit aussetzen, und nicht bloß in der Presse, gegenüber dem großen Lügensystem der Gegner die freieste Besprechung Deutscher Politik gestatten, sondern auch durch Herbeiführung von Kammerverhandlungen über dieselbe eine authentische Publicität schaffen, gegen welche die Entstellungen der Presse nicht Stich halten. Wir haben da die Mittel, unsere Zurückhaltung von angeblich nationaler Bundes-Politik sehr populär zu machen, und wenn wir nur erreichen, daß Österreich und die Majoritätsschwindler vor den Consequenzen, zu denen sie uns treiben,

1) cf. oben S. 115, Note 1.
2) Kanzleirath bei der Preußischen Gesandtschaft am Bundestage.

Digitized by Google

stutzig werden, und ihre Versuche, uns mit dem föderalen Bande enger zu um- 1858
schlingen, aufgeben, so ist durch dieses negative Resultat gegen jetzt schon viel April 10.
gewonnen. Wir werden dann, wenn es in den Allerhöchsten Intentionen liegt, wenigstens ein zuverlässigeres Bündniß für „äußere und innere Sicherheit" am Bunde schaffen können, als jetzt.

Doch ich fürchte, daß in Berlin jetzt die Zuckersteuer[1]) momentan die Interessen mehr in Anspruch nimmt, als meine Bundesquerelen. Einige meiner Freunde in den Kammern haben mir in den letzten Wochen geschrieben, um, wenn ich nicht selbst käme, doch schriftlich meine Meinung zu haben. Ich habe Einem derselben zur Mittheilung an die Anderen geantwortet[2]) und erlaube mir von dem Concept meines Briefes eine Abschrift der Hauptsache beizulegen. Die am Schluß der Anlage in Bezug genommene Persönlichkeit ist der Minister von Bodelschwingh,[3]) die kurz vorher angedeutete, Heydt.[4]) Ersteren klagte ein Correspondent des Mangels an verschiedenen Eigenschaften, den Letzteren noch anderer Dinge an. Es scheint, daß namentlich unter den Capitalisten, welche Preußische Eisenbahnactien haben, große Gereiztheit gegen das Handelsministerium herrscht, und Verdächtigungen aus diesen Kreisen auch in andere verbreitet werden. Man behauptet, daß die Ausübung des Aufsichtsrechtes und die postalischen Befugnisse benutzt würden, um die Course einzelner Actiengattungen zu heben oder zu drücken, oder um unfügsame Direktionen zu peinigen. Dazu kommt, daß Geldmänner, welche äußerlich mit dem Handelsminister gut zu stehen scheinen, allerhand nicht greifbare, aber doch wirksame Andeutungen über Motive des Verhaltens in Eisenbahnsachen gegen das Aus-

1) Am 27. Februar 1858 legte die Preußische Regierung dem Abgeordnetenhause die Übereinkunft unter den Zollvereinsstaaten wegen Besteuerung des Rübenzuckers und wegen Verzollung des ausländischen Zuckers oder Syrups vom 16. Februar 1858 vor, welche im Artikel 2 für die Abmessung der Steuer folgende Grundsätze aufstellte: a) die Steuer vom vereinsländischen Zucker soll gegen den Eingangszoll vom ausländischen Zucker stets soviel niedriger gestellt werden, als nöthig ist, um der inländischen Fabrikation einen angemessenen Schutz zu gewähren, ohne zugleich die Concurrenz des ausländischen Zuckers auf eine die Einkünfte des Vereins oder das Interesse der Consumenten gefährdende Weise zu beschränken. Es sollen jedoch b) der Eingangszoll vom ausländischen Zucker und Syrup und die Steuer vom vereinsländischen Rübenzucker zusammen für den Kopf der jeweiligen Bevölkerung des Zollvereins jährlich mindestens eine Brutto-Einnahme gewähren, welche dem Ertrage jenes Zolles und dieser Steuer für den Kopf der Bevölkerung im Durchschnitte der drei Jahre 1847/49 gleichkommt, das ist, dem Betrage von 6,0762 Silbergroschen für den Kopf. Vergl. die Drucksache 57 des Hauses der Abgeordneten, IV. Legislatur-Periode, III. Session. Die Übereinkunft erlangte nach schweren Kämpfen die Genehmigung der gesetzgebenden Faktoren. (Abgedruckt in der Preußischen Gesetz-Sammlung 1858, S. 276.)

2) Oben Urkunde 122.

3) von Bodelschwingh, Finanzminister, seit 1851.

4) von der Heydt, Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, seit 6. Dezember 1848.

Digitized by Google

1858 April 10. land, über die Concurrenzverhältnisse der Ruhr- und der Saarkohlen verbreiten. Kurz in den fraglichen Briefen meiner Freunde fand sich eine artige Sammlung von Verleumdungen, die man über den Herrn gehört hatte, und die unter der Hand gewiß nachtheilig wirken, denen man aber nicht in so positiver Gestalt begegnet, daß man ihnen entgegentreten könnte, ohne ihre Bedeutung gerade dadurch zu vergrößern. Ich habe mich in meiner theilweis anliegenden Antwort auch auf diese Dinge nicht in Correspondenz einlassen können, sondern einfach zu erwägen gegeben, daß der Zucker nicht das Mittel ist, solchem Mißtrauen Ausdruck zu geben. Ew. Excellenz wollen mir verzeihen, wenn ich über diese Dinge pro informatione rückhaltlos schreibe, da ich weiß, daß Sie ohnehin mit der Bedeutung der Unterstützung, welche einzelne Herren der Regierung und Ihnen selbst gewähren, vollständig bekannt sind.

Graf Montessuy [1]) hat mich soeben durch einen längeren Besuch unterbrochen. Er kam, um mir mitzutheilen, daß Graf Buol, [2]) wie Bourquenay [3]) berichtet, sich gegen Letzteren günstig über die Dänische Mittheilung [4]) ausgelassen habe und von derselben die Erwartung hege, daß sich fruchtbare Verhandlungen daran knüpfen ließen, wenn Preußen derselben Ansicht sei. Buol habe besonders den versöhnlichen Ton der Dänischen Depesche gelobt, und dem Französischen Gesandten gesagt, daß die Vertreter mehrerer Deutscher Höfe sich in derselben anerkennenden Weise darüber geäußert hätten. In der Öffentlichkeit wird die Sprache des Wiener Cabinets wohl anders lauten.

Wentzel [5]) ist in Darmstadt, wo die Badischen Herrschaften sich auf zwei Tage zu Besuch aufhalten. Ich kann das Zimmer nicht verlassen, sonst würde ich versucht haben, meine Aufwartung zu machen. Es ist merkwürdig, daß gerade Baden unter allen Mittelstaaten in Form und Sache uns am schärfsten gegenübertritt; die Meysenbugsche Note über den 25. Februar [6]) ist in manchen Stellen grob zu nennen. [7]) Der Verfasser und überhaupt kaiseur bei Meysenbug soll Herr von Uria sein, einer der wildesten Ultramontanen".

---

1) cf. oben S. 249, Note 1.

2) Österreichischer Minister-Präsident. cf. auch oben S. 67. Note 1.

3) cf. oben S. 220, Note 2.

4) Vergl. über diese Mittheilung Band III unserer Sammlung, Urkunde 136.

5) cf. oben S. 30, Note 2.

6) Gemeint ist hier der an diesem Tage in der Bundestagssitzung ausgebrochene Streit über den § 19 der Geschäftsordnung. cf. Band III unserer Sammlung, Urkunde 123.

7) Die dem Minister Freiherrn von Manteuffel mitgetheilte Depesche des Ministers von Meysenbug vom 16. März 1858 analysirt zunächst den bereits aus Band III unserer Sammlung bekannten Vorgang und die in Folge desselben ergangene Preußische Circulardepesche vom 4. März 1858 und bemerkt sodann: „Wir können den Vorgang, von welchem der § 89 des Protokolls der achten Sitzung Zeugniß giebt, nur bedauern, und aufrichtig

Digitized by Google

125. Eigenhändiger Bericht, betr. die Rastatter Besatzungsfrage, sowie Einlenken Österreichs gegenüber der allgemeinen politischen Lage in Montenegro und Italien. Steuerverhältnisse in Ungarn. Die Stellung des Ministers v. Meysenbug und des Herrn v. Uria. Frankfurter Börse und Rhein-Nahe-Bahn. Wahlnachrichten und Parteiverhältnisse in Preußen. 26. Mai 1858.

„Ew. Excellenz wollen mir gestatten, meinen guten Willen als Correspon- 1858
dent mit einigen Zeilen zu bethätigen, wenn ich auch kaum irgend welchen Mai 26.

wünschen, daß es künftighin gelingen möge, ähnlichen Vorkommnissen vorzubeugen. Gleichwohl sind wir nicht der Ansicht, daß der fragliche Vorfall von der ihm beigelegten großen Erheblichkeit sei, und insbesondere vermögen wir uns nicht davon zu überzeugen, daß durch denselben das Recht der Äußerung der einzelnen Bundesregierungen als gefährdet oder bedroht erscheine. Eine solche Besorgniß könnte nur dann mit Grund ausgesprochen werden, wenn es sich darum gehandelt hätte, die Erklärung, deren Aufnahme in das Protokoll verlangt wurde, überhaupt zu beseitigen. Die Protokollirung an sich wurde aber nicht beanstandet, sondern es wurde nur behauptet, daß die Aufnahme in's Protokoll in Gemäßheit der für die formelle Behandlung der Sache maßgebenden Bestimmungen Behufs vorheriger Vermerkung auf dem Ansagezettel bis zur nächsten Sitzung verschoben werden müsse. Über die Anwendbarkeit des hierwegen angerufenen Paragraphen der Geschäftsordnung auf den speciellen Fall gab sich eine Meinungsverschiedenheit kund, und wir glauben kaum, daß der Bundesversammlung, die vermöge ihrer auf den Grundsätzen des Deutschen Bundes beruhenden Organisation denn doch nicht mit einer bloßen Conferenz von diplomatischen Vertretern sonst in keiner Verbindung stehender Staaten verglichen werden kann, die Befugniß bestritten werden kann, über die Frage der Anwendbarkeit der Geschäftsordnung auf den vorliegenden Fall durch Abstimmung zu entscheiden. Eine Entscheidung war aber nothwendig, und gegen die Ansicht, daß die Regierung, welche die betreffende Erklärung abgeben wolle, am besten selbst wissen müsse, ob sie einen Antrag zu stellen beabsichtige, ließ sich, wie uns scheint, nicht ohne Grund geltend machen, daß die fragliche Erklärung, selbst wenn zunächst eine Antragstellung nicht intendirt worden sei, dennoch einen Antrag involviren könne, und daß, wenn in einem Falle dieser Art die Entscheidung jeweils von dem Ausspruche der betheiligten Regierungen selbst abhängig gemacht werden wolle, die Vorschrift des mehrgedachten § 19 jeder Zeit unschwer umgangen werden könnte.

Eine andere Frage ist es, ob die Meinungsdifferenz wegen Anwendbarkeit der Bestimmungen des § 19 der Geschäftsordnung auf die von dem K. Hannoverschen Gesandten eingebrachte Erklärung von der Bundesversammlung richtig entschieden worden ist. In dieser Hinsicht wollen wir, wiewohl zu einer desfallsigen Erörterung in der jetzigen Sachlage überall kein Anlaß mehr gegeben zu sein scheint, doch darauf aufmerksam machen, daß die Hannoversche Erklärung jedenfalls nicht eine auf die Angelegenheit der vormals Schleswig-Holsteinischen Offiziere bezügliche einfache Äußerung, sondern die förmliche Beschlußnahme einer einzelnen Regierung über den fraglichen, noch in Behandlung befindlichen Gegenstand enthielt. Eine solche Beschlußnahme wegen Zahlung in die Matrikularkasse, bevor hierwegen von Seiten des Bundes eine Auflage erfolgt und Verfügung an die Kasse ergangen war, mußte nothwendig als verfrüht erscheinen, und bedurfte einer Erörterung, wobei sich die derselben gegebene Auslegung von selbst darbot, und somit die Ansicht ihre Rechtfertigung fand, es sei die der Bundesversammlung zu machende Mittheilung in Wirklichkeit einem förmlichen Antrage auf Beschlußfassung gleich zu achten.

Die Großherzogliche Regierung wird jeder Zeit gern bereit sein, im Verein mit ihren

Digitized by Google

1858 Mai 26. Stoff dazu habe, der von Interesse ist. Ich beginne mit dem Wetter und melde, daß es kalt und unfreundlich ist, täglich regnet, den Feldfrüchten aber gedeihlich zu sein scheint. Sogar der Raps verliert das lückenhafte Ansehen, welches er aus dem Winter brachte, und hat reichlich geblüht. Am Bundeshimmel ist das Wetter umgekehrt, trocken und unfruchtbar. In der Rastatter Frage [1]) hat das Drängen Rechberg's etwas nachgelassen; sei es, daß er endlich anfängt, an unseren Ernst in der Einstimmigkeitsfrage zu glauben, oder daß die trüben Aspecten in Montenegro [2]) und Italien [3]) das Einvernehmen mit Preußen wichtiger erscheinen lassen. Die Wiener Instruktionen für die Presse weisen auf letzteres hin; ich höre von hiesigen Österreichischen Zeitungsagenten, daß sie angewiesen sind, allen anderen Hader ruhen zu lassen, und nur die Nothwendigkeit zu demonstriren, daß Preußen in den orientalischen Streitigkeiten zu Österreich halten müsse. Wenn wir Österreich in den Europäischen Fragen fest entgegentreten (und in dem vorliegenden steckt Nichts, was uns aus eigenem Interesse davon abhalten könnte), und wenn wir in Wien zu verstehen

---

Bundesgenossen zu Allem mitzuwirken, was den Interessen einer, der Würde und dem Ansehen des Bundes möglichst förderlichen Geschäftsbehandlung für angemessen erachtet werden könnte. Sie wird deshalb nicht ermangeln, diejenigen Anträge, welche die K. Preußische Regierung aus Anlaß der Abstimmung vom 25. Februar wegen Modifikation einiger Bestimmungen der Geschäftsordnung bei der Bundesversammlung einzubringen Willens sein sollte, seiner Zeit einer eingehenden Prüfung unterziehen zu lassen, wenn sie schon nach dem Vorhergehenden in dem stattgehabten Vorfalle nirgends einen Anlaß zur Beanspruchung einer weiteren Garantie für die Freiheit der einzelnen Bundesregierungen zur Abgabe von Erklärungen zu erblicken, und ebensowenig die Ansicht zu theilen vermag, daß die Regierung selbst, die eine Eröffnung machen will, über deren Eigenschaft als Antrag oder bloße Mittheilung zu entscheiden habe. Mißverständnisse von der Art, wie sich solche in der Bundestagssitzung vom 25. Februar ergeben haben, stehen bis jetzt vereinzelt da, und es scheint uns, bei einem von föderativem Geiste beseelten Zusammenwirken sämmtlicher Bundesglieder, die Besorgniß nicht gerechtfertigt, es möchten ohne die vorgeschlagene Modifikation der Geschäftsordnung derartige Differenzen künftig öfters wiederkehren.

Die K. Preußische Regierung hat, abgesehen von dem Gegenstande des § 89 des Sitzungsprotokolles vom 25. Februar ihren Bundestagsgesandten auch beauftragt, einen Beschluß dahin zu erwirken, daß in Zukunft alle beim Präsidium rechtzeitig eingereichten Anträge auf dem Ansagezettel zur Sitzung vermerkt werden, damit hierdurch jeder Zweifel darüber beseitigt werde, daß es für das Präsidium nicht rein facultativ sei, Anträge auf die Tagesordnung zu setzen oder nicht. Die Bestimmungen der Geschäftsordnung scheinen uns in dieser Beziehung kaum irgendwie eine verschiedene Auslegung zuzulassen, auch ist uns bis jetzt nicht bekannt geworden, daß sich bei irgend einem Anlasse das Bedürfniß einer authentischen Interpretation oder Modifikation der betreffenden Bestimmungen fühlbar gemacht habe".

1) cf. oben S. 259, Note 2.

2) Als 1858 ein Aufstand gegen die Türkische Herrschaft in der Herzegowina ausbrach, verbot der Fürst von Montenegro zwar seinen Montenegrinern, irgendwo feindlich in das Türkische Gebiet einzudringen, es kam aber gleichwohl bald zu blutigen Conflicten.

3) Im Frühjahre des Jahres 1858 reiften die Absichten einer Befreiung Italiens von Österreichs Herrschaft. Juli 1858 Zusammenkunft Napoleon's III. mit Cavour in Plombières.

Digitized by Google

geben, daß unser Verhalten seinen Grund in der Österreichischen Politik in Deutschland hat, so muß die letztere schließlich andere Saiten aufziehen, und die Verständigung mit uns suchen und erkaufen. 1858 Mai 26.

Aus Ungarn sind hier sehr eigenthümliche Nachrichten: die direkten Steuern sollen in einem solchen Umfange rückständig sein, daß die exekutivische Beitreibung wegen Unverkäuflichkeit der Exekutionsobjekte hat sistirt werden müssen. Wenn den Steuerpflichtigen das erst klar wird, so werden Viele es bequemer finden, nicht zu zahlen.

In der vorigen Woche hieß es hier, daß Herr von Meysenbug in seiner Stellung gewankt habe, und zwar in Folge der Angriffe, welche die ultramontane Partei, unabhängig von Österreich, gegen ihn gerichtet hätte; der Einfluß des letzteren soll die Sache wieder in's Geleise gebracht haben. Es scheint, daß Meysenbug sich in der Person seines vortragenden Raths, des Herrn von Uria,[1] einen Dorn in's Fleisch hat setzen lassen; derselbe passirt für den fähigsten Kopf unter den Ultramontanen hiesiger Gegend, und hat die Aufgabe, einstweilen durch Meysenbug, später nach Umständen ohne ihn, die Zügel zu führen.

An der hiesigen Börse macht seit einiger Zeit die Rhein-Nahe-Bahn[2] ein Aufsehen, welches von unseren politischen Gegnern lebhaft befördert und ausgebeutet wird. Die bedeutendsten hiesigen Bankhäuser, außer Rothschild, sind bei der Bahn betheiligt, und natürlich sehr betrübt, daß dieselbe statt des Anschlags von 9 Millionen jetzt über 14 kosten soll. Unsere Gegner behaupten nun alles Mögliche, um die Rechtlichkeit der Preußischen Regierung zu verdächtigen, und das Vertrauen auf dieselbe als ein leichtsinniges darzustellen. Bald soll der Anschlag mit Berechnung zu niedrig gestellt worden sein, um den harmlosen Frankfurter in das Unternehmen hineinzulocken, und hochgestellte Beamte sollen sich dieses „Preußischen Pfiffes" gerühmt haben; bald sollen die hohen Summen, welche jetzt verlangt werden, das Ergebniß einer übertriebenen und luxuriösen Veranschlagung sein, mit welcher man den Cours drücken wolle, um die Actien wohlfeil zu erwerben. Heute erzählt man mit besonderer Entrüstung, daß der Inhalt einer Audienz, welche die Herren Gru-

1) cf. oben S. 304.

2) Das bereits im Jahre 1840 angeregte Projekt einer Eisenbahn von Neunkirchen über Kreuznach nach Bingerbrück war im Jahre 1855 durch ein zu Kreuznach gebildetes Comité wieder aufgenommen worden. Nach den der Staatsregierung eingereichten Vorarbeiten stellten sich die Baukosten auf 10 Millionen Thaler, wobei eine Ermäßigung auf 9230000 Thlr. als zulässig bezeichnet wurde. Mit der Bauausführung wurde im Frühjahr 1857 begonnen. Demnächst stellte sich heraus, daß die wirkliche Bauausführung zur betriebsfähigen Herstellung der Bahn 13600000 Thlr. und zu ganz vollständiger Ausrüstung 14900000 Thlr. erforderte. Das Nähere über diese Etatsüberschreitung und die Consequenzen derselben findet man in der Drucksache Nr. 83 des Hauses der Preußischen Abgeordneten, Session 1859 (s. die Motive des betreffenden Gesetzentwurfs S. 7).

Digitized by Google

1858 Mai 26. nelius und Koch gestern morgen bei dem Herrn Handelsminister gehabt hätten, auf der gestrigen Mittagsbörse hier schon bekannt gewesen, und gleichzeitig ein Berliner Fixer, Namens Kosinsky, hier erschienen sei,[1]) dessen Personalbeziehungen in Berlin namhaft gemacht werden, und der die Mission gehabt habe, die Actien noch mehr zu drücken. Zu diesem Zweck habe er seine Agenten aus der Mitte der hiesigen Börsenleute instruirt, und diese während der Börse den Cours um 3 Procent geworfen, indem sie, unter Anführung amtlicher Quellen für ihre Angaben, das Unternehmen als ein ruinirtes und als mit der Ungunst der Preußischen Regierung behaftetes dargestellt haben. Bei der feindseligen Benutzung, welche derartige Gerüchte hier finden, wäre es recht erwünscht, wenn zu ihrer Widerlegung etwas geschähe, und wenn die Vertreter der Actionaire, welche sich jetzt in Berlin befinden, über die wahren Ursachen der Verrechnungen aufgeklärt, und nicht ohne Trost heimgeschickt würden. Sie wollten von mir eine Empfehlung an Ew. Excellenz mit auf den Weg haben; ich glaubte aber Ihnen eine unerquickliche Besprechung ersparen zu sollen, und bezog mich bei meiner Ablehnung auf die Ressort-Verhältnisse. Wenn die Lage der Dinge sich nicht ändert, so wird die Gesellschaft wohl in nächster Zeit eine ziemlich stürmische Generalversammlung halten.[2])

Aus der Heimath erhalte ich Briefe mit zaghaften Wahlnachrichten. Man klagt über die Zerfahrenheit und Spaltung der bisherigen conservativen Partei, und über die Rührigkeit der Opposition, welche schon jetzt die Wähler bearbeite. Ein gutes Sympton bleibt dabei immer, daß man nicht wagt, sich

---

1) Auf eine Immediatvorstellung des Verwaltungs-Ausschusses der Rhein-Nahe-Bahn vom 29. Mai 1858 eröffnete der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten von der Heydt demselben unterm 12. Juni 1858, daß die Staatsregierung für den Mehrbedarf, welchen die Ausführung der Rhein-Nahe-Eisenbahn nach den inzwischen beendigten Kostenanschlägen erfordere, um so weniger verantwortlich gemacht werden könne, als nicht behauptet werden könne, daß die Verwaltung unzweckmäßig geleitet oder daß unnöthige Ausgaben gemacht worden seien. „Gleichwohl bin ich, wie den hier anwesend gewesenen Mitgliedern des Verwaltungs-Ausschusses bereits mündlich in Aussicht gestellt worden ist, zu veranlassen bereit, daß Verhandlungen darüber gepflogen werden, inwiefern vorbehaltlich der Zustimmung des Landtags den Fonds der Rhein-Nahe-Eisenbahngesellschaft durch Übernahme des Bahnhofs bei Neunkirchen und durch Vorhaltung der Betriebsmittel von Seiten der Staatseisenbahn-Verwaltung gegen die übliche Vergütung eine Erleichterung verschafft werden könne. Falls bei demnächstiger Unterbringung der zu creirenden Prioritäts-Obligationen die Gesellschaft eine förderliche Mitwirkung der Geldinstitute des Staats für wünschenswerth erachten sollte, würde sich dieselbe an diese zu wenden haben und vertrauen dürfen, daß diese Institute in gewohnter Weise, soweit die Umstände es gestatten, den desfallsigen Anträgen wohlwollende Berücksichtigung angedeihen lassen werden."

2) Demnächst that die Preußische Staatsregierung ihr Möglichstes zur Beseitigung der Schwierigkeiten der Bahn. Vergl. den am 28. Februar 1859 im Preußischen Abgeordnetenhause eingebrachten Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Gewährung der Zinsgarantie des Staats für eine Prioritäts-Anleihe der Rhein-Nahe-Eisenbahngesellschaft zum Betrage von sechs Millionen Thaler (Drucksache 83 des Hauses der Abgeordneten, Session 1859).

Digitized by Google

als Gegner der Regierung hinzustellen, sondern daß jeder von sich behauptet, der eigentliche Repräsentant der Allerhöchsten Orts vorherrschenden Intentionen zu sein. Schriftliche Mittheilungen aus Ostpreußen, Pommern, mündliche aus Westfalen bekunden mir, daß man den Wahlen mit mehr Spannung entgegensehe, als das letzte Mal. Damals war es günstig, daß die Furcht vor Krieg gegen die Oppositionscandidaten in die Wagschale fiel. Zu einiger Erregung der Gemüther trägt gegenwärtig auch das Gerücht bei, daß im Herbst, falls nicht bis dahin Se. M. der König die Regierung wieder übernähme, sehr durchgreifende und principielle Änderungen in Personen und Systemen stattfinden würden. Es wäre gewiß nicht rathsam, mit aufregenden Ungewißheiten in die Wahlen hineinzugehen. Ewaige Änderungen sollten vorher erfolgen, und wenn sie überhaupt nicht beabsichtigt werden, so würde eine bestimmte Kundgebung in diesem Sinne vor dem Beginn der Wahlmanipulationen gewiß nützlich sein, um alle auf Entstellungen und aufregende Gerüchte basirte Parteimanöver zu stören. 1858 Mai 26.

Zum Johannistag bin ich zum Ritterschlag vorgeladen, und werde dann um Erlaubniß bitten, mich in Berlin einzufinden".

Digitized by Google

Namenverzeichniß.

Adalbert, Prinz von Preußen 146. 243.
Adolf, Herzog von Nassau 98. 110. 191.
Albert, Prinz-Gemahl der Königin Victoria von Großbritannien und Irland 190.
Albrecht, Erzherzog von Österreich 231. 232.
Alexander II, Kaiser von Rußland 282. 286. 289—291.
Alexandra Feodorowna, Kaiserin von Rußland 283. 286. 289.
Alvensleben, Graf von, Preußischer Staatsminister a. D. 119. 210. 215. 216. 218.
Anna, Königin der Niederlande 157.
—— Prinzessin von Preußen 152.
Appel, Secretair 113.
Arco, Graf von 222.
Aretin, Freiherr von 222.
Arnim, Freiherr von, ehemaliger Preußischer Minister des Auswärtigen 70.
—— -Heinrichsdorf, Graf von, Wirklicher Geheimer Rath und Kammerherr, Preußischer Gesandter in Wien 73. 74. 76. 85. 151. 165. 176. 235.
August, Großherzog von Oldenburg 35.
Augustenburg, Herzog von 19. 34—36. 44. 69. 70. 99. 127.
—— Herzogin von 34.

Bach, Freiherr von, Österreichischer Minister des Innern 68. 78. 86. 87. 89. 92. 184. 193.
Bacmeister, Hannoverscher Minister der Finanzen und des Handels 61. 62.
Bally, von 199.
Banks, Dr., Syndicus, Bundestagsgesandter der Freien und Hansestadt Hamburg 16. 48.
Barez, Dr., Geheimer Ober-Medizinalrath und Leibarzt des Prinzen August von Preußen 13.
Barral, Graf de, Sardinischer Gesandter am Bundestage 244—246. 250. 253.
Baumbach, von, Minister des Äußern und des Kurhessischen Hauses 159.
Baumgartner, Ritter von, Reichsrath und Österreichischer Minister der Finanzen, auch Minister des Handels, der Gewerbe und der öffentlichen Bauten 83. 91.
Benedetti, Graf von, Direktor der politischen Abtheilung im Französischen Ministerium des Auswärtigen, demnächst Botschafter in Berlin 273.
Benkendorf, Graf von, Russischer General und Diplomat 179.
Bentinck, Carl Graf von 39. 169.
—— Heinrich Graf von, Großbritannischer General-Major 39. 169.
Berg, Major 103.
Bergen, Gräfin von 109.
Bergmann, Preußischer Hauptmann bei der Artillerie-Militaircommission 50. 115.
Bernhard, Herzog zu Sachsen-Meiningen 165.
Bernstorff, Graf von, Wirklicher Geheimer Rath, Preußischer Gesandter in Wien, demnächst in London 18. 238. 239.
—— -Gartow, Graf von 51.
Beseler, Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses 61.
Bethmann, von, Bayerischer Kammerherr 4.
—— Carl von, Preußischer Consul 4. 115.
—— Frau von 115.
—— -Hollweg, von, Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses, später Preußischer Cultusminister 38. 60. 117. 131.
Beust, Freiherr von, K. Sächsischer Minister des Innern, sowie der auswärtigen Angelegenheiten 105. 161. 168. 183. 199. 211. 214. 227. 249.
Beutner, Dr., Chef-Redacteur der Neuen Preußischen (Kreuz-) Zeitung 12.
Biegeleben, Freiherr von, Österreichischer Hof- und Ministerialrath im Ministerium des Kaiserlichen Hauses und des Äußern 85. 94.
Bismarck, Fürstin von 40. 46. 101. 156. 236.
—— Wilhelm Otto Albrecht, Graf von 101. 104. 105.
Blittersdorf, Freiherr von, ehemaliger Badi-

Anm. Herr von Bismarck, der Verfasser der zum Abdruck gelangten Berichte ꝛc., und der Minister Freiherr von Manteuffel, an welchen dieselben gerichtet sind, finden sich in dem Namenverzeichniß nicht aufgeführt.

Digitized by Google

scher Bundestagsgesandter, auch Badischer Minister der auswärtigen Angelegenheiten 6—8. 56. 126. 163. 260.
Bixen, Freiherr von 284. 298. 301.
Blomberg, von 164.
Bloomfield, Lord, Großbritannischer Gesandter in Berlin 295.
Bludoff, Graf von, Legationssecretair bei der Russischen Gesandtschaft am Bundestage 179.
Bockelberg, Freiherr von, Preußischer Gesandter in München 67. 135.
Bodelschwingh, von, Preußischer Finanzminister 14. 303.
Bonin, von, Preußischer Kriegsminister, demnächst Vicegouverneur der Bundesfestung Mainz 170. 185. 291. 293. 294.
Borck, Geheimer Legationsrath und vortragender Rath im Preußischen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten 13. 154.
Borries, von, Hannoverscher Minister 61. 62.
Bothmer, von, Staatsrath, Hannoverscher Bundestagsgesandter 71. 102. 112. 118 119. 164.
Bourquenay, Französischer Gesandter in Wien 20. 220. 273. 304.
Brabant, Herzog von 157.
Brandenburg, Graf von, ehemaliger Preußischer Minister-Präsident 182.
Brandis, von, Hannoverscher Kriegsminister 123.
Braun, Legationssecretair bei der Österreichischen Bundestagsgesandtschaft 141.
Brehmer, Dr., Bürgermeister der Freien und Hansestadt Lübeck, Bundestagsgesandter für Lübeck 16. 31.
Brenner-Felsach, Freiherr von, Österreichischer Legationsrath und Bundeskanzlei-Direktor, demnächst Gesandter in Athen 2. 137. 138. 141.
Bretzenheim, Fürstin von 78.
Briey, Graf von, Belgischer Gesandter am Bundestage 5.
Brockhausen, Freiherr von, Kammerherr, Preußischer Gesandter in Brüssel 157.
Brommy, Contre-Admiral der Deutschen Nordseeflotte 48.
Brougham, Lord 152.
Brud, Freiherr von, Österreichischer Finanzminister 193.
Brühl, Graf von 122.
—— Gräfin von 122.
Brunnow, Freiherr von, Geheimer Rath, Russischer Gesandter in London, demnächst am Bundestage, dann in Berlin 153. 178. 179. 250. 294.
Budberg, Freiherr von, Staatsrath, Russischer Gesandter in Hannover, demnächst in Berlin, dann in Wien 92. 95. 173. 179. 294—296.
Bülow, von, Dänischer Kammerherr, H. Holstein- und Lauenburgischer Bundestagsgesandter 44. 180. 261. 281.
—— Graf von, Mecklenburgischer Minister des Auswärtigen und des Innern 297.
Bülow-Cummerow, von, Schriftsteller 6.
Bunsen, Ritter von, Wirklicher Geheimer Rath, Preußischer Gesandter in London 99. 190. 199.
Buol-Schauenstein, Graf von, Österreichischer Gesandter in London, demnächst Minister des Äußern und des Kaiserlichen Hauses 67. 68. 70. 71. 74—79. 82—86. 88—95. 97. 98. 114. 115. 122. 126. 138. 142. 144. 151. 173. 184. 192—195. 201. 216. 220. 234—236. 266. 268. 285. 290. 298. 304.
Bursian, Freiherr von, Nassauischer Legationsrath 196. 199. 200.

Cambridge, Herzog von 190.
—— Herzogin von 7.
Canitz und Dallwitz, Freiherr von, Legationsrath, Preußischer Minister-Resident bei Großherzogthum Hessen, Nassau und der Freien Stadt Frankfurt 53. 63. 65. 109. 111. 128.
Canrobert, General, Oberbefehlshaber der Französischen Truppen vor Sebastopol 237. 240.
Carl, Prinz von Preußen 152.
—— desgl. von Württemberg 161.
—— Prinzessin von Preußen 152. 154. 235.
—— desgl. von Hessen und bei Rhein 230.
Carlowitz, von, ehemaliger K. Sächsischer Minister 117.
Cavour, Graf von, Präsident des Sardinischen Ministerrathes 245. 306.
Chreptowitsch, Graf von, Geheimer Rath und Kammerherr, Russischer Gesandter in London 250.
Christian Carl Friedrich August, Herzog von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg, s. Augustenburg, Herzog von —.
Clam-Gallas, Graf von, Österreichischer Feldmarschall-Lieutenant 122.
Clarendon, Lord, Großbritannischer Staatssecretär des Äußern 176. 211—214.
Colloredo-Wallsee, Graf von, Österreichischer Gesandter in London 95.
Cowley, Lord, Großbritannischer Gesandter am Bundestage, demnächst in Paris 5. 25. 63. 257.
Cromwell, Englischer Staatsmann 275.
Crüger, Preußischer Geheimer Regierungsrath, Mitglied der Bundeskassenabtheilung 44. 59. 115. 116. 165.

Dänemark, Prinz von 284.
Dalwigk, Freiherr von, Kammerherr, Direktor des Gr. Hessischen Ministeriums des Hauses und des Äußern, sowie des Ministeriums des Innern, demnächst Präsident vorstehend genannter Ministerien, dann Minister-Präsident 103. 105. 110. 119. 161. 230. 239. 240. 290. 293.

Digitized by Google

Damrémont, Graf von, Französischer Gesandter in Darmstadt 240.
Daniel I., Fürst von Montenegro 306.
Danner, Gräfin von 281.
Decken, von der, Hannoverscher Minister 61. 62.
Decker, von, Preußischer Oberhofbuchdrucker 77.
Deetz, Preußischer Major, Stadtcommandant von Frankfurt a. M. 4. 9. 27. 156. 166.
Degenfeld-Schonburg, Graf von, Österreichischer Feldmarschall-Lieutenant, Chef der Armee-Organisation und Inspekteur aller Militair-Erziehungsanstalten 78.
Delbrück, Geheimer Regierungsrath und vortragender Rath im Preußischen Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten 40. 44—46.
Dewitz-Milyow, von 13.
Dönniges, Dr. von, Ministerialrath im Bayerischen Staatsministerium des Königlichen Hauses und des Äußern 221.
Dörnberg, Freiherr von, Thurn- und Taxisscher General-Postdirektor 4. 67. 115. 126. 159.
Drouyn de L'Huys, Französischer Minister des Auswärtigen 133. 212. 220.
Du Jardin, Freiherr, Belgischer Gesandter am Bundestage 164.
Dungern, Freiherr von, Nassauischer Staatsminister und Kammerherr, Bundestagsgesandter für Braunschweig und Nassau 48.

Eckert, Kanzleirath bei der Preußischen Bundestagsgesandtschaft 115. 302.
Edwardes, Legationssecretair bei der Großbritannischen Botschaft am Bundestage 295.
Eisendecher, von, Oldenburgischer Staatsrath, Bundestagsgesandter für Oldenburg, Anhalt und Schwarzburg 41. 42. 56. 61. 68. 169. 242. 243.
—— Frau von 243.
—— Preußischer Gesandter in Karlsruhe 242. 243.
Elisabeth, Königin von Preußen 74. 76.
—— Prinzessin von Bayern, nachmalige Kaiserin von Österreich 189.
Ellisen, Abgeordneter der Zweiten Hannoverschen Kammer 118.
Emil, Prinz von Hessen 66. 105. 191.
Erdmann, Geheimer Rath 169.
Ernst II., Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha 221. 241.
Ernst August, König von Hannover 51. 59.
Esterházy, Graf von, Österreichs Vertreter in St. Petersburg, demnächst Gesandter in Berlin 242.
Estrada, de, Spanischer Gesandter am Bundestage 244.
Eugenie, Kaiserin der Franzosen 139. 201. 225.
Eulenburg, Graf zu, Preußischer General-Consul in Antwerpen 157.

Firmenich, Preßagent 100.
Fischer, Dr., Oldenburgischer Staatsrath a. D., Bundescommissar in Betreff der Veräußerung der Nordseeflotte, demnächst Rathgeber des Fürsten zur Lippe 65. 146. 163. 164.
Fonton, von, Staatsrath, Erster Botschaftsrath bei der Russischen Gesandtschaft in Wien, demnächst Gesandter in Hannover, dann am Bundestage 83. 92. 93. 248. 282. 286. 294. 296.
Forbes, Großbritannischer bevollmächtigter Minister in Dresden 211. 214.
Franke, ehemaliger Statthalter in Schleswig 70.
Franz, Dr., Literat 8. 21. 22. 113. 298.
Franz Joseph I., Kaiser von Österreich 45. 74—80. 85—87. 89. 91. 92. 126. 167. 173. 174. 186. 187. 189. 192. 193. 202. 203. 208. 220. 222. 225. 273. 289. 290.
Friedrich, Prinz, demnächst Landgraf von Hessen 152. 235. 284.
—— Prinz-Regent von Baden 102. 167.
—— VII., König von Dänemark 281. 298.
—— August, König von Sachsen 225.
—— Christian, Herzog von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg 34.
—— Wilhelm, Prinz von Preußen 260. 296. 298.
—— Wilhelm I., Kurfürst von Hessen 152. 158. 159. 164. 200. 250.
—— —— III., König von Preußen 283.
—— —— IV., desgl. 16. 18. 20. 21. 24. 34—36. 38. 39. 43. 52. 60. 64. 66. 69. 72—76. 79. 81. 96. 99. 105. 112. 114. 116. 118. 125. 127. 130—133. 135. 143. 149. 153. 155. 157. 158. 161. 176. 185—187. 192. 196. 199. 202. 203. 208. 210. 211. 216—218. 227. 229. 233. 236—239. 244. 251—253. 260—263. 276. 280. 282. 290. 291. 302. 309.
—— —— Carl, Prinz von Preußen 19. 44. 231.
Fritsch, Freiherr von, Großherzogl. und Herzogl. Sächsischer Wirklicher Geheimer Rath und Kammerherr, Bundestagsgesandter für Sachsen-Weimar, Meiningen, Coburg-Gotha und Altenburg 31. 241.
Fürstenberg-Stammheim, Graf zu, Preußischer Kammerherr 151.

Gagern, Freiherr von, Österreichischer Hof- und Ministerialrath im Ministerium des Kaiserlichen Hauses und des Äußern 199.
—— Freiherr von, Präsident der Deutschen Nationalversammlung und Reichsminister 70. 199.
Garlieb, Dr., Dänischer Conferenzrath 99.
Geiger, Polizei-Direktor 169.
Geissel, von, Erzbischof von Cöln 169.
Georg, Großherzog von Mecklenburg-Strelitz 204.
—— V., König von Hannover 51. 92. 93.

Digitized by Google

111. 119. 130. 247. 248. 254. 286. 287.
Gerlach, von, Chefpräsident des Preußischen Oberlandesgerichts zu Magdeburg, Mitglied des Preußischen Herrenhauses und Mitbegründer der Neuen Preußischen Zeitung (Kreuzzeitung) 140. 160. 167. 171.
—— von, General-Lieutenant, General-Adjutant des Königs von Preußen 4. 13. 19. 24. 70. 103. 140. 143. 149. 167. 261. 263. 273.
Glinka, von, Vertreter Rußlands am Bundestage 171. 178. 200.
Görtz, Graf von, Gr. Hessischer Gesandter in Berlin 66.
Goldheim 28.
Goltz, Carl Friedrich Graf von der, Rittmeister im Garde-Kürassier-Regiment und persönlicher Adjutant des Prinzen von Preußen 151.
—— Robert Heinrich Ludwig Graf von der, Legationsrath, Protokollführer der Bundes-Centralcommission, demnächst Preußischer Gesandter in Athen, Constantinopel, St. Petersburg und Paris 3. 4. 77. 115—117. 151. 154.
Gortschakoff, Fürst von, Geheimer Rath und Kammerherr, Russischer Gesandter in Stuttgart, auch beglaubigt am Bundestage, demnächst Minister des Auswärtigen 8. 67. 68. 190. 219. 248. 281—283. 286. 290. 294. 296.
Grünne, Graf von, Feldmarschall-Lieutenant, General-Adjutant des Kaisers von Österreich 78. 92. 290.
Grunelius, Börsenagent 307. 308.
Gruner, von, Wirklicher Legationsrath und vortragender Rath im Preußischen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten 18. 116.
Günderode, von, genannt von Kellner, Schöffe, Erster Bürgermeister der Freien Stadt Frankfurt 7.
—— Frau von 70.

Hadermann, Führer der Frankfurter Demokratie 9. 18. 107. 108.
Hall, Dänischer Conseil-Präsident 298.
Hamelin, Vice-Admiral, demnächst Französischer Marine- und Colonialminister 233.
Hammerstein-Boxten, Freiherr von, Hannoverscher Minister der Finanzen und des Handels 41.
Hardegg, Graf von, Österreichischer Feldmarschall 87.
Hassenpflug, Kurhessischer Minister der Justiz und des Innern 159. 160. 164. 191.
Hatzfeldt, Graf von, Legationsrath, Preußischer Gesandter in Paris 18. 117. 157. 238. 239. 254. 257—259. 282.
—— Gräfin von, 238.
Heffter, Mitglied des Preußischen Herrenhauses 60.
Hehner, Literat 232.
Heimbruch, von, Legationsrath, Hannoverscher Bundestagsgesandter 286.
Heinrich V., König von Frankreich 278.
Herwarth von Bittenfeld, Oberst, demnächst General-Major, Commandeur der Preußischen Garnison in Frankfurt a. M. 3. 4. 165.
Heß, von, Österreichischer Wirklicher Geheimer Rath und Feldzeugmeister, Chef des Generalstabes 78. 186—189.
Hessenberg, Polizei-Senator der Freien Stadt Frankfurt 7. 9. 18. 27.
Heydt, von der, Preußischer Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, demnächst Finanzminister 13. 303. 308.
Hinkeldey, von, Polizei-Präsident von Berlin 105. 235.
Hock, Ritter von, Österreichischer Ministerialrath 52. 54. 58. 78. 93.
Hohenlohe-Öhringen, Felix Prinz zu, Präsident der Darmstädter Bank 164. 199. 200.
Hohenthal, Gräfin von 109.
Holland, Lord, Englischer Staatsmann 153.
Holzhausen, Adolf Freiherr von, Fürstlicher und Landgräflicher Wirklicher Geheimer Rath, Bundestagsgesandter der 16. Curie (beide Reuß, Lippe, Waldeck und Hessen-Homburg) 31.
Horn, Geheimer Rath im Preußischen Finanzministerium 115.
Hübbe 65.
Hübner, von, Wirklicher Geheimer Rath, Österreichischer Gesandter in Paris 126. 182. 189. 193. 206. 220. 237. 257. 258. 264.
Hügel, Freiherr von, Württembergischer Gesandter in Wien, demnächst Minister der auswärtigen Angelegenheiten 266. 285.
Hupke, Dr., Expedient im Preußischen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten 115.

Ingelheim, Graf von, Kämmerer, Österreichischer Gesandter in Hannover 248. 249. 286.
Jacobi, Generalmajor, Hannoverscher Kriegsminister, demnächst Bundestagsgesandter 41. 164.
Jasmund, Dr. von, Redacteur 38.
Jérôme Bonaparte, Marschall von Frankreich 233.
Jucho, Notar, Mitglied des Frankfurter Parlaments 70.

Kehler, von, Expedient im Preußischen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten 115.
Kehner, Preßagent 142.
Kelchner, Preußischer Hofrath, Vorstand der Preußischen Gesandtschaftskanzlei in Frankfurt a. M. 115. 302.
Kessel, von, Oberst, Commandeur des in

Digitized by Google

Frankfurt a. M. garnisonirenden Preußischen 2. Infanterie-Regiments 3. 4. 104. 109. 115.
Kessel, Frau von 109.
Kettenburg, von der, Mecklenburgischer Kammerherr 127. 128. 146.
Kettler, Freiherr von, Bischof von Mainz 160. 164. 166. 293.
Kielmannsegge, Graf von, Geheimer Rath, Hannoverscher Bundestagsgesandter 224. 227.
—— Graf von, Geheimer Legationsrath und Kammerherr, Hannoverscher Gesandter in London 248.
Kindermann, Pater 110.
Kleist-Retzow, von, Oberpräsident der Rheinprovinz 50. 104. 109.
Klenze, Hannoverscher General-Steuer-Direktor 40. 41. 46. 52. 99. 100. 102.
Klinkworth, Agent 84. 113.
Klitzow, von 33.
Koch, Börsenagent 308.
Könneritz, von, Wirklicher Geheimer Rath und Kammerherr, K. Sächsischer Gesandter in Wien 88. 266.
Koller, Freiherr von, Wirklicher Geheimer Rath, Österreichischer Gesandter in Hannover, demnächst in Berlin 62. 111. 121. 236. 302.
Kosinsky, Börsenagent 308.
Kossuth, Ungarischer Dictator 154. 247. 288.
Kowalewsky, Russischer Oberst 199.
Krauß, von, Österreichischer Justizminister 86.
Krüdener, Freiherr von, Geheimer Rath, Russischer Gesandter in Bern 246.
Kübeck, Freiherr von, Präsident des Österreichischen Reichsrathes 68. 82. 83.
Kuefstein, Graf von, Wirklicher Geheimer Rath und Kämmerer, Österreichischer Gesandter in Dresden 227.
Kühne 100.
Kutscheit, Dr. 7.

Lamprecht, von, Präsident des Hauptbank-Direktoriums, Mitglied des Preußischen Staatsrathes 13.
Langenau, Freiherr von, General-Major, Österreichischer Gesandter in Stockholm 122.
Larisch, von, H. Sächsischer Minister 234.
Lehmkuhl, Kaufmann 109. 146.
Leiningen-Westerberg, Graf von, Österreichischer Feldmarschall-Lieutenant 68. 126.
—— -Billigheim, Graf von, Hofmarschall des Prinz-Regenten von Baden 166. 181.
Leopold I., König der Belgier 96. 162. 199.
Lerchenfeld, Freiherr von, Bayerischer Staatsmann 148.
Lindemann, Dr., Hannoverscher Minister des Innern 41.
Linden, Freiherr von, Staatsrath, Württembergischer Gesandter in Wien 79. 80.
—— Frau von 80.
Lostus, Lord, Legationssecretair bei der Großbritannischen Gesandtschaft in Karlsruhe 107.
Louis XIV., König von Frankreich 276. 277.
—— XV., desgl. 276.
—— XVI., desgl. 276. 277.
—— Philipp, desgl. 288.
Ludwig I., König von Bayern 200. 240.
—— II., Großherzog von Hessen und bei Rhein 231.
—— III., desgl. 161. 191. 230. 231. 239. 259. 289. 290.
Lücht, Beichtvater der Großherzogin Mathilde von Hessen und bei Rhein 110.
Lynar, Graf zu, Attaché 89.

Mähke 60.
Malet, Sir Alexander, Großbritannischer Gesandter, demnächst Botschafter am Bundestage 107. 110. 119. 152. 176. 189. 190. 195. 235. 248. 296.
—— Lady 152.
Mallinckrodt, von 131.
Maltitz, Freiherr von, Geheimer Rath, Russischer Gesandter im Haag 157.
Malzen, Freiherr von, Kammerherr, Bayerischer Gesandter in Berlin 220.
Manteuffel, Frau von, Gemahlin des Preußischen Minister-Präsidenten 11. 156. 236.
—— Freiherr von, Preußischer Landrath, Mitglied des Reichstags und des Herrenhauses 141. 156.
—— Freiherr von, Oberst und Flügel-Adjutant des Königs von Preußen 210. 241.
—— Freiherr von, Unterstaatssecretair im Preußischen Ministerium des Innern, später auch Chef des Ministeriums für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten 33. 69. 103. 148. 149. 200. 206.
Marie, Prinzessin von Cambridge 7.
Marschall von Bieberstein, Freiherr, Kammerherr und Geheimer Rath, Badischer Bundestagsgesandter 166. 224. 253.
Mathilde, Großherzogin von Hessen und bei Rhein 161. 240. 290.
Matthis, Präsident des evangelischen Oberkirchenraths 115. 117.
Maximilian II., König von Bayern 63. 221. 222. 226. 240. 273. 274.
Mazzini, Italienischer Republikaner 247. 288. 297.
Menschikoff, Fürst von, Admiral und General-Adjutant des Kaisers Nicolaus I. von Rußland 151.
Mensdorff-Pouilly, Graf von, General-Major, Österreichischer Gesandter in St. Petersburg 122.
Menshengen, Freiherr von, Kämmerer und Wirklicher Hofrath, Österreichischer Gesandter in Wiesbaden, demnächst in Bern 139. 246.
Mertens, Freiherr von, Österreichischer Feldmarschall-Lieutenant, Vicegouverneur der Bundesfestung Mainz 184. 232.

Digitized by Google

Metternich, Fürst von, Wirklicher Geheimer Rath und Kämmerer, ehemaliger Österreichischer Hof-, Haus- und Staatskanzler 37. 77. 164. 177. 288.
Meyendorff, Freiherr von, Geheimer Rath, Russischer Gesandter in Wien 22. 67. 76. 114.
—— Frau von 4. 67. 76. 80. 114.
Meyer, Dr., Hannoverscher Minister des Cultus und Unterrichts 41.
Meysenbug, von, Kammerherr, Badischer Gesandter in Berlin, demnächst Minister des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten 184. 260. 304. 307.
Milbanke, Sir, Großbritannischer Gesandter in München 119.
Molitor, Dr., Domcapitular 50.
Montessuy, Graf von, Französischer Bundestagsgesandter 241. 243. 244. 246. 251. 252. 254. 261. 273. 282. 288. 290. 296. 297. 304.
—— Gräfin von 244.
Montgelas, Graf von, Bayerischer Minister-Resident in Hannover 62. 222.
Montijo, Gräfin von, siehe Eugenie, Kaiserin der Franzosen.
Morny, Graf von, Französischer Staatsmann, Präsident des Gesetzgebenden Körpers 233.
Moustier, Marquis de, Französischer Gesandter in Berlin 282.
Münch-Bellinghausen, Freiherr von, Wirklicher Geheimer Rath und Oberst-Kammerherr, Hessischer Bundestagsgesandter 48. 224. 225. 230.
Münchhausen, von, Hannoverscher Minister des Königlichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten, Präsident des Gesammtministeriums 41. 51.
Mulinen, Graf von, Zweiter Secretair der Französischen Gesandtschaft am Bundestage 246.

Napoleon I., Kaiser der Franzosen 206. 260. 261.
—— III., desgl. 99. 133. 135. 137. 139. 153. 162. 163. 190. 205. 210. 225. 228. 232. 233. 237. 241. 247. 250—252. 256. 258. 260—263. 269. 270. 273—278. 280. 282. 283. 286. 289. 290. 297. 306.
—— Prinz 190. 260—262. 273. 276. 278.
Nell von Nellenburg, Freiherr von, Österreichischer Hofrath, Mitglied der Bundeskassenabtheilung 2. 11. 52. 59. 116.
Nesselrode, Graf von, Russischer Reichskanzler 70. 90. 93. 113.
Nicolaus I., Kaiser von Rußland 103. 114. 133. 173. 174. 178. 188. 190. 203. 233.
Niel, Französischer Marschall und Kriegsminister 232.
Nostitz, Graf von, General der Cavallerie und General-Adjutant des Königs von Preußen, in außerordentlicher Mission am Hofe von Hannover beglaubigt 51. 72. 111. 125. 286. 287.
Nostitz und Jänckendorf, von, Wirklicher Geheimer Rath, K. Sächsischer Bundestagsgesandter 15. 29. 55. 56. 64. 67. 69. 120. 133. 161. 197. 200. 206. 207. 224. 226—228.

Oertzen auf Leppin, von, Geheimer Rath, Mecklenburgischer Bundestagsgesandter 16. 31. 103. 224. 297.
Olberg, von, 233. 238.
Oranien, Wilhelm von 275.
Orloff, Graf von, General-Adjutant und General der Cavallerie, Russischer Botschafter in Constantinopel, demnächst Präsident des Reichsrathes und Vorsitzender des Ministerrathes 171—173. 176. 179. 296.
Oscar, König von Schweden und Norwegen 274.
Otterstedt, Freiherr von, Legationsrath, Preußischer Minister-Resident in Darmstadt 17. 52. 53.
Otto, König von Griechenland 240.

Palmerston, Viscount, Großbritannischer Staatssecretair des Äußern, demnächst Erster Lord des Schatzes 25. 248. 249. 277.
Pauline, Herzogin von Nassau 5.
—— Königin von Württemberg 289.
Pedro V., Dom, König von Portugal 275.
Pélissier, Oberbefehlshaber der Französischen Truppen vor Sebastopol 237.
Perglas, von, Gr. Hessischer Oberhofmarschall 231.
Perponcher, Graf von, Preußischer Minister-Resident bei der Freien Stadt Frankfurt und Geschäftsträger bei dem Nassauischen Hofe 178.
Persigny, Herzog von 256.
Pfordten, Dr. von der, Bayerischer Minister des Königlichen Hauses und des Äußern 63. 67. 105. 106. 119. 124. 135. 168. 196. 199. 219—221. 226. 240.
Pillersdorf, Freiherr von, ehemaliger Österreichischer Minister 87.
Platen-Hallermund, Graf von, Hannoverscher Gesandter in Wien, demnächst Minister der auswärtigen Angelegenheiten 46. 75. 80—82. 88. 93. 95. 97. 99. 102. 248. 249. 254. 263. 286. 295.
Pralormo, Graf von, Erster Gesandtschaftssecretair bei der Sardinischen Gesandtschaft in Paris 25.
Prokesch-Osten, Freiherr von, Wirklicher Geheimer Rath und Feldmarschall-Lieutenant, Österreichischer Gesandter in Berlin, demnächst Bundes-Präsidialgesandter 70. 71. 76. 85. 94. 99. 102. 120. 121. 126. 133—136. 141. 142. 145. 150. 152. 154—158. 160. 161. 163—165. 169. 170. 175.

Digitized by Google

177. 178. 180. 182. 183. 189. 193. 201. 205—209. 222—225. 227—229. 232—236. 239. 240.
Pückler, Graf von, Hofmarschall des Prinzen von Preußen 104.

Quehl, Dr., Referent der Centralstelle für Preßangelegenheiten in Berlin 32. 102. 142. 148. 300. 301.
Quiñones de Léon, Marquis de San Carlos, Erster Secretair bei der Spanischen Gesandtschaft in Paris 244.

Rabe, von, Preußischer Finanzminister 14.
Radowitz, von, ehemaliger Preußischer Militairbevollmächtigter in Frankfurt a. M., sowie Gesandter an den Höfen von Darmstadt, Karlsruhe und Nassau 6. 8. 10. 24. 50. 70. 117.
Raumer, von, Preußischer Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten 128.
Rechberg und Rothenlöwen, Graf von, Ablatus des Feldmarschalls Radetzky für die Civilangelegenheiten des Lombardisch-Venetianischen Königreichs, demnächst Bundes-Präsidialgesandter 71. 77. 112. 121. 122. 126. 234. 236. 240. 241. 245. 246. 249. 251—253. 261. 285. 297. 298. 306.
—— Erbliches Mitglied der Kammer der Standesherren in Württemberg 235. 285.
Reculot, Graf von, Französischer Gesandter in Hannover 286. 287.
Redern, Graf von 227.
Reichensperger, Gebrüder 131.
Reinhard, von, Geheimer Legationsrath, Württembergischer Bundestagsgesandter 16. 136. 224. 227.
Reitzenstein, Freiherr von, General-Lieutenant, Preußischer Erster Bevollmächtigter in der Bundes-Militaircommission und Oberbefehlshaber der Bundesgarnison in Frankfurt a. M. 207. 209. 225. 261. 293.
Reuter, Frau von 70.
Rewbel, Französischer General 286.
Rochow, von, General-Lieutenant, Preußischer Gesandter in St. Petersburg, zugleich Bundestagsgesandter 1. 8. 10. 11. 13. 17. 18. 20—22. 24—26. 28. 30—32. 50. 51. 75. 76. 99. 102. 103.
Rössing, von, Hannoverscher Minister der Justiz 41.
Rommel, Kurhessischer Ober-Finanzrath und Zollvereins-Bevollmächtigter 100.
Rosenberg, von, Geschäftsträger am Hofe von Darmstadt, demnächst Legationssecretair in Madrid 125. 128.
Rossi, Graf von 50.
—— Gräfin von 49.
Rothschild, Anselm Freiherr von, Preußischer Hofbankier und Bankier der Deutschen Bundesversammlung 49. 132. 307.
Rothschild, Mayer Carl Freiherr von, Disponent des Hauses Rothschild 132. 153. 197. 256.
Rudloff, Attaché bei der Preußischen Gesandtschaft am Bundestage, demnächst in Hannover 18. 32. 102. 103.
Rüdt von Collenberg-Bödigheim, Freiherr, Badischer Minister des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten 10. 181. 260.
Rumpff, Minister-Resident der Freien Stadt Frankfurt in Paris 232.
Rzikowski von Dobrschitz, Freiherr, Major, demnächst Oberstlieutenant im Ingenieurcorps, Österreichischer zweiter Bevollmächtigter in der Bundes-Militaircommission 2.

Sander, Geheim-Secretair 50.
Sarachaga-Uria, von, Kammerherr, Legationsrath im Badischen Ministerium des Großherzoglichen Hauses und des Äußern 304. 307.
Savigny, Freiherr von, Wirklicher Legationsrath und Kammerherr, Preußischer Gesandter in Karlsruhe 3. 10. 101. 102. 114. 166. 181.
Sayn-Wittgenstein-Berleburg, Prinz von, Nassauischer Staatsminister 65. 66. 105. 110. 126. 127.
—— —— Hohenstein, Prinz von 66.
Schack, von, Preußischer General-Lieutenant, Commandant der Bundesfestung Mainz 4. 50.
Schäffer von Bernstein, Freiherr, General-Lieutenant und Kammerherr, Gr. Hessischer Kriegsminister 159.
Schaumburg, Gräfin von 152.
Schele, Freiherr von, Geheimer Rath, Hannoverscher Bundestagsgesandter, demnächst Minister des Königlichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten 7. 16. 29. 30. 42. 48. 51. 53. 54. 59. 61—63. 71. 72. 88. 89. 93. 111. 120. 122—125. 156. 158. 301.
Scherer, Dr., vortragender Rath im Preußischen Ministerium des Innern 157.
Scherff, von, Staatsrath, Niederländischer Bundestagsgesandter wegen Luxemburg und Limburg 106. 136.
—— Frau von 109.
Schirrmeister 38.
Schlitz, Graf von, s. Görtz, Graf von.
Schmerling, Ritter von, General-Major, Österreichischer Erster Bevollmächtigter in der Bundes-Militaircommission 3. 127. 145. 225.
Schönburg, Fürstin von 78.
Schrenk, Freiherr von, Staatsrath und Kämmerer, Bayerischer Bundestagsgesandter 16. 69. 98. 136. 138. 148. 191. 196. 197. 206. 207. 215. 216. 223. 224. 226. 227. 240. 292.
Schukoffsky, von 70.

Digitized by Google

Schulenburg, von 112.
Schultz, Polizei-Direktor 27. 28.
Schuster, Führer der Frankfurter Demokratie 18. 107.
Schwarzenberg, Fürst von, Österreichischer Minister-Präsident und Minister des Kaiserlichen Hauses 2. 22. 25. 55. 63. 65. 71. 77. 78. 86. 120. 134. 143. 279.
Schwerin, Graf von 131.
Seckendorff, Graf von, Legationsrath und Kammerherr, Preußischer Gesandter in Stuttgart 201.
Seutter von Lötzen, General-Major und General-Adjutant des Großherzogs von Baden, Badischer Bevollmächtigter in der Bundes-Militaircommission 260.
—— Frau von 260.
Sieber, Senator, Zweiter Bürgermeister der Freien und Hansestadt Frankfurt 7.
Sophie, Erzherzogin von Österreich 74. 76. 273.
—— Königin der Niederlande 11.
—— Prinzessin von Nassau, nachmalige Königin von Schweden 274.
Stephan, Erzherzog von Österreich 228.
Stephanie, Großherzogin von Baden 37. 257. 261.
Stitencron, Freiherr von 163. 164.
Stockhausen, von, General-Lieutenant und Preußischer Kriegsminister 12. 19.
Stolberg, Graf zu 57. 109.
Stüve, Vorstand des Hannoverschen Ministerial-Departements des Innern 62. 71.
Sydow, von, Wirklicher Geheimer Rath und Kammerherr, Preußischer Gesandter in Bern 8. 70. 196. 246.
Széchényi, Graf von, Legationssecretair bei der Österreichischen Bundestagsgesandtschaft 7.

Tallenay, Marquis de, Französischer Gesandter am Bundestage 5. 105. 106. 133. 135—139. 153. 161—163. 176. 181. 190. 195. 225. 228. 232.
Testa, Freiherr von, Österreichischer Agent und Generalconsul für die Moldau 77.
Tettenborn, Frau von 17.
Thiessen, Kanzleisecretair bei der Preußischen Bundestagsgesandtschaft 115.
Thümen, von, Preußischer General-Lieutenant, Vice-Gouverneur der Bundesfestung Mainz 230. 231.
Thun-Hohenstein, Graf von, Wirklicher Geheimer Rath und Kämmerer, Österreichischer Bundestags-Präsidialgesandter, demnächst Gesandter in Berlin 1—3. 5. 7. 11. 15. 25—27. 29. 30. 37. 40. 42—45. 47—50. 52—59. 63—68. 70. 71. 73. 85. 89. 95. 97. 98. 100. 101. 103. 112. 116. 120. 122. 125. 127. 128. 130. 132. 142. 154. 155. 186—189. 201.
—— Gräfin, geb. Gräfin von Brühl 122.
—— Gräfin, geb. Gräfin von Lamberg 2. 121.
Thurn und Taxis, Fürst von 67.
Tillos, Erster Legationssecretair bei der Französischen Gesandtschaft in Bern 228. 230. 284.
Trott, von, Geheimer Rath, Kurhessischer Bundestagsgesandter 33. 37. 159.
Twardowsky, von, Oberstlieutenant, Preußischer Zweiter Bevollmächtigter in der Bundes-Militaircommission 115.

Ugarte, Graf von, Österreichischer Kämmerer, ehemaliger Österreichischer Gesandter in Stuttgart 75.
—— Gräfin von 75.
Uhden, von, Preußischer Bevollmächtigter in Cassel 47.
—— Preußischer Obertribunals-Präsident 131.
Usedom, von, Wirklicher Legationsrath und Kammerherr, Preußischer Gesandter in Rom, nachmaliger Bundestagsgesandter 233. 238.

Vaillant, Graf, Marschall von Frankreich, Kriegsminister 233.
Viale-Prelà, Cardinal und Erzbischof von Carthago, apostolischer Nuntius in Wien 166. 167. 181.
Victoria, Königin von England 5. 199. 214.
—— Prinzeß Royal von Großbritannien und Irland 296. 298.
Vincke, von, Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses 61.
Vitzthum von Eckstädt, Graf, K. Sächsischer Minister-Resident in London 211.
Vollbracht, Präsident der Ministerial-Abtheilung der Finanzen im Nassauischen Staatsministerium 98.
Vrints, von, Eigenthümer des Journal de Francfort 68. 115. 184. 297.
—— Frau von 4. 5. 19. 67. 70. 115. 136. 142. 159. 234. 242.
—— Fräulein von 115.

Wagener, Redacteur der Neuen Preußischen (Kreuz-) Zeitung 12. 23. 24. 98.
Waldersee, Graf von, General-Major, Preußischer Erster Bevollmächtigter in der Bundes-Militaircommission 37. 115. 144. 145. 148. 165. 186.
Walewsky, Graf von, Französischer Minister des Auswärtigen 237. 256—258. 288.
Wedell, von, General-Lieutenant und General-Adjutant des Königs von Preußen, Gouverneur der Bundesfestung Luxemburg 233. 238.
—— Preußischer Regierungsrath in Merseburg 13.
Wellington, Herzog von, Englischer General 130.
Wendt, Preußischer Geheimer Finanzrath, General-Inspektor des Thüringischen Zoll- und Handelsvereins 44.
Wendtland, von, Bayerischer Gesandter in Paris 220.

Digitized by Google

Wentzel, von, Legationsrath bei der Preußischen Gesandtschaft am Bundestage 30. 49. 111. 115. 116. 137. 158. 304.
Werner, Freiherr von, Österreichischer Wirklicher Geheimer Rath, Unterstaatssecretair im Ministerium des K. K. Hauses und des Äußern 65. 71. 130.
Werther, Carl Freiherr von, Preußischer Gesandter in Copenhagen 201.
Werthern, Freiherr von, Kammerherr, Legationssecretair bei der Preußischen Gesandtschaft in Wien 85. 86.
Westmoreland, Graf von, Geheimer Rath, Großbritannischer Gesandter in Wien 77.
Westphalen, von, Preußischer Minister des Innern 102. 148.
—— Graf von, Preußischer Gesandter, zuletzt in Stockholm 122. 154. 155.
Weymann, Hofrath, Geheimer expedirender Secretair bei der Preußischen Gesandtschaft in Wien 84.
Wilhelm I., König von Württemberg 106. 113. 119. 219. 221. 239. 285. 286. 289.
Windischgrätz, Fürst von, Österreichischer Feldmarschall 78.
Windthorst, Hannoverscher Minister der Justiz 61. 62.
Wintzingerode, Freiherr von, Präsident des Nassauischen Staatsministeriums 24. 68. 201.
Wittgenstein, s. Sayn-Wittgenstein-Berleburg (Hohenstein).
Witzleben, von, Oberpräsident der Provinz Sachsen 17. 23.
Württemberg, Prinz von 125.
Wurmbrand, Graf von 63.

Xylander, Ritter von, General-Major und Bayerischer Bundestagsgesandter, demnächst Bevollmächtigter in der Bundes-Militair-commission 29.

Yates, Großbritannischer Capitain 235.
Ysenburg-Birstein, Fürstin von 196. 199.
Ysenburg und Büdingen, Prinz von, Legationssecretair bei der Preußischen Gesandtschaft in Hannover 249. 287.
Ysenburg und Büdingen-Wächtersbach, Graf zu 158. 159.
—— Gräfin zu 159.

Zimmermann, Geheimer Regierungsrath, demnächst Staatsrath, Generalsecretair des Hannoverschen Gesammtministeriums 286.
Zirndorfer, Preßagent 32. 50. 141.
Zitelmann, Preußischer Regierungs-Assessor, demnächst Regierungsrath, Hülfsarbeiter für Preßsachen bei der Bundestagsgesandtschaft 113. 115. 116. 119. 126. 165.
Zschock, von, Geschäftsträger bei der Preußischen Gesandtschaft in Stuttgart 283. 284.

Digitized by Google

Sachverzeichniß.

Abberufung des Österreichischen Bundes-Präsidialgesandten Grafen v. Thun-Hohenstein; desgl. des Preußischen Bundestagsgesandten v. Rochow; desgl. des Hannoverschen Bundestagsgesandten v. Bothmer, s. Bundestagsgesandte; desgl. des Französischen Gesandten am Bunde, s. Frankreich.

Adlerzeitung, Besprechung des Höchster Vorfalls 23. 24.

Adrianopel, Losmachung Österreichs von dem Frieden von, s. Österreich, Orientalische Frage.

Adriatisches Meer, Bedeutung für Österreich 193.

Allianz der drei östlichen Großmächte, Wesen und Bedeutung, s. Preußen.

—— Französisch-Russische, Aussicht auf eine solche, s. desgl.

—— Heilige, s. desgl.

—— Nordische, Unmöglichkeit einer Wiederherstellung, s. desgl.

—— Preußens mit Napoleon, Antipathie gegen Frankreich, s. desgl.

Altenburg, Herzogthum, Betreibung der Altenburger Angelegenheit seitens des Herrn v. Larisch 234.

Altenburger Angelegenheit, s. Altenburg.

Anleihe, Aufnahme einer solchen durch Österreich 183.

Aprilbündniß zwischen Preußen und Österreich, s. Orientalische Frage, Österreich, Preußen, Bundesversammlung, Bamberger Coalition, Königreich Sachsen.

Attentat, Pariser, Haltung des Journal de Francfort 297.

Aufgaben und Ziele der Preußischen Politik in Deutschland, s. Preußen.

Auflösung des Bundes für den Fall eines Krieges Deutschlands gegen Rußland und Frankreich, s. Deutscher Bund, Preußen.

Aufstellung eines Truppencorps zum Schutze der Bundesversammlung, s. Bundescorps, Deutscher Bund.

Augsburger Zeitung, s. Preßmanöver.

Augustenburger Angelegenheit, s. Verhandlungen mit dem Herzog v. Augustenburg.

Ausscheiden der Preußischen Ostprovinzen aus dem Bunde, s. Ostprovinzen.

Ausschuß, Wahl der Centralcommission für die Kurhessische und Holsteinische Angelegenheit 10. 11. 30; desgl. für die Flotten-Angelegenheit 48.

Ausschußverhandlungen, Verfahren in denselben, s. Bundesversammlung.

Baden, Großherzogthum, Besuch des Herrn von Radowitz 8; Disposition Badens in der Zollfrage 101.

Badischer Kirchenconflict, Beleuchtung desselben in der Kreuzzeitung 160; Reise des Herrn von Bismarck nach Karlsruhe in der Conflictsfrage 166; Beschwerde über den Erzbischof, Sendung des Grafen Leiningen nach Rom 181; Mittheilung über die Nachricht von dem provisorischen Abschluß mit der Römischen Curie, — Kirchenconflict — 225. 226; Preußenfeindliche Einflüsse in Karlsruhe 259. 260; Berechtigung Frankreichs zu einer Meinungsäußerung in der Rastatter Besatzungsfrage 288; Haltung Badens gegenüber Preußen 304; Bekämpfung des Preußischen Einflusses in Baden, s. Preußen.

Bamberger Coalition, Haltung Österreichs gegenüber derselben, sowie Argwohn der letzteren gegen Preußen und Österreich 194. 195; Dispositionen der Bamberger Regierungen in Bezug auf den Beitritt zu dem Aprilbündniß; Eventualität eines neuen Congresses der Bamberger Coalirten 197—199; Vorlegung der Russischen Antwort, Stellung Preußens gegenüber der Bamberger Coalition und Benutzung derselben zur Verhinderung des Krieges zwischen Rußland und Österreich 216. 217.

Bayern, Handelspolitische Anträge Bayerns und Königreich Sachsens, s. Deutscher Bund; Zollvereinsnachrichten aus München 119; Haltung in der Zollvereinskrisis 125. 148; Verstimmung wegen der Behandlung der Französischen Kaiserfrage am Bunde 136; engerer Anschluß an Österreich 168; Beziehungen

Digitized by Google

zwischen Österreich und Bayern in der orientalischen Frage 175; Haltung Bayerns in der orientalischen Frage 180. 226. 227; Besuch des Königs von Bayern in Coblenz 200; Reise des Königs von Preußen nach München 217. 218; Unterredung mit dem Legationsrath von Dönniges über die orientalischen Wirren 221. 222; Beschwerde des Bayerischen Gesandten über die Behandlung der orientalischen Frage am Bunde 223. 224; Schwenkung Bayerns gegen Österreich 240; Herbeiführung einer Zusammenkunft der Kaiser von Österreich und von Frankreich durch den König von Bayern 273; Besuch des Kaisers Napoleon in München 290.

Beileidsbezeigungen an Herrn von Bismarck bei Ernennung des Herrn von Profesch zum Bundes-Präsidialgesandten 136.

Belagerungszustand für Frankfurt a. M., s. Bundesversammlung.

Belgien, Beziehungen zu Frankreich 162.

Belgisch-Französische Streitigkeiten, Parteinahme der Österreichischen Presse 112.

Bentinckscher Streit mit Oldenburg, Überreichung einer Vorstellung des Grafen von Bentinck mittelst Englischer Note an den Bund. Sitzung des Bundestages hierüber, s. Deutscher Bund 39. 169; Beschwerde des Englischen Gesandten in Berlin über Herrn von Bismarck 295. 296.

Berliner Polizei, Haltung derselben 235.

Beschwerde des Mecklenburgischen Kammerherrn von der Kettenburg wegen angeblich beeinträchtigter Religionsfreiheit 127. 128. 146. 147.

—— des Englischen Gesandten in Berlin über die Haltung des Herrn von Bismarck in der Bentinckschen Streitsache, s. Bentinckche Streitsache.

—— über das Preußische Handelsministerium, s. Preußen.

Besorgnisse vor einer revolutionären Krisis im Jahre 1852, s. Revolution.

Besuch des Herrn von Bismarck in Coblenz 50; desgl. bei Graf von Arnim 73; desgl. bei Frau v. Meyendorff 76. 80; desgl. bei Fürst von Metternich und Begegnung mit dem Grafen von Rechberg 77; desgl. beim Grafen von Buol 84.

—— Napoleon's in Preußen als offenbares Zeichen der guten Beziehungen zwischen Preußen und Frankreich, s. Preußen.

Beustsche Circularnote über die Münchener Verhandlungen 161; desgl. über eine Englische Note 211—214; Französische Circulardepesche über die Umtriebe des Herrn von Beust 183.

Bevollmächtigte bei der Militaircommission, s. Bundes-Militaircommission.

Blokade, Englische, Unwahrscheinlichkeit einer, s. Orientalische Frage, Preußen, England.

Bonapartismus, s. Preußen.

Bündniß, Russisch-Französisches 290. 291; Frankreichs mit Preußen, s. Preußen.

Bündnisse, Nothwendigkeit der Anbahnung neuer bezw. Regenerirung der alten, s. desgl.

Bund, s. Bundesversammlung, Deutscher Bund.

Bundescorps, Aufstellung eines solchen zum Schutze des Bundestags, s. Deutscher Bund.

Bundesferien, s. Bundestagsgesandte.

Bundesfestungen, s. Festungsbau, Deutscher Bund.

Bundesfestungs-Abtheilung, Einsetzung einer solchen 148.

Bundesgarnison, Urtheil über Preußische Truppencommandeure in Frankfurt a. M. 3; Eindruck und Haltung der Preußischen und Österreichischen Garnison in Frankfurt a. M. 4; Charakteristik des Stadtcommandanten Major Deetz in Frankfurt a. M. 4. 156; Verleitung der Mannschaften der Garnison Frankfurts a. M. zur Desertion 6, s. auch Demokratische Vereine; Pecuniäre Lage der Preußischen Offiziere in Frankfurt a. M. 12. 19; Falsche Nachrichten der Adlerzeitung über den Höchster Vorfall, s. Adlerzeitung; Verhängung des Belagerungszustandes über Frankfurt a. M., s. Bundesversammlung; Obercommando über die Bundestruppen in Frankfurt a. M. 85. 127; Verdächtigungen des Geistes des Preußischen Militairs in Frankfurt a. M. 105.

Bundesheer, Verstärkung desselben 134.

Bundeskanzlei, Versetzung des Kanzlei-Direktors Frhr. v. Brenner, Bedürfniß einer Reorganisation der Bundeskanzlei 141. 151.

Bundes-Militaircommission, Charakteristik der Österreichischen Militair-Bevollmächtigten 3; Verhältniß des Herrn von Bismarck zum Preußischen Bevollmächtigten Grafen von Waldersee 37; Überweisung des Antrages auf Flottenauflösung 64; Behandlung der Ulm-Rastatter Festungsbau-Angelegenheit 145. 149. 150. 294.

Bundespolitik Österreichs 11; Winke für die Preußische 14—15.

Bundes-Präsidialgesandte, Verhalten und Auftreten derselben, s. Bundesversammlung.

Bundes-Preßangelegenheit 85. 89. 98.

Bundes-Reklamations-Ausschuß, Behandlung der Beschwerde des Mecklenburgischen Kammerherrn von den Kettenburg wegen angeblich beeinträchtigter Religionsfreiheit, s. Bundesversammlung.

Bundestags-Ausschüsse, Geschäftsgang derselben, s. Bundesversammlung.

Bundestagsgesandte, Charakteristik der Österreichischen Mitglieder der Bundesversammlung 1—2; Mission des Grafen Széchényi nach Warschau 7; Besuch des Hannoverschen Gesandten von Schele in Gemeinschaft mit Herrn von Bismarck in Rumpenheim 7; Abermalige Reise des Herrn von Bis-

Digitized by Google

marck dorthin 152; Charakteristik des Herrn von Rochow und Verhalten desselben in geschäftlicher Beziehung gegen Herrn von Bismarck, s. Preußen; Haltung der Bundestagsgesandten bei Behandlung der Frage wegen des Austrittes der Preußischen Ostprovinzen 14—16. 20. 21. 31. 40; Voraussichtlicher Wechsel des Preußischen Bundestagsgesandten 18; Abberufung des Preußischen Bundestagsgesandten von Rochow und Ersetzung durch Herrn von Bismarck 20. 21; Einführung des Herrn von Bismarck in die Bundesversammlung 25; Wohnungsverhältnisse des Herrn von Bismarck 39. 40; desgl. und Erholungsbedürftigkeit desselben 109; Auseinandersetzungen zwischen Herrn von Bismarck und dem Grafen v. Thun 44—45; Abwesenheit mehrerer Bundestagsgesandten 48; desgl. des Russischen Gesandten Herrn von Dungern 48; Politische Richtung des Hessischen Gesandten Freiherr von Münch 48—49; Besorgnisse wegen einer Vertretung Herrn von Bismarck's durch Herrn von Rochow während der Kammersitzungen 50. 51; Geschäftlicher Umgang mit dem Grafen von Thun 59; Zusammentreffen mit dem Grafen v. Thun auf einer Jagd 73; Voraussichtlicher Wechsel und demnächstige Abberufung des Bundes-Präsidialgesandten Grafen von Thun, sowie Substituirung des Herrn von Bismarck für Österreich 70. 71. 128; Außerordentliche Sendung des Herrn von Bismarck nach Wien 73; Rückkehr nach Frankfurt a. M. sowie Reisedispositionen desselben 95. 96; Abberufung des Hannoverschen Bundestagsgesandten von Bothmer 118. 119; Telegraphische Depesche, betr. den Grafen von Thun 120; Qualifikation des Grafen von Thun für den Posten eines Gesandten am Berliner Hofe 120—122; Abreise und Empfehlung des Herrn Zietelmann 126; Ball bei Herrn von Bismarck 131; Feste während des Karnevals bei demselben 142; Ernennung des Freiherrn von Prokesch zum Bundes-Präsidialgesandten 133; Diner für den Französischen Gesandten bei Herrn von Bismarck 138. 139; Charakteristik des Bundes-Präsidialgesandten Freiherrn von Prokesch 141. 225; Äußerungen der Frau von Brints über denselben 142; Zuvorkommende Haltung des Freiherrn von Prokesch 150; Reisedispositionen des Herrn von Bismarck und des Freiherrn von Prokesch 156. 157; Rückkehr des Herrn von Bismarck aus Italien 158; Wechsel in der Person des Hannoverschen Bundestagsgesandten 164; Diner bei Herrn von Prokesch zu Ehren des Belgischen Gesandten 164. 165; Urlaub des Herrn von Bismarck zum Besuche von Schönhausen 172; Preußenfreundliche Wandlung des Freiherrn von Prokesch 175; Stimmung desselben in der orientalischen Frage 178; Ansichten desselben über die Aufgaben der Preußischen Politik 182; Nachgiebigkeit desselben in Sachen der Geschäftsordnung; Ansichten der Bundestagsgesandten in Betreff der Ziele der Wiener Politik 194; Preßthätigkeit des Freiherrn von Prokesch 206; Begegnung Herrn von Bismarck's mit Freiherrn von Prokesch nach dessen Rückkehr 234; Versetzung des Herrn von Bismarck nach Wien und Reisedispositionen desselben 235. 236; Wechsel in der Person des Präsidialgesandten 236; Bericht des Herrn von Bismarck über politische Wahrnehmungen in Paris und Frankreich 236. 237; Umtriebe des Freiherrn von Prokesch und Bekämpfung derselben durch Herrn von Bismarck 239; Ankunft des Grafen von Rechberg in Frankfurt a. M. 240; Zuvorkommenheit des Französischen Gesandten Grafen von Montessuy gegen den Gesandten der Sächsischen Herzogthümer 241; Hoffnung des Grafen von Rechberg auf eine Verständigung zwischen Preußen und Österreich, sowie Rückwirkung auf die Haltung der kleinen Deutschen Fürsten 241. 242; Verhältniß des Grafen von Rechberg zu dem Grafen von Barral 245; Reise des Herrn von Bismarck nach Paris zur Erläuterung der Dänischen Frage 254. 256; Pariser Eindrücke und Reisedispositionen des Herrn von Bismarck 257. 258; Rückreise des Herrn von Bismarck nach Berlin 259; Dispositionen der Bundestagsgesandten in der Dänischen Frage 288; Reisedispositionen des Herrn von Bismarck 289; Zusammenkunft des Kaisers von Rußland mit Herrn von Bismarck in Darmstadt 290; Beschwerde Englands über die Haltung des Herrn von Bismarck in der Bentinckschen Streitsache 295. 296; Äußerung des Grafen von Rechberg über die Österreichische Politik 297. 298.

Bundesversammlung, Charakteristik der Österreichischen Mitglieder, s. Bundestagsgesandte; Behandlung des Höchster Vorfalls 23. 24; s. auch Adlerzeitung; Einführung des Herrn von Bismarck in die Bundesversammlung 25; Auftreten und Haltung des Grafen von Thun in der Bundesversammlung 25. 29. 30; Geschäftsgang in den Bundestagsausschüssen 28. 29; Abberufung des Bundes-Präsidialgesandten Grafen von Thun und Substituirung des Herrn von Bismarck für Österreich 70. 71. 112. 128; desgl. des Hannoverschen Bundestagsgesandten von Bothmer 118; Conjecturen über den zukünftigen Präsidialgesandten 126; Ernennung des Herrn von Prokesch zum Bundes-Präsidialgesandten 133; Beschwerde des Mecklenburgischen Kammerherrn von der Kettenburg wegen angeblich beeinträchtigter Religionsfreiheit; Behand-

Digitized by Google

lung dieser Angelegenheit im Reklamations-Ausschusse 127. 128. 146. 147; Zuvorkommende Haltung des Freiherrn von Prokesch 150; Thätigkeit desselben in den Ausschußverhandlungen 152; Anmaßung desselben bei Führung der Präsidialgeschäfte 155; Geschäftsgang in der Bundesversammlung 157; Lage der Geschäfte am Bundestage 158—160. 236; Nachgiebigkeit Österreichs in Sachen der Geschäftsordnung 189; Schicksal des Aprilbündnisses im Schoße der Bundesversammlung 196; Verstimmung Württembergs 209; Vertagung der Bundesversammlung 226. 236; Wiederaufnahme der Präsidialgeschäfte durch Freiherrn von Prokesch 234.

Centralpolizeibehörde, Einsetzung einer solchen 47. 48.

Charakteristik der Mitglieder der Bundesversammlung, s. Bundestagsgesandte; desgl. der Österreichischen Militairbevollmächtigten s. Bundes-Militaircommission; desgl. des Personals der Österreichischen Bundestags-Gesandtschaft, s. Österreich; desgl. des Grafen von der Goltz, s. Preußen; desgl. des Stadtcommandanten Major Deetz, s. Bundesgarnison; desgl. des Herrn von Blittersdorf 6, der Bürgermeister von Günderode und Sieber, sowie der Frankfurter Stadtverwaltung 7; desgl. des Herrn von Rochow, s. Preußen; desgl. des Herrn von Bismarck 20. 21; desgl. des Bundestags-Präsidialgesandten Freiherrn von Prokesch 141. 225; desgl. des Freiherrn von Blixen 301.

Christenthum, der einzige Halt für Fürsten und Völker 113.

Circulardepeschen, s. Orientalische Frage, Deutscher Bund, Frankreich, England, Preußen, Österreich, Rußland.

Coalition, Auflösung derselben von Rußland, Österreich und den Mittelstaaten 194; s. auch Orientalische Frage.

Coalitionsstaaten, Steuerung der Preußenfeindlichen Haltung derselben, insbesondere in Darmstadt 104. 105; Muthmaßliche Haltung Österreichs und der Coalitionsstaaten in der Zollvereinskrisis 105—107. 117; Verhandlungen mit Österreich und den Coalitionsstaaten in der Zollsache 129. 130; s. auch Orientalische Frage.

Coblenz, Reise des Herrn von Bismarck dorthin 150. 151. 238; Besuch des Königs von Bayern, s. Bayern.

Cölnische Zeitung, s. Kölnische Zeitung.

Commission, s. Ausschuß.

Conflict, Türkisch-Russischer, Haltung Österreichs in demselben, s. Orientalische Frage.

Conferenzverhandlungen, Londoner, s. Dänemark.

Consequenzen einer Frankreich entmuthigenden Haltung Preußens, s. Preußen.

Conservative Opposition, Unmöglichkeit einer solchen in Preußen 38. 39; Intrigue zur Entzweiung derselben 102.

Constitutionelle Zeitung, s. Preußen.

Convention, s. Orientalische Frage, Rastatter Besatzungsfrage.

Constitutionel, Österreichische Preßmanöver in demselben 239.

Correspondenz, Preußische, s. Preußen, Frankreich.

Creditverhältnisse, s. Frankfurt a. M.

Dänemark, Königreich (auch wegen Holstein und Lauenburg), Unterredung des Herrn von Bismarck mit dem Herzog von Augustenburg 34—36. 69. 70; Ablehnung der Rechnungslegung über die rückständigen Revenüen seitens des Delegirten der Dänischen Regierung 99; Haltung Dänemarks in der orientalischen Frage 180.

Dänische Erbfolgefrage, Lösung derselben unter Mitwirkung des Bundes 64; Vertretung des Bundes auf der Londoner Conferenz für die Regelung der Thronfolge in Dänemark 69; Notifikationen der Londoner Convention 95.

—— Frage, s. Holsteinische Frage, Deutscher Bund, England, Frankreich, Österreich, Preußen, Rußland.

—— Herzogthümer, s. desgl.

Damen-Diplomatie in Wien 80.

Defensivsystem, Nothwendigkeit der Sicherung eines zuverlässigen für Preußen durch Eingehen auswärtiger Bündnisse, s. Preußen.

Demokratie, Haltung derselben in Frankfurt a. M. 5. 6. 18; Abhaltung und Verlauf eines demokratischen Festes in Frankfurt a. M. 8. 9; Verhängung des Belagerungszustandes über Frankfurt a. M., s. Bundesversammlung; Demokratische Tagesblätter 32. 107. 108; Erfindungen in Betreff revolutionärer Vorgänge in Frankfurt a. M. 232.

Demokratische Partei, s. Demokratie.

Demokratische Verhaftungen und Beschlagnahmen in Berlin 151.

Denkschrift, s Mémoire.

Deutsche Flotte, s. Flottenfrage.

—— Fürsten, Besuche derselben bei dem Kaiser Napoleon 289; Beunruhigung derselben durch die Stuttgarter Monarchen-Zusammenkunft 290.

Deutscher Bund, Vorlage und Behandlung der Dresdener Verhandlungen am Bunde 17. 40; Einbringung von Anträgen an den Bund in Betreff der Flottenfrage, der Aufstellung eines Bundescorps zum Schutze der Bundesversammlung und der Kurhessischen und Holsteinischen Besatzungsfrage 30; desgl. der Bentinckschen Streitsache 39. 169; Vertretung des Bundes auf der Londoner Conferenz zur Regelung der Dänischen Erbfolgefrage 69; Wiederaufnahme der

Digitized by Google

Verhandlungen wegen der Bundes-Preßangelegenheit 85. 89. 98; Vorlegung der Beschwerde des Herrn von Kettenburg wegen Beeinträchtigung seiner Religionsfreiheit an den Bund 127. 128; Behandlung der Französischen Kaiserfrage am Bunde 132. 133. 136—138; Ernennung des Freiherrn von Prokesch zum Bundes-Präsidialgesandten 133—135; Maßregeln des Bundes gegen die Schweiz 149; Revision der Geschäftsordnung 150. 155; Reorganisation der Bundeskanzei 141. 151; Eingabe des Gouvernements von Mainz an den Bund in Betreff der Nothwendigkeit von Vorsichtsmaßregeln in Bezug auf Mainz 169. 170; Wiederaufnahme des Planes über die Aufstellung eines Truppencorps zum Schutze der Bundesversammlung in Frankfurt a. M. 170; Vorlage des Aprilbündnisses zwischen Preußen und Österreich an den Bund 191; Schicksal desselben im Schoße der Bundesversammlung 196; Haltung des Dresdener Cabinets in Bezug auf den Beitritt des Bundes zu dem Aprilbündnisse 200; Beitritt des Bundes zu dem Aprilbündnisse 201. 207; Wahrung des Anscheins eines Zusammenhaltens der Cabinette von Wien und Berlin sowie Deutschlands in der orientalischen Frage 206; Werth des Aprilbündnisses für Deutschland und Preußen 209; Vertagung der Russischen Antwort, Zerstörung der Illusionen des Österreichischen Cabinets in Bezug auf eine bedingungslose Unterstützung seiner Politik durch Deutschland 216. 218; Haltung Österreichs in der orientalischen Frage, Äußerungen des Königs von Württemberg und des Ministers von der Pfordten über die Stellung des Bundes zu dieser Frage 219. 220; Vorlage der Militairconvention an den Bund, Beschwerde des Bayerischen Gesandten über die Behandlung der orientalischen Frage am Bunde, Haltung Preußens gegenüber seinen Deutschen Bundesgenossen 222—224; Dispositionen Sachsens, Hannovers, Württembergs und Bayerns in der orientalischen Frage, sowie Abstehen Österreichs von weiteren Anträgen bei dem Bunde 227; Geschäftslage am Bunde 236; Behandlung der Holsteinischen Angelegenheit am Bunde 253. 254; Modalitäten des Vorgehens des Bundes in der Sache 255. 256; Auflösung des Bundes für den Fall eines Krieges Deutschlands gegen Rußland und Frankreich, Werth desselben für Preußen in Friedenszeiten 267; Bundesverträge als morscher Stützpunkt für Preußens auswärtige Politik 268; Beziehungen Preußens zum Bunde 301—303; Fürstencongreß, Gerüchte darüber 197.

Deutschland, s. Deutscher Bund, Krieg, Österreich, Preußen.

Diplomatie, Haltung der Vertreter Englands und Frankreichs 5; Übernahme der Vertretung Preußens in Darmstadt, s. Preußen, Ernennung eines Sardinischen Gesandten am Bunde 25; Fürst von Gortschakoff's angebliche Verdienste in Betreff der Aussöhnung Preußens und Österreichs 67. 68; Bekanntwerden des Herrn von Bismarck mit dem Grafen Nesselrode 70; Außerordentliche Sendung des Herrn von Bismarck nach Wien zur Vertretung des Preußischen Gesandten am Wiener Hofe Grafen von Arnim, s. Preußen; Urlaub des Herrn von Werthern; desgl. Creditive des Französischen Gesandten am Bunde 133, neue Creditive desselben 136, Diner bei Herrn von Bismarck für denselben 138. 139; Rückkehr des Englischen Gesandten am Bunde Sir A. Malet aus England 152; Äußerungen über den Russischen Gesandten im Haag von Maltitz 157; Ankunft des neuen Französischen Gesandten beim Bunde Grafen von Montessuy und dessen Thätigkeit 241; Wechsel in der Person des Spanischen Gesandten am Bunde, desgl. des Sardinischen Gesandten, sowie dessen Verhältniß zum Präsidialgesandten Grafen von Rechberg 244. 246; Ankunft des zweiten Secretairs der Französischen Gesandtschaft Grafen von Mulinen 246; Decorirung des Französischen Gesandtschaftspersonals in Bern durch Preußen 284; Personalnotizen über den Russischen Gesandten Freiherr von Brunnow in Berlin, den Russischen Gesandten Freiherr von Budberg in Wien und den Herrn von Fonton 294. 295; Abwesenheit des Englischen Gesandten am Bunde und Veränderungen in der Russischen Diplomatie 296.

Diplomatischer Bruch zwischen Preußen und Großherzogthum Hessen 161.

Domainenfrage, s. Meiningen.

Donaufürstenthümerfrage, s. Orientalische Frage, Österreich, Preußen, Rußland.

Dresdener Verhandlungen, Vorlage und Behandlung derselben am Bunde 17. 40.

—— Umlage, s. Flottenfrage.

Einbringen von Anträgen im Bundestag, s. Deutscher Bund.

Einfluß Österreichs auf die Deutschen Regierungen, s. Österreich.

Einkommenverhältnisse der Preußischen Offiziere in Frankfurt a. M., s. Preußen.

Eisenbahn, s. Frankfurt, Preußen, Projekt, Rhein-Nahe-Bahn.

Emanation eines Österreichischen Zolltarifs, s. Österreich.

Empfang des Herrn von Bismarck am Hoflager in Wien, Hintertreibung desselben durch den Grafen von Buol 75. 76; Aufschub des Empfanges durch den Kaiser von Österreich 78; desgl. des Kaisers von Öster-

Digitized by Google

reich in Pest und fernere Reisedispositionen desselben 80; desgl. des Herrn von Bismarck seitens der Umgebung des Kaisers von Österreich 92.
England, Stimmung in der Orientalischen Frage 152. 153; Haltung gegenüber Österreich 156; Haß Österreichs gegen England 162; Englisch-Französisches Bündniß 163; Plan einer Österreichisch-Französisch-Russischen Verbindung gegen Preußen und England 163; Verhinderung jedweder Demonstration des Bundes durch England und Frankreich 176; Mission des Herzogs von Cambridge nach Wien und Wechsel des Preußischen Gesandten in London 189. 190; Zurückweisung der Englischen Überhebungen in der „Preußischen Correspondenz" 209; Unwahrscheinlichkeit einer Englischen Blokade 217; Lord Palmerston's Äußerungen in Betreff der Neuenburger Frage 248; Neubesetzung des Russischen Gesandtschaftspostens in London 250; Englische Beschwerde über die Haltung des Herrn von Bismarck in der Beutluckschen Streitsache, sowie Abwesenheit des Englischen Gesandten am Bunde während der Vermählungsfeierlichkeiten in London 295. 296.
Englisch-Französisches Bündniß 229, s. Frankreich, England, Orientalische Frage.
Enthüllungen über Freiherrn von Prokesch 170. 171.
Ernteaussichten in Österreich 77, s. auch Ungarn, Steuerverhältnisse.
Eröffnung der Wintervergnügungen in Frankfurt a. M., s. Geselligkeit in Frankfurt a. M.
Ersetzung des Herrn von Rochow durch Herrn von Bismarck, s. Bundestagsgesandte.
Europäische Wirren, Drohung und Haltung Hannovers 130.
Europäisches Übergewicht Rußlands 193.

Feste bei Herrn von Bismarck im Laufe des Karnevals s. Bundestagsgesandte.
Festliche Vorbereitungen an den Frankfurt benachbarten Höfen 274.
Festungsbau, Ausbau der Bundesfestungen Ulm und Rastatt, Stellung Österreichs zu demselben 143—145. 149. 150; Umwandlung der Holländischen Festung Mastricht in eine Bundesfestung 169; s. auch Mainz.
Festungsgrundstücke, Streit hierüber in der Bundesversammlung 206.
Finanznoth in Kurhessen, s. Kurhessen.
Flottenanlehen, s. Rothschild.
Flottenfrage — Flottenangelegenheit, Vorlage einer gemeinschaftlichen Erklärung mit Österreich an den Bund 30; Zahlungsanweisung auf Grund der Dresdener Umlage 49; Stellung Österreichs zur deutschen Flotte 53. 54; Herstellung einer neuen auf Grundlage des Zollvereins 56; Auflösung derselben 62. 64. 65.
Folgen eines passiven Abwartens kriegerischer Ereignisse durch Preußen, s. Preußen.
Fraktion Bethmann-Hollweg in der Preußischen Kammer 131.
Frankfurt a. M., Theuerungsverhältnisse, s. Preußen; Verhängung des Belagerungszustandes 25—28; Mißgeschick eines Frankfurter Preßagenten 32; Einsetzung einer Centralpolizeibehörde 47. 48; Geselligkeit in Frankfurt a. M., Eröffnung der Wintervergnügungen, s. Geselligkeit; Demokratische Partei, Verbreitung der demokratischen Vereine, Feste derselben, Führer und Wirksamkeit derselben, Treiben der demokratischen Tagesblätter, s. Demokratie; Stand des Preußischen Geldes in Frankfurt a. M. 183; Napoleonsfeier in Frankfurt a. M. 225; Erfindungen in Betreff revolutionärer Vorgänge in Frankfurt a. M. 232.
Frankfurter Börse und Rhein-Nahe-Bahn 307. 308.
Frankreich, Mittheilungen über das gemeinschaftliche Verhalten Österreichs und Preußens 95; Haltung des diplomatischen Vertreters beim Bunde; Belgisch-Französische Streitigkeiten, Parteinahme der Österreichischen Presse 112; Französische Kaiserfrage am Bunde, Gang der bezüglichen Verhandlungen 132. 133. 136—138; Creditive für den Französischen Gesandten am Bunde 133, neue Creditive desselben 136; Gerücht von der Vermählung des Kaisers Napoleon mit der Gräfin Montijo 139; Politik Preußens gegenüber Frankreich 139; Annäherung Rußlands an Frankreich 161; Beziehungen zwischen Belgien und Frankreich 162; Englisch-Französisches Bündniß 163; Verhinderung jedweder Demonstration des Bundes durch England und Frankreich 176; Gerüchte von dem Anschluß Österreichs an Frankreich 181; Französische Circulardepeschen über die Beustschen Umtriebe 183; Französische Rüstungen 184; Berufung des Österreichischen Gesandten in Paris von Hübner nach Wien 189; Französische Circulardepesche in der orientalischen Frage, Verhältniß zwischen Rußland und Frankreich 190; Reise der Kaiserin Eugenie nach Baden 201; Ansichten eines Bonapartisten über die nächsten politischen Conjuncturen 205; Napoleonsfeier in Frankfurt a. M. 225; Pariser Circulardepesche an die Mittelstaaten, Absichten des Kaisers Napoleon in Betreff seiner Beziehungen zu Preußen, maritime Wünsche Frankreichs 228. 229; Reise des Kaisers Napoleon nach der Krim, Gerüchte von dem Abschluß eines Vertrages zwischen Preußen und Frankreich 232. 233; Reise des Herrn von Bismarck durch Frankreich, politische Wahrnehmungen desselben in

Digitized by Google

Paris, Entblößung Frankreichs von Truppen 236—238; Abnahme der Furcht der Süddeutschen Fürsten vor Frankreich 239; Mission des Marschalls Canrobert nach dem Norden, Pariser Friedensnachrichten 240; Ankunft des neuen Französischen Vertreters beim Bunde Grafen v. Monteſſuy und deſſen Thätigkeit 241; Größere Aussicht auf Verständigung im Falle direkter Verhandlungen Rußlands mit Frankreich 242; Beunruhigung des Grafen von Monteſſuy wegen eines Kölner Artikels, geschäftliche und gesellige Beziehungen zu den Bundestagsgesandten 243. 244; Ankunft des zweiten Secretairs der Französischen Gesandtschaft Grafen von Mulinen am Bundestage 246; Nachrichten aus Paris 246. 247; Warnung Österreichs vor der Verbindung Preußens mit Frankreich 249; Besorgniß des Grafen von Rechberg wegen der Haltung Frankreichs in der Neuenburger Frage, Zerstreuung dieser Besorgnisse und Besprechung der Frage mit dem Grafen von Monteſſuy 251—253; Haltung Frankreichs in der Dänischen Frage und Reise des Herrn von Bismarck nach Paris zur Erläuterung derſelben 254; Stellung Frankreichs zur Holsteinſchen Frage 255. 256; Die Kreuzzeitung über die Beziehungen Preußens zu Frankreich, Tactloſigkeiten in Bezug auf die Perſon des Kaisers und des Prinzen Napoleon 260. 261; Besuch des Prinzen Napoleon in Berlin 262. 263; Mémoire, betreffend die Beziehungen Preußens zu Frankreich 264—273; Herbeiführung einer Zusammenkunft der Kaiſer von Öſterreich und von Frankreich durch den König von Bayern 273; Mittel zur Begünſtigung der Annäherung des Kaisers Napoleon an Öſterreich 273; Bemühungen in Betreff einer Zusammenkunft Napoleons mit dem König von Preußen und dem Kaiſer von Rußland 282; Haltung der Kreuzzeitung gegenüber Frankreich und Öſterreich, Stimmung des Kaisers Alexander in Betreff Öſterreichs und einer Trippelallianz Preußens, Rußlands und Frankreichs, sowie Auslaſſungen des Fürſten Gortſchakoff hierüber, Decorirung der Franzöſiſchen Geſandtſchaft in Bern durch Preußen 283. 284; Begrüßung des Ruſſiſchen Kaisers durch einen Franzöſiſchen General 286, Beſuche Deutſcher Fürſten bei dem Kaiſer Napoleon 289; Beſuche Napoleon's in München und Darmſtadt; Symptom für die Bedeutung eines Ruſſiſch-Franzöſiſchen Bündniſſes mit praktiſchem Ziele 290. 291; Beurtheilung der Vermählungsfeier des Prinzen Friedrich Wilhelm von Preußen in Frankreich 296; Haltung des Journal de Francfort bei Beſprechung des Pariſer Attentats 297.

Franzöſiſche Kaiſerfrage, Erledigung am Bunde 132. 133, ſ. auch Deutſcher Bund, Frankreich.

Friedensnachrichten, Pariſer 240, ſ. auch Frankreich, Orientaliſche Frage.

Freundſchaft Preußens für Frankreich und Werth eines Ruſſiſchen Bündniſſes, ſ. Preußen; Vortheile Preußens von einer derartigen Verbindung, ſ. desgl.; Folgen einer Ablehnung der Werbung Napoleon's, ſ. desgl.

Fürſtencongreß, Abſicht eines ſolchen in Brüſſel 199, ſ. auch Deutſcher Fürſtencongreß.

Garantie Deutſcher Staaten für Italien, ſ. Italien, Öſterreich.

Garantie-Vertrag, ſ. Mailand.

Garniſon-Angelegenheit, ſ. Bundesgarniſon.

Geſchäftsgang der Bundestagsausſchüſſe, ſ. Bundesverſammlung.

Geſchäftsordnung des Bundes, Reviſion derſelben, ſ. Deutſcher Bund.

Geſelligkeit in Frankfurt a. M., Ball bei Lord Cowley 5, bei Graf von Thun 50, bei Herrn von Bismarck 131; Eröffnung der Wintervergnügungen 49.

Gothaer Partei, Angehörigkeit des Oldenburgiſchen Bundestagsgeſandten von Eiſendecher zu derſelben 242.

Gouvernementswechſel in Mainz, ſ. Preußen.

Gouvernementswohnung in Mainz, Herrichtung derſelben 230—232.

Graudenz, Gerüchte über einen Verrath, Beſtechung des dort garniſonirenden Militairs 168.

Griechenland, Lage des Königs Otto 240.

Griechiſche Bewegung in Epirus 178.

Großbritannien, ſ. England.

Hamburg, Beſchwerde wegen Bequartirung von St. Pauli.

Handelsgeſetzgebung, ſ. Handelspolitik.

Handelsminiſterium, Preußiſches, Beſchwerde über dasſelbe, ſ. Preußen.

Handelspolitik, Handelspolitiſche Frage, ſ. Dresdener Verhandlungen, auch Öſterreich, Preußen, Zollvereinskriſis.

Handelspolitiſche Fachmänner, Eintreffen derſelben 44.

Handwerkerverein, ſ. Demokratie.

Hannover, Zuſammenhang der Hannoverſchen Verfaſſungsfrage mit dem Zollvertrage zwiſchen Preußen und Hannover 39—42. 51. 52; Miniſterkriſis 46; Vorſchläge für die Reconſtruktion des Zollvereins, ſ. Preußen. Tod des Königs Ernſt Auguſt 59; Unterredung des Herrn von Bismarck mit dem Herrn von Schele wegen der Miniſterkriſis 61; Parteiverhältniſſe 71. 72; Einfluß des Freiherrn von Koller auf den König von Hannover 111; Abberufung des Hannoverſchen Bundestagsgeſandten von Bothmer 118; Zollvereinsnachrichten aus Hannover 119; Haltung von Hannover gegenüber den europäiſchen Wirren 130; Wechſel in

Digitized by Google

der Person des Hannoverschen Bundestagsgesandten 164; Dispositionen Hannovers in der orientalischen Frage 227; Aufenthalt des Herrn von Bismarck in Hannover, sowie Besprechung der Hannoverschen Verfassungs- und der Neuenburger Frage mit dem König Georg 247. 248; Wendung in der Politik Hannovers, diplomatische Vertretung Preußens daselbst, Stimmung und Haltung des Königs Georg 286. 287.
Hannoversche Ritterschaft, s. — Verfassung, — Verfassungsfrage.
—— Verfassung, s. Bundestag, Politischer Ausschuß.
—— Verfassungsfrage, Zusammenhang mit dem Zollvertrage zwischen Preußen und Hannover, s. Hannover; Zollanschluß an Preußen 51; Besprechung über dieselbe seitens des Herrn von Bismarck mit dem König Georg 247.
Herrscherzusammenkunft in Tetschen, s. auch Österreich, Preußen, Rußland, Orientalische Frage 192.
Herzogthümerfrage, s. Holsteinsche Frage.
Hessen, Großherzogthum, Politik gegen Preußen 103; Steuerung der Preußenfeindlichen Haltung der Coalitionsstaaten, insbesondere von Darmstadt 104. 105; Conferenz der Coalitionsstaaten 109. 110; Vertretung des Preußischen Gesandten von Canitz am Darmstädter Hofe durch Herrn von Bismarck 111. 128; Zollvereinsnachrichten aus Darmstadt 119; Diplomatischer Bruch zwischen Preußen und Großherzogthum Hessen 161; Auftrophile Haltung in Darmstadt 230; Zusammenkunft des Kaisers von Rußland mit dem Herrn von Bismarck in Darmstadt, Besuche Napoleon's in München und Darmstadt 290.
Hessen-Nassau, Höchster Vorfall, s. Adlerzeitung; Umschwung in Nassau bezüglich der Zollfrage 98.
Höchster Vorfall, s. Adlerzeitung.
Holland, Umwandlung der Festung Mastricht in eine Bundesfestung 169.
Holsteinsche Frage, — Angelegenheit, — Verfassungsfrage, Russische Circularnote 250; Behandlung der Angelegenheit am Bunde; Auswahl und Absendung eines Commissars des Bundes nach Copenhagen 253. 253; Interesse Preußens an der baldigen Beschäftigung des Bundes mit der Frage, Modalitäten des Vorgehens des Bundes, Reise des Herrn von Bismarck nach Paris zur Information des dortigen Cabinets, Stellung Frankreichs zur Holsteinschen Frage 255. 256; Fertigstellung des Bericht-Entwurfs 292; Lostrennung Schleswigs von Holstein 298. 301; Aufnahme der Dänischen Mittheilung bei den Cabinetten 304.

Italien, Österreichische Bemühungen um die Garantie Deutscher Staaten für Italien 263; Einlenken Österreichs gegenüber der allgemeinen politischen Lage in 306.
Journal de Francfort, Österreichische Preßmanöver 184. 293; Haltung desselben bei Besprechung des Pariser Attentats 297.

Kästrichbauten, s. Festungsbau, Mainz.
Kaiserzusammenkunft, s. Herrscherzusammenkunft.
Kammerverhandlungen, s. Preußen.
Kammerwahl des Herrn von Bismarck, s. desgl.
Kassenanweisungen, Preußische, Stand derselben in Frankfurt a. M. 197.
Katholische Partei, s. Ultramontane Partei.
Kettler, Bischof von, Preußenfeindliche Haltung desselben 164; Haltung in dem Badischen Kirchenconflict 166.
Kirchenconflict, Badischer, s. Baden; Nassauischer, s. Nassau.
Klinkworth, Abbruch der Verbindung mit dem König von Württemberg 113.
Kölnische Zeitung, s. Frankreich, Preußen.
Königsgeburtstag, Feier desselben in Frankfurt a. M., s. Preußen.
Kossuth, Äußerungen des Fürsten Metternich über denselben 288.
Kreuzzeitung, s. Baden, Frankreich, Preußen.
Krieg, Ausbruch zwischen Deutschland und Rußland und Frankreich, Auflösung des Bundes für den Fall eines solchen, s. Preußen; desgl. zwischen Deutschland und Frankreich, Consequenzen für den Fall eines solchen, s. Preußen; desgl. zwischen Frankreich und dem geeinigten Preußen und Österreich, Befürchtungen der Deutschen Fürsten im Falle eines solchen, s. Preußen.
Kriegskosten-Liquidationen, Aufnahme am Bunde 85. 165.
Krim, Reisen der Kaiser von Frankreich und Rußland, s. Orientalische Frage, Frankreich, Rußland.
Krisis, revolutionäre, s. revolutionäre Krisis, desgl. Zollvereinskrisis.
Kritik über die „neuen Gespräche" des Herrn von Radowitz, s. Preußen; desgl. des Grafen von Buol über die Orientpolitik; s. Orientalische Frage.
Kurhessen, Finanznoth daselbst 33; Verfassungsfrage 47; Haß des Kurfürsten gegen den Minister Hassenpflug 164; Äußerungen des Kurfürsten von Hessen in der Neuenburger Frage 250.

Landtag in Merseburg, Abreise des Herrn von Bismarck dahin, Aufgabe des Landtags, s. Preußen, auch Provinzial-Landtag.
Landtagsverhandlungen, Preußische, s. Kammerverhandlungen, Preußen.
Leopold, König der Belgier, Vorstellung des Herrn von Bismarck 96. 97.

Digitized by Google

Letzlingen, Einladung des Herrn von Bismarck zur Jagd 114.
Lippe, Fürstenthum, Verfassungs-Angelegenheit 163; Preußenfeindliche Umtriebe 164.
Liquidationswesen, Aufnahme desselben am Bunde 85. 94.
Londoner Conferenz, Vertretung des Bundes 69; s. auch Deutscher Bund; — Notifikationen über Dänemark 95.

Mailand, Aufhebung bezw. Verlängerung des Garantievertrages 170.
Mainz, Einrichtung der Gouvernementswohnung 230—232; Verbesserung der militairischen Stellung Preußens 291; Zumuthungen an den Bund aus Anlaß der Pulverthurm-Katastrophe, Kasernenbauten daselbst, Mainzer Personalnotizen 292—294.
Mainzer Festungsbau, s. auch Festungsbau.
Marine, Preußische, Aufnahme des Sohnes des Staatsraths von Eisendecher in dieselbe 242. 243; Französische, Entwickelung derselben 229; s. auch Orientalische Frage, Frankreich.
Mastricht, Festung, Umwandlung derselben in eine Bundesfestung 169; Besetzung derselben durch Preußen 171. 172.
Maßregeln des Bundes gegen die Schweiz, s. Deutscher Bund, Neuenburger Frage.
Matrikularbeiträge zum Bau und zur Unterhaltung der Bundesfestung Rastatt 40, s. auch Rastatter Festungsbau.
Mazzini, Äußerungen des Fürsten Metternich über denselben 288.
Mecklenburg-Schwerin, Rücktritt des Ministers Graf von Bülow und Ernennung des Herrn von Oertzen zu seinem Nachfolger 297.
Meiningen, Betheiligung des Bundes in der Domainenfrage 165.
Mémoire des Herrn von Bismarck über Preußens allgemeine Politik 262. 264—273; desgl. über die Beziehungen Preußens zu Frankreich 274—280; desgl. über die Beziehungen Preußens zum Bunde und zu Österreich, sowie nähere Entwickelung des darin enthaltenen Programms 301—303; s. auch Preußen.
Metternich, Fürst von, Abreise desselben nach Mannheim 37; Schriftenwechsel zwischen demselben und dem Staatsrath Fischer 164; Äußerungen desselben über Kossuth und Mazzini 288.
Militair, s. Bundesgarnison.
Militairbevollmächtigte, Charakteristik der Österreichischen Mitglieder, s. Österreich.
Militaircommission, s. Bundes-Militaircommission.
Militairconvention, Vorlage derselben an den Bund, s. Deutscher Bund.
Ministerkrisis, Hannoversche, s. Hannover.
Mission des Herrn von Bismarck nach Wien zur Vertretung des dortigen Gesandten 75—92; desgl. des Fürsten von Orloff nach Wien 171; desgl. des Grafen von Leiningen nach Rom 181; desgl. des Marschalls Canrobert nach dem Norden 240; desgl. des Generals von Wedell nach Wien 238.
Mißgeschick eines Frankfurter Preßagenten 32.
Mittelstaaten, Haltung derselben in der orientalischen Frage 221; Pariser Circulardepesche an dieselben 228; gesteigertes Souverainetätsgefühl derselben, s. Preußen; Mangel des Vertrauens in Österreichs Politik, s. Preußen; s. auch Bamberger Coalition, Orientalische Frage.
Mobilmachungsplan, Preußischer, Verrath desselben 185.
Monarchen-Zusammenkunft, s. Herrscherzusammenkunft, Kaiserbegegnung.
Moniteur, Artikel über die Neuenburger Frage 251. 252.
Montenegro, Einlenken Österreichs gegenüber der allgemeinen politischen Lage 306.

Nassau, Kirchenconflict 181.
Nationalzeitung, Justuencirung derselben durch Österreich 184. 185; s. auch Österreich.
„Neue Gespräche" des Herrn von Radowitz, Kritik über dieselben, s. Preußen.
Neuenburg, Preußisches Fürstenthum, s. Neuenburger Angelegenheit, — Frage.
Neuenburger Angelegenheit, — Frage, Ansprüche Preußens auf das Fürstenthum 149; Vorschlag behufs Erledigung der Frage 244. 246; Erfolge am Bunde 247; Besprechung der Frage mit dem König Georg von Hannover, Herrn von Fonton's und Lord Palmerston's Äußerungen in derselben, Haltung Österreichs und des Kurfürsten von Hessen, Politik Sardiniens 247—250; Besorgniß des Grafen von Rechberg wegen der Haltung Frankreichs, Zerstreuung dieser Besorgnisse und Besprechung mit dem Grafen von Montessuy, Haltung Sardiniens 251—253; Dispositionen der Großmächte und Nothwendigkeit der Annahme der Conferenzbedingungen durch Preußen 257. 258.
Neue Preußische Zeitung, s. Preußen.
Neunerfreunde in Hamburg 103.
Norddeutscher Zollverein, Gründung eines solchen 234.
Nordische Allianz, Unmöglichkeit einer Wiederherstellung, s. Preußen.

Oberbefehlshaber, s. Obercommando.
Obercommando, Übergang desselben bezüglich der Frankfurter Bundestruppen auf Preußen 85. 127. 170.
Ober-Postamts-Zeitung, Mitwirkung des Herrn von Blittersdorf 6; Feindseligkeit gegen Preußen, s. Preußen; Parallele zwischen dem Freiherrn von Prokesch und dem Herrn von Bismarck 137.

Digitized by Google

Öffentliche Meinung, Drängen derselben gegen Rußland 185.
Österreich, Abreise des Fürsten von Metternich nach Mannheim 37; Charakteristik der Mitglieder der Bundesversammlung, s. Bundestagsgesandte; desgl. der Militairbevollmächtigten in der Bundes-Militaircommission, s. Bundes-Militaircommission; desgl. des Personals der Österreichischen Gesandtschaft 2; Eindruck und Haltung der Österreichischen Truppen in Frankfurt a. M., s. Bundesgarnison; Mission des Grafen Széchényi und diplomatische Verbindungen des Grafen von Thun, s. Bundestagsgesandte; Kritik über die Schwarzenbergsche Politik 21; Äußere Haltung des Grafen von Thun, s. Bundesversammlung; Bestrebungen auf dem Gebiete der Handelspolitik und des Zollvereins 45; Publikation des Österreichischen Zolltarifs 45. 46; Einfluß Österreichs auf die Deutschen Regierungen 47; Stellung zur Deutschen Flotte, s. Flottenangelegenheit; Verhältniß zwischen Preußen und Österreich, s. Deutscher Bund; Tod des Fürsten von Schwarzenberg 63. 64; Österreichs Politik nach dem Tode des Fürsten von Schwarzenberg 65; Zweifel an der Ernennung des Grafen von Buol zum Österreichischen Minister-Präsidenten 67; Ernennung des Grafen von Buol zum Österreichischen Minister-Präsidenten und Verhältniß desselben zu dem Grafen von Thun 68; Wechsel in der Person des Bundes-Präsidialgesandten 70. 71. 112; Außerordentliche Mission des Herrn von Bismarck nach Wien: Hintertreibung des Empfanges am Kaiserlichen Hoflager durch den Grafen von Buol 75. 76; Empfang des Kaisers Franz Joseph in Pest und fernere Reisedispositionen desselben 80; Aushändigung des Königlichen Handschreibens an den Kaiser 81; Vorstellung bei dem Kaiser 85; Arbeitsamkeit des Kaisers Franz Joseph 87; Persönlicher Eindruck von dem Kaiser auf Herrn von Bismarck und weitere Reisedispositionen des Kaisers 91. 92; Unterredung des Herrn von Bismarck mit dem Grafen von Buol bezüglich der Zollvereinskrisis, des Verhaltens in Bezug auf Frankreich, der Londoner Conferenz und der Rückkehr des Herrn von Bismarck nach Frankfurt a. M. 92—96; Muthmaßliche Haltung Österreichs und der Coalitionsstaaten in der Zollvereinskrisis 105—107; Einfluß des Freiherrn von Koller auf den König von Hannover 111; Parteinahme der Österreichischen Presse in den Belgisch-Französischen Streitigkeiten 112; Politische und comercielle Consequenzen einer Zollunion mit Österreich, Unmöglichkeit einer direkten Verständigung mit Österreich, Rußlands Politik in Österreich 113. 114; Qualifikation des Grafen von Thun für den Posten eines Gesandten am Berliner Hofe 120—122; Abberufung des Grafen von Thun und Substituirung des Herrn von Bismarck 128; Verhandlungen mit Österreich und den Coalitionsstaaten in der Zollsache 129. 130; Abreise des Grafen von Thun nach Wien 130; Ernennung des Freiherrn von Prokesch zum Bundes-Präsidialgesandten 133—135; Charakteristik des Freiherrn von Prokesch 141; Versetzung des Kanzleidirektors Freiherrn von Brenner, s. f. Bundeskanzlei 141. 142; Haltung Österreichs in der Ulm-Rastatter Festungsbau-Angelegenheit und in der Bundespolitik überhaupt 143. 145; Streitigkeiten Österreichs mit der Schweiz 147; Stellung Preußens zu Österreich, sowie Antrag Österreichs betr. die Einsetzung einer Bundesfestungs-Abtheilung 148; Haltung in dem Türkisch-Russischen Conflict 154; Haltung Englands gegenüber Österreich 156; Aufnahme einer Anleihe 161; Haß gegen England 162; Plan einer Österreichisch-Französisch-Russischen Verbindung gegen Preußen und England 163; Österreichische Preßagenten 165. 166; Neutralität in der Orientalischen Frage 167. 168; Engerer Anschluß Bayerns an Österreich 168; Enthüllungen über Freiherrn von Prokesch 170. 171; Abhängigkeit Preußens von Österreich 171; Beziehungen zwischen Österreich und Bayern in der orientalischen Frage 175; Gerüchte von dem Anschluß Österreichs an Frankreich 181. 182; Rückwirkungen der Wiener Entschließungen auf die Börse 183; Österreichisches Preßmanöver im Journal de Francfort 184; Influencirung der Nationalzeitung durch Österreich 184. 185; Abschluß eines Allianzvertrages mit Preußen 186—189; Berufung des Österreichischen Botschafters in Paris von Hübner nach Wien 189; Mission des Herzogs von Cambridge nach Wien 189. 190; Praktische Bedeutung des Aprilbündnisses zwischen Preußen und Österreich, Vorlage desselben an den Bund, Perspektiven in Bezug auf die demnächstige Haltung Österreichs und Preußens 190—192; Zusammenkunft des Kaisers von Österreich mit dem König von Preußen in Tetschen, Kritik der Orientpolitik des Grafen von Buol, Verhältniß Österreichs zu Rußland, Bedeutung des Adriatischen Meeres für Österreich, Opportunität eines Anschlusses Preußens an Österreichs Orientpolitik, Anschluß Österreichs sowie Preußens an die Seemächte, Ansichten der Bundestagsgesandten in Betreff der Ziele der Wiener Politik, Auflösung der Coalition von Rußland, Österreich und den Mittelstaaten, Haltung Österreichs gegenüber der Bamberger Coalition, sowie Argwohn der

Digitized by Google

letzteren gegen Preußen und Österreich, Politik des Grafen von Buol und Schicksal des Aprilbündnisses im Schoße der Bundesversammlung, Ueberhebung der Österreichischen Presse 192—197; Äußerungen des Freiherrn von Prokesch in Bezug auf die nächsten Ziele der Österreichischen Orientpolitik, Einfluß des Vertrages zwischen der Türkei und Österreich auf das zwischen Preußen und Österreich abgeschlossene Bündniß 205; Absichten Österreichs in Bezug auf die Behandlung der Russischen Antwort, Losmachung von dem Frieden von Adrianopel 208. 209; Beabsichtigter Gewinn in der orientalischen Frage, Verhinderung des Krieges zwischen Rußland und Österreich, Zerstörung der Illusionen des Österreichischen Cabinets in Bezug auf eine bedingungslose Unterstützung seiner Politik durch Deutschland 215—218; Einrücken der Österreichischen Truppen in die Donaufürstenthümer, Haltung Österreichs in der orientalischen Frage 218. 219; Abstehen von weiteren Anträgen bei dem Bunde 228; Wechsel in der Person des Präsidialgesandten 236; Preßmanöver im Journal de Francfort und Constitutionel 239; Schwenkung Bayerns gegen Österreich und Ankunft des Grafen von Rechberg in Frankfurt a. M. 240; Hoffnung des Grafen von Rechberg auf eine Verständigung mit Preußen sowie Rückwirkung auf die Haltung der kleinen Deutschen Fürsten, abwartende Haltung Österreichs, Tod der Frau von Brints 241. 242; Warnung vor der Verbindung Preußens mit Frankreich, Haltung in der Neuenburger Frage 249—253; Bemühungen um die Garantie der Deutschen Staaten für Italien, Gebot der Vorsicht bei Mittheilungen nach Wien 263. 264; Ziele der Österreichischen Politik in Deutschland, s. Preußen; Scheitern der Österreichischen Pläne während des Orientkrieges, s. desgl.; Herbeiführung einer Zusammenkunft der Kaiser von Österreich und von Frankreich durch den König von Bayern 273; Mittel zur Begünstigung der Annäherung des Kaisers Napoleon an Österreich 273. 274; Haltung der Kreuzzeitung gegenüber Frankreich und Österreich 283; Erklärung für die Schwenkung Württembergs nach Österreich 284. 285; Theorie von der ausschließlichen Berechtigung Österreichs zu einer selbständigen Politik 287; Haltung Österreichs in der Dänischen Frage 288. 289; Graf von Rechberg über die Österreichische Politik 297. 298; Graf von Buol und die Holsteinische Frage 304; Rastatter Besatzungsfrage, sowie Einlenken Österreichs gegenüber der allgemeinen politischen Lage in Montenegro und Italien 305. 307.

Österreichische Preßagenten, s. Österreich.
Österreichischer Zolltarif, s. Österreich.
Offiziere, Einkommen derselben 12. 19.
Oldenburg, Ansichten der Regierung über die Flottenfrage 62; Anschluß Oldenburgs an Preußen in der Zollfrage, s. Preußen.
Opposition, conservative, in Preußen, s. Preußen.
Orden, Verleihung an den Minister von der Pfordten 168; desgl. an das Französische Gesandtschaftspersonal in Bern 284.
Orientalische Frage, Stimmung Englands 152. 153; Haltung Österreichs in dem Türkisch-Russischen Conflict 154; Preußens Politik in der orientalischen Frage 155; Beurtheilung derselben beim Bunde 162; Englisch-Französisches Bündniß 163; Plan einer Österreichisch-Französisch-Russischen Verbindung gegen Preußen und England 163; Neutralität Preußens, Österreichs und Deutschlands 167. 168; Sendung des Grafen von Orloff 171; Österreichische Circulardepesche 172—174; Beziehungen zwischen Österreich und Bayern, sowie Haltung der Mittelstaaten in der orientalischen Frage 175; Opportunität einer Erklärung der Deutschen Großmächte in der orientalischen Frage 175. 176; Verbinderung jedweder Demonstration des Bundes durch England und Frankreich 176; Anschauung der Österreichischen Regierung 178; Haltung Dänemarks, Bayerns und Sachsens in der orientalischen Frage, Vortheile der Mittelstaaten und Österreichs im Falle einer Behandlung der orientalischen Frage am Bunde 180. 181; Gerüchte von dem Anschluß Österreichs an Frankreich, Ansichten des Freiherrn von Prokesch über die Aufgaben der Preußischen Politik, Einverständniß und weitergehende Vorschläge des Herrn von Bismarck in Bezug auf die Aufstellung eines Preußischen Armeecorps, sowie demnächstige Haltung gegenüber den Großmächten 181—183; Rückwirkung der Wiener Entschließungen auf die Börse 183; Französische Rüstungen 184; Abschluß eines Allianzvertrages zwischen Preußen und Österreich 186—189; Mission des Herzogs von Cambridge nach Wien 189. 190; Französische Circulardepesche 190, Verhältniß zwischen Rußland und Frankreich 190; Praktische Bedeutung des Aprilbündnisses zwischen Preußen und Österreich, sowie Formulirung der Ziele der Preußischen Politik; Vorlage des Aprilbündnisses an den Bund, Perspektive in Bezug auf die demnächstige Haltung Österreichs und Preußens 190—192; Kritik der Orientpolitik des Grafen von Buol, Verhältniß Österreichs zu Rußland, Wiederherstellung Polens, Bedeutung des Adriatischen Meeres, für Österreich, Rußlands Europäisches Übergewicht, Opportu-

Digitized by Google

nität eines Anschlusses Preußens an Österreichs Orientpolitik, Anschluß Österreichs sowie Preußens an die Seemächte, Ansichten der Bundestagsgesandten in Betreff der Ziele der Wiener Politik, Politik des Grafen von Buol und Schicksal des Aprilbündnisses im Schoße der Bundesversammlung 192—197; Dispositionen der Bamberger Regierungen in Bezug auf den Beitritt des Bundes zu dem Aprilbündniß 198. 199; Mission des Oberst Kowalewsky 199; Absicht eines Fürstencongresses in Brüssel zur Schlichtung der orientalischen Frage 199; Stimmung in Rußland gegenüber Österreich und Preußen, Haltung des Dresdener Cabinets in Bezug auf den Beitritt des Bundes zu dem Aprilbündniß 200; Beitritt des Bundes zu dem Aprilbündniß, Äußerungen des Freiherrn von Prokesch in Bezug auf die nächsten Ziele der Österreichischen Orientpolitik, Einfluß des Vertrages zwischen der Türkei und Österreich auf das zwischen Preußen und Österreich abgeschlossene Bündniß, Ansichten eines Bonapartisten über die nächsten politischen Conjunkturen 201—207; Wahrung des Anscheins eines Zusammenhaltens der Cabinette von Wien und Berlin, sowie Deutschlands in der orientalischen Frage 206; Österreichs Absicht in Bezug auf die Behandlung der Russischen Antwort, Fiction einer gegen Rußland gerichteten Quadrupelallianz, Verwerfung der Russischen Concessionen durch die Westmächte, Werth des Aprilbündnisses für Deutschland und Preußen, Losmachung Österreichs von dem Frieden von Adrianopel 207—209, Gewinn Österreichs in der orientalischen Frage, Vorlegung der Russischen Antwort, Stellung Preußens gegenüber der Bamberger Coalition und Benutzung derselben zur Verhinderung des Krieges zwischen Rußland und Österreich, Unwahrscheinlichkeit einer Englischen Blokade, Zerstörung der Illusionen des Österreichischen Cabinets in Bezug auf eine bedingungslose Unterstützung seiner Politik durch Deutschland 215—218; Einrücken der Österreichischen Truppen in die Donaufürstenthümer, Haltung Österreichs in der orientalischen Frage, Äußerungen des Königs von Württemberg und des Ministers von der Pfordten über die Stellung des Bundes zu dieser Frage, Haltung der Mittelstaaten in der politischen Krisis, Unterredung mit Herrn von Dönniges über die orientalischen Wirren 218—222; Vorlage der Militairconvention an den Bund, Beschwerde des Bayerischen Gesandten über die Behandlung der orientalischen Frage am Bunde 222—224; Haltung Bayerns in der orientalischen Frage 226; Dispositionen Sachsens, Hannovers, Württembergs und Bayerns in der orientalischen Frage, sowie Abstehen Österreichs von weiteren Anträgen bei dem Bunde, Pariser Circulardepesche an die Mittelstaaten, Absichten des Kaisers Napoleon in Betreff seiner Beziehungen zu Preußen, Wiederherstellung Polens, Preußische Circulardepesche in der orientalischen Frage, Äußerungen des Herrn von Bismarck über die muthmaßliche Entwickelung der Preußischen Politik 227—230; Beabsichtigte Reisen der Kaiser Napoleon und Nicolaus nach der Krim, Gerücht von dem Abschluß eines Vertrages zwischen Preußen und Frankreich 232. 233; Politische Wahrnehmungen in Paris, augenblickliche Entblößung Frankreichs von Truppen 236—238; Mission des Marschalls Canrobert nach dem Norden, Pariser Friedensnachrichten 240; Russische Orientpolitik, größere Aussicht auf Verständigung im Falle direkter Verhandlungen Rußlands mit Frankreich, abwartende Haltung Österreichs 242.

Orientalischer Krieg, s. Orientalische Frage.

Orientpolitik, s. England, Frankreich, Mittelstaaten, Österreich, Preußen, Rußland.

Osterode, Aufenthalt des Herrn von Bismarck daselbst und Zusammenkunft mit Freiherrn von Schele 157.

Ostprovinzen, Austritt derselben aus dem Deutschen Bunde 14. 16. 31. 40.

Pariser Attentat 297.

—— Conferenzverhandlungen wegen Regulirung der Neuenburger Angelegenheit, s. Neuenburger Angelegenheit.

Personalverhältnisse des Generaldirektors Klenze und Ministerialraths Hock 52.

Personalveränderung im Preußischen diplomatischen Corps, s. Preußen.

Pfaffenhofen, Gerücht von einer Zusammenkunft der Kaiser von Österreich und Frankreich daselbst 273.

Polen, Wiederherstellung 180. 181. 193. 229.

Politik, Kritik über die Schwarzenbergsche, s. Österreich; desgl. des Großherzogthums Hessen gegen Preußen, s. Preußen; desgl. Rußlands gegen Österreich 114; desgl. Preußens gegenüber Frankreich 139. 140; desgl. Österreichs nach dem Tode des Fürsten von Schwarzenberg, s. Österreich.

Politische Richtung des Hessischen Gesandten Freiherr von Münch, s. Bundestagsgesandte; desgl. Hannovers, s. Hannover; desgl. Preußens, Aufgaben und Ziele für dieselbe in Deutschland, s. Preußen.

Politische Tendenzen des Hauses von Rothschild, s. Rothschild.

Portofreiheit, Anwendung in Bundesangelegenheiten 52.

Politischer Ausschuß, Thätigkeit desselben 32. 33.

Digitized by Google

Postamtszeitung, s. Ober-Postamts-Zeitung.
Präsidialgeschäfte, s. Bundesversammlung.
Preis- und Münzverhältnisse in Wien, s. Preußen.
Presse, Haltung in der Zollvereinskrisis 100. 101.
Preßagenten, s. Österreich.
Preßfehde, Beseitigung zwischen Österreich und Preußen 91.
Preßmanöver, von Klenzesche, in der Augsburger Zeitung 100.
Preußen, Verdächtigung des Subalternpersonals der Preußischen Bundestags-Gesandtschaft 3; Charakteristik des Grafen von der Goltz 3; Wiederverwendung desselben im diplomatischen Dienst 154; Eindruck und Haltung der Preußischen Truppen in Frankfurt a. M., s. Bundesgarnison; Reise des Herrn von Radowitz von und nach Baden 8; Äußerungen über denselben 10; Kritik über die „Neuen Gespräche" desselben 24; Correspondenz mit Professor Molitor 50; Abreise desselben nach London 70; Bewerbung des Dr. Frantz um einen Posten als Legationssecretair 8; Vertheidigung der Schwarzenbergischen Politik durch denselben 20. 21; Abberufung des Herrn von Savigny aus Karlsruhe 10; Charakteristik des Herrn von Rochow und Verhältniß zu demselben 11; Abreise desselben nach Ischl 28; Verhalten desselben in geschäftlicher Beziehung gegenüber Herrn von Bismarck 31. 32; Besorgniß wegen einer Vertretung in Abwesenheit des Herrn von Bismarck zu den Kammerverhandlungen 50. 51; Urtheil über die innere Preußische Politik 12; Einfluß der Kreuzzeitung 12; Polemik derselben gegen die Organe der Regierung 23. 24; Badecur des Ministers Freiherr von Manteuffel 13; Personalvorschläge zum Finanzminister 13—14; Winke für die Preußische Bundespolitik, s. Bundespolitik; Übernahme der politischen Vertretung Preußens in Darmstadt durch Herrn von Bismarck 17; Plänkeleien zwischen der Kreuzzeitung und der Neuen Preußischen Zeitung und deren Einfluß auf das Publikum 17; Ersetzung des Herrn von Rochow durch Herrn von Bismarck und Vorschläge wegen der ferneren Gestaltung des Preußischen Bundestagsgesandtschaftspersonals 18. 20; Weitere Verwendung des Grafen Bernstorff 18; Hofnachrichten 19; Wahl des Herrn von Bismarck in den Provinzial-Landtag des Herzogthums Magdeburg, Wiederwahl in die zweite Kammer 28. 43; Theilnahme an den Kammerverhandlungen 70. 118; Abreise zum Provinzial-Landtage nach Merseburg 33; Unmöglichkeit einer conservativen Opposition in Preußen 38. 39; Intrigue zur Entzweiung der conservativen Partei 102; Feier des Geburtstages des Königs von Preußen in Frankfurt a. M. 43. 44; Personalveränderungen im Preußischen diplomatischen Corps 52. 53; Verhältniß zwischen Preußen und Österreich, Erstarkung der Preußischen Bundespolitik 54. 55; Aufgaben und Ziele der Preußischen Politik in Deutschland 56. 57; Feindseligkeit der Ober-Postamts-Zeitung gegen Preußen 66. 67; Beschwerde von der Pfordten's über den Preußischen Gesandten in München 67; Empfehlung des Herrn von Wintzingerode in Berlin 68; Bedeutung und Erfolglosigkeit eines Auftretens des Herrn von Bismarck gegen die Ritterschaft in der Preußischen Kammer 72. 73; Reisedispositionen des Prinzen von Preußen 99; Artikel der Spenerschen Zeitung über die Zukunftspläne des Herrn von Bismarck 99; Vermittlung des Herrn von Bismarck zwischen dem General von Gerlach und dem Minister von Manteuffel 103; Politik des Großherzogthums Hessen gegenüber Preußen 103; Steuerung der Preußenfeindlichen Haltung der Coalitionsstaaten, insbesondere von Darmstadt 104. 105; Verdächtigung des Geistes des Preußischen Militairs in Frankfurt a. M. 105; Bedürfniß Preußens zu einem Festhalten an seiner bisherigen Zollpolitik 105—107; Vertretung des preußischen Gesandten von Canitz am Darmstädter Hofe 111. 128; Unmöglichkeit einer direkten Verständigung mit Österreich 113. 114; Indiscretionen im Preußischen Wochenblatt und die muthmaßlichen Quellen derselben 114. 117; Qualifikation des Grafen von Thun für den Posten eines Gesandten am Berliner Hofe 120—122; Bemerkungen über den Gesandten Graf von Nostitz am Hofe von Hannover 125; Zuwachs der ultramontanen Partei in der Preußischen Kammer 128; Kammerwahlen 128. 131. 132; Kammerzustände 135; Politik Preußens gegenüber Frankreich, Opportunität der Eingehung eines Bündnisses zwischen Preußen und Frankreich, Einwirkung auf die Kreuzzeitung im Sinne einer weniger verletzenden Art bei Besprechung auswärtiger Verhältnisse 139. 140; Berliner Neuigkeiten 142. 143; Stellung Preußens zu Österreich 148; Spaltung zwischen dem Minister von Westphalen und dem Staatsministerium 148. 149; Äquivalente Österreichs für Preußische Concessionen 150 Wiederverwendung des Grafen von Westphalen im Preußischen Dienst 155; Uneigennützigkeit Preußens gegenüber Österreich 155; Preußens Politik in der orientalischen Frage 155; diplomatischer Bruch zwischen Preußen und Großherzogthum Hessen 161; Plan einer Österreichisch-Französisch-Russischen Verbindung gegen Preußen und England 163; Unpreußische Gesinnung des westfälischen Adels, Preußenfeindliche Umtriebe im Fürstenthum Lippe 164; Neutralität Preußens in der orientalischen

Digitized by Google

Frage 167. 168, Beeinträchtigung der Sicherheit Preußens 168; Wünsche Rußlands in Bezug auf die politische Haltung Preußens 171; Abhängigkeit Preußens von Österreich 171; Bruch der Preußischen Regierung mit dem Präsidenten von Gerlach 171; Besetzung der Festung Mastricht durch Preußen 171. 172; Preußenfeindliche Wandlung des Herrn von Profesch 175; Allianzfähigkeit Österreichs, Zerstreuung der Furcht vor einer Isolirung Preußens. Warnung vor einem verfrühten Festlegen der Preußischen Politik, Schlußfolgerungen für das Verhalten gegenüber Österreich 176—178; Bedingungen für die Unterstützung Österreichs durch Preußen, Beziehungen Rußlands zu Preußen 179. 180; Aufstellung eines Preußischen Armeecorps, sowie demnächstige Haltung Preußens gegenüber den Großmächten 182. 183; Stand des Preußischen Geldes in Frankfurt a. M. 183; Verrath des Preußischen Mobilmachungsplans 185; Abschluß eines Allianzvertrages zwischen Preußen und Österreich 186—189, Wechsel des Preußischen Gesandten in London 190; praktische Bedeutung des Aprilbündnisses zwischen Preußen und Österreich, sowie Formulirung der Ziele der Preußischen Politik, Vorlage des Aprilbündnisses an den Bund, Perspektive in Bezug auf die demnächstige Haltung Österreichs und Preußens 190—192; Zusammenkunft des Kaisers von Österreichs und des Königs von Preußen in Tetschen, Opportunität eines Anschlusses Preußens an Österreichs Orientpolitik, Anschluß Österreichs sowie Preußens an die Seemächte, Auflösung der Bamberger Coalition sowie Argwohn der letzteren gegen Preußen und Österreich, Schicksale des Aprilbündnisses im Schoße der Bundesversammlung, Stand der Preußischen Kassenanweisungen 192—197; Besetzung der Stelle des Staatssecretairs im Preußischen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten 200. 201; Werth des Aprilbündnisses für Deutschland und Preußen, Zurückweisung der Englischen Überhebungen in der Preußischen Correspondenz 209; Stellung Preußens gegenüber der Bamberger Coalition und Benutzung derselben zur Verhinderung des Krieges zwischen Rußland und Österreich, Unwahrscheinlichkeit einer Englischen Blokade der Preußischen Häfen, Reise des Königs von Preußen nach München 215—218; Haltung Preußens gegenüber seinen Deutschen Bundesgenossen 223. 224; Absichten des Kaisers Napoleon in Betreff seiner Beziehungen zu Preußen Preußische Circulardepesche in der orientalischen Frage, Äußerungen des Herrn von Bismarck über die vermuthliche Entwicklung der Preußischen Politik 228. 229; Gerücht von dem Abschluß eines Vertrages zwischen Preußen und Frankreich 233; Haltung der Berliner Polizei 235; Hoffnung des Grafen von Rechberg auf eine Verständigung zwischen Preußen und Österreich, sowie Rückwirkung auf die Haltung der kleinen Deutschen Fürsten 241. 242; Aufnahme des Sohnes des Staatsraths von Eisendecher in die Preußische Marine 242. 243; Warnung Österreichs vor der Verbindung Preußens mit Frankreich 246; Interesse Preußens an der baldigen Beschäftigung des Bundes mit der Holsteinischen Frage; Domicilirung der Preußischen Zinszahlungen bei dem Bankhause Rothschild in Frankfurt a. M. 255. 256; Dispositionen der Großmächte in der Neuenburger Frage und Nothwendigkeit der Annahme der Conferenzbedingungen durch Preußen; Reise des Herrn von Bismark nach Berlin zu den Kammerverhandlungen über die Salzsteuer 259; Preußenfeindliche Einflüsse in Karlsruhe, die Kreuzzeitung über die Beziehungen Preußens zu Frankreich, Tactlosigkeiten in Bezug auf die Person des Kaisers und des Prinzen Napoleon, Wunsch einer mündlichen Besprechung der Pariser Wahrnehmungen des Herrn von Bismarck 259—261; Mémoire, betr. die allgemeine Politik Preußens: Wesen und Bedeutung der Allianz der drei östlichen Großmächte, Auflösung der heiligen Allianz, Consequenzen für den Fall eines Krieges Deutschlands mit Frankreich, Befürchtungen der Deutschen Fürsten im Falle eines Krieges Frankreichs mit dem geeinigten Preußen und Österreich, Mangel des Vertrauens der Mittelstaaten in Österreichs Politik, gesteigertes Souverainetätsgefühl derselben, Vortheile direkter Verhandlungen der Süddeutschen Staaten mit Frankreich, Auflösung des Bundes für den Fall eines Krieges Deutschlands gegen Rußland und Frankreich, Werth des Deutschen Bundes für Preußen in Friedenszeiten, Ziele der Österreichischen Politik in Deutschland, Scheitern seiner Pläne während des Orientkrieges, Bekämpfung des Preußischen Einflusses in Baden, Rastatter Besatzungsfrage, Bundesverträge als morscher Stützpunkt für Preußens auswärtige Politik, Nothwendigkeit der Anbahnung neuer bezw. Regenerirung der alten Bündnisse, Unmöglichkeit der Wiederherstellung der Nordischen Allianz, Nothwendigkeit der Sicherung eines zuverlässigen Defensivsystems für Preußen durch Eingehen auswärtiger Bündnisse, Werth eines Russischen Bündnisses und der Freundschaft Preußens für Frankreich, Vortheile Preußens von einer derartigen Verbindung, Folgen einer Ablehnung der Werbung Napoleon's um die Freundschaft Preußens, Aussicht auf eine sich alsdann bildende Französisch-Russische Allianz, Nothwendigkeit der Belebung der

Digitized by Google

Disposition Frankreichs für ein Bündniß desselben mit Preußen, Consequenzen einer Frankreich entmuthigenden Haltung Preußens 264—272; Fortsetzung des Mémoires über die Beziehungen Preußens zu Frankreich: Gründe für die Abneigung gegen eine nähere Verbindung Preußens mit Frankreich, Widerlegung der Theorie von der Unzulässigkeit, eines Compromisses mit der von Napoleon repräsentirten Revolution, der Bonapartismus als Folge der Revolution, Gefahrlosigkeit des Bonapartismus für die Propaganda revolutionärer Grundsätze im Auslande, Antipathie gegen Frankreich bei einer anzustrebenden Allianz Preußens mit Napoleon, Folgen eines passiven Abwartens der Ereignisse durch Preußen, Schwäche desselben bei einer Verbindung mit anderen Großmächten, insbesondere England und Oesterreich, Werth eines Besuches Napoleon's in Preußen als ostensibles Zeichen der guten Beziehungen zwischen Preußen und Frankreich 274—280; Bemühungen in Betreff einer Zusammenkunft Napoleon's mit den König von Preußen und dem Kaiser von Rußland, Bedeutung derselben für Preußens Stellung in Deutschland, Principielle Opposition Oesterreichs gegen Preußen, Haltung der Kreuzzeitung gegenüber Frankreich und Oesterreich, Stimmung des Kaisers Alexander in Betreff Oesterreichs und einer Tripelallianz Preußens, Rußlands und Frankreichs, sowie Auslassungen des Fürsten von Gortschakoff hierüber 282. 283; Diplomatische Vertretung Preußens in Hannover, Stimmung und Haltung des Königs Georg 286. 287; Verbesserung der militairischen Stellung Preußens in Mainz, Ankunft des Prinzen von Preußen daselbst, Zustand des Königs von Preußen 291. 292; Beurtheilung der Vermählungsfeier des Prinzen Friedrich Wilhelm von Preußen in Frankreich 296; Stellung Preußens im Zollverein, Reformvorschläge, Nothwendigkeit der Schaffung eines Zollparlaments, sowie einer rückhaltslosen Discussion der Preußischen Zollpolitik in den Kammern und der Presse 298—300; Interesse Preußens an der Lösung der Herzogthümerfrage 300; Mémoire des Herrn von Bismarck über die Beziehungen Preußens zum Bunde und zu Oesterreich, sowie nähere Entwickelung des darin enthaltenen Programms, Zuckersteuervorlage in der Preußischen Kammer und Beschwerde über das Preußische Handelsministerium, Haltung Badens gegenüber Preußen 301—304; Rastatter Besatzungsfrage, Frankfurter Börse und Rhein-Nahe-Bahn, Wahlnachrichten und Parteiverhältnisse in Preußen 307—309.

—— Prinz von, Reisedispositionen 99; Annahme einer Pathenstelle bei dem Sohne des Herrn von Bismarck 104. 109; Aufenthalt in Frankfurt a. M. 131. 291; Herrichtung einer Gouvernementswohnung für denselben in Mainz.

Preußenfeindliche Haltung der in West-Deutschland ansässigen standesherrlichen Familien, s. Westdeutschland.

—— Richtung in Wien, Träger derselben 78.

Preußische Kammerzustände, s. Preußen.

—— Staatspapiere, Begebung in Süddeutschland 183. 197. 256.

Preußisches Wochenblatt, Indiscretionen in demselben und die muthmaßlichen Quellen derselben 114. 117.

Projekt einer Eisenbahn von Neunkirchen über Kreuznach nach Bingerbrück 307. 308.

Promemoria von Klindworth 84, s. auch Preußen.

Provinzial-Landtag in Merseburg, s. Preußen, Sachsen.

Provinzialstände, s. Preußen.

Pulverexplosion, s. Mainz.

Pulverthurm-Katastrophe in Mainz, s. Mainz.

Quadrupelallianz, Fiction einer gegen Rußland gerichteten 208. 209.

„Quid faciamus nos“, Brochüre, betr. die politische Situation Preußens 297.

Rastatter Besatzungsfrage, Berechtigung Frankreichs zu einer Meinungsäußerung in der 288; Theilnahme Preußens an der Besatzung 292—294. 305. 306.

—— Festungsbau, s. Festungsbau.

—— Matrikularbeiträge, Umlage zur Beschaffung von Kasernen- und Hospital-Einrichtungen für die Bundesfestung Rastatt 40.

Reisen höchster Herrschaften 235, s. auch Rumpenheim.

Revolution, Besorgnisse vor einer Krisis 38; Widerlegung der Theorie von der Unzulässigkeit eines Compromisses mit der von Napoleon repräsentirten, s. Preußen.

Rheinbund-Velleitäten, Unwahrscheinlichkeit derselben 84.

Rheinisch-conservative Opposition, s. Preußen.

Rhein-Nahe-Bahn, s. Frankfurt, Preußen.

Revision der Geschäftsordnung des Bundes, s. Deutscher Bund.

Rossi, Graf und Gräfin 49—50.

Rothschild, Verleihung des Titels Hofbankier, Politische Tendenzen des Hauses, Verhalten desselben bei dem Flottenanlehen 132; Ordensverleihung 153. 154; Domicilirung der Preußischen Zinszahlungen bei dem Bankhause Rothschild in Frankfurt a. M. 256.

Rumpenheim, Besuche von Fürstlichen Herrschaften 125. 235.

Rundschau, Unterdrückung derselben 167.

Russische Antwort, Behandlung derselben seitens Oesterreichs, s. Orientalische Frage, Oesterreich, Rußland.

Digitized by Google

Russisches Bündniß, Werth eines solchen und der Freundschaft Preußens für Frankreich, s. Preußen; Vortheile Preußens von einer derartigen Verbindung, s. desgl.
Russisches Circular, Erlaß bezüglich der Donaufürstenthümer 273.
Rußland, Politik gegen Österreich 114; Annäherung an Frankreich 161; Wünsche in Bezug auf die politische Haltung Preußens, Sendung des Grafen von Orloff 171; Eintreffen des Herrn von Brunnow in Frankfurt und Uebersiedelung desselben nach Darmstadt 178; kriegerische Absichten 178. 179; Beziehungen zu Preußen 179. 180; Drängen der öffentlichen Meinung gegen Rußland 185; Verhältniß zwischen Rußland und Frankreich 190; Verhältniß Österreichs zu Rußland, Rußlands europäisches Übergewicht, Auflösung der Coalition von Rußland, Österreich und den Mittelstaaten 192—194; Mission des Obersten Kowalewsky 199; Stimmung gegenüber Österreich und Preußen 200; Absicht Österreichs in Bezug auf die Behandlung der Russischen Antwort, Fiction einer gegen Rußland gerichteten Quadrupelallianz, Verwerfung der Russischen Concessionen durch die Westmächte 207. 208; Vorlegung der Russischen Antwort am Bunde 216. 217; Verfahren des Wiener Cabinets in Betreff der Russischen Antwort 219. 220; Reise des Kaisers Nikolaus nach der Krim 233; Orientpolitik, größere Aussicht auf Verständigung im Falle direkter Verhandlungen mit Frankreich 242; Wechsel in der Person des Russischen Gesandten am Bunde 244; Herrn von Fonton's Äußerungen in der Neuenburger Frage 245; Neubesetzung des Russischen Gesandtenpostens in London, Russische Circularnote in Betreff der Holsteinschen Frage 250; Haltung Rußlands in der Dänischen Frage 254; Besprechung der Dänischen Frage seitens des Herrn von Bismarck mit dem Fürsten von Gortschakoff und Herrn von Bülow 281; Bemühungen in Betreff einer Zusammenkunft Napoleon's mit dem König von Preußen und dem Kaiser von Rußland 282; Stimmung des Kaisers Alexander in Betreff Österreichs und einer Tripelallianz Preußens, Rußlands und Frankreichs, sowie Auslassungen des Fürsten Gortschakoff hierüber, Einladung des Herrn von Bismarck zum Besuch des Kaisers Alexander 283. 284; Benutzung der Reise des Kaisers Alexander zur Herstellung besserer Beziehungen zwischen Österreich und Rußland, sowie Scheitern dieses Versuches, Begrüßung des Kaisers durch einen Französischen General, Reisedispositionen des Ersteren 285. 286; Reisedispositionen des Kaisers Alexander 289; Zusammenkunft der Kaiser von Österreich und Rußland in Weimar, Reisedispositionen des Kaisers Alexander und Zusammenkunft desselben mit Herrn von Bismarck in Darmstadt, Symptom für die Bedeutung eines Russisch-Französischen Bündnisses mit praktischem Ziele 289—291.

Sachsen, Königreich, Haltung des Dresdener Cabinets in Bezug auf den Beitritt des Bundes zu dem Aprilbündniß 200; Dispositionen in der orientalischen Frage 227; Zollanträge, s. Zollanträge, Zollvereinskrisis.
Salzsteuer, Kammerverhandlungen, s. Preußen.
Sardinien, Ernennung eines Gesandten beim Bunde 25; Wechsel in der Person des Sardinischen Gesandten am Bunde, sowie dessen Verhältniß zu dem Grafen von Rechberg 244. 245; Politik Sardiniens in dem Conflicte Preußens mit der Schweiz 250; Haltung Sardiniens in der Neuenburger Frage 253.
Schleswig, s. Verfassung, Holsteinsche Frage.
Schutz der Bundesversammlung, s. Bundestag, Bundesversammlung.
Schutz- und Trutzbündniß nebst Zusatzartikel 186—189; s. auch Österreich, Preußen.
Schwäche Preußens bei einer Verbindung mit anderen Großmächten, insbesondere England und Österreich, s. Preußen.
Schwarzenberg, Fürst von, Kritik über die Politik desselben, s. Österreich.
Schwedische Heirath, Vorbereitung in Wiesbaden 274.
Schweiz, Streitigkeit Österreichs 147; Maßregeln des Bundes 149; Politik Sardiniens in dem Conflict Preußens mit der Schweiz 250; Haltung in der Neuenburger Frage 244. 246—253. 257. 258.
Seemächte, Anschluß Österreichs sowie Preußens an dieselben 193.
Socialdemokratie, s. Demokratie.
Sonderhaltung einzelner Deutscher Cabinette, insbesondere Bayerns 138.
Sophie, Erzherzogin, Schwierigkeit der Erlangung einer Audienz 73. 74; s. auch Preußen.
Souverainetätsgefühl, gesteigertes, der Mittelstaaten, s. Preußen.
Spanien, Wechsel in der Person des Gesandten am Bunde 244.
Spenersche Zeitung, Artikel über persönliche Zukunftspläne des Fürsten von Bismarck 99; desgl. über die Zollvereinskrisis 100.
Stellung Österreichs zur Deutschen Flotte, s. Flottenfrage.
Süddeutsche Fürsten, Entgegenkommende Haltung derselben und Abnahme der Furcht vor Frankreich 239.
Süddeutsche Staaten, Vortheile direkter Verhandlungen mit Frankreich, s. Preußen.
Subalternpersonal, Preußisches, Verdächtigung desselben, s. Preußen.

Digitized by Google

Substituirung des Herrn von Bismarck für Österreich 128.
Sydow, von, Haltung desselben gegenüber der Presse und den Ultramontanen 196.

Tauffeierlichkeiten bei Herrn von Bismarck 101. 104. 105. 109.
Thronfolge in Dänemark, Regelung derselben auf der Londoner Conferenz 69.
Tripelallianz Preußens, Rußlands und Frankreichs, Stimmung des Kaisers Alexander, sowie Auslassungen des Fürsten Gortschakoff hierüber 283. 284.
Truppenverhältnisse in Frankfurt, s. Bundesgarnison.
Türkisch-Russischer Conflict, s. Orientalische Frage.

Ultramontane Partei, Zuwachs derselben in der Preußischen Kammer 128. 131; Umtriebe derselben 168. 169.
—— Aufreizungen gegen Preußen 196.
—— Zusammenkünfte in Heidelberg, sowie Umtriebe des Freiherrn von Bursian 199; s. auch Kirchenconflict.
Ungarn, Steuerverhältnisse daselbst, s. Österreich.
Unterredung des Herrn von Bismarck mit dem Feldmarschall Fürst zu Windischgrätz 78; desgl. mit dem Freiherrn von Kübeck 82; desgl. mit dem Grafen von Buol 74—78. 84. 85, bezüglich der Zollvereinskrisis, des Verhaltens in Bezug auf Frankreich, der Londoner Conferenz zur Regelung der Dänischen Erbfolgefrage und der Rückkehr des Herrn von Bismarck nach Frankfurt a. M. 92—96.

Verbindung Preußens mit Frankreich, Gründe für die Abneigung gegen eine solche, s. Preußen.
Verdächtigung des Subalternpersonals der Preußischen Gesandtschaft, s. Preußen.
Verfassung, Abänderung derselben in Hannover, s. Hannover; desgl. in Kurhessen, s. Kurhessen; desgl. in Holstein: Russische Circularnote 250; Behandlung der Holsteinschen Angelegenheit am Bunde, Auswahl und Absendung eines Commissars desselben nach Copenhagen, Haltung Frankreichs und Rußlands in der Dänischen Frage und Reise des Herrn von Bismarck nach Paris zur Erläuterung derselben 253. 254; Beschäftigung des Bundes mit der Frage, Modalitäten des Vorgehens des Bundes, Reise des Herrn von Bismarck nach Paris, Stellung Frankreichs zur Frage 255. 256. 258; Besprechung des Herrn von Bismarck mit dem Fürsten von Gortschakoff und Herrn von Bülow 281; Dispositionen der Bundestagsgesandten 288; Haltung Österreichs 288. 289; Einziehung Schleswigs in die Controverse und Eventualität im Falle der Behandlung der Dänischen Antwort am Bunde 300. 301.
Verhältniß zwischen dem General von Gerlach und dem Minister von Manteuffel 103.
Verhängung des Belagerungszustandes über Frankfurt a. M., s. Frankfurt a. M.
Verhalten und Auftreten des Bundes-Präsidialgesandten Grafen von Thun, s. Bundesversammlung.
Verhandlungen mit dem Herzog von Augustenburg; Gereiztheit desselben über das Dänische Verfahren 19. 20; Vermittelung der Verhandlungen durch Herrn von Bismarck 34—36. 62. 70. 97; Übernahme derselben durch Herrn von Bülow 44; Rechnungslegung der rückständigen Revenüen 99.
Verrath des Preußischen Mobilmachungsplans 185; desgl. der Festung Graudenz, s. Graudenz.
Versetzung des Grafen von Platen nach Paris 102. 103.
Vertretung des Bundes auf der Londoner Conferenz für die Regelung der Thronfolge in Dänemark 69.
Verwaltungsausschuß des Bundes, Erfüllung seiner Aufgabe 20.
Vorlage der Militairconvention an den Bund 222—224.

Wahlergebniß zur Preußischen Kammer 131. 132; s. auch Preußen.
Weimar, Sachsen-, Zusammenkunft der Kaiser von Österreich und Rußland in Weimar 289. 290.
Westdeutschland, Preußenfeindliche Haltung der dortselbst ansässigen standesherrlichen Familien 65. 66.
Westfälischer Adel, Unpreußische Gesinnung desselben 164.
Wiederherstellung Polens, s. Polen.
Wien, Preis- und Münzverhältnisse 76. 77, s. auch Preußen; Auslassungen der Wiener Gesellschaft 86.
Wiener Presse, Artikel über die Thätigkeit des Herrn von Bismarck, namentlich über dessen Führung des Vorsitzes in der Bundesversammlung 142.
Wirren, orientalische, s. Orientalische Frage.
Württemberg, Abbruch der Verbindung Klinkworth's mit dem König von Württemberg 113; Verstimmung über die Einbringung des neuen Beschlußentwurfs wegen Beitrittes des Bundes zum Aprilbündniß in die Bundesversammlung 209; Äußerungen des Königs von Württemberg und des Ministers von der Pfordten über die Stellung des Bundes in dieser Frage 219; Dispositionen Württembergs in der orientalischen Frage 227; Erklärung für die Hinneigung Württembergs zu Österreich 284. 285; Beunruhigung der Deutschen Fürsten durch

Digitized by Google

die Stuttgarter Monarchen-Zusammenkunft 290.
Wohnungsverhältnisse des Herrn von Bismarck in Frankfurt, s. Bundestagsgesandte.

Zeitungsnachrichten über Herrn von Bismarck's Mission nach Wien, s. Preußen.
Zollanschluß an Preußen, s. Hannoversche Verfassungsfrage.
Zollconferenzen, s. Zollvereinskrisis, auch Zollverhandlungen.
Zoll- und Handelsgesetzgebung, s. Zollvereinskrisis.
Zollparlament, s. Zollverein, auch Preußen.
Zollunion, s. Zollvereinskrisis.
Zollverband, s. Hannoversche Verfassungsfrage.
Zollverein, Norddeutscher, Gründung eines solchen 254; Stellung Preußens im Zollverein, Reformvorschläge, Nothwendigkeit der Schaffung eines Zollparlaments, sowie einer rückhaltslosen Discussion der Preußischen Zollpolitik in der Kammer und der Presse 298—300.
Zollvereinskrisis, Haltung Österreichs, Übertragung der Zoll- und Handelsgesetzgebung an den Bund 57. 58; Behandlung der Mittel- und Kleinstaaten 69; Unterredung mit dem Grafen von Buol in Wien über die Zollkrisis und Zollunion 74. 75; Aussichten über das Ergebniß der Mission des Herrn von Bismarck in Bezug auf die Zollfrage, Ansichten des Grafen von Platen über die Österreichische Zollpolitik 79. 80; Anschluß Oldenburgs an Preußen in der Zollfrage 81; Hannoversche Vorschläge für die Reconstruktion des Zollvereins 82; Ansicht des Freiherrn von Kübeck über dieselbe 83; Haltung der Darmstädter Coalition. Starrheit und Unbilligkeit der Forderungen Österreichs, Lösung des September-Vertrages 87—89; Sprengung des Zollvereins, Forderungen Österreichs 89—91; Russische und Hannoversche Bestrebungen, Ausschließung Österreichs 92—95; Vermittelungsvorschläge des Grafen von Platen 96. 97; Umschwung in Nassau 98; Haltung der Presse und der Preußischen Regierung 100. 101; Dispositionen Badens 101; muthmaßliche Haltung Österreichs und der Coalitionsstaaten, sowie Bedürfniß Preußens zu einem Festhalten an seiner Zollpolitik 105—107; Conferenz der Coalitionsstaaten 109. 110; politische und commerzielle Consequenzen einer Zollunion mit Österreich, Unmöglichkeit einer direkten Verständigung 113. 114; Haltung der Coalitionsstaaten 117; Unterredung mit Herrn von Schele wegen Beilegung der Zollvereinsdifferenzen und Vermittelungsanerbieten desselben, Haltung Bayerns 122—125. 148; Aussichten in der Zollfrage 126. 127; Verhandlungen mit Österreich und den Coalitionsstaaten, Stand der Zollsache 129. 130.
Zollverhandlungen, Zulassung Süddeutschlands zu denselben 62. 63.
Zollvertrag zwischen Preußen und Hannover Zusammenhang mit der Hannoverschen Verfassungsfrage 40—42.
Zuckersteuervorlage, s. Kammerverhandlungen, Preußen.
Zusammenkunft einiger, der ultramontanen Partei angehörenden Persönlichkeiten in Heidelberg 199; desgl. der Kaiser von Österreich und Rußland in Weimar 289. 290; desgl. des Kaisers Alexander mit Herrn von Bismarck in Darmstadt 290; desgl. des Kaisers Napoleon mit dem König von Preußen und dem Kaiser von Rußland 282. 283; s. auch Frankreich, Preußen, Rußland.
Zuwachs der ultramontanen Partei in der Preußischen Kammer 128; s. auch ultramontane Partei, auch Preußen.

Berichtigungen.

S. 151 und 165	Zeile	16	v.	u.	lies:	S. 73,	Note 2.
S. 176	„	3	„	„	S. 73,	„	2.
S. 235	„	5	„	„	S. 73,	„	2.

Druck von Breitkopf und Härtel in Leipzig.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google